



## **Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie**

Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911 - 1917 ; Volksausgabe der im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente

Das Vorspiel, 1911, die Einigung, 1912

**Stieve, Friedrich**

**Berlin, 1926**

2. Buch: Die Einigung mit Poincaré 1912

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79744](#)

II. Buch  
Die Einigung mit Poincaré 1912



1. Kapitel  
Das Ministerium Poincaré

Die Universitätsbibliothek  
Kassel

---

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 2

Paris, den 2./15. Januar 1912

Ich empfing soeben den Besuch des H. Poincaré, des neuen Ministerpräsidenten und Ministers des Äußern, der mich seiner festen Absicht versicherte, mit uns die aufrichtigsten Beziehungen zu unterhalten und die Außenpolitik Frankreichs im vollsten Einvernehmen mit seinem Verbündeten zu führen. Ich verhehlte H. Poincaré nicht, daß sein Vorgänger, H. Caillaux, in einzelnen Fragen, z. B. in der Sache des Syndikats der Vier, unsere Interessen nicht genügend berücksichtigt habe, und ich sprach ihm gegenüber die Hoffnung aus, daß diese Angelegenheiten unter seiner Leitung eine günstigere Wendung nehmen würden. Ich nahm gleichfalls die Gelegenheit wahr, ihm Ihren Vorschlag, dargelegt im Telegramm Nr. 2267, zur Kenntnis zu bringen. Er versprach mir, diesen Vorschlag zu prüfen, gab aber der Ansicht Ausdruck, daß ein gemeinsamer Schritt Frankreichs und Deutschlands, gleich nach Unterzeichnung des Marokkoabkommens und nach den bekannten Zwischenfällen in der Kommission des Senats, falsche Vorstellungen über den Grad der französisch-deutschen politischen Annäherung und über eine Schwächung des Dreiverbandes erwecken könne. Ich werde voraussichtlich nächsten Mittwoch eine bestimmte Antwort erhalten, aber ich sehe voraus, daß man hier kaum dem besagten gemeinsamen Schritt zustimmen wird.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Bericht

Paris, den 3./16. Januar 1912

Wie ich mich bereits in meinem vorigen Bericht äußerte, haben wir keinen Grund, den Fall des H. Caillaux zu bedauern. Wenn

auch die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen übertrieben sind, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß an der Spitze der französischen Regierung eine Person, die sich ausschließlich durch finanzielle Erwägungen und zuweilen auch durch rein eigennützige Motive leiten läßt, für uns sehr unerwünscht ist. Der Rücktritt des H. de Selves ist für uns ebenfalls eher günstig, denn trotz seiner persönlichen Eigenschaften und aufrichtigen Zuneigung für Rußland war es infolge seiner vollständigen Unkenntnis in den Fragen der auswärtigen Politik und seines Mangels an persönlicher Autorität sehr schwer, mit ihm die uns interessierenden Geschäfte zu führen. Was das neue Ministerium betrifft, das bereits den hochklingenden Namen eines „nationalen“ erhalten hat, so haben auf die Bildung desselben besonders zwei Umstände eingewirkt: die durch die marokkanischen Verwicklungen herbeigeführte Hebung des französischen Nationalgefühls und die bei den letzten Senatswahlen hervorgetretene gemäßigte Stimmung des Landes. Während die beiden vorhergehenden Kabinette der Herren Monis und Caillaux einen scharf radikalen Anstrich trugen und sich hauptsächlich auf die extremen Parteien des Parlaments stützten, faßt das neue Ministerium die am meisten gemäßigten Elemente der republikanischen Mehrheit in sich. Das Bestreben des H. Poincaré, die konservativen Tendenzen zu befriedigen, ist schon in der Verteilung der Portefeuilles bemerkbar. Nachdem er sich die Beteiligung so hervorragender Männer wie Briand, Leon Bourgeois, Millerand und Delcassé gesichert hatte, übertrug er ihnen solche Ministerien, an deren Spitze sie sich nicht durch ihr früheres radikales Vorgehen gebunden fühlen werden. Als einziges, den Radikalen gemachtes Zugeständnis erscheint die Ernennung des H. Steeg, der unter Caillaux Unterrichtsminister war, zum Minister des Innern. Dieses Zugeständnis aber wird dadurch aufgewogen, daß dem H. Briand, der vor ungefähr einem Jahr von den extremen Fraktionen des Parlaments gestützt wurde, im neuen Kabinett die besondere Stellung eines Vizepräsidenten des Ministerrats gesichert wurde. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß die erwähnten Minister, von denen jeder nach seiner politischen Bedeutung an der Spitze der Regierung stehen könnte, sich bereit finden, im Kabinett des H. Poincaré eine untergeordnete Stellung einzunehmen. Eine solche Zusammensetzung macht die neue Regierung außerordentlich stark und man vergleicht sie mit dem berühmten „großen“ Ministerium Gambettas. H. Poincaré selbst erfreut sich nicht nur des Rufes eines glänzenden Redners und Schriftstellers (er ist Mitglied der französischen Akademie), sondern auch eines im höchsten Grade ausgleichenden, gemäßigten und vernünftigen Politikers und Finanzmannes. Daß er das Portefeuille des Auswärtigen übernommen hat, deutet darauf hin, daß er vor allem die Ratifikation des französisch-deutschen

Vertrages und den Abschluß des Vertrages mit Spanien schnell zu Ende führen will. Auf den Entschluß des H. Poincaré hat ohne Zweifel auch die Tatsache eingewirkt, daß die Ministerkrise dadurch herbeigeführt wurde, daß man H. Caillaux die Absicht beilegte, den Kurs der auswärtigen Politik Frankreichs zu ändern. Wie Ihnen aus meinem gestrigen Telegramm bekannt ist, beeilte sich H. Poincaré, am Tage seiner Ernennung, mich zu besuchen und mir seine Absicht auszudrücken, daß er seine Tätigkeit in vollem Einverständnis mit Rußland betreiben werde. Indem ich H. Poincaré für diese Erklärung dankte, sagte ich ihm, daß ich trotz der umlaufenden Gerüchte niemals an der strengen Folgerichtigkeit und Beständigkeit der auswärtigen Politik Frankreichs gezweifelt hätte. Ungeachtet dessen konnte ich ihm nicht verhehlen, daß sein Vorgänger in einigen wichtigen Angelegenheiten, wie z. B. in Sachen des Vierer-Syndikates, unsere Interessen vernachlässigt habe. Ich erinnerte ihn daran, daß hier gerade vor einem Jahre viel von einer ungenügenden praktischen Anwendung des russisch-französischen Bündnisses geredet wurde. Seit jener Zeit habe Rußland Frankreich einen klaren Beweis seiner Bereitschaft zur bedingungslosen Unterstützung gegeben. Es sei zu hoffen, daß auch die französische Regierung unter der Leitung des H. Poincaré ein gleiches Verhältnis zu Rußland in den dasselbe interessierenden Angelegenheiten zeigen werde. Dabei benutzte ich die Gelegenheit, um H. Poincaré mit den in Ihrem Telegramm Nr. 2267 dargelegten Ansichten bekannt zu machen. H. Poincaré antwortete mir, daß er bisher nicht dazu gekommen sei, sich auch nur flüchtig mit den Angelegenheiten seines Ministeriums bekannt zu machen, und er versprach mir, Ihren Vorschlag ernsthaft in Erwägung zu ziehen und mir möglichst bald eine Antwort zu geben. Dabei drückte er aber persönlich seine Befürchtung aus, daß die von Ihnen vorgeschlagene gemeinsame Rolle Frankreichs und Deutschlands unter den gegenwärtigen Umständen, d. h. gleich nach der Unterzeichnung des französisch-deutschen Vertrages und nach dem Zwischenfall in der Senatskommision, eine irrite Beurteilung des Grades der politischen Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland sowie der Festigkeit des Dreiverbandes hervorrufen könnte.

Morgen wird bei H. Poincaré der erste diplomatische Empfang stattfinden, und ich hoffe, dann eine bestimmte Antwort auf Ihren Vorschlag zu erhalten.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 4

Paris, den 4./17. Januar 1912

Poincaré bestätigte mir heute, daß er aus den in meinem gestrigen Telegramm dargelegten Gründen Ihren Vorschlag eines gemeinsamen Schrittes von Frankreich und Deutschland nicht annehmen könne. Er ist bereit, entweder einem Kollektivschritt aller Mächte oder auch der Idee zuzustimmen, die ausführende Rolle einer Macht zweiten Ranges, z. B. Holland, anzuvertrauen. Nach den heute hier eingetroffenen Mitteilungen Bompards bestehen für den Augenblick sehr wenig Aussichten auf Erfolg für irgendeine Einwirkung in Konstantinopel. Er hält es indessen für sehr nützlich, den Gedankenaustausch zwischen den Kabinetten fortzusetzen und im voraus den „modus procedendi“ auszuarbeiten, um später die erste günstige Gelegenheit zur Vermittlung wahrnehmen zu können.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 18

Paris, den 29. Januar/11. Februar 1912

Gestern nahm der Senat nach sechstägiger Beratung das französisch-deutsche Abkommen mit einer Mehrheit von 212 gegen 42 Stimmen an. In seiner Rede sprach Poincaré mit großer Energie von der unwandelbaren Treue Frankreichs zum Bündnis mit Rußland und zur entente cordiale mit England.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 12

Paris, den 2./15. Februar 1912

Der Präsident des Ministerrats beantwortete in der letzten Woche in der Deputiertenkammer eine Interpellation, die wegen der beabsichtigten Auflegung von Obligationen der Bodenkreditbank der Insel Kuba auf dem Markt von Paris an ihn gerichtet wurde, und setzte bei dieser Gelegenheit den grundsätzlichen Standpunkt des gegenwärtigen Kabinetts in der Frage der Bedingungen für die Zulassung ausländischer Anleihen zur Notierung an der hiesigen Börse auseinander.

H. Poincaré erklärte, daß bei derartigen Angelegenheiten das nationale Interesse über das finanzielle gestellt werden müsse. Daraum müsse der Finanzminister, wenn ein Ersuchen um Zulassung fremder Werte zur Kotierung in Frankreich an ihn gerichtet würde, vor allem mit dem Minister des Äußern in Verbindung treten. Die Meinungsverschiedenheiten, die sich in der Folge zwischen den beiden Ressorts ergeben könnten, müßten dem Ministerrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Diese Erklärung des H. Poincaré unterscheidet sich wesentlich vom Standpunkt des H. Caillaux, der, wie Eure Hohe Exzellenz wissen, Finanzoperationen ähnlich der ungarischen Anleihe oder der Teilnahme Frankreichs am chinesischen Syndikat der Vier hauptsächlich unter dem Gesichtswinkel der finanziellen Vorteile, die sie boten, betrachtete.

Die Änderung, die gegenwärtig in der Auffassungsweise der französischen Regierung eingetreten ist, muß unbedingt als eine für unsere politischen Interessen bedeutungsvolle und günstige bezeichnet werden.

Genehmigen Sie usw.

I swolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 2./15. Februar 1912

Meinem offiziellen Bericht über die Debatte im Senat wegen des französisch-deutschen Übereinkommens habe ich fast nichts hinzuzufügen. Im allgemeinen verliefen diese Debatten friedlicher als man erwarten konnte. Das Drama hatte sich vor deren Beginn noch in der Senatskommission abgespielt, und der Kabinettswechsel wirkte beruhigend auf die Stimmung des Senats.

Trotzdem mußte das Resultat der diplomatischen Tätigkeit der Herren Caillaux und de Selves leidenschaftliche Angriffe über sich ergehen lassen, nicht nur von den Parteien der Rechten, sondern auch von so maßgebenden Mitgliedern der republikanischen Mehrheit wie den Herren Pichon und Clémenceau. Einer der Redner der Rechten, H. Jénouvrier, sprach öffentlich von der Tribüne herunter die Anschuldigungen gegen H. Caillaux aus, die Sie bereits kennen: Dieser habe vorgeschlagen, Deutschland beim Bau der Bagdadbahn zu helfen, deutsche Werte auf dem Markt von Paris zuzulassen, Deutschland den Vorsitz in der türkischen Schuldenkommission zur Verfügung zu stellen, ihm die ganze Kongokolonie und noch eine französische Kolonie zu überlassen und zu guter Letzt ein all-

meines politischen Abkommen mit ihm zu treffen, zum Schaden des Bündnisses mit Rußland und der entente cordiale mit England. Diese Beschuldigungen machten infolge ihrer offensären Übertreibung keinen besonderen Eindruck, und der Senat verwarf den Vorschlag, eine besondere Kommission mit der Untersuchung der Handlungen des H. Caillaux zu betrauen. Die mit großer Ungeduld erwartete Rede des H. Clémenceau, die die patriotischen Leidenschaften im Senat anzufachen versuchte, hatte ebenfalls keinen großen Erfolg.

Im Gegensatz dazu machte die mit glänzender Logik und dabei mit vollkommener Ruhe und Unparteilichkeit vorgebrachte Verteidigung des Vertrags durch H. Poincaré auf den Senat einen überaus wohltuenden Eindruck. H. Poincaré betonte mit besonderem Nachdruck, daß, entgegen den umlaufenden Gerüchten, der Vertrag mit Deutschland nicht die leiseste Änderung in der allgemeinen Richtung der Außenpolitik Frankreichs verursachen könne. Als Antwort auf die Beschuldigungen gegen seinen Vorgänger erklärte er, daß das Bündnis mit Rußland und die entente cordiale mit England unantastbare Grundsätze des politischen Programms Frankreichs seien, und daß, wenn jemals eine Regierung so blind sein sollte, sich von diesen Grundsätzen loszusagen, sie sofort unter der Entrüstung der öffentlichen Meinung zusammenbrechen müsse. Diese Worte gingen in lauten Beifallsbezeugungen unter und begegneten der lebhaftesten Sympathie bei der gesamten französischen Presse.

Die Abstimmung im Senat hat die mehr als sieben Monate dauernde marokkanische Krise formell beendet. Trotz der leidenschaftlichen Angriffe, die in den beiden Kammern, in der Öffentlichkeit und der Presse gegen den Vertrag vom 4. November zu vernehmen waren, scheint mir dieser doch sehr vorteilhaft für Frankreich zu sein. Die Erklärung seiner Gegner, er enthalte Keime für neue zukünftige Verwicklungen mit Deutschland, ist wohl kaum von großer Bedeutung. Denn das kann man schließlich von jedem internationalen Vertrag behaupten, und die Innehaltung jedes Vertrages hängt vor allem von dieser oder jener Stimmung der Parteien ab. Für Frankreich ist es vor allem wichtig, daß es in dieser Angelegenheit mit Hilfe seiner Verbündeten und Freunde nicht nur einen materiellen, sondern auch einen moralischen Erfolg davongetragen hat.

In dieser Beziehung besteht ein vollkommener Gegensatz zwischen den Krisen von 1905 und 1911. Ich entsinne mich aus diesem Anlaß, daß kurz nach Algeciras Kaiser Wilhelm in einer Unterhaltung mit mir folgenden Gedanken äußerte, der mich sehr in Erstaunen versetzte: „Die elsaß-lothringische Frage ist endgültig liquidiert: Frankreich hat das ihm angebotene Duell zurückgewiesen und sich damit förmlich und bedingungslos allen Folgen des Frank-

further Friedens unterworfen.“ Jetzt, nach den Ereignissen des letzten Sommers, wird Kaiser Wilhelm diese Ansicht zurücknehmen müssen, denn, wie ich Ihnen mehrfach schrieb, Frankreich hat seinen unerschütterlichen Entschluß bewiesen, nötigenfalls nicht vor der Verteidigung seiner Rechte und Interessen mit bewaffneter Hand zurückzuschrecken. Diese Stimmung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Reden, die gelegentlich der Diskussion über den Vertrag in beiden Kammern gehalten wurden, und man wird unstreitig mit ihr bei der Lösung neuer Mißverständnisse, die mit Deutschland entstehen können, rechnen müssen. Ich weiß aus ganz sicheren Quellen, daß man, trotz der glücklichen Beendigung der Marokkokrise, in hiesigen militärischen Kreisen neue internationale Verwicklungen zum Frühling erwartet, und daß das Kriegsministerium seine Vorbereitungen für militärische Operationen in nächster Zukunft eifrig fortsetzt.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 16./29. Februar 1912

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

In meinem offiziellen Brief hinsichtlich Ihres Vermittlungsplanes habe ich die Unzufriedenheit des H. Poincaré, die dieser mir wegen der gleichzeitigen Bekanntgabe des besagten Projekts in Paris, Berlin und Wien ausdrückte, etwas gemildert. Ich kann Ihnen aber nicht verbergen, daß in dem Ton seiner Rede eine unbestreitbare Gereiztheit durchklang, und daß er mehrmals und mit großem Nachdruck auf die Notwendigkeit zurückkam, in ähnlichen Fällen vorher eine Gemeinsamkeit der Ansichten zwischen Paris und St. Petersburg festzustellen. In der gleichen Sache fragte H. Poincaré mich mehrmals, was ich von dem Meinungsaustausch zwischen Ihnen und dem Wiener Kabinett (der nach den Zeitungen und anderen ihm zur Verfügung stehenden Quellen stattgefunden haben soll) über die Balkanangelegenheiten wisse. Er erinnerte mich noch einmal daran, daß er jeden Augenblick bereit sei, in eine Besprechung über diese Angelegenheit mit uns einzutreten, und gab mir zu verstehen, daß er von unserer Seite die gleiche Information über unsere Besprechungen mit Wien erwarte, wie er sie von dem Londoner Kabinett nach der Berliner Reise Lord Haldanes erhalten habe. Ich schreibe Ihnen dies alles ganz offen, denn es

scheint mir sehr wichtig für uns zu sein, uns die Absichten, deren H. Poincaré mich bei seinem Amtsantritt versicherte, zu erhalten und sie zu stärken.

Der gegenwärtige Ministerpräsident und Minister des Äußeren ist eine sehr bedeutende Persönlichkeit, und sein Kabinett erscheint als das stärkste, das seit einer Reihe von Jahren anzutreffen war. So unfruchtbar es zur Zeit des H. Cruppi und des H. de Selves war, mit Frankreich von Fragen der allgemeinen Politik zu sprechen, so nützlich und sogar notwendig sind ähnliche Unterhandlungen bei der augenblicklichen Zusammensetzung der französischen Regierung. Soweit es mir zu bemerken möglich war, ist H. Poincaré außerdem bei all seinen großen Vorzügen außerordentlich ehrgeizig und sehr empfindlich für jede Vernachlässigung, die man in seinen Augen seinen Ansichten oder seiner Mitwirkung widerfahren läßt. Infolgedessen finden sehr merkliche Reibungen zwischen ihm und Tittoni statt. Was mich anbelangt, so bezeugt er mir großes Entgegenkommen und läßt den deutlichen Wunsch herausfühlen, mit mir möglichst häufige und ausführliche Besprechungen zu pflegen. Dabei bin ich manchmal über viele Fragen, die brennendsten nicht ausgeschlossen, ohne die geringste Information, was mich ihm gegenüber in eine schwierige und sogar lächerliche Lage bringt. So habe ich zum Beispiel seit Beginn der neuesten kretischen Verwicklungen von St. Petersburg buchstäblich keinerlei Mitteilungen erhalten, ich weiß absolut nichts von den Besprechungen, die zwischen den Schutzmächten stattgefunden haben und noch stattfinden; ich weiß sogar nicht einmal etwas von dem durch Sir E. Grey vorgeschlagenen und in St. Petersburg anscheinend angenommenen Aktionsprogramm. H. Poincaré kommt dauernd auf diese Angelegenheit zurück, befragt mich um meine Ansicht, und ich muß ihm sagen, daß ich über den Standpunkt der russischen Regierung absolut nicht unterrichtet bin. Wenn man bedenkt, daß H. Georges Louis nicht immer das, was man ihm in St. Petersburg sagt, ganz genau übermittelt, so verstehe ich nicht, warum Sie es vorziehen, mit Paris über diese Angelegenheit lieber durch seine Vermittlung statt durch die meinige zu verhandeln. Zum Schluß muß ich Ihnen folgende unwahrscheinlich klingende, aber authentische Geschichte mitteilen:

Eine gewisse Comtesse de Clermont-Tonnerre kommt eben von Persien nach Paris zurück; sie hat den Ex-Schah, oder richtiger dessen Bruder, den Prinzen Salar, auf seinem Feldzug begleitet. Diese Dame, die hier wegen ihrer Exzentrizität und verschiedener exotischer Abenteuer bekannt ist, ist anscheinend vollständig von der Idee der Wiedereinsetzung Mohammed Alis oder, nach einer anderen Version, des Prinzen Salar auf den Thron besessen und hat sich während der letzten Ereignisse beständig im Lager des letz-

genannten aufgehalten. Sie versichert, sie habe dem Ex-Schah 400 000 Franken geliehen, die sie durch Verpfändung ihres Pariser Hauses erhalten habe. (Die Comtesse de Clermont-Tonnerre war an einen bekannten Champagnerfabrikanten, den Grafen Chandon de Bailles, verheiratet, wurde aber geschieden und nahm wieder ihren Mädchennamen an). Ich habe sie persönlich nicht kennengelernt, aber sie verkehrt viel bei mehreren Personen meines Bekanntenkreises, in deren Salons sie Propaganda für die Wieder einsetzung des Ex-Schahs macht. So ist das Rätsel gelöst, woher der Ex-Schah sich für den Beginn seiner Expedition Geld verschaffen konnte.

Ich freue mich herzlich über die hier einlaufenden Nachrichten von Ihrem Wohlbefinden. Gott gebe Ihnen Kraft zur Fortsetzung Ihrer schweren Arbeit!

Ihr aufrichtig ergebener

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 19

Paris, den 1./14. März 1912

Die französische Deputiertenkammer hat mit der Aussprache über die auswärtige Politik begonnen und ihr die Freitagssitzungen gewidmet. Indessen haben diese Debatten angesichts der noch andauernden Besprechungen mit Spanien über die Marokkoangelegenheit mehr einen retrospektiven Charakter und berühren noch nicht direkt die Politik des gegenwärtigen Kabinetts.

Nur der Führer der Sozialisten, H. Jaurès, versuchte am vorigen Freitag einen indirekten Schlag gegen das Ministerium Poincaré, indem er zwei Mitglieder, die Herren Delcassé und Briand, wegen ihrer früheren Tätigkeit in einer langen Rede über die Marokkofrage angriff.

Jaurès begann seine Darlegungen mit der Zeit vor 1904, als H. Delcassé Minister des Äußern war. Er beschuldigte ihn, eine chauvinistische Politik betrieben zu haben, die beinahe Frankreich wegen Marokko mit England entzweit hätte, und die sich dann gegen Deutschland gerichtet habe und die eigentliche Ursache für alle folgenden Krisen und Schwierigkeiten gewesen sei. Jaurès kam dann auf H. Clemenceau zu sprechen, der in seiner kürzlich gehaltenen Senatsrede die französisch-deutsche Verständigung von 1911 ein „Abenteuer“ nannte, und drückte sein Erstaunen darüber aus, denn seiner Meinung nach sei es gerade H. Clemenceau gewesen, der seinerzeit Frankreich in das Marokkoabenteuer verwickelt habe, indem er französische Truppen dorthin gesandt und dem Sultan An-

leihen verschafft habe. Aber noch unbarmherziger ging Jaurès dem früheren Minister des Äußern, H. Pichon, zu Leibe, der gleichfalls unlängst das Kabinett Caillaux beschuldigte, es habe den Boden des französisch-deutschen Abkommens von 1909 verlassen und so Deutschland die Möglichkeit gegeben, Kompensationen außerhalb von Marokko zu erlangen. H. Jaurès bewies nicht ohne Erfolg, daß, wenn man gerecht urteilen wolle, die Initiative in dieser Angelegenheit von H. Pichon ausgegangen sei, der der Möglichkeit beraubt gewesen sei, die im Vertrag von 1909 vorgesehene wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland in Marokko selbst durchzuführen, und als erster sich gezwungen gesehen habe, die Angelegenheit auf das Kongogebiet zu übertragen. Die damalige Gründung der berüchtigten Kolonialgesellschaft „N'Goko Sangha“ zur Ausbeutung der Bodenschätze Marokkos und des Kongogebiets sei ein Beweis dafür.

Der Redner überschüttete sowohl H. Pichon als auch den Ex-Minister H. Briand mit Vorwürfen, weil beide, obwohl sie gewußt hätten, daß Deutschland die Bestätigung des Vertrages mit dem vorgenannten Syndikat durch die französische Regierung als eine absolute Vorbedingung des Abkommens von 1909 ansehe, weder die parlamentarische Kommission noch das ihnen folgende Kabinett Monis hiervon unterrichtet hätten. Gerade das habe zur Folge gehabt, daß das Kabinett Monis der Gesellschaft die Konzession verweigert habe.

Der Ministerpräsident H. Poincaré unterbrach den Redner an dieser Stelle und verlas einen Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der parlamentarischen Kommission vom 14. Dezember 1910, aus dem hervorging, daß H. Briand seinerzeit den Zusammenhang zwischen dem Unternehmen „N'Goko Sangha“ und dem Vertrag von 1909 erwähnte. H. Jaurès wiederholte darauf die schon bekannten Enthüllungen über die Beteiligung gewisser hinter den Kulissen tätiger Geschäftsleute an verschiedenen politisch-wirtschaftlichen Verhandlungen und Unternehmungen, wie der Herren Fonder und Tardieu, des politischen Redakteurs des „Temps“. Seiner Ansicht nach war die Geste Deutschlands in Agadir, bei all ihrer Unverfrorenheit, nur die logische Folge der Enttäuschung, die Deutschland wegen dieses Gewebes von verdächtigen und geheimnisvollen Intrigen empfand.

Wenn durch ein Unglück zu dieser Zeit ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausgebrochen wäre und das französische Volk sich in den Kampf gestürzt hätte in der Meinung, die Ehre der Nation sei angegriffen, so hätten Millionen seiner Söhne sich davon überzeugen müssen, daß sie nur für die Interessen einiger weniger ebenso habgieriger wie unfähiger Geschäftsleute in den Tod gingen.

Die Rede des H. Jaurès machte unstreitig einen gewissen Eindruck auf die Abgeordneten. Er brach sie bei dem Zwischenfall von Agadir ab und erklärte, er werde erst dann fortfahren, wenn er Erklärungen über die im ersten Teil seiner Rede behandelten Fragen erhalten hätte. Morgen erwartet man in der Kammer mit lebhaftem Interesse die Entgegnungen des H. Briand zu seiner Rechtfertigung gegenüber den Anschuldigungen des H. Jaurès.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 20

Paris, den 1./14. März 1912

Im Laufe der letzten Zeit hatte ich mehr als einmal Gelegenheit, in meinen Berichten und Briefen an Eure Hohe Exzellenz auf den unter dem Einfluß der jüngsten außenpolitischen Krise in weiten Kreisen des französischen Volkes zutage tretenden Aufschwung des Nationalgefühls und besonders auf die Belebung des Interesses an der Militärmacht des Landes hinzuweisen. Diese Bewegung ist unter anderem durch den glänzenden Erfolg bestätigt, den die nationale Subskription zum Ankauf von Flugzeugen für die Armee hatte, die kürzlich auf Anregung des „Matin“ inszeniert wurde. Sie hat in weniger als zwei Wochen mehr als anderthalb Millionen Franken eingebracht. Der Zweck der Subskription ist, Frankreich um jeden Preis seinen Vorrang über Deutschland im militärischen Flugwesen zu erhalten, und zwar unabhängig von den materiellen Hilfsquellen, die zu diesem Zweck aus Staatsmitteln bewilligt werden könnten.

Ohne Zweifel ist dem neuen Kriegsminister, H. Millerand, ein großes Verdienst um die Belebung des öffentlichen Interesses für die Armee zuzuschreiben. Unter anderem hat er schroff mit den Traditionen gewisser Vorgänger gebrochen, deren Handlungen manchmal Mißtrauen gegen die Armee und ihre Leitung verrieten.

Ich hatte bereits Gelegenheit, dem Kaiserlichen Ministerium von der Abschaffung des Systems der geheimen Listen über die politische Zuverlässigkeit der Offiziere Mitteilung zu machen.

Seither hat es H. Millerand gleichfalls für richtig gehalten, einige militärische Traditionen, die längere Zeit nicht mehr beachtet wurden, wieder aufleben zu lassen, so zum Beispiel die Zeremonie des Sonnabend-Zapfenstreiches, die jetzt einen großen Teil der hauptstädtischen Bevölkerung herbeilockt.

Endlich fand am vorigen Sonntag zum erstenmal nach langer Pause wieder die Frühlingsparade der Pariser Garnison auf dem Felde von Vincennes statt. An diesem Tage zeigten sich die Pariser Straßen vom frühen Morgen an außergewöhnlich belebt. Nicht nur alle Verkehrsmöglichkeiten nach dem Ort der Truppenschau waren von der Bevölkerung vollkommen besetzt, sondern eine große Menschenmenge begleitete zu Fuß, nationale Lieder singend, die Regimenter nach Vincennes. Diese letzteren hatten die Felduniform angelegt und waren feldmäßig ausgerüstet, was dem Ganzen einen besonders eindrucksvollen kriegerischen Anstrich gab. Die Parade selbst wisch auch etwas von dem gewöhnlichen Programm ab. Nach dem Vorbeimarsch formierte sich die gesamte Infanterie und unternahm einen Scheinangriff gegen die Tribünen, was auf alle Zuschauer tiefen Eindruck machte. Eine Kavallerieattacke beendete die Parade, während der mehrere Flugzeuge und zwei lenkbare Luftschiffe das Feld überflogen. Während des ganzen Tages waren die Truppen Gegenstand der wärmsten Ovationen von seiten der Bevölkerung, die sich an Zahl etwa eine Million stark in Vincennes eingefunden hatte. Der Ruf: „Es lebe die Armee!“ begleitete die Truppen bis in die Kasernen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

2. Kapitel  
Der Fall Georges Louis

Deutsche  
Bibliothek

---

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 1./14. März 1912

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

Ich bin sehr zufrieden, daß es mir, wenn auch nicht ohne Mühe, gelungen ist, den Eigensinn des H. Poincaré zu brechen und ihn dazu zu bewegen, den von Ihnen vorgeschlagenen „modus procedendi“ in der Frage der Friedensvermittlung anzunehmen.

Die Ursachen des augenblicklichen Mißverständnisses sind, soviel ich erkennen kann, zweierlei: einerseits spielt hier, wie ich Ihnen bereits schrieb, die verletzte Eigenliebe des H. Poincaré zweifellos eine Rolle, weil Sie ihn in dieser ganzen Angelegenheit nicht zu Rate gezogen haben, sondern sich zuerst mit London, später mit Berlin und den anderen Kabinetten ohne einen vorherigen Meinungsaustausch mit ihm besprochen zu haben. Es ist notwendig, mit dieser seiner Charaktereigenschaft zu rechnen, und ich bin der Ansicht, daß tatsächlich unser Bündnis mit Frankreich uns die Pflicht auferlegt, daran zu denken, wie wir in derartigen wichtigen Fragen jede unangebrachte Meinungsverschiedenheit mit dem französischen Kabinett im voraus vermeiden können.

Ich glaube auch weiterhin nach wie vor, daß ich, wenn H. Poincaré statt durch H. Georges Louis durch mich über Ihre Vorbereichungen aufgeklärt worden wäre, es vermutlich erreicht hätte, dies Mißverständnis und die ärgerliche Verzögerung zu vermeiden. Sie wissen aus Erfahrung, wie ganz ungenau — gelinde gesagt — H. Georges Louis das, was Sie ihm sagen, wiedergibt. Sie erinnern sich, daß man ihn hier gelegentlich der Potsdamer Zusammenkunft und Ihres Abkommens mit Deutschland in den persischen Angelegenheiten der Unwissenheit beschuldigte, und seitdem färbt er ohne Zweifel seine Mitteilungen stark. Weiter unten werde ich Ihnen einige Beispiele dafür geben, in welcher Weise das, was er von Ihnen gehört hat, hier ankommt.

Vergessen Sie auch nicht, daß ich ganz ungerechtfertigterweise in den Ruf eines Deutschfeindes gekommen bin, indem man mir

in Deutschland vorwarf, ich hätte in Reval mit England ein Offensivbündnis gegen Deutschland abzuschließen versucht (das sind authentische Ausdrücke Kaiser Wilhelms) und daß andererseits Sie als Deutschfreund gelten und der Gleichgültigkeit gegen Frankreich sowie gegen den Dreiverband verdächtigt werden. Das ist natürlich absurd, und ich tue mein Möglichstes, um diese Legende zu beseitigen, aber Sie wissen ja, wie schwer es ist, gegen Legenden anzugehen.

Außer dem oben erwähnten hatte H. Poincaré noch andere Gründe gegen ihren Vorschlag. Aus meinen Unterredungen mit ihm ist es mir ganz klar geworden, daß H. Georges Louis die ganze Sache so dargestellt hat, als ob Ihr Programm für die Friedensvermittlung sozusagen einen einseitigen Charakter habe und besonders Italien begünstige. Dabei scheut man sich hier, wie H. Poincaré mir ganz offen gestand, vor allem, die Türkei zu kränken — einerseits, um Deutschland keinen Vorwand zu geben, dies in Konstantinopel zwecks Sicherung wirtschaftlicher Vorteile auszunutzen, andererseits, und zwar wohl hauptsächlich deswegen, weil jede Verletzung des mohammedanischen Gefühls eine sofortige Rückwirkung in Algier, Tunis und Marokko auslösen könnte. Diese Tatsache betonte H. Poincaré mit besonderem Nachdruck. Ich habe meinerseits nicht gezögert, ihm Ihre vollauf begründeten Erwägungen darzulegen, die durch die Gefahr begründet seien, Italien könne abermals zum Dreibund hinübergezogen werden, nachdem es so viel Mühe gekostet hat, es auf unsere Seite zu bringen. Der von mir geschilderte Unterschied zwischen unseren Ansichten und denen Frankreichs in der vorliegenden Frage wird sich sicherlich auch in den späteren Phasen der Friedensverhandlungen fühlbar machen. Es ist notwendig, das im Auge zu behalten, und alles zu tun, um rechtzeitig diese Meinungsverschiedenheit nach Möglichkeit auszugleichen. Nur auf dem Wege vorherigen Meinungsaustausches mit dem Pariser Kabinett über jeglichen in Vorbereitung befindlichen Schritt ist das möglich.

Ich komme nun zu den Beispielen für die Art und Weise, wie Ihre Unterredungen mit Georges Louis und seinem zeitweiligen Vertreter hier ankommen:

1. Von dem englischen Vorschlag einer gemeinsamen Einwirkung auf Italien im Sinne einer Einschränkung des italienischen Kriegsschauplatzes hörte ich zum erstenmal durch H. Poincaré. Dabei sagte er mir, Sie hätten dem französischen Botschafter (oder Geschäftsträger) gegenüber Ihre Weigerung durch die Überlegung begründet, daß Sie in Ihren Besprechungen mit dem Wiener Kabinett über die Balkanfragen den Beistand Italiens brauchten. Ich gestehe, daß mich das sehr befremdet hat, und ich fragte H. Poincaré mehrere Male, ob das auch wahr sei. Er hat es mir durchaus

bestätigt und sich auf eine Mitteilung aus Petersburg berufen. Gleich darauf erhielt ich Ihren Brief, in dem Sie kategorisch alle Besprechungen mit Österreich über die Balkanfrage dementieren und in ganz anderer Weise die Notwendigkeit, nicht die Unzufriedenheit Italiens herauszufordern, erklärt. Ich habe natürlich nicht verfehlt, soweit wie möglich, den wahren Sinn Ihrer Weigerung, in diesem Augenblick einen Druck auf Italien auszuüben, klarzulegen.

2. Ferner sagte H. Poincaré: Als im Verlauf Ihrer Unterredung mit dem französischen Botschafter H. Louis Ihnen gesagt habe, es sei im Hinblick auf eventuelle Ereignisse auf der Balkanhalbinsel nach Ansicht des Pariser Kabinetts notwendig, daß Rußland und Frankreich erwägen müßten, was vielleicht geschehen könne und zu welchen Entschlüssen und Taten sie kommen würden, habe H. Louis die Worte „se concerter“ gebraucht. Sie hätten ihm darauf geantwortet, daß Sie völlig einer Meinung mit ihm seien, aber in dem Sinne, daß Rußland und Frankreich nicht „se concerter“ sondern nur „se prévénir mutuellement de leurs intentions“ sollten. Diese von Ihnen angeblich in sehr bestimmtem Ton gebrauchte Erklärung hat H. Poincaré sehr erregt; er hat alle Dokumente, die sich auf die französisch-russischen militärischen und politischen Vereinbarungen beziehen, aufs aufmerksamste nachgelesen und ist zu dem Schluß gelangt, daß nach diesen Vereinbarungen Frankreich und Rußland unter bestimmten Umständen, die den Frieden bedrohen, gerade „se concerter“ und nicht nur „se prévénir mutuellement de leurs intentions“ müßten. Ich habe mich natürlich nach Kräften bemüht, ihn zu beruhigen, und obgleich ich nichts von der Unterredung, auf die er sich berief, weiß, glaubte ich doch, ihm versichern zu können, daß Sie keineswegs beabsichtigt hätten, einen förmlichen Unterschied zwischen den Ausdrücken „se concerter“ und „se prévénir“ zu machen, sondern daß Sie wahrscheinlich im Gespräch nur den einen Ausdruck für den anderen gebraucht hätten. Den Beweis dafür liefere die Denkschrift, die Sie H. Georges Louis übergeben hätten. In ihr seien die Fragen aufgezählt, die gerade Ihrer Ansicht nach Gegenstand vorheriger Beratungen zwischen den Kabinetten von St. Petersburg und Paris sein müßten. Ich glaube, es ist mir gelungen, ihn völlig zu beruhigen, aber Sie werden zugeben, daß dieser Zwischenfall bezeichnend ist.

Während unserer weiteren Unterredung erklärte mir H. Poincaré seine größte Bereitwilligkeit, alle in Ihrer Denkschrift aufgeführten Fragen aufs sorgfältigste zu prüfen. Sie sind von solcher Tragweite, daß er sie der Gesamtregierung zur Beratung vorlegen muß. Danach wird er nicht verfehlen, Ihnen von seinen Ansichten Mitteilung zu machen. Aus diesem Anlaß fragte er mich mit augenscheinlicher Unruhe, was ich von den augenblicklich angeblich statt-

findenden militärischen Vorkehrungen und Truppenverschiebungen im Kaukasus wisse, über die er sowohl aus Tiflis wie auch aus Konstantinopel Nachrichten erhalten habe. Dort rufen sie, nach seinen Worten, große Aufregung hervor. Ich antwortete, daß ich keinerlei Mitteilungen über solche Maßnahmen erhalten habe, ihn aber versichern könne, daß es sich hierbei augenscheinlich nur um rein lokale militärische Anordnungen handele, die jedoch durch entsprechende Truppenverschiebungen und Vorbereitungen der Türken veranlaßt sein könnten. Die Türken besetzten bekanntlich systematisch persisches Gebiet und verfolgten dabei augenscheinlich das Ziel, strategische Stellungen auf unserer Flanke zu gewinnen.

Bevor ich diesen langen Brief schließe, muß ich noch eine Frage berühren. Nach Gerüchten, die zu mir gelangt sind, beabsichtigen Sie, H. Botkin von Tanger nach Lissabon zu versetzen und an seine Stelle, wenigstens bis zur Aufhebung des Postens in Tanger, H. Korotsowetz zu berufen. Ich kann Ihnen nicht verhehlen, daß dieser Schritt hier den peinlichsten Eindruck hervorrufen und als eine direkt unfreundliche Maßnahme gegen Frankreich aufgefaßt werden würde.

Durch meinen Bericht wissen Sie bereits, daß H. Regnault von hier nach Marokko gefahren ist mit dem Auftrag, in kürzester Frist mit dem Sultan einen förmlichen Vertrag über das Protektorat abzuschließen. Das Protektorat soll der diplomatischen Vertretung der Mächte in Marokko ein Ende machen. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, welchen Eindruck es hier machen würde, wenn wir wenige Wochen vor dem Abschluß dieses Vertrages einen neuen Gesandten für Tanger ernennen würden. Auch muß man sich der Umstände erinnern, unter denen H. Korotsowetz Peking verlassen hat, und welche Version darüber hier im Umlauf ist. Deshalb erlaube ich mir, Sie dringend zu bitten, den oben bezeichneten Plan nicht zur Ausführung zu bringen.

Zum Schluß möchte ich mir noch einige Worte über die demnächst zu erwartende Ankunft des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch in Frankreich erlauben. Sein Empfang wird selbstverständlich ein sehr feierlicher sein, und dank der gehobenen Stimmung, die hier nicht nur in militärischen Kreisen, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit herrscht, wird sein Aufenthalt inmitten der französischen Truppen zweifellos stürmische Ovationen hervorrufen. In dem Besuchsprogramm ist u. a. ein Aufenthalt in Nancy vorgesehen, wo man eine Parade und ein Manöver abzuhalten gedacht, und ein militärisches Festessen geben will. Jedermann weiß jedoch, daß gerade Nancy im Bezirk der sogenannten „eisernen“ Truppen liegt, die jeden Augenblick bereit sind, die deutsche Armee abzuwehren. Gerade diese Stadt ist ein besonders vulkanischer Boden. Das muß man sich im voraus überlegen, um, soweit mög-

lich, unerwünschte Zwischenfälle zu vermeiden. Aus meiner Unterhaltung mit H. Poincaré habe ich den Eindruck gewonnen, daß auch er über das eben von mir Erwähnte einigermaßen beunruhigt ist. Es ist leicht möglich, daß man hier nicht so sehr Zwischenfälle auf internationalem Gebiete befürchtet, sondern bis zu einem gewissen Grade den übertriebenen Enthusiasmus für den Vertreter des militärisch-monarchischen Prinzips, mag dieser selbst ein Verbündeter sein. Aus all diesen Gesichtspunkten heraus ist es durchaus möglich, daß Nancy von dem Programm gestrichen wird, was wir, wie mich deutet, nicht zu beklagen haben würden.

Vergeben Sie mir diesen nicht enden wollenden Brief.  
Ich drücke Ihnen freundschaftlichst die Hand.

Ihr sehr ergebener

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 15./28. März 1912

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

Dank für Ihren Brief vom 7./20. März. Gestern bestätigte H. Poincaré mir seine Absicht, Sie in Petersburg zu besuchen; der von Ihnen telegraphisch angegebene Zeitpunkt, d. h. die zweite Hälfte des Juli alten Stils, paßt ihm ausgezeichnet, da er mit den hiesigen Parlamentsferien zusammentrifft. So überflüssig mir eine Petersburger Reise von Ministern wie Cruppi und de Selves erschien, so nützlich und wünschenswert erscheint mir ein Besuch Poincarés. Sogar wenn sein Ministerium wider Erwarten nur von kurzer Dauer sein sollte (denn hier sind unvorhergesehene Krisen immer möglich), so ist doch Ihre persönliche Bekanntschaft mit diesem einflußreichen Staatsmann von großer Bedeutung.

Ohne Sie unnützerweise gegen H. Georges Louis beeinflussen zu wollen, kann ich doch nicht umhin, auf die Folgen hinzuweisen, die aus der meiner Überzeugung nach falschen Art und Weise, wie er Ihre Handlungen und Absichten beleuchtet, entstehen. Es ist für mich sehr schwer, gegen diese Folgen anzukämpfen, besonders wenn die eine oder andere Ihrer Mitteilungen durch Georges Louis hier einläuft, bevor sie durch mich übermittelt wird. Das hat sich gerade bei Ihrem letzten Vorschlag über die Form der in Konstantinopel geplanten Schritte ereignet. Als ich Poincaré den Inhalt Ihres Telegramms Nr. 527 mitteilte, sagte er mir, daß er Ihren Vorschlag schon durch H. Georges Louis kenne, aber in abgekürzter

Form (d. h. ohne den Zusatz, daß es angebracht sei, der Türkei im voraus zu verstehen zu geben, ihre Forderung auf Annulierung des Dekrets über die Annexion sei unzulässig) und daß er schon seine Zustimmung unter dieser Form gegeben habe.

In meinem streng geheimen Briefe erinnerte ich auch an die hier herrschende Überzeugung, daß Sie dazu neigen, die Forderungen Italiens zu unterstützen. Ein solcher Eindruck konnte wiederum nur durch die Berichte des Botschafters hervorgerufen werden. Sehr charakteristisch ist auch die Idee, die H. Poincaré nicht ohne Bitterkeit mir gegenüber aussprach, daß wir in der Bagdadfrage Frankreichs Interessen unseren eigenen Vorteilen geopfert hätten und daß dies nicht ohne Einfluß auf die Haltung Frankreichs in der Angelegenheit der chinesischen Anleihe und des Konsortiums der Vier bleiben könne.

Hinsichtlich dieser Frage erlaube ich mir die Ansicht auszudrücken, daß es unter den augenblicklichen Umständen für uns günstiger ist, dem Konsortium beizutreten, als zu schmollen und in der englisch-belgischen Gruppe zu bleiben, die keinerlei ernste finanzielle Bedeutung hat. Wenn sich nach unserem Eintritt in das Syndikat herausstellen wird, daß die uns feindlichen Elemente dort das Übergewicht haben, können wir immer noch demonstrativ unseren Austritt erklären, und haben es dann um so leichter, die französischen Banken mitzuziehen. Das ist unbestritten die Meinung des H. A. J. Putilow, der sich augenblicklich in Paris aufhält, aber die gegenteilige Ansicht wird unterstützt durch H. Verstraete, der hier nächste Woche erwartet wird. Die großen hiesigen Finanziers nehmen Verstraete nicht sehr ernst und halten ihn mehr für einen Vertreter der belgischen als der russischen Interessen. Die Information, nach der Simon in die gleichmäßige Teilung der chinesischen Anleihen zwischen den beiden Syndikaten einwilligt, stammt augenscheinlich von ihm und hat sich als ganz unbegründet erwiesen. Ich wiederhole es: ich sehe keinen anderen Ausweg als unseren Eintritt in das Konsortium unter für uns möglichst günstigen Bedingungen. Wie Sie aus meinem offiziellen Brief ersehen werden, habe ich das Terrain für Besprechungen über diese Bedingungen vorbereitet, und ich erwarte nur Ihre bestimmten Anweisungen, um sie zu eröffnen. Aber ich kann in diesen Besprechungen nur die politische Seite der Angelegenheit behandeln; die eigentliche finanzielle Seite müßte einem besonderen Bevollmächtigten anvertraut werden. Ich glaube, daß Nikolaus Raffalowitsch diese Aufgabe mit Erfolg durchführen könnte; er wird demnächst den Posten eines Vizedirektors der hiesigen Abteilung der Russisch-Asiatischen Bank erhalten.

Ich komme auf den beabsichtigten Besuch Poincarés zurück: Finden Sie nicht, daß aus diesem Anlaß auch meine Anwesenheit

in Petersburg nützlich wäre? Falls ja, so könnte ich meinen Sommerurlaub auf Ende Juli alten Stils verlegen und mit Poincaré zur selben Zeit eintreffen.

Ihr aufrichtig ergebener

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 29. März/11. April 1912

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

Aus ihrem Brief ersehe ich, daß Sie mehr und mehr unzufrieden sind mit H. Georges Louis und seiner Art und Weise, die ihm gewordenen Mitteilungen hierher zu übermitteln. Ihre Unzufriedenheit ist, wie mir scheint, durchaus begründet, und meiner Ansicht nach muß die augenblickliche Art des Verkehrs mit der französischen Regierung unvermeidlich zu ernsten Mißhelligkeiten und Mißverständnissen führen. Ich werde natürlich alles tun, was in meinen Kräften steht, um Poincaré einzuschärfen, daß es wünschenswert wäre, H. Georges Louis durch eine geeigneter Persönlichkeit zu ersetzen.

Aber die Abberufung eines Botschafters ist eine sehr delikate und schwierige Sache, besonders hier, wo sich um derart wichtige Ernennungen stets die verschiedenartigsten politischen Intrigen abspielen. Sie entsinnen sich wohl, welche Mühe die Ersetzung Bompards kostete, dem man doch viel schwerere Fehler vorzuwerfen hatte als Louis. Seine Entfernung hat leider zu keiner besseren Wahl geführt, und auch jetzt ist wohl kaum darauf zu rechnen, daß der Nachfolger des H. Louis eine durchaus geeignete Persönlichkeit sein wird. Augenblicklich ist kein ganz widerspruchslös anerkannter Kandidat für den Petersburger Posten vorhanden, und es ist zu fürchten, daß, sowie von einer derartigen Vakanz die Rede sein wird, die einflußreichen politischen Gruppen damit beginnen werden, ihre Kandidaten ins Vordertreffen zu schieben. Je wichtiger ein diplomatischer Posten ist, um so geringer ist die Aussicht, daß ihn ein Berufsdiplomat erhält, und um so wahrscheinlicher ist seine Besetzung mit einem Bureaucraten wie Louis oder irgendeinem Politiker. Daher ist es meiner Ansicht nach vorzuziehen, die Angelegenheit nicht zu beschleunigen und zuvor hier einen wirklich geeigneten Kandidaten zu suchen, um ihn dann bei der ersten günstigen Gelegenheit durchzubringen.

Einstweilen erlaube ich mir meine Meinung dahin auszusprechen, daß es vorteilhaft wäre, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. In Ihren Besprechungen mit Louis soviel als möglich alle mündlichen Mitteilungen zu vermeiden und, falls solche nötig sind, sie schriftlich zu bestätigen. 2. Sich etwas strenger an die allgemeine Regel zu halten, nach der die französischen Mitteilungen an uns (selbst die veröffentlichten) in St. Petersburg und unsere Mitteilungen an Frankreich in Paris gemacht werden müßten. Diese Regel wurde in früheren Zeiten systematischer als jetzt befolgt, und zu meiner Zeit gewohnheitsmäßig, z. B. in den Beziehungen zu dem Wiener Kabinett, beobachtet.

Zur Erklärung meiner Ansicht folgendes Beispiel: Als ich Poincaré den Originaltext Ihres letzten Vorschlags wegen der Friedensvermittlung überbrachte, sagte er mir, dieser Vorschlag sei ihm bereits durch H. Louis bekannt, aber ohne den Schlußteil, und er habe in dieser Form bereits seine Zustimmung dazu ebenfalls durch Georges Louis erteilt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Louis bei der Übersendung Ihrer Mitteilungen diese mit seinen Bemerkungen versieht und vielleicht sogar die Antworten vorschlägt. Ich halte es für vorteilhafter, daß solche Mitteilungen durch meine Vermittlung an Poincaré gelangen und durch unsere eigenen Erläuterungen unterstützt werden.

Poincaré hat immer noch nicht die von Ihnen Georges Louis übergebene Denkschrift erhalten, die Ihr prinzippetielles Einverständnis mit der Beteiligung an der chinesischen Anleihe enthält. Er ist sehr befriedigt über diesen Ausgang, der mir auch als der vernünftigste erscheint, denn er ist das einzige Mittel, die Überwachung und die Kontrolle über den Verbrauch des China geliehenen Geldes in der Hand zu behalten. Poincaré erkennt an, daß dem Konsortium der Bankiers in der vorhergehenden Phase der Angelegenheit eine zu große Freiheit des Handelns eingeräumt worden war, und daß unsere Unzufriedenheit mit der führenden Rolle, die die Amerikaner in dem Konsortium sich angemaßt hatten, durchaus begründet war. Er verspricht, diese Angelegenheit aufmerksamer zu verfolgen, und ist überzeugt, daß wir mit Hilfe Frankreichs, sowie seiner und unserer Freunde unsere Interessen besser werden wahrnehmen können, als wenn wir uns abseits hielten.

Bei der Beurteilung der Handlungsweise der französischen Regierung in dieser Angelegenheit darf nicht vergessen werden, daß sie den Banken gegenüber keineswegs allmächtig ist, und daß sich, wenn sie auch ein sehr wirksames Druckmittel auf dieselben in der Zulassung zur Kotierung besitzt, in der Praxis doch nicht die Banken in Händen der Regierung befinden, sondern im Gegenteil sehr oft die Regierung infolge der hiesigen politischen Verhältnisse von den Finanzleuten abhängig ist. In dieser Beziehung ist es unbedingt vorteilhafter für uns, daß H. Poincaré die Amtsgewalt in

Händen hat, da er in solchen Dingen weit unabhängiger ist und größere Fähigkeit besitzt als seine Vorgänger; aber selbst von ihm kann man nicht das Unmögliche verlangen, wie z. B. einen Befehl an die französischen Banken, aus dem Konsortium auszutreten, mit dem ihre wesentlichen materiellen Interessen verknüpft sind.

Da wir von Anleihen sprechen: ich sehe für die praktische Durchführung der bulgarischen Anleihe große Schwierigkeiten vor- aus. Unter diesem Gesichtspunkt war die Gründung der Balkan- Bank eine große Unvorsichtigkeit von der bulgarischen Regierung. Von sich selbst aus ist diese Bank einer bedeutenden Operation nicht fähig, während ihre Beteiligung die großen Kreditinstitute ab- stößt. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, daß die Balkan-Bank unter direkter Beteiligung Nekludows gegründet wurde. Wenn es sich so verhält, so hat er der bulgarischen Regierung und vielleicht auch uns selbst damit einen schlechten Dienst erwiesen, denn an dieser Bank ist auch unsere Internationale Bank beteiligt, die auf diese Weise in einen ungleichen Kampf mit Mächten, wie der Banque de Paris et des Pays-Bas, der Société Générale usw. geraten wird.

Bezüglich der Marokkoangelegenheiten kann ich Ihnen nicht verheimlichen, daß die Ernennung von Korostowetz hier, wie ich es voraussagte, große Bestürzung hervorgerufen hat. Poincaré hat mir gesagt, daß der Protektoratsvertrag gleich nach den Osterferien den Kammern zur Ratifizierung unterbreitet werden würde, und daß er hoffe, er werde noch in diesem Frühling in Kraft treten. Infolgedessen rechnet er darauf, daß Sie Ihr Versprechen, Korostowetz nicht nach Tanger zu senden, nicht vergessen werden, denn das könnte äußerst unangenehme Kommentare und Redereien hervorrufen. In Anbetracht der bevorstehenden Internationalisierung Tangers erscheint es mir tunlich, im voraus die Frage des Etats für unser Konsulat in dieser Stadt zu erörtern und eine geeignete Persönlichkeit zur Teilnahme an der besagten internationalen Verwaltung in Aussicht zu nehmen. Dies ist eine ziemlich schwierige Aufgabe, die von dem mit ihr Beauftragten eine gewisse Vorkenntnis der lokalen Verhältnisse verlangt. Ich meinerseits könnte Ihnen den Fürsten Gagarin, unseren früheren Sekretär in Tanger, vorschlagen. Ob er diesen Posten annehmen würde, weiß ich nicht, aber ich halte ihn für fähig, ihn auszufüllen. Er hat eine äußerst liebenswürdige, aber kränkliche Gattin, der das Klima Marokkos dasjenige Italiens ersetzen könnte. (Sie halten sich augenblicklich in Genua auf.)

Verzeihen Sie diesen allzu langen Brief...

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 4./17. Mai 1912

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Ich nehme die morgige Abreise Demidows wahr, um Ihnen in aller Eile einige Zeilen über den für mich sehr unangenehmen Zwischenfall mit Georges Louis zu schreiben, wegen dessen ich Ihnen soeben ein kurzes Telegramm schickte. Sie wissen, daß ich diese Angelegenheit von Anfang an für sehr heikel und schwierig gehalten und lange gezögert habe, mit H. Poincaré darüber zu sprechen. Ich habe mich erst dazu entschlossen, nachdem ich Ihren Brief erhalten hatte, in dem Sie mir schreiben, daß „die Schale Ihrer Langmut voll“ sei. Ich habe mich soviel wie möglich bemüht, bei der Unterhaltung weit auszuholen und sie mit der erdenklichsten Vorsicht zu beginnen. Zuerst fing ich an, gewissermaßen von mir persönlich aus über die erwarteten Ernennungen in den hohen französischen Diplomatenstellungen zu sprechen und seine Aufmerksamkeit auf gewisse äußere Mängel des H. Georges Louis zu lenken. Als ich sah, daß dies nicht den beabsichtigten Eindruck machte und ich fürchten mußte, daß von den neuen Ernennungen und Versetzungen Petersburg nicht berührt werden würde, entschloß ich mich schweren Herzens, ihm in streng vertraulicher Form von den Reibungen und Mißverständnissen zwischen Ihnen und Georges Louis in Kenntnis zu setzen, ohne ihn zu drängen und dessen Abberufung zu fordern. Ich wies nur darauf hin, daß es im Interesse der französisch-russischen Beziehungen wünschenswert sei, in näherer oder fernerer Zukunft ihn durch eine andere Persönlichkeit, tunlichst einen Diplomaten, zu ersetzen.

Leider hat sich hier wieder die Draufgängerart des H. Poincaré gezeigt, dem die diplomatischen Formen und Methoden völlig unbekannt sind. Anstatt diese Unterhaltung unter uns zu lassen und nach beschlossener Ersatzung des H. Louis durch eine andere Persönlichkeit ruhig einen günstigen Augenblick dafür abzuwarten, hat er trotz meiner inständigen Bitte, über diese ganze Sache strengste Diskretion zu bewahren, H. Georges Louis und alle seine Ministerkollegen davon in Kenntnis gesetzt. Letzteren schlug er u. a. vor, die Frage der Ernennung eines neuen Botschafters für Petersburg zu prüfen. Nachdem einmal die bevorstehende Abberufung des H. Georges Louis allen vierzehn Ministern bekannt war, war eine Indiskretion der Presse unvermeidlich. Poincaré, den ich soeben sprach, erklärte mir, er sei sehr bekümmert über diese Indiskretion, die nicht von dem Ministerium des Äußeren ausgehe. Wir beide haben jeder von sich aus Dementis verfaßt, die sofort der Agentur

Havas und dem Vertreter der Petersburger Telegraphenagentur übergeben worden sind. Sowie sie erscheinen, lege ich sie diesem Briefe noch bei.

Dieser ganze Zwischenfall ist äußerst unangenehm für mich, und nun muß man damit rechnen, daß eine überaus unerwünschte Polemik hierüber entstehen wird. All dies kompliziert die Frage der Abberufung des H. Louis und der Ernennung seines Nachfolgers noch mehr. Wie ich Ihnen bereits telegraphierte, ist seine Abberufung im Prinzip beschlossen, aber es ist unumgänglich nötig, einen anderen Posten für ihn zu finden. Die Idee, Deschanel für Petersburg zu ernennen, hat man fallen lassen. Es wird versichert, man habe ihn dieserhalb sondiert, er habe aber abgelehnt, um nicht sein Abgeordnetenmandat und seine Aussicht auf die Stellung des Präsidenten der Kammer und später auf die des Präsidenten der Republik zu verlieren. Der wahrscheinlichste Kandidat ist Barrère, um so mehr, als das die Möglichkeit ergeben würde, Louis nach Rom zu senden. Barrère ist Ihnen aus Rom gut bekannt, so brauche ich ihn nicht zu charakterisieren. In Rom hat er mit viel Erfolg gewirkt, aber seine Rolle ist zur Zeit dort ausgespielt. Seine stürmische Vergangenheit zur Zeit der Kommune ist jetzt ganz vergessen und er eignet sich unvergleichlich besser zur Arbeit und zum Leben in der Diplomatie als Georges Louis. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mich Ihre Ansicht über seine Kandidatur wissen ließen. Die Idee, den Marquis de Breteuil zu ernennen, ist leider nicht durchführbar.

Angesichts des oben besprochenen Zwischenfalls wird die Abberufung des H. Georges Louis, die sofort hätte durchgeführt werden sollen, wahrscheinlich etwas hinausgeschoben werden, und er wird nach Petersburg zurückkehren müssen, was unter den gegenwärtigen Umständen natürlich sowohl für Sie als für ihn sehr unangenehm sein wird. Ich bitte Sie, mich nicht zu streng zu urteilen, denn ich weiß nicht, wie ich einerseits die Abberufung des Botschafters in Fluß bringen und andererseits bei den hier herrschenden diplomatischen Sitten unausbleibliche Indiskretionen vermeiden hätte können. Es drohen mir hiernach auch Feindseligkeiten von Seiten des H. Georges Louis, sowie seiner zahlreichen Freunde und den ihm ergebenen Journalisten, die zu beeinflussen ich, da mir die notwendigen Mittel fehlen, nicht in der Lage bin.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 74

Paris, den 5./18. Mai 1912

Die Presse fährt heute fort, sich mit dem gestrigen Vorfall zu befassen. Die großen Blätter, wie der „*Temps*“, das „*Journal des Débats*“, der „*Matin*“ u. a. m., die vom Ministerium des Äußern inspiriert werden, betrachten die Angelegenheiten sehr ruhig und beschränken sich darauf, die Dementis abzudrucken. Einige Zeitungen, besonders diejenigen der extremen Richtung und der Opposition, die sich stets durch ihre Rußland feindliche Gesinnung ausgezeichnet haben, setzen ihre Angriffe gegen Rußland und gegen meine Person fort. Gleichzeitig zeigt sich das Bestreben, dem Zwischenfall einen politischen Anstrich zu geben und unsere Unzufriedenheit mit Louis dadurch zu erklären, daß Rußland an eine abenteuerliche Politik gegen die Türkei denke und hierbei dem Widerstande von seiten des französischen Botschafters begegne. Es ist bekannt, daß einige Blätter, die sich in diesem Sinne geäußert haben, von dem türkischen Botschafter unterstützt worden sind, der an die hiesige Presse namhafte Summen austeilt. Ich treffe Maßnahmen, um in den Blättern soviel als möglich die Wahrheit wieder zur Geltung zu bringen, aber das ist sehr schwierig, da mir hierzu finanzielle Mittel fehlen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 10./23. Mai 1912

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Ich kann meiner Ansicht nach meinen beiden Briefen über den Zwischenfall mit Georges Louis nichts Wesentliches hinzufügen. Sie verstehen natürlich, wie peinlich und unangenehm dieser Zwischenfall für mich ist. Ich habe bekanntermaßen lange gezögert, mit Poincaré von dieser Angelegenheit zu sprechen, habe sie nur auf Umwegen angefaßt und erst schweren Herzens mich zum Handeln entschlossen, als Sie mir schrieben, die Schale Ihrer Langmut laufe über, und als Kudacheff, der aus Petersburg hier ankam, mir mündlich die Unterhaltung, die Sie mit ihm wegen dieser Sache hatten, berichtete. Sie kennen mich zu gut, um zu bezweifeln, daß ich bei der Unterredung alle nötigen Vorbehalte gemacht und die gebotene Vorsicht beobachtet habe. Ich erinnere mich, sie mit den Worten geschlossen zu haben: „Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Auf-

fassung meiner Andeutungen, die ich Ihnen ganz privatim und vertraulich über Mißverständnisse zwischen H. Sasonow und H. Georges Louis machen mußte.“

Ich ahne nicht, wer H. Poincaré die Überzeugung beibringen konnte, daß diese Worte den Charakter einer formellen Forderung der Abberufung des H. Georges Louis gehabt haben, aber es ist nicht zu bezweifeln, daß sich ein mir feindlicher Einfluß von dritter Seite bemerkbar machte. Es ist anzunehmen, daß ich seit der Abberufung Bompards hier im Ministerium persönliche Feinde habe. Einer von diesen ist H. Berthelot, der Gründer des Konsortiums der Vier für die chinesischen Anleihen; er hat sich offen über meine energische Enmischung in diese Angelegenheit beklagt. Auf mein Drängen hin hat H. Poincaré von ihm die sämtlichen „Akten“ eingefordert und sich so von der äußerst schädlichen Richtung überzeugt, die H. Berthelot dieser Angelegenheit gegeben hat. Auch Georges Louis ist offenbar sehr unzufrieden mit meiner Hartnäckigkeit in dieser Sache gewesen. Verstraete wird Ihnen sagen, daß er sich in London von der außerordentlich tendenziösen Art und Weise überzeugen konnte, in der Georges Louis aus Petersburg über diese Angelegenheit berichtet hat. Übrigens können Sie sich selbst durch die geheime Durchsicht der Korrespondenz, die anbei zurückgesandt wird, davon überzeugen.

So unangenehm dieser Zwischenfall an sich auch ist, so gut ist es doch wohl, daß das Geschwür endlich aufgegangen ist, denn schließlich hätten die Berichte des H. Louis in unseren Beziehungen zu Frankreich nicht wieder gutzumachenden Schaden anrichten können. Jetzt, nach all dem Aufsehen, wird es für mich sehr schwer sein, auf die Wahl seines Nachfolgers direkt einzuwirken. Angesichts der Notwendigkeit, Louis unterzubringen, werden wir, denke ich, den Vorschlag einer Ernennung Barrères nicht vermeiden können. Wenn ich auch in der Beurteilung seiner Persönlichkeit voll und ganz mit Ihnen übereinstimme, so glaube ich doch, daß wir unsere Einwilligung werden geben müssen. Übrigens wird alles das nicht vor der Reise Poincarés nach Petersburg geklärt werden. Ich rechne sehr darauf, daß durch diese Reise alle Mißverständnisse aus der Welt geschafft werden.

Jetzt muß ich alle Folgen genau erwägen, die sich aus diesem Sturm ergeben. Meine persönliche Stellung Poincaré gegenüber ist, meiner Überzeugung nach, nicht erschüttert. Aber der jetzige Zwischenfall hat verschiedene Intrigen und Strömungen ans Licht gebracht, mit denen ich werde rechnen müssen. Ich argwöhne sogar gewisse persönliche Mißstimmungen gegen meine Frau und mich in gesellschaftlicher Beziehung. Es ist sehr möglich, daß man uns zu große Intimität mit den hiesigen Kreisen der großen Welt und der Aristokratie vorwirft, die uns wirklich sehr warm aufgenommen

haben. Sie wissen, daß unsere hiesige Botschaft immer ihre Sympathie für die nationalistischen und antirepublikanischen Kreise offen zur Schau getragen hat. Ich vermeide vorsorglich eine solche Haltung und habe hier zu einem Kreise der verschiedensten Gesellschaftsschichten Beziehungen angeknüpft. Trotzdem war unsere Popularität unter den „upper three hundred“ vielleicht nicht nach dem Geschmack dieses oder jenes ministeriellen Salons. Hier ist nichts zu machen, und das gestaltet gerade das öffentliche Leben schwierig und unangenehm. Noch ernster ist der Umstand, daß es mir unmöglich ist, die kleine Presse, die von Gratifikationen und Erpressungen lebt, in genügendem Maße zu beeinflussen. Darüber habe ich vor etwa einem Jahre ausführlich an W. N. Kokowtzow geschrieben, aber ohne Resultat. In normalen Zeiten würde sich das nicht bemerkbar machen, weil ich sehr gute Beziehungen zu den ernsten Blättern angeknüpft habe, was mir im vorliegenden Fall von sehr großem Vorteil war. Es ist aber notwendig, in kritischen Momenten Mittel zur schnellen Beeinflussung der hungrigen Meute der kleinen Blätter zu besitzen. Ich bin, wie Sie wissen, vollständig von solchen Mitteln entblößt.

Ich begreife, wie unangenehm Ihnen Ihre erste Begegnung mit Louis sein wird. Wenn Sie dabei allzusehr betonen, daß Sie nicht beabsichtigt hätten, auf seine Abberufung zu dringen, so kann ihm das wieder zum Vorwand dienen, tendenziös gefärbte Berichte einzusenden, und natürlich wird er sich dann bemühen, die ganze Verantwortlichkeit mir zuzuschieben. Ich meine, er hat es vollständig verdient, daß Sie ihm ruhig aber fest die Gründe Ihrer Unzufriedenheit auseinandersetzen. In jedem Fall ist seines Bleibens in St. Petersburg nicht mehr, und er soll sich das gesagt sein lassen.

P.S. Ich füge auch die zweite geheim durchgesehene Korrespondenz bei.

Iswolski

### 3. Kapitel

## Die französisch-russische Marine-Konvention



---

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Streng vertraulich

Paris, den 16./29. Februar 1912

Eingetroffen am 19. Februar

Vermerk Nikolaus' II.: Wünschenswert

Zarskoje Selo, 19. Februar 1912

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

In meinem Brief an Eure Hohe Exzellenz vom 3./16. Februar des vergangenen Jahres hatte ich die Ehre, die Idee auszusprechen, es sei wünschenswert, direktere und engere Beziehungen zwischen den russischen und französischen Admiralstäben herzustellen. Unser hiesiger Marineattaché hat in diesem Sinne an seine Vorgesetzten geschrieben. Jetzt hat mir der Kapitän zur See Kartzow, der dieser Tage aus Petersburg zurückgekehrt ist, mitgeteilt, daß diese Idee die volle Billigung des Marineministers gefunden habe. Nach den Worten des Kapitäns Kartzow hatte Admiral Grigorowitsch im Laufe eines mündlichen Meinungsaustausches mit Ihnen Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß auch das Ministerium des Äußern dem besagten Vorschlag sehr sympathisch gegenüberstehe. Nun ist Kapitän Kartzow beauftragt worden, in vertrauliche Beziehungen zu dem französischen Marineminister zu treten, um einerseits den russischen Marineattaché in Paris in näheren Kontakt mit den verschiedenen Organen des französischen Marineministerrums zu bringen, und andererseits die Ankunft des neuen Chefs unseres Admiralstabs vorzubereiten. Bei dieser Gelegenheit bat mich Kapitän Kartzow, ihm meine Hilfe bei der Erfüllung der Mission, mit der er beauftragt ist, in der Form von entsprechenden Unterhaltungen mit dem Präsidenten des Ministerrats und dem Marineminister zuteil werden zu lassen. Ich gab Kapitän Kartzow zur Antwort, daß ich trotz meiner aufrichtigsten Sympathie für das erstrebte Ziel Bedenken trage, in einer so wichtigen und heiklen Angelegenheit in Besprechungen mit den französischen Ministern einzutreten, ohne hierüber besondere Weisungen von Eurer Hohen

Exzellenz erhalten zu haben. Wegen des Vorhergehenden bitte ich dringend, mir Ihre Ansicht über die Mission des Kapitäns Kartzow bekanntzugeben und mitzuteilen, ob ich mit entsprechenden Erklärungen an die Herren Poincaré und Delcassé herantreten kann.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
stellvertretenden russischen Außenminister*

Brief  
Streng geheim!

Paris, den 5./18. Juli 1912

Auf dem Original der eigenhändige Vermerk Nikolaus' II.

Sehr geehrter Anatol Anatoliewitsch!

Wie Sie wissen, wurden die gewohnten Konferenzen zwischen den Chefs der Generalstäbe der russischen und französischen Armeen in diesem Jahre zum ersten Male durch gleichartige Konferenzen zwischen den Chefs der beiden Admiralstäbe ergänzt. General Gilinski und Vizeadmiral Fürst Lieven, die gleichzeitig hier eintrafen, haben ihre Mission fast zur selben Zeit erledigt. Ich meinerseits habe selbstverständlich weder an den einen noch an den anderen Konferenzen teilgenommen, und zwar auf Grund eines für allemal geltenden Prinzips. Ich habe mich darauf beschränkt, die beiden Chefs unserer Stäbe gelegentlich ihrer Ankunft mit dem französischen Kriegs- und Marineminister zusammen zum Frühstück in die Botschaft einzuladen. Dann habe ich mich mit Erlaubnis von H. Sasonow nach Contrexéville begeben. Zur Abfertigung des Kuriers zurückgekehrt, habe ich General Gilinski schon nicht mehr angetroffen, aber Fürst Lieven hat meine Ankunft absichtlich abgewartet, hauptsächlich, um mich über das, was er getan hat, zu unterrichten. Während die Konferenzen zwischen General Gilinski und General Joffre in dem durch die bestehende russisch-französische Konvention genau festgesetzten Rahmen stattfanden, mußten Vizeadmiral Fürst Lieven und Vizeadmiral Aubert vor allem die Grundlagen für ihre Unterredungen festlegen.

Hierbei kamen die beiden Admirale zu dem Schluß, daß solche Grundlagen nur durch eine besondere Marinekonvention gebildet werden können, die aus der Militärkonvention hervorgeht und diese vervollständigt. Der Text dieser Konvention, der unter offiziöser Beteiligung des politischen Direktors des Ministeriums des Äußern, H. Paléologue, ausgearbeitet wurde, wurde am 3./16. Juli von dem Fürsten Lieven und dem Vizeadmiral Aubert unterzeichnet. Auf

Grund eines gegenseitigen Übereinkommens soll diese Vereinbarung von den russischen und französischen Marineministern unterschrieben und dann den russischen und französischen Ministern des Äußern zur Unterzeichnung vorgelegt werden, entsprechend dem für die Militärkonvention festgelegten Verfahren.

H. Delcassé wird seine Unterschrift gleich nach seiner Rückkehr von den Marinemanövern unter die besagte Konvention setzen. Dann wird unser Marineattaché in Frankreich, der Kapitän zur See Kartzow, sie persönlich nach St. Petersburg bringen, um sie von unserem Marineminister unterzeichnen zu lassen.

Alle diese Formalitäten werden vor der Ankunft des H. Poincaré in St. Petersburg beendet sein, und so kann die Marinekonvention während seines Aufenthalts in unserer Hauptstadt auch die Unterschrift des H. Sasonow und des französischen Außenministers erhalten. Ich habe die Ehre, hier eine Abschrift des Wortlautes der Konvention, den mir Fürst Lieven mitgeteilt hat, beizulegen.

Nachdem sie so die Grundlagen ihres Meinungsaustausches festgelegt hatten, hielten Fürst Lieven und der Vizeadmiral Aubert eine Reihe von Konferenzen ab, in denen sie die verschiedenen Fragen, die sich aus der beabsichtigten, gemeinsamen Operation der russischen und der französischen Flotten ergeben, einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die Resultate dieser Konferenzen wurden in einem besonderen Protokoll, das beide Admirale unterzeichneten, niedergelegt. Ich habe nur ganz flüchtig von dem Text dieses umfangreichen Dokumentes Kenntnis nehmen können, aber es wird selbstverständlich zu gegebener Zeit unserem Minister des Äußern mitgeteilt werden.

Fürst Lieven sagte mir, als er mir seinen Inhalt erläuterte, daß seiner Überzeugung nach der soeben gepflogene Meinungsaustausch für uns sehr vorteilhafte Resultate gezeitigt habe. Der Chef des französischen Admiralstabes habe nämlich durchaus eingesehen, daß es im gegenseitigen Interesse beider Verbündeten notwendig sei, uns die Wahrung der Vorherrschaft im Schwarzen Meer durch Ausübung eines geeigneten Druckes auf die Flotten unserer eventuellen Feinde, d. h. besonders Österreich-Ungarns und vielleicht Deutschlands und Italiens, zu erleichtern. Zu diesem Zwecke habe Frankreich sich bereit erklärt, schon in Friedenszeiten seine Seestreitkräfte im Mittelmeer mehr nach Osten, d. h. nach Bizerta, zu konzentrieren. Diese Entscheidung, die in dem Protokoll ganz klar ausgesprochen ist, hält Fürst Lieven um so mehr für einen großen Erfolg für uns, als sie durch keine Verpflichtung von unserer Seite bedingt ist. Überhaupt äußert sich Fürst Lieven außerordentlich lobend über das Entgegenkommen, die Offenheit und Aufrichtigkeit seines französischen Kollegen.

Ich halte es für meine Pflicht, Sie von dem Vorhergehenden

ausschließlich informatorisch in Kenntnis zu setzen, da ich mich, wie ich nochmals wiederhole, weder direkt noch indirekt an den Konferenzen zwischen den beiden Chefs der Admiralstäbe beteiligt habe. Ich erlaube mir immerhin meine persönliche Meinung dahin auszusprechen, daß die von dem Fürsten Lieven und dem Vizeadmiral Aubert ausgearbeitete Marinekonvention mir tatsächlich als unvermeidliche, durchaus logische Folge und Ergänzung der seit 1892 bestehenden russisch-französischen Militärkonvention erscheint. Wenn diese Ergänzung erst so spät gemacht worden ist, dürfte das ausschließlich daran gelegen haben, daß es bei uns vorher keinen Admiralstab gab, d. h. kein Organ, dem die Verantwortung oblag, im voraus unseren Seestreitkräften die besten strategischen Bedingungen für den Kriegsfall zu sichern. Gott gebe, daß der von Fürst Lieven so glücklich begonnene Meinungsaustausch mit Frankreich unserer wiedererstehenden Flotte zum Glück und Ruhme gereichen werde. Ihre zukünftige Kampfkraft bedeutet eine neue Garantie für die Erfüllung der Rußland bevorstehenden politischen Aufgaben.

Genehmigen Sie usw.

I swolski

P.S. Wegen des besonders geheimen Charakters des diesem Briefe beigefügten Dokuments sende ich es, so wie ich es mit der Hand und in Eile nach dem mir von Fürst Lieven mitgeteilten Original abgeschrieben habe.

Ut in Litteris.

I swolski

#### Anlage

Geheim

Exemplar Nr. 1

Entwurf der Marinekonvention

1. Artikel. — Die Seestreitkräfte Frankreichs und Rußlands operieren gemeinsam bei allen Eventualitäten, bei denen das Bündnis die Zusammenarbeit der Landarmee voraussieht und bestimmt.

2. Artikel. — Die gemeinsame Operation der Seestreitkräfte wird schon in Friedenszeiten vorbereitet.

Zu diesem Zwecke werden die Chefs der beiden Admiralstäbe von jetzt an ermächtigt, direkt miteinander zu korrespondieren, alle Nachrichten auszutauschen, alle Kriegsmöglichkeiten zu studieren und alle strategischen Pläne miteinander zu vereinbaren.

3. Artikel. — Die Chefs der beiden Admiralstäbe konferieren mindestens einmal im Jahr persönlich miteinander; sie setzen über ihre Konferenzen Protokolle auf.

4. Artikel. — Diese Konvention wird bezüglich ihrer Dauer, Auswirkung und Geheimhaltung der Militärkonvention vom 17. August 1892 und den daraus folgenden Verträgen gleichgestellt.

Paris, den 16. Juli 1912.

Der Chef des Generalstabes der französischen Marine:

C. Aubert.

Der Marineminister:

Delcassé.

Der Chef des Generalstabes der russischen Marine:

Fürst A. Lieven.

Der Marineminister:

J. Grigorowitsch.



4. Kapitel  
Baltischport

Proprietary

---

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 1062 St. Petersburg, den 22. Mai/4. Juni 1912

Ich telegraphiere nach Paris: Sie können Poincaré vertraulich von der in Aussicht genommenen Zusammenkunft zwischen unserem Monarchen und Kaiser Wilhelm in den finnischen Schären Kenntnis geben. Fügen Sie hinzu, daß die Bande, die uns an Frankreich binden, zu fest sind, als daß es noch nötig wäre, darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung oder die öffentliche Meinung die geringste Beunruhigung anläßlich dieses Ereignisses empfinden könne. Was die Vorbereitung der öffentlichen Meinung Frankreichs anbelangt, so bitte ich Sie, dieses der französischen Regierung zu übertragen, um auf die beste Art und Weise, je nach den örtlichen Verhältnissen, der Presse zu erklären, daß die in Frage kommende Zusammenkunft unsere Beziehungen zu Frankreich in keiner Weise beeinträchtigen könne.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 95 Paris, den 23. Mai/5. Juni 1912

Ihr Telegramm Nr. 1062 erhalten.

Persönlich. — Ich setzte Poincaré vertraulich davon in Kenntnis, der mir gegenüber äußerte, daß die französische Regierung zu sehr von der Festigkeit der Bande überzeugt sei, die uns mit Frankreich verknüpften, als daß die bevorstehende Zusammenkunft ihm irgendwelche Besorgnisse einzuflößen vermöchte, daß aber die französische Öffentlichkeit unter den gegenwärtigen Umständen ihretwegen sicherlich überaus besorgt werden würde. Er zweifelt daran, ob es ihm gelingen wird, diese Besorgnis durch Einwirkung auf die Presse zu schwächen, und nach seiner Meinung wäre das einzige Korrektiv, wenn auch ein nicht sehr wirksames, ein gleichzeitiger und vollkommen genauer Hinweis auf den Zeitpunkt von

seinem (Poincarés) Eintreffen in Petersburg. Aus der Unterhaltung gewann ich den Eindruck, daß Poincaré über das bevorstehende Ereignis, das zweifellos im weitgehendsten Maße von den Feinden des Dreiverbandes ausgenutzt werden wird, überaus besorgt ist. Genaues brieflich mit dem morgigen Kurier.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 97

Paris, den 25. Mai/7. Juni 1912

(Ch.) Ich sagte Poincaré in einem Gespräch, daß die Zusammenkunft in den Schären ohne Zweifel und nach den früheren Beispielen nicht einen politischen, sondern einen vollkommen privaten und familiären Charakter haben wird, was ihn bis zu einem gewissen Grade beruhigte. Jetzt telegraphiert Georges Louis, daß der Kanzler Kaiser Wilhelm begleiten werde und Sie den Kaiser. Das versetzte Poincaré in äußerste Unruhe, da er davon überzeugt ist, daß unter diesen Umständen und angesichts der gespannten internationalen Lage der Zusammenkunft überall eine außerordentliche politische Bedeutung beigemessen werden wird. Er befürchtet ferner, daß Kaiser Wilhelm die Gelegenheit benutzen werde, um mit irgendeinem Vorschlage hervorzutreten und auf diese Weise die Friedensstiftung zwischen Italien und der Türkei in seine Hände zu nehmen. Poincaré telegraphiert deswegen Louis, er müsse sich unserer positiven Zusicherung vergewissern, daß bei der Zusammenkunft keinerlei Verhandlungen über Fragen des nahen Orients oder andere Fragen unter Umgehung Frankreichs geführt werden. Zu diesem Zwecke solle Louis sich eine Allerhöchste Audienz erbitten. Das sei, seiner Ansicht nach, um so notwendiger, als Frankreich von Beginn der gegenwärtigen Verwicklungen an seinerseits in allerengster Fühlungnahme mit uns gehandelt habe und auf Ihre Initiative hin das St. Petersburger und das Pariser Kabinett die Besprechung verschiedener Zufallsmöglichkeiten begonnen hätten, die im Zusammenhange mit den obengenannten Verwicklungen entstehen könnten. Ferner hält Poincaré, um jeglichen Versuch Kaisers Wilhelms, die Initiative zu ergreifen, zu vereiteln, es für notwendig, schon jetzt zwischen Rußland, Frankreich und England alle Einzelheiten der künftigen gemeinsamen Handlungen festzulegen, z. B. beizeiten zu verabreden, daß ihr Programm für den Fall des Zustandekommens der Konferenz streng auf die Tripolis- und Kyrenaika-Frage beschränkt bleiben werde. Die Bekanntgabe einer derartigen Verabredung der drei Mächte könne hier und in

England die Öffentlichkeit bis zu einem gewissen Grade beruhigen. Diese Gedanken beabsichtigt Poincaré auch dem Londoner Kabinett mitzuteilen.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm

Moskau, den 27. Mai/9. Juni 1912

Erhielt das Telegramm Nr. 97.

/Ch./ Der Vorschlag Poincarés, zwischen uns, Paris und London eine Gemeinsamkeit des Vorgehens zwecks Beendigung des italienisch-türkischen Krieges herbeizuführen, entspricht vollkommen unseren Wünschen. Ich weise ununterbrochen auf die Notwendigkeit hin, uns über diesen Gegenstand wie über alle wichtigen Fragen der internationalen Politik, hinsichtlich deren wir nach wie vor mit Frankreich übereinzustimmen wünschen, zu verständigen. Teilen Sie bitte dem Minister des Äußern mit, ich freue mich, daß er sich unserem Standpunkte anschließe und ich sei bereit, mit ihm in den vorgeschlagenen Meinungsaustausch einzutreten. — Was seine Befürchtungen über die bevorstehende Zusammenkunft in den Schären anbetrifft, so lehne ich es entschieden ab, die von den Franzosen bekundete Nervosität zu verstehen, die nur dann erklärlich wäre, wenn in unseren gegenseitigen Beziehungen Veränderungen stattfänden, die die Festigkeit unseres Bündnisses zu erschüttern imstande wären. Unsererseits haben wir zu derartigen Befürchtungen keinerlei Anlaß gegeben und halten das von den Franzosen geäußerte Mißtrauen für vollkommen unbegründet und sogar für gefährlich.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 1235 St. Petersburg, den 19. Juni/2. Juli 1912

Dringlich.

Seine Majestät der Kaiser geruhte in diesen Tagen, dem französischen Botschafter eine Audienz zu gewähren. Seine Majestät geruhte, den Botschafter persönlich der Unerschütterlichkeit des französisch-russischen Bündnisses zu versichern und auf die Grundlosigkeit der in Frankreich zutage getretenen Besorgnis anlässlich der bevorstehenden Zusammenkunft in Baltischport hinzuweisen.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 1260      St. Petersburg, den 24. Juni/7. Juli 1912

Ich telegraphiere nach Paris: Die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Baltischport hat einen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Bei großer Herzlichkeit der gegenseitigen Beziehungen haben offene Erklärungen in politischen Fragen deutlich bewiesen, daß keinerlei Absicht besteht, irgendwelche Veränderung in der Gruppierung der europäischen Staaten vorzunehmen. In der Frage der Beendigung des italienisch-türkischen Krieges sind gleichfalls von deutscher Seite keinerlei Vorschläge erfolgt. Dieses zusammen mit der völlig richtigen offiziösen Veröffentlichung in der Presse ist der beste Beweis, wie recht wir hatten, als wir den Franzosen sagten, daß die von ihnen gehegten Befürchtungen jeder Begründung entbehren. Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne mit Poincaré auszusprechen.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
stellvertretenden russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 5./18. Juli 1912

Meine in Contréxéville begonnene Kur habe ich für einige Tage unterbrochen, um H. Poincaré zu sehen und Ihnen meine letzten Eindrücke durch den heute abgehenden Kurier mitzuteilen. Leider ist, wie Sie bereits wissen, der Vetter des Ministerpräsidenten, der berühmte Mathematiker Henri Poincaré, gestern plötzlich gestorben. Der verstorbene Gelehrte stand mit H. Raymond Poincaré nicht nur durch die Bande der Verwandtschaft, sondern auch durch vertraute Freundschaft in naher Beziehung. H. Poincaré konnte mich gestern nicht empfangen, und auch heute werde ich ihn schwerlich vor der Abfahrt des Kuriers sprechen können. Ich hatte aber eine lange Unterredung mit H. Paléologue, der über alle Einzelheiten der laufenden Politik unterrichtet ist und mir folgende Mitteilungen gemacht:

Die französische Regierung ist von dem Resultat der Monarchenzusammenkunft in Baltischport sehr befriedigt. Sowohl die aus diesem Anlaß veröffentlichte gemeinsame russisch-deutsche Mitteilung, wie auch besonders die von den Herren S. D. Sasonow und W. N. Kokowtzw dem französischen Botschafter gegebenen Aufschlüsse und Erklärungen haben die französischen Minister voll überzeugt, daß die fragliche Zusammenkunft die Garantien für die

Aufrechterhaltung des allgemeinen europäischen Friedens vermehrt, und dabei keinerlei Änderungen in den Beziehungen zwischen den Mächten hervorgerufen hat. Ich habe meinerseits nicht verfehlt, H. Paléologue den wesentlichen Inhalt des Telegramms Nr. 1620 zu übermitteln, das S. D. Sasonow am 24. Juni an mich sandte, sowie einige der in seinem Brief vom 25. Juni enthaltenen Angaben. Ich wählte hauptsächlich diejenigen, die am besten die optimistische Auffassung der hiesigen Regierung über das stattgehabte Ereignis zu bestärken geeignet waren. Im großen und ganzen scheint es mir, daß dank der rechtzeitigen, an H. Georges Louis und, durch meine Vermittlung, auch an H. Poincaré abgegebenen Erklärungen, die anfänglich von den französischen Ministern bekundete Nervosität und ihr Mißtrauen vollständig geschwunden sind, und daß wir keine Ursache mehr haben, eine Wiederholung von Mißverständnissen zu befürchten, wie sie sich nach der Potsdamer Begegnung ergeben haben. Für dieses Mal konnte auch eine falsche Deutung dieser Begebenheit vor der französischen Öffentlichkeit verhütet werden. Dies Resultat ist durch einen energischen Druck von meiner Seite auf die hauptsächlichsten Organe der französischen Presse erreicht worden, während H. Poincaré auch seinerseits ebensolche und natürlich noch wirksamere Schritte unternahm. Die außerordentlich geschickte Abfassung der gleich nach der Zusammenkunft veröffentlichten offiziellen Mitteilung, die den Zeitungen sofort das Material zu einer richtigen Bewertung des Vorkommnisses lieferte, trug reichlich zum Erfolg dieser Bemühungen bei. Der Pariser Aufenthalt unserer Generalstabschefs der Armee und Marine gerade während der Tage der Zusammenkunft spielte, als deutlicher Beweis für die Festigkeit des russisch-französischen Bündnisses, auch eine nicht unbedeutende Rolle.

Über die Fragen des italienisch-türkischen Krieges gab H. Paléologue mir folgende Einzelheiten bekannt, die die Mitteilung des H. Georges Louis an S. D. Sasonow über die Unterredung Bompards mit dem Großvezier ergänzen und beleuchten. Wegen der Dauer des Konflikts beunruhigt und von dem Wunsche beseelt, das Seinige zur Wiederherstellung des Friedens beizutragen, hat Poincaré Bompard beauftragt, in durchaus privater und freundschaftlicher Form und sorgsam einen etwaigen Vermittlungsvorschlag vermeidend, die Aufmerksamkeit des Großveziers auf die Gefahren zu lenken, die der Türkei bei einer Verlängerung des Krieges drohen, und sich zu informieren, ob die türkische Regierung nicht die Bedingungen formulieren wolle, unter denen sie zu einem Friedensschluß bereit wäre. Als Antwort darauf hat der Großvezier ihm die vier Ihnen bekannten Punkte mitgeteilt. H. Poincaré brachte diese Punkte sofort zur Kenntnis Tittonis und beauftragte Barrère, das Kabinett in Rom darüber zu unterrichten.

H. Tittoni erklärte sehr bestimmt, daß die besagten Bedingungen für Italien unannehmbar seien. In Rom aber drückte sich H. Bollati etwas milder aus und gab tatsächlich zu, daß diese Vorschläge „etwas Hoffnung übrig ließen“. H. Poincaré hat das Petersburger und Londoner Kabinett von dem Vorstehenden unterrichtet, er beabsichtigt aber vorläufig keine weiteren Schritte. Auf meine Frage, ob die französische Regierung etwas über irgendwelche direkte Verhandlungen zwischen Italien und der Türkei wisse, antwortete mir H. Paléologue, daß man hier zwar keine genaue Nachricht hierüber habe, wohl aber im allgemeinen aus den Worten H. Bollatis schließen könne, daß tatsächlich etwas Derartiges vor sich ginge, wenn auch wahrscheinlich ganz insgeheim und nicht offiziell. Das führte uns auf die letzten Erklärungen des H. Georges Louis, die Sie mir in Ihrem Telegramm Nr. 1302 vom 29. Juni/ 12. Juli mitteilten. H. Paléologue sagte mir, H. Poincaré sei zwar bereits wegen der Möglichkeit einer nur von Deutschland ausgehenden Initiative vollkommen beruhigt gewesen, er sei aber durch das Telegramm vom 8. Juli neuen Stils äußerst unliebsam überrascht und beunruhigt worden, in dem Georges Louis ihn wissen ließ, „H. Sasonow habe nunmehr die Gewißheit, daß Deutschland sicher sei, allein den Frieden zwischen Italien und der Türkei wiederherstellen zu können“, und die deutsche Regierung suche daher mit allen Mitteln beiden Parteien den Gedanken direkter Verhandlungen nahezulegen. Zur Bestätigung seiner Worte zeigte mir H. Paléologue sogar den Text des Telegramms von Georges Louis, das tatsächlich den Satz enthält, den ich in Anführungsstrichen zitiert habe. Ich beeilte mich, gestützt auf Ihr Telegramm Nr. 1302, H. Paléologue darüber aufzuklären, daß es sich auch hierbei wieder um ein Mißverständnis handle, das ich einfach auf einen Irrtum im Entziffern zurückführen möchte, denn es sei unmöglich, daß H. Georges Louis die Äußerung S. D. Sasonows in diesem Sinne verstanden habe, als dieser von der ihm gewordenen Information berichtete, Deutschland sei für direkte Verhandlungen zwischen der Türkei und Italien. Man habe dabei in Petersburg keinerlei Anzeichen dafür, daß Deutschland allein eine Vermittlung anstrebe. Meine Erklärungen beruhigten H. Paléologue sichtlich, obgleich er die Möglichkeit eines Irrtums beim Entziffern nicht ganz zugab. Es bleibt nur übrig, anzunehmen, daß H. Georges Louis wieder einmal den Sinn der Worte S. D. Sasonows bewußt oder infolge eines verhängnisvollen Mißverständnisses entstellt hat.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

5. Kapitel  
Poincaré in Petersburg



---

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 7./20. Juni 1912

Sehr geehrter Herr Sergej Dmitriewitsch!

Gestern mußte ich abermals ein wahres Unwetter überstehen und wieder infolge der ersichtlich unrichtigen und tendenziösen Übermittlung Ihrer Antwort auf den Vorschlag Poincarés durch Georges Louis. Ich fand den Minister des Äußern außerordentlich erregt. Aus den Mitteilungen des H. Georges Louis ging hervor, daß Sie im Grunde nicht mit dem Gedanken einverstanden seien, die vorgesehene Friedensvermittlung auf den ursprünglichen türkisch-italienischen Konflikt zu beschränken, und kategorisch und vollständig den Vorschlag Poincarés in seiner letzten, vom Londoner Kabinett schon formell angenommenen Fassung abgelehnt hätten. Das hat Poincaré um so mehr in Erstaunen versetzt, als es nach früheren Mitteilungen Georges Louis' schien, Sie seien mit diesem Gedanken im Grunde voll und ganz einverstanden. Poincaré hat mir das Telegramm von Louis nicht gezeigt, aber aus seinen Worten schließe ich folgendes:

1. Als er Ihre Einwände gegen den Satz über die Unterzeichnung des Protokolls wegen des Desinteressements übermittelte, hat er nicht die Gründe Ihrer Einwände erwähnt und Ihnen den Wunsch zugeschrieben, das Gebiet der bevorstehenden Vermittlung überhaupt nicht zu beschränken.

2. Georges Louis hat vollkommen unterlassen, Ihre Erklärung zu übermitteln, nach der Sie bereit sind, jede für uns annehmbare Formel aufmerksam zu prüfen. Infolgedessen entstand der Eindruck einer schroffen und bedingungslosen Ablehnung des französischen Vorschlags von Ihrer Seite.

Da ich Ihre letzten Telegramme bei mir hatte, konnte ich, auf diese gestützt, bis zu einem gewissen Grade den wahren Sinn Ihrer Antwort wiederherstellen. Leider hatte er bereits, bevor er mich sah, unter dem ersten Eindruck der Telegramme von Louis ein langes Telegramm nach St. Petersburg aufgegeben, dessen Fassung ohne Zweifel seine Erregung widerspiegelte. Nach einer

langen Unterredung gelang es mir, wie mir scheint, ihn einigermaßen zu beruhigen, und er versprach mir, an Georges Louis in ruhigerem Ton zu telegraphieren.

Indem er als sicher annahm, daß Sie die von ihm vorgeschlagene vorherige Verständigung zwischen Frankreich, Rußland und England verwerfen, sagte er mir: „Bisher versicherte Herr Sasonow uns, daß er dem Prinzip einer vorherigen Verständigung mit Frankreich und England treu bleiben werde und bereit sei, sich vorher mit Frankreich und England zu einigen. Wenn dem nicht mehr so ist, muß uns das klar gesagt werden, und wir werden überlegen, welchen Weg wir einzuschlagen haben angesichts schwerer Ereignisse, die sich ergeben können. Aber wenn, wie Sie mir bestätigen, und wie ich es glauben möchte, sich nichts in Ihrer Politik geändert hat, warum erscheint es dann in St. Petersburg als unangebracht, die Verständigung zwischen den drei Mächten festzulegen? Deutschland ist nicht unser Freund, und wenn es dazu käme, daß es die Initiative zu einer Aktion der Friedensvermittlung ergreifen sollte, so würde das Fehlen einer vorherigen Verständigung zwischen Rußland, Frankreich und England die Stellung Frankreichs, seiner Verbündeten und Freunde erheblich schwächen.“

Als Antwort entwickelte ich ihm ausführlich Ihre von Sir Ed. Grey geteilte Idee, daß es gefährlich sei, Europa in zwei Mächtegruppen zu spalten, und daß es im Gegenteil nötig sei, im Interesse einer erfolgreichen Friedensvermittlung alle fünf Mächte zur gemeinsamen Arbeit heranzuziehen. Als Beispiel habe ich ihn unter anderem auf den Lauf der Ereignisse im Jahre 1908 hingewiesen, wo gerade das getrennte Vorgehen Rußlands, Frankreichs und Englands die Sache bedeutend verwickelt und zum Scheitern des Konferenzplanes geführt habe.

Poincaré gab das vollständig zu und erklärte mir, daß er ein derartiges getrenntes Vorgehen durchaus nicht beabsichtigte; seiner Überzeugung nach entspreche der letzte Satz seiner neuesten Fassung durchaus dem Gedanken einer gemeinsamen Arbeit der fünf Mächte. Aber seiner Ansicht nach hindere das Rußland, Frankreich und England keineswegs an einer vorherigen Verständigung über die allgemeinen Richtlinien und über den Charakter der bevorstehenden Friedensvermittlung. Wenn auch weder er, noch die anderen Mitglieder der Regierung einen Augenblick die Aufrichtigkeit unserer Politik bezweifelt hätten, so dürfe doch nicht vergessen werden, daß die Zusammenkunft der Kaiser bei der augenblicklich so komplizierten internationalen Lage unvermeidlich die öffentliche Meinung Frankreichs in Aufregung versetzen werde. Die Regierung müsse diesen Umstand im Auge behalten; sie müsse jeden Augenblick imstande sein, diese Erregung durch den Hinweis auf die Unerschütterlichkeit des Einverständnisses zwischen Frank-

reich, Rußland und England zu beruhigen. In London teile man diesen Standpunkt durchaus, und Sir Ed. Grey habe nicht gezögert, seine formelle Zustimmung zu der vorgeschlagenen Formel zu geben, nachdem einige Änderungen darin gemacht worden seien. Warum habe Sasonow, wenn er im Grunde genommen mit Frankreich einig sei, nicht ebenso gehandelt und H. Georges Louis die eine oder andere Änderung in der ihm unterbreiteten Fassung vorgeschlagen? Im Hinblick auf alles Vorhergehende erlaube ich mir in dringendster Form meine Bitte zu wiederholen, den Vorschlag H. Poincarés nicht in Bausch und Bogen zu verwerfen, sondern Ihrerseits die eine oder andere Änderung in der Abfassung vorzuschlagen. Persönlich bin ich der Ansicht, daß, wenn man in der neuesten Fassung des H. Poincaré den Satz bezüglich der Unterzeichnung des Protokolls über das Desinteressement wegläßt, diese Fassung für uns vollkommen annehmbar und ungefährlich ist. Das deckt sich vollständig mit dem, was Sie mir aus Moskau telegraphierten. Wenn Sie Ihre Einwilligung dazu nicht geben, wird Ihre Weigerung ohne Zweifel in dem Sinne ausgelegt werden, daß in der allgemeinen Richtung unserer Politik ein Wechsel stattgefunden hat, und das könnte seinerseits sehr ernste Folgen nach sich ziehen. Bei einem so leidenschaftlichen und geradlinigen Charakter wie H. Poincaré ist zu befürchten, daß er hieraus bestimmte Schlüsse ziehen und irgendwelche neue politische Kombinationen suchen werde.

Sie wissen, daß hier traditionelle Sympathien für Österreich-Ungarn bestehen, auch ist die meiner Überzeugung nach ganz falsche Meinung sehr verbreitet, man könne diese Macht als Gegengewicht gegen Deutschland ausspielen. Wenn die Überzeugung, daß wir zu sehr nach Deutschland hinneigen, Fuß faßt, könnte Poincaré seinerseits an eine Annäherung an Österreich-Ungarn denken, und das würde einen unglaublichen Wirrwarr in die internationale Lage bringen. Erinnern Sie sich, welche Rolle die französischen Sympathien für das Wiener Kabinett im Jahre 1908 gespielt haben. Vergessen Sie nicht, daß man seit der Potsdamer Zusammenkunft Ihnen eine besondere Vorliebe für Deutschland nachsagt. Sie haben selbst die Atmosphäre des Mißtrauens und der Verdächtigung, die durch die Bemühungen von Georges Louis und Bompard um Sie geschaffen worden ist, festgestellt. Ich tue, was ich kann, um diese Atmosphäre zu zerstreuen, aber nicht immer mit Erfolg. In diesem Falle glaube ich, daß Sie in Ihrem Standpunkt sogar etwas nachgiebig sein und Poincaré entgegenkommen könnten, um diese Atmosphäre nicht noch mehr zu überladen. Poincaré ist trotz all seiner Fehler eine starke Persönlichkeit. Sein gestriger Sieg im Parlament hat seine Stellung sichtlich befestigt. Wenn, was Gott verhüten wolle, die eine oder andere internationale Krise ausbrechen sollte, so ist es für uns sehr wich-

tig, ihn ganz und gar auf unserer Seite zu haben und aus seiner Energie und Entschlossenheit Nutzen zu ziehen. Deswegen ist es notwendig, mit seiner krankhaften Eigenliebe zu rechnen; aber gleichzeitig werden Sie sich selbst überzeugen, daß er auch von einer großen Aufrichtigkeit und Gerdigkeit durchdrungen ist. In seiner gestrigen Unterhaltung mit mir tat er als Antwort auf meine Bemerkung, daß es offenbar gar keine voneinander abweichenden Ansichten zwischen Ihnen beiden gäbe, sondern nur ein einfaches Mißverständnis, den Ausruf: „Ich wollte, es wäre schon der 10. August und ich könnte mich ganz offen und voll Vertrauen mit H. Sasonow aussprechen.“ Ich setze meinerseits die größten Hoffnungen auf Ihre Zusammenkunft mit ihm.

Was das demnächst bevorstehende Zusammentreffen in den Schären anbelangt, so sieht die französische Presse dieses bis jetzt dank den von H. Poincaré getroffenen Maßnahmen und meinen täglichen und stündlichen Bemühungen ruhig an. Das kann sich aber schnell ändern. Es ist sehr bedauerlich, daß die hiesigen Zeitungen Nachrichten über diese Begebenheit bis jetzt nur aus Deutschland und infolgedessen naturgemäß nur in deutscher Beleuchtung erhalten. Man druckt hier die Notizen der „Kölnischen Zeitung“, des „Berliner Lokalanzeigers“ usw. ab, die das Zusammentreffen in den Schären als ein politisches Ereignis von größter Bedeutung hinstellen. Es ist sehr wünschenswert, daß die russischen Zeitungen zwecks Belehrung der hiesigen Blätter eine richtigere Auslegung bringen. Ich schrieb Ihnen bereits, daß Poincaré zu dem ihm angegebenen Zeitpunkt an Bord eines französischen Kriegsschiffes nach Petersburg kommen wird. Zu diesem Zeitpunkt werde ich Ihrer Erlaubnis gemäß gleichfalls in Petersburg eintreffen. Bis dahin werde ich Frankreich nicht verlassen. Wenn sich aber dem Laufe der Dinge nach die Möglichkeit hierzu bieten sollte, werde ich vielleicht versuchen, für kurze Zeit nach Contrexeville zur Kur zu fahren. Contrexeville ist einige Stunden von Paris entfernt, wohin ich immer in Extrafällen zurückkehren kann; zur Ankunft und bis zur Abfertigung des Kuriers werde ich natürlich stets in der Stadt sein. Ich brauche die Kur in Contrexeville durchaus, da ich in der letzten Zeit sehr nierenleidend bin und irgend etwas hiergegen tun muß. Ich beende diesen langen Brief mit einer rein persönlichen Bitte: würde mir das Ministerium nicht die übliche Kurierfahrt überlassen, da ich doch nach Petersburg nicht in persönlichen, sondern in dienstlichen Angelegenheiten reise. Ich erliege unter der Last der Pflichtausgaben, und die Reise nach Petersburg reißt in mein Budget ein großes Loch.

Ihr aufrichtig ergebener

und zu Diensten bereiter

Iswolski

Beim nochmaligen Durchlesen meines Briefes bemerke ich, daß ich vergessen habe, einen Umstand zu erwähnen: als ich von der Gefahr sprach, Europa in zwei Mächtegruppen zu teilen, wies ich ihm gegenüber unter anderem auf den Eindruck hin, den die Veröffentlichung der einen oder anderen gemeinschaftlich von Rußland, Frankreich und England angenommenen Formel erwecken könnte und machte ihn darauf aufmerksam, wir würden voraussichtlich verlangen, daß diese Formel geheimgehalten und nicht anders als nur mit unserer Einwilligung veröffentlicht würde. Hiergegen erhob Poincaré keine Einwendungen, und ich glaube, daß er, falls wir diese Forderung stellen sollten, einverstanden sein würde.

Ut in litteris

Iswolski

*Der russische Geschäftsträger in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 1./14. August 1912

H. Paléologue sprach mir gegenüber vor zwei Tagen in den wärmsten Ausdrücken von der Dankbarkeit der französischen Regierung für den außergewöhnlichen Empfang — er betonte das Wort außergewöhnlich ganz besonders — der H. Poincaré von Seiner Majestät dem Kaiser und der Kaiserlichen Regierung zuteil geworden ist.

Außerdem ist H. Poincaré selbst durch ein Telegramm seiner Kollegen beauftragt worden, Eurer Hohen Exzellenz den Ausdruck dieser Gefühle zu übermitteln.

Obwohl ich dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister des Äußern keinerlei Mitteilungen zu machen hatte, habe ich es doch für richtig gehalten, mich mit ihm direkt in Verbindung zu setzen.

H. Briand drückte mir beim Empfang seine große Freude über meinen Besuch aus, da er mir bei dieser Gelegenheit sagen könne, wie glücklich die in Paris anwesenden Mitglieder der Regierung über den Empfang des H. Poincaré in Rußland seien. Er sprach im selben Sinne wie H. Paléologue und gleichfalls in sehr herzlichem Ton. H. Briand erzählte mir, daß die Nachrichten aus St. Petersburg zur Kenntnis des letzten Ministerrats in Rambouillet gebracht worden seien und dort große „Freude“ bei den Mitgliedern der Regierung ausgelöst hätten, eine Freude, die, wie H. Briand hinzufügte, von H. Fallières, dem Vorsitzenden der Konferenz, durchaus geteilt worden sei.

Zum Schluß bat mich H. Briand, Vorstehendes zur Kenntnis

Eurer Hohen Exzellenz zu bringen und ihn außerdem bei Seiner Exzellenz, H. Kokowtzow, dem er gelegentlich begegnet war, in Erinnerung zu bringen.

Ich möchte hinzufügen, daß die große Herzlichkeit, mit der H. Briand mich empfangen hat, und der warme Ton, in dem er zu mir sprach, mir den Eindruck wahrer Aufrichtigkeit gemacht haben.

Meine Zusammenkunft mit H. Briand war notwendigerweise kurz. Die beide Regierungen interessierenden Fragen bilden, wie er selbst beiläufig bemerkte, den Gegenstand der Besprechungen zwischen Eurer Hohen Exzellenz und H. Poincaré. Er sagte mir auch, er wisse, daß ich in Beziehung zu H. Paléologue stünde.

Obwohl sich übrigens H. Briand zur Verfügung der Gesandtschaftsleiter, die ihn zu sehen wünschen, stellt, legt er doch, wie ich erfahren habe, nicht viel Wert darauf, die fremden Diplomaten zu empfangen.

Genehmigen Sie usw.

Sewastopulo

*Bericht des russischen Außenministers an den Zaren  
über die Unterredungen mit Poincaré während dessen Aufenthalt  
in St. Petersburg*

St. Petersburg, den 4./17. August 1912

Auf dem Original der eigenhändige Vermerk Nikolaus II.: 'J.

Während des Petersburger Aufenthalts von H. Poincaré, dem französischen Ministerpräsidenten und Außenminister, hatte ich zahlreiche Unterredungen mit ihm.

**Marinekonvention**

Zunächst haben wir eine unserer ersten Zusammenkünfte dazu benutzt, um uns gegenseitig unsere Befriedigung über den Erfolg auszusprechen, den die kürzlichen Unterhandlungen zwischen den beiden Admiralstabschefs gehabt haben. Der in Paris von den Admiralen Aubert und Fürst Lieven unterzeichnete Entwurf zur Marinekonvention hat die Allerhöchste Genehmigung gefunden, und ich bin allernächst ermächtigt worden, meine Unterschrift darunter zu setzen.

Da die vor 20 Jahren zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossene Militärkonvention seinerzeit durch einen besonderen Notenaustausch ratifiziert worden ist, wurde in Übereinstimmung hiermit mit H. Poincaré beschlossen, auch diesmal dasselbe Verfahren bei der Marinekonvention anzuwenden. Dementsprechend

hat am 2. und 3. August zwischen Poincaré und mir ein Schriftwechsel stattgefunden, der die Erklärung beider Parteien enthält, daß sie sich durch die Marinekonvention für gebunden erachten.

### Strategische Verkehrsstraßen

H. Poincaré sprach auch von dem Protokoll der letzten Sitzung der Generalstabschefs und sagte, er lege der Verwirklichung des hierin vom französischen Generalstab ausgesprochenen Wunsches nach einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit unseres der Westgrenze zuführenden Eisenbahnnetzes durch den Bau eines zweiten Schienenstranges auf den in dem Protokoll bezeichneten Linien einen sehr großen Wert bei. Ich erwiderte, daß ich von diesen Wünschen Kenntnis habe und daß sie wahrscheinlich in den Grenzen des Möglichen in Erwägung gezogen würden.

### Die englisch-französischen Beziehungen

Die französisch-englischen Beziehungen waren zwischen H. Poincaré und mir Gegenstand eines besonders offenherzigen Gedankenaustausches.

Nach einem Hinweis darauf, daß im Laufe der letzten Zeit, unter dem Einfluß der aggressiven Politik Deutschlands gegen Frankreich, diese Beziehungen den Charakter ganz besonderer Intimität angenommen hätten, vertraute der französische Premierminister mir an, daß zwischen Frankreich und England zwar kein schriftlicher Vertrag bestehe, daß jedoch die General- und Admiralsäbe beider Staaten nichtsdestoweniger in enger Fühlung miteinander ständen und sich ununterbrochen und mit voller Offenheit über alles, was sie interessieren könnte, gegenseitig verständigten. Dieser dauernde Ideenaustausch habe zu einer mündlichen Vereinbarung zwischen den Regierungen Frankreichs und Englands geführt, in der England sich bereit erklärt habe, Frankreich mit seiner Land- und Seemacht zu Hilfe zu kommen, falls dieses von Deutschland angegriffen würde. England habe versprochen, Frankreich zu Lande durch ein an die belgische Grenze zu entsendendes Detachement in Stärke von 100 000 Mann zu unterstützen, um einen vom französischen Generalstab erwarteten Einbruch der deutschen Armee durch Belgien abzuwehren.

H. Poincaré hat mich dringend gebeten, unbedingtes Still-schweigen über diese Information zu bewahren und selbst den Engländern nicht Veranlassung zu der Vermutung zu geben, daß wir darüber unterrichtet seien.

Als wir von der Hilfe sprachen, die England und Frankreich zu Wasser sich gegenseitig zu bringen beabsichtigten, berührte H. Poincaré die Möglichkeit eines gleichzeitigen Zusammenwirkens der russischen und englischen Marinestreitkräfte.

Auf Grund unserer Marinekonvention hat Frankreich die Verpflichtung übernommen, uns dadurch zu Hilfe zu kommen, daß es die österreichische Flotte im Mittelmeer von uns ablenkt und sie am Vordringen in das Schwarze Meer verhindert. Nach Poincarés Ansicht könnte die englische Seemacht dieselbe Rolle in der Ostsee übernehmen, auf die die französische Flotte ihre Aktion nicht ausdehnen kann. Deshalb fragte er mich, ob ich nicht meine demnächst bevorstehende Reise nach England dazu ausnutzen wolle, um in meinen Unterredungen mit den Leitern der englischen Politik die Frage eines gemeinsamen Vorgehens der russischen und englischen Flotte im Falle eines Konfliktes der Dreiverbandsmächte mit Deutschland zu erörtern.

Ich antwortete H. Poincaré, daß diese Frage eine eingehende Überlegung erfordere.

#### Die französisch-italienischen Beziehungen

Hinsichtlich der französisch-italienischen Beziehungen sprach ich H. Poincaré meine aufrichtige Zufriedenheit darüber aus, daß diese, die eine Zeitlang so gespannt zu sein schienen, sich anscheinend besserten, was gerade jetzt, unmittelbar vor Erneuerung des Dreibundes, von ganz besonderer Bedeutung sei.

Ich wies darauf hin, daß es für Frankreich sehr wesentlich sei, Italien streng in den Grenzen einer formellen Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber seinen Bundesgenossen zu halten, ohne es zu einem engeren Anschluß an sie zu drängen, da dies im Fall eines Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland sehr nachteilig sein könnte.

Unter der Bedingung der Aufrechterhaltung freundschaftlicher und vertrauensvoller Beziehungen zwischen Italien und den Mächten des Dreiverbands, ist es nicht nur für Frankreich, sondern auch für Rußland, ja sogar für Italien selbst, vorteilhaft, dieses Land als totes Gewicht im Dreibund zu belassen, da darin eine Garantie gegen einen italienisch-österreichischen Krieg liegt, in den auch die anderen Mächte auf irgendeine Weise verwickelt werden könnten.

Poincaré sagte mir, er sei sich der Richtigkeit der von mir ausgesprochenen Ansicht vollkommen bewußt und gebe sich alle Mühe, das von mir angedeutete Ziel zu erreichen. Er hofft, daß seine Anstrengungen nicht vergeblich sein und es ihm gelingen werde, den gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien eine solche Grundlage zu geben. Nach seinen Worten sind in diesem Sinne schon erhebliche Erfolge erzielt worden.

#### Der Italienisch-Türkische Krieg

Daß die französische Regierung im italienisch-türkischen Krieg unsere Friedensbemühungen nicht in dem von ihr gewünschten

Maße habe unterstützen können, bedauerte H. Poincaré. Diese unfreiwillige Zurückhaltung erkläre sich erstens aus der Notwendigkeit, der Stimmung der muselmanischen Bevölkerung in den französischen Besitzungen in Afrika Rechnung zu tragen, wo jeder Druck auf die Türkei unter den Arabern Unruhen hervorgerufen haben würde, die gerade jetzt, wo die Errichtung eines französischen Protektorats in Marokko auf so viele Schwierigkeiten stoße, besonders gefährlich gewesen wären; zweitens sei diese Zurückhaltung durch die in Paris bestehende Überzeugung begründet gewesen, daß weder Deutschland geschweige denn Österreich damals etwas getan haben würden, um durch seinen Einfluß in Konstantinopel unsere Aufgabe zu erleichtern.

Poincaré erklärte mir gleichzeitig, er sehne jetzt mehr wie je die Beendigung des Krieges zwischen Italien und der Türkei herbei, und hoffe daher, daß Rußland und Frankreich die erste sich bietende Gelegenheit benutzen würden, um durch erneute, gemeinsame Bemühungen, vereint mit den anderen europäischen Großmächten, dies Ziel zu erreichen. Er meint, daß sich leicht ein Anlaß hierzu finden ließe, da die direkten Verhandlungen zwischen der Türkei und Italien in der Schweiz noch nicht abgebrochen seien, und die türkische Regierung mit Einwilligung der italienischen die Entsendung einer besonderen Abordnung nach Tripolis vorbereite, die den Auftrag erhalten solle, dort den Boden für ein neues Regime zu ebnen und die Araber an den Gedanken eines Waffenstillstands zu gewöhnen.

Poincaré kam im weiteren Verlauf unserer Unterredung über den italienisch-türkischen Krieg auch auf das zukünftige Schicksal der von Italien besetzten Inseln im Ägäischen Meer zu sprechen. Diese Frage mache der französischen Regierung viel Sorge; sie fürchte, Italien werde sich nicht damit begnügen, diese Inseln nur als Pfand bis zur Beendigung des Krieges zu behalten, sondern es könne die Absicht haben, sie so lange zu besetzen, bis es von der Türkei die Garantie bekommen habe, daß den Inseln eine gewisse Autonomie verliehen werde. Frankreich beabsichtigt, energisch gegen eine solche Wendung der Dinge anzugehen, da es hierin eine Gefahr für die Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichts im östlichen Teil des Mittelmeeres erblickt.

Auf Poincarés Frage, welche Haltung die russische Regierung einem Versuch Italiens gegenüber, im Archipel Fuß zu fassen, einnehmen werde, erwiderte ich, daß wir mit einem solchen Versuche gleichfalls nicht sympathisieren könnten.

Ich benutzte die Gelegenheit, mich einer Bitte des römischen Kabinetts anzunehmen, die der italienische Geschäftsträger an mich gerichtet hatte, und fragte den französischen Außenminister, ob es irgendeine Möglichkeit für die Türkei gebe, noch vor Beendigung

des Krieges eine Anleihe an der Pariser Börse unterzubringen. Poincaré verneinte dies unumwunden, fügte jedoch hinzu, nach Friedensschluß dürfe die Türkei hoffen, bei ausreichenden Garantien in Frankreich das nötige Geld zu finden, um ihre militärischen Ausgaben zu decken, Italien wird sich nach Poincarés Informationen mit einer ähnlichen Bitte um Geld an Frankreich wenden.

#### Der bulgarisch-serbische Vertrag

Über den serbisch-bulgarischen Vertrag hatten wir die französische Regierung vertraulich unterrichtet. Eine gewisse Besorgnis über seinen Abschluß verhehlte H. Poincaré mir nicht. Obwohl er den Vertrag als einen Faktor zur Erhöhung der Militärmacht der Balkanstaaten begrüßt, hält er ihn für mehr aggressiven als defensiven Charakters und erblickt in diesem Umstande eine schwere Gefahr, da jeden Augenblick Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel möglich sind. Ich bemerkte, wir hätten Bulgarien und Serbien darauf aufmerksam gemacht, daß wir das unter ihnen abgeschlossene Bündnis nur als Defensivmaßnahme anerkennen wollten, die die Unabhängigkeit und Freiheit beider Länder gegen Angriffe von Seiten Österreich-Ungarns gewährleisten solle, und daß wir keineswegs gewillt seien, zu irgendwelchen Angriffsplänen ihrerseits die Hand zu bieten.

#### Die möglichen Verwicklungen auf dem Balkan

Nachdem wir uns gegenseitig die Absicht bestätigt hatten, mit Aufmerksamkeit die Vorgänge auf dem Balkan zu verfolgen und andauernd unsere Nachrichten und Meinungen hierüber auszutauschen, einigte ich mich aufs neue mit Poincaré dahin, im Falle von irgendwelchen Verwicklungen sofort gemäß der Lage gemeinsam die Art unseres Verhaltens zu bestimmen, um auf diplomatischem Wege eine weitere Verschärfung zu verhindern.

H. Poincaré hielt es für seine Pflicht, dabei hervorzuheben, daß die öffentliche Meinung in Frankreich der französischen Regierung nicht gestatten würde, sich in reinen Balkanangelegenheiten für ein militärisches Vorgehen zu entscheiden, wenn nicht Deutschland daran beteiligt sei und durch seine eigene Initiative einen *casus foederis* schaffe. In letzterem Falle könnten wir selbstredend auf die genaue und restlose Erfüllung der Pflichten Frankreichs uns gegenüber rechnen.

Meinerseits erklärte ich dem französischen Minister, daß wir zwar stets unter Umständen, wie sie in unserem Bündnis vorgesehen sind, bereit seien, uns entschieden an Frankreichs Seite zu stellen, daß wir aber vor der russischen öffentlichen Meinung es ebenfalls nicht würden rechtfertigen können, wenn wir uns aktiv an militärischen Operationen beteiligen sollten, die durch irgend-

welche koloniale, außereuropäische Angelegenheiten hervorgerufen worden seien, es sei denn, daß vitale Interessen Frankreichs in Europa betroffen wären.

Nachdem wir miteinander die Hauptfragen der allgemeinen Politik durchgesprochen hatten, gingen wir auf einige einzelne Punkte näher ein, in erster Linie auf die Frage der Eisenbahnbauten in Kleinasien.

#### Die anatolischen Eisenbahnen

H. Poincaré rief mir die Bagdadangelegenheit ins Gedächtnis zurück, in der Frankreich, sozusagen, materielle und moralische Schäden erlitten habe, und sprach die Befürchtung aus, daß das-selbe in der Frage der anatolischen Eisenbahnen sich noch einmal ereignen könnte und dann würde die französische öffentliche Meinung die Regierung für eine solche Wendung der Angelegenheit verantwortlich machen.

Ich erwiederte, man könne schwerlich behaupten, daß Frankreich durch unsere Schuld in der bewußten Angelegenheit Verluste erlitten habe, denn das französische Kapital sei mit einem Anteil von 30 Prozent bei dem Bau der Bagdadbahn beteiligt; was das Stimmrecht in der Direktion und in der Kontrolle anbelange, so sei es schwer, anzunehmen, daß Deutschland jemals eingewilligt hätte, dies Recht Frankreich zu gewähren. Wie dem auch sei, wir seien, um Schlimmeres zu verhüten, z. B. eine Konzession an Chester, bereit, uns in der Frage der anatolischen Eisenbahnen der Ausführung des Geschäfts durch eine französische Gesellschaft nicht zu widersetzen, wir hofften aber, daß dann unsere Wünsche sowohl bezüglich des Bauaufschubs um mindestens 15 Jahre, als auch hinsichtlich des östlichen Endpunktes der Linie berücksichtigt würden. Für letzteren könnte, nach den Unterhandlungen zwischen H. von Giers und Assim Bey, irgendein Punkt zwischen Erzingian und Ersrum, z. B. Peckeridje, in Aussicht genommen werden.

Poincaré bestand auf der Weiterführung der Linie bis Ersrum, aus Furcht, die Weigerung der französischen Gesellschaft, die Bahn ganz bis zu Ende zu führen, könnte die Türken veranlassen, das ganze Geschäft in die Hände der Amerikaner zu geben oder wenigstens mit diesen ein Abkommen über den Bau der nicht vollendeten Teilstrecken abzuschließen. Auf Grund schwerwiegender Tatsachen ist der französische Minister überzeugt, daß die türkische Regierung niemals auf den Bau der Linie Trapezunt—Peckeridje in Anbetracht ihres Wertes für den Handel verzichten werde.

Jedenfalls glaubt er, daß wir durch Unterhandlungen mit der türkischen Regierung, und nicht durch solche mit den Eisenbahnunternehmern, uns bemühen sollten, die gewünschten Zugeständnisse zu erreichen.

Nichtsdestoweniger bat ich Poincaré, seine Landsleute zu beeinflussen, daß sie die türkischen Interessen sich nicht mehr zu Herzen nehmen sollten als die Türken selbst, und nicht darauf bestehen möchten, die Konzession zum Bau der Linie Peckeridje—Erserum zu erhalten, wenn die Türken selbst, wie Assim Bey gesagt habe, darauf verzichten.

Der Gesamteindruck, den ich aus unserer Unterredung über diese Angelegenheit gewonnen habe, ist der, daß, wenn die gegenwärtige türkische Regierung sich durch den Vorschlag Assim Beys für gebunden hält, wir vielleicht eine Zeitlang den Bau der Strecken östlich von Peckeridje verhindern können, daß wir aber schwerlich imstande sein werden, die Vollendung der geplanten Bauten länger als 13 Jahre zu verzögern.

#### Die chinesische Anleihe

Über die chinesische Anleihe sprachen wir nur wenig. Ich erinnerte an die von uns mehr als einmal vorgebrachten Gründe gegen die Eile, mit der Beträge vorgeschosSEN worden sind, bevor noch eine Einigung über die prinzipiellen Fragen erfolgt war. Auch wies ich auf die zweifellos bestehende Gefahr hin, die für uns in einem Anwachsen der militärischen Macht des unermeßlichen Nachbarreiches läge.

Der französische Außenminister stimmte mir vollkommen bei und erklärte sich bereit, auf die französischen Bankiers soviel wie möglich in unserem Sinne einzuwirken. Die französische Regierung — das versprach er — werde keinerlei Maßnahmen genehmigen, die unseren Interessen schaden könnten.

#### Die persönliche Angelegenheit des H. Georges Louis

Schließlich bat mich Poincaré, ihm ganz vertraulich, aber mit voller Offenheit zu sagen, warum H. Georges Louis, soweit er, Poincaré davon Kenntnis habe, bei uns als für seinen Posten nicht geeignet angesehen werde. Ich antwortete ihm, daß dafür hauptsächlich die folgenden zwei Gründe ausschlaggebend seien: erstens habe der französische Botschafter während des italienisch-türkischen Krieges unsere Bemühungen um Versöhnung der kriegsführenden Länder nicht nur in keiner Weise unterstützt, sondern er habe sogar, wie ich Grund zu vermuten habe, meiner Tätigkeit gegenüber stets Mißtrauen an den Tag gelegt und mir allerhand kriegerische Absichten gegen die Türkei untergeschoben; zweitens habe er den Sinn meiner Unterredungen mit ihm nach Paris derartig ungenau übermittelt, daß es, wie Poincaré selbst sich erinnern werde, wiederholt zu sehr unliebsamen Mißverständnissen gekommen sei. Der eine wie der andere Umstand sei geeignet, eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu erschweren. Dies sei um so bedauerlicher, als

es im Hinblick auf unser Bündnis besonders wichtig erscheine, daß zwischen uns volles Vertrauen und gegenseitiges Verstehen herrschten.

Poincaré wies die erste Annahme zurück, indem er versicherte, daß Georges Louis kein Mißtrauen gegen meine Tätigkeit hätte haben können; wenn er nicht mehr Sympathie für unsere Bemühungen, einen Weg für eine italienisch-türkische Aussöhnung zu finden, bekundet habe, so sei er dabei von besonderen Erwägungen geleitet worden, die ihren Grund in der Stellung Frankreichs im nördlichen Afrika hätten. Ich habe diese in meinem Bericht weiter oben angeführt.

Hinsichtlich des zweiten Grundes meiner Unzufriedenheit mußte Poincaré zugeben, daß Georges Louis tatsächlich nicht die Fähigkeit bewiesen habe, einen ihm mitgeteilten Gedanken klar zu erfassen und genau wiederzugeben. Er schob das auf die Kränklichkeit des Botschafters und auf seine schwierigen Familienverhältnisse.

Ich betonte, daß ich durch die Offenheit meiner Erklärungen nicht die sofortige Abberufung des H. Georges Louis bezwecken wolle; ich könnte jedoch nicht verheimlichen, daß mit der Zeit seine Ersetzung durch eine geeigneter Persönlichkeit mir wünschenswert erscheine in Anbetracht der Beziehungen der beiden Kabinette zueinander. Poincaré war ganz meiner Ansicht.

#### Der Gesamteindruck der Persönlichkeit H. Poincarés

Zum Schluß fühle ich mich verpflichtet zu bemerken, daß ich sehr erfreut über die Gelegenheit war, H. Poincaré kennenzulernen und mit ihm in persönliche Beziehungen zu treten, und dies um so mehr, als der Gedankenaustausch zwischen uns mir den Eindruck hinterlassen hat, daß Rußland in ihm einen zuverlässigen und treuen Freund besitzt, begabt mit einem nicht gewöhnlichen staatsmännischen Verstand und mit unbeugsamer Willensstärke. Im Fall einer Krisis in den internationalen Beziehungen wäre es sehr erwünscht, daß an der Spitze der Regierung unserer Bundesgenossen, wenn nicht H. Poincaré selbst, so doch eine Persönlichkeit stände, die die gleiche Entschlossenheit besitzt wie der augenblickliche französische Premierminister, und ebenso frei wie er von jeder Furcht vor Verantwortung ist.

Sasonow

#### *Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 16./29. August 1912

Am Morgen nach seiner Rückkehr von St. Petersburg hat sich H. Poincaré nach Rambouillet begeben, um dem Präsidenten der

Republik und dem Ministerrat die Resultate seiner Reise im einzelnen mitzuteilen. Von dort heimgekehrt, ließ er mir auf meine Anfrage hin ganz besonders rasch sagen, daß er zu jeder Stunde für mich zu sprechen sei.

Der Premierminister ließ seine gewöhnliche Zurückhaltung fallen und empfing mich sehr herzlich. Er sagte mir, wie sehr er über den Empfang durch Seine Majestät den Kaiser und dessen Minister gerührt gewesen sei.

H. Paléologue bestätigte mir die Aufrichtigkeit dieser Empfindungen und erklärte, H. Poincaré habe besonders das Vertrauen, das ihm sowohl von Seiner Majestät dem Kaiser, als auch von dem Staatssekretär Kokowtzow und von Eurer Hohen Exzellenz entgegengebracht wurde, tief empfunden. Als Beispiel dieses uneingeschränkten Vertrauens bezeichnete H. Paléologue die Mitteilungen, die Sie unserem französischen Gast über besonders geheime Einzelheiten auf dem Gebiete der Balkanpolitik der letzten Monate gemacht haben.

Ohne jeden Zweifel hat die Eurer Hohen Exzellenz bereits aus den Agenturtelegrammen bekannte Rede des H. Poincaré in Dünkirchen über die Ergebnisse seiner Reise und die Festigkeit des Bündnisses in Frankreich einen sehr günstigen Eindruck gemacht; dieser Eindruck wurde noch durch den Bescheid verstärkt, den H. Poincaré den Journalisten gegeben hat. Allerdings hat er ein Interview abgelehnt, aber er hat die Herzlichkeit des ihm zuteil gewordenen Empfanges und die Festigkeit der Beziehungen zwischen den beiden Ländern betont.

Genehmigen Sie usw.

Sewastopulo

*Bericht des russischen Außenministers an den Zaren  
über seine Reise nach England, Frankreich und Deutschland*

St. Petersburg, im Oktober 1912

Mit Allerhöchster Genehmigung Eurer Kaiserlichen Majestät und auf Einladung des Königs von England, begab ich mich am 5. September nach Schloß Balmoral; gleichzeitig mit mir traf der Staatssekretär des Außenministeriums, Sir Ed. Grey, dort ein.

Ich halte es für meine Pflicht, Eurer Kaiserlichen Majestät vor allem von dem außerordentlich herzlichen Empfang zu berichten, den der König Georg die Gnade hatte, mir als einem Vertreter der russischen Regierung zuteil werden zu lassen. Schon am ersten Tage meines Besuches berührte Seine Majestät in einer mehr als einstündigen Unterhaltung alle die Fragen, die sich auf die poli-

tischen Interessen Rußlands und Englands beziehen, Fragen, die später Gegenstand meiner Unterhandlungen mit Sir Ed. Grey waren. Bei dieser Gelegenheit versicherte mich der König, ebenso bestimmt wie sein Minister, seiner aufrichtigen Freundschaft für Rußland und seines festen Wunsches, mit ihm die engsten Beziehungen, gestützt auf gegenseitiges Vertrauen und Verständnis für die beiderseitigen Interessen, zu unterhalten.

In demselben Sinne sprach Seine Majestät sich während der ganzen Dauer meines Aufenthalts in Balmoral aus und bestätigte mir diese Gefühle noch am Tage meiner Abreise bei meiner Verabschiedung. Er beauftragte mich, Eurer Kaiserlichen Majestät mit seinen freundschaftlichen Grüßen die Versicherung zu übermitteln, daß er, wo es die Interessen Rußlands und Englands erfordern würden, mit allen Kräften in voller Einigkeit mit Eurer Majestät zu handeln gesonnen sei.

Um im allgemeinen die Stimmung gegenüber Rußland zu charakterisieren, die ich in England vorfand, muß ich bemerken, daß der Führer der Opposition, H. Bonar Law, gleichzeitig mit mir auf einige Tage in Balmoral zu Besuch war. Ich habe ihm unter anderem meine Befriedigung über die Rede ausgesprochen, die er im vergangenen Frühjahr in der Kammer hielt und in der er im Namen der Opposition die Politik Sir Ed. Greys im Sinne einer intimeren Annäherung an Rußland billigte. Bonar Law bestätigte mir in Gegenwart Greys diese seine Äußerungen und erklärte sogar, das sei die einzige Frage, über die es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den Konservativen und Liberalen in England gebe.

Da sich mir eine günstige Gelegenheit dazu bot, hielt ich es für angebracht, in einer meiner Besprechungen mit Grey mich zu informieren, was wir von England im Falle eines Konfliktes mit Deutschland erwarten könnten. Ich halte das, was mir darüber der Leiter der englischen Außenpolitik, ebenso wie später der König Georg selbst, sagte, für sehr bezeichnend.

Eure Majestät wissen, daß H. Poincaré während seines Aufenthaltes in Petersburg im vergangenen Sommer mir gegenüber den Wunsch aussprach, ich möchte mir Klarheit darüber verschaffen, inwieweit wir auf die Mitwirkung der englischen Flotte im Falle eines solchen Krieges zählen dürften.

Nachdem ich Grey vertraulich über die wesentlichsten Punkte unserer Marinekonvention mit Frankreich unterrichtet und bemerkt hatte, daß auf Grund des abgeschlossenen Vertrages die französische Flotte unsere Interessen auf dem südlichen Kriegsschauplatze durch Behinderung der österreichischen Flotte, in das Schwarze Meer vorzudringen, zu sichern bestrebt sein werde, fragte ich, ob England seinerseits uns dieselben Dienste im Norden leisten könnte, indem es die deutschen Geschwader von unseren Ostseeküsten

fernhält. Ohne Bedenken erklärte Grey, wenn die vorausgesehenen Umstände eintreten sollten, so würde England alle Anstrengungen machen, um der deutschen Seemacht den empfindlichsten Schlag zu versetzen. Über die Frage militärischer Operationen sei bereits von den in Betracht kommenden maßgebenden Stellen verhandelt worden, aber in diesen Beratungen sei man zu dem Schluß gelangt, die englische Flotte könne zwar leicht in die Ostsee eindringen, ihr Aufenthalt daselbst aber bedeutet eine große Gefahr. Angenommen, es glückte Deutschland, die Hand auf Dänemark zu legen und den Ausweg aus der Ostsee zu sperren, so würde die englische Flotte wie in einer Mausefalle sitzen. Deshalb würde England voraussichtlich seine Operationen auf die Nordsee beschränken müssen.

Aus eigenem Antriebe bestätigte mir Grey dann, was ich bereits durch Poincaré wußte: es besteht zwischen Frankreich und England eine Vereinbarung, nach der im Falle eines Krieges mit Deutschland England die Verpflichtung eingegangen ist, Frankreich nicht allein zu Wasser Hilfe zu leisten, sondern auch zu Lande durch eine Truppenlandung auf dem Kontinent.

Der König berührte in einer seiner Unterredungen mit mir dieselbe Frage und drückte sich noch weit schärfer aus als sein Minister. Als ich erwähnte, Deutschland versuche mit seiner Seemacht der Englands gleichzukommen, rief Seine Majestät in sichtlich erregtem Tone aus, ein etwaiger Konflikt würde nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den Überseehandel Deutschlands unheilvolle Folgen haben, denn die Engländer würden jedes deutsche Handelsschiff, das ihnen in die Hände fiele, versenken. („We shall sink every single German merchant ship we shall get hold of.“)

In diesen Worten schienen mir nicht allein die persönlichen Gefühle Seiner Majestät Ausdruck zu finden, sondern auch die der öffentlichen Meinung, wie sie in England gegenüber Deutschland vorherrschend ist.

Dabei muß ich erwähnen, daß gerade während meines Aufenthaltes in Balmoral die Nachricht von dem unerwarteten Tode des erst kürzlich ernannten deutschen Botschafters in London, des Barons Marschall von Bieberstein, eintraf. Der Verstorbene war eine zu markante Persönlichkeit, und seine Berufung nach London hatte damals zuviel Aufsehen verursacht, als daß sein Ableben in England nicht einen tiefen Eindruck hätte machen müssen. Trotzdem ist zu bemerken, daß die Hoffnungen, die man in Deutschland auf seine Mission gesetzt hatte, durch eine Annäherung an England dieses vom Dreiverband abzuziehen, aller Wahrscheinlichkeit nach sich nicht erfüllt haben würden. Er hat kaum Zeit gehabt, an seine neuen Aufgaben heranzugehen, und alle, die ich darüber zu sprechen Gelegenheit hatte, sind der Ansicht, daß seine ersten

Schritte nicht sehr erfolgreich waren. Die allzu eindringlichen Versicherungen, daß Deutschland nicht die geringste feindliche Absicht gegen England hege und bei seinen Schiffsbauten nicht an einen Kampf mit Großbritannien denke, haben die Engländer nur gereizt, anstatt sie zu beruhigen. Baron Marschall hat lange im Orient gelebt und während seines kurzen Aufenthalts in London nicht Zeit gehabt, sich in die neuen Verhältnisse einzugewöhnen. Der Hauptgrund seines Mißerfolgs liegt aber darin, daß es zur Zeit wahrscheinlich unmöglich ist, für die beiden rivalisierenden Staaten den Boden zu einer Annäherung zu finden.

Unter den einzelnen Fragen, die den Stoff zu meinen täglichen langen Konferenzen mit Grey abgaben, standen die persischen Angelegenheiten an erster Stelle, da sie auf einem politischen Gebiet liegen, wo die Interessen Rußlands und Englands sich am nächsten berühren.

Ich lenkte die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf die sehr wenig befriedigende Lage in Persien und auf das Fehlen stabiler Verhältnisse im Innern des Landes. Der Grund für beide Erscheinungen liegt in dem gänzlichen Mangel an einer achtunggebietenden Persönlichkeit, deren ein Land, das sich in einem Stadium der Entwicklung befindet wie Persien, nicht entbehren kann. Ich sprach die Ansicht aus, daß es die nächstliegende Aufgabe für Rußland und England sein müsse, gerade eine solche Autorität zu schaffen. Im Prinzip war Grey mit mir einverstanden, erklärte aber nochmals, was er schon mehr als einmal erklärt hatte, daß es für England undenkbar sei, dies Problem dadurch zu lösen, daß Mohammed Ali wieder zur Regierung komme. In Berücksichtigung dieser unversöhnlichen Haltung der britischen Regierung hinsichtlich des Ex-Schahs schlug ich vor, man solle jedenfalls nicht auf der Rückkehr Assid-ad-Mulks nach Persien bestehen, der Beweise seiner Schwäche gegeben habe und anscheinend selbst sich der Last der Regierung, die seine Kräfte übersteige, entziehen wolle; hingegen möge man die Regentschaft einer anderen Persönlichkeit übertragen, z. B. dem Ex-Minister des Äußern, Saad-el-Dauleh, der sich seinerzeit als Mann von Entschlossenheit und festem Willen gezeigt habe. Zunächst entgegnete Grey, daß dieser Staatsmann wegen seines Mangels an Taktgefühl bekannt sei, später aber schloß er sich meiner Ansicht an, Saad-el-Dauleh die Regentschaft zu übertragen.

Ich bemerkte, der Regierende könne, wie auch seine persönlichen Eigenschaften sein mögen, nichts ausrichten, wenn ihm die unbedingt nötigen finanziellen Mittel zur Erfüllung seiner Aufgabe, die Ordnung im Lande wiederherzustellen, fehlten. Zu einer ernsten Reformarbeit gehöre eine beträchtliche Menge Geld; deshalb seien kleine Teilverhandlungen nicht ausreichend, und man müsse Per-

sien durch eine bedeutende Anleihe von 5 bis 6 Millionen Pfund Sterling helfen.

Grey trat diesen von mir vorgebrachten Argumenten nicht entgegen, sprach sich aber für folgende Maßnahmen aus: Ohne eine Garantie für die Anleihe zu übernehmen, gewähren die Regierungen Rußlands und Englands den Banken, die Persien eine Anleihe bewilligen wollen, ihre möglichst weitgehende diplomatische Unterstützung. Da aber zu befürchten ist, daß die Banken zur Hergabe großer Beträge sich vielleicht nicht entschließen werden, bevor nicht einigermaßen die Ordnung in Persien wiederhergestellt ist, hält er, Grey, es für vorteilhaft, daß die beiden Regierungen die erforderlichen Summen zur Bildung einer Gendarmerie hergeben, Summen, die ihnen aus der künftigen Anleihe zurückzuerstatten sein werden.

Wir kamen auf die transpersische Eisenbahn zu sprechen. Trotz der in England noch sehr weit verbreiteten Ansicht, man müsse Indien seine isolierte Stellung wahren, glaubt Grey selbst nicht an die Möglichkeit, die gegenwärtige Abgeschlossenheit Indiens ganz zu erhalten, und er gab zu, daß es unvermeidlich sein werde, mit der Zeit das indische Eisenbahnnetz mit dem europäischen zu verbinden.

Ich bemerkte, daß die russische Regierung der englischen es vollkommen überlasse, den günstigen Zeitpunkt für den Zusammenschluß zu wählen, daß aber über die von der persischen Regierung zu erlangende Konzession zum Bau der ganzen transpersischen Bahn eine Verständigung zwischen Rußland und England sofort herbeigeführt werden müsse; jedem der beiden Staaten bleibe es dann überlassen, in den Grenzen der ihm zufallenden Zone diese Konzession auf die ihm am besten erscheinende Art für sich auszunutzen. Man könne so mit dem Bau des nördlichen Teiles von unserer Grenze bis Teheran, unabhängig von dem des südlichen in der englischen Zone, beginnen.

Grey war mit dieser Auffassung durchaus einverstanden, und so war es mir möglich, mit Lord Revelstock, der ebenfalls in Balmoral anwesend war, sowie später in Paris mit Poincaré und den französischen Finanzmännern in eine Besprechung über Einzelheiten einzugehen.

Das Resultat dieser Unterhandlungen war, daß die „Société d'études“ bald eine Abordnung nach Persien schicken wird, die mit Unterstützung der Kaiserlich russischen und der großbritannischen Gesandtschaft in Teheran von der Regierung des Schah die Erlaubnis zur Vornahme technischer Untersuchungen und die Genehmigung zum Bau der geplanten transpersischen Linie zu erhalten suchen soll.

Da es erwünscht wäre, daß diese Abordnung auch mit der

Auffindung neuer Einnahmequellen in Persien als Garantie für die zukünftige Anleihe beauftragt wird, diese Aufgabe aber die Kräfte der zum Studium der technischen Seite des Eisenbahnunternehmens bestimmten Personen übersteigen könnte, so bestand ich darauf, man solle sich zur Entsendung einer doppelten, aus sechs Personen bestehenden Abordnung entschließen: drei Spezialisten für Eisenbahn- und drei für Finanzwesen; jede dieser beiden Abteilungen solle aus einem Russen, einem Franzosen und einem Engländer bestehen.

Die französische Regierung hat ihrerseits diesen Plan vollkommen gebilligt sowie der von uns ausgesprochenen Absicht zugestimmt, daß das Konzessionsgesuch von der „Société d'études“ und nicht von den diplomatischen Stellen ausgehen soll. Die Rolle der letzteren hat sich nur auf die Unterstützung des Gesuches zu beschränken.

Bei dem Bau der Eisenbahnen in Persien kam Grey auch auf die von ihm als außerordentlich traurig bezeichnete Lage des englischen Handels im südlichen Teile dieses Landes zu sprechen. Er hält die Vermehrung der von schwedischen Offizieren kommandierten örtlichen Gendarmerie für wünschenswert, um das Eintreffen englischer Waren auf den persischen Märkten zu gewährleisten. Wenn es sich herausstellen sollte, wie man anzunehmen gewissen Grund habe, daß die Schweden zu diesem Zweck nicht verwandt werden können, so würde für England kein anderer Ausweg übrigbleiben, als die Organisation von Militäraabteilungen an Ort und Stelle unter englischen Offizieren, um in der britischen wie in der neutralen Zone die Handelsstraßen gegen Räuberbanden zu sichern. Eine solche Erledigung der Angelegenheit würde die großbritannische Regierung vielleicht nötigen, unsere Einwilligung zu erbitten.

Ich entgegnete, ich könne darüber erst dann meine Ansicht aussprechen, wenn diese Frage in bestimmter Form zur Verhandlung komme. Hinsichtlich der neutralen Zone würden wir uns früher oder später — so sagte ich — wahrscheinlich genötigt sehen, unsere Haltung zu revidieren und diese Zone aufzuheben, da sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen für jedermann zugänglich und gegen Angriffe Dritter nicht geschützt sei. Selbstverständlich würde die Anerkennung jeder derartigen Maßnahme durch Persien unumgänglich sein, da sie sonst ohne jeden praktischen Wert sei.

Auch in diesem Falle erklärte sich Grey im Prinzip für einverstanden. Er äußerte die Meinung, daß es möglich sei, ein für allemal jedem Anspruch Deutschlands auf die neutrale Zone ein Ende zu setzen, wenn Rußland von der persischen Regierung die Genehmigung zum Bau der Eisenbahnstrecke Teheran—Ispahan und, gemeinsam mit England, für die Strecke Ispahan—Moham-

mera erhalte. Natürlich schließe die Genehmigung zum Bau dieser Linien für keinen der beiden Staaten die Verpflichtung ein, diese Unternehmungen auch wirklich auszuführen; man bezwecke damit nur, Deutschland von der neutralen Zone fernzuhalten, in der nach einem solchen Abkommen für die Deutschen keine noch so dürftige Konzession mehr übrigbleibe. Ich antwortete, wenn die Erreichung einer derartigen Ermächtigung von Persien möglich wäre, wovon ich nicht ganz überzeugt sei, so sei ich bereit, unseren Vertreter in Teheran dahin zu instruieren, daß er sich mit allen verfügbaren Mitteln um deren Erlangung bemühen solle.

Unter den weniger wichtigen persischen Fragen berührten wir die Konzession an Lynch. Auf mein Ansuchen hin war Grey damit einverstanden, daß dem großbritannischen Vertreter in Teheran telegraphiert werde, er solle den Antrag Lynchs auf Einrichtung eines Automobilverkehrs zwischen Teheran und Mohammera nicht unterstützen.

Aus Anlaß unserer Unterhaltung über Persien kam das Gespräch auch auf Afghanistan, nicht nur mit Grey allein, sondern auch mit Lord Crew, dem Staatssekretär für Indien. Ich hielt es für nützlich, auf dem Rückwege von Balmoral nach London mich einige Stunden in dessen Schloß aufzuhalten, um mit ihm zentralasiatische Fragen zu erörtern. Ich wies die beiden Minister auf die ungünstige Lage hin, die für unsere afghanische Grenze aus der Weigerung des Emirs erwachse, direkte Beziehungen zwischen den russischen und afghanischen Grenzbehörden zu gestatten — Beziehungen, die durch den englisch-russischen Vertrag von 1907 festgelegt seien. Ich erwähnte die Nachteile, die für die russischen, in jenen Gegenden wohnenden Untertanen daraus entspringen, und den Schaden, der sich für den Ackerbau ergibt, da es unter solchen Umständen unmöglich sei, die Frage der Bewässerung in befriedigender Weise zu lösen, die doch in jenen Gegenden von größter Bedeutung sei, sowie diejenige der Landplage in unseren zentralasiatischen Besitzungen, der Heuschrecken. Ich betonte weiterhin die für Rußland wie für England gleich schwere Gefahr, die darin liege, daß Afghanistan, ein fast unzugängliches Land, ein Herd der panislamitischen Propaganda sei.

Die beiden englischen Minister erwidernten mir, sie seien sich der Berechtigung unserer Beschwerden voll bewußt. Sie versprachen bei ihren Verhandlungen mit dem Emir auf eine Besserung der Lage hinzuarbeiten. Dabei verhehlten sie mir aber nicht, daß der Emir Abibulle trotz des jährlich gezahlten Geldbetrages recht wenig auf England höre, was letzteres zu dulden gezwungen sei, um eine Erschwerung der Lage zu vermeiden, da es ja für England unmöglich sei, Zwangsmaßregeln gegen Afghanistan zu ergreifen.

Ferner machte ich Grey darauf aufmerksam, wie wichtig das

zwischen der Bagdadgesellschaft und der Schiffahrtsgesellschaft Lynch getroffene Abkommen sei, das ohne Zweifel den Bau der Bagdadbahn beschleunigen werde. Ed. Grey gestand, daß er mit Unwillen die Nachricht von dieser Vereinbarung vernommen habe, denn er verstehe sehr wohl, wie schädlich diese den englischen Interessen sei. Leider habe aber, nach seiner Ansicht, die britische Regierung die Verwirklichung der von H. von Gwinner erfundenen Kombination nicht verhindern können.

Grey gab mir die Versicherung, daß England keinerlei Absichten auf Tibet habe und auch keinerlei Änderungen der zwischen ihm und uns bestehenden Verträge plane. Unter Bezugnahme aber auf die diplomatische Note, die im letzten Sommer nach China gesandt worden ist, bestätigte er mir, daß England unmöglich eine bedeutende chinesische Truppenmacht in Tibet eindringen lassen könne. Sollte also China trotz der ihm zugegangenen Warnungen versuchen, seine Armeen nach Tibet zu schicken, so wäre England gezwungen, eine militärische Expedition in das Tschumbi-Tal zu unternehmen, um diese zu verhindern.

Immerhin jedoch würde das Londoner Kabinett keinen derartigen Entschluß fassen, ohne uns vorher zu benachrichtigen.

Grey erwähnte bei diesem Anlaß unser Vorgehen in der Mongolei und verglich es mit dem Englands in Tibet. Ich leugnete die Ähnlichkeit zwischen beiden und bewies ihm, daß England uns gegenüber durch gewisse, auf Tibet bezügliche Vereinbarungen gebunden sei, während wir ihm gegenüber keine ähnlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Mongolei hätten, wo übrigens die Engländer auch keinerlei Interessen, weder politische noch wirtschaftliche, besäßen.

Diese Gründe schienen Sir Ed. Grey einzuleuchten: er widersprach ihnen nicht. Im Interesse der freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen England und uns geschaffen worden sind, schien es mir angebracht, ihn vertraulich, rein persönlich und nur in großen Zügen von dem Charakter der Mission zu unterrichten, mit der H. Korostowetz betraut worden ist.

Grey sowohl wie Sir Arthur Nicolson, den ich auf meiner Durchreise in London besuchte, wiederholten mir, was man bereits unserem Geschäftsträger gesagt hatte, daß nämlich der Abschluß der chinesischen Anleihe bei der Lloyd-Bank von der britischen Regierung sehr mißbilligt worden sei. Letztere habe nicht verfehlt, ihr Mißfallen darüber in Peking wie in England selbst verlauten zu lassen. Leider konnte die Regierung nicht mehr tun, weil sie, ganz im Gegensatz zur französischen Regierung, kein einziges Mittel hat, die englischen Finanzmänner zu beeinflussen.

Da die Gefahr vorliegt, China könnte ohne Wissen des Sechserkonsortiums Anleihen abschließen, wenn dieses auf den von

ihm gestellten Kontrollbedingungen besteht, so wäre es, wie Grey meinte, erwünscht, diese seiner Ansicht nach zu schweren Bedingungen einigermaßen zu mildern.

Aus den Besprechungen, die ich hierüber später in Paris mit Poincaré und den französischen Finanzleuten hatte, konnte ich die Überzeugung gewinnen, daß dagegen die Franzosen der Beibehaltung des Sechserkonsortiums großen Wert beilegen, auf der Notwendigkeit einer strengen Kontrolle bestehen und die China vorgeschriebenen Bedingungen nicht zu ändern beabsichtigen.

Die schon seit einiger Zeit wenig befriedigende Lage auf dem Balkan hat sich während meines Aufenthalts im Auslande noch verschlammert. Alle diesbezüglichen Fragen standen daher in meinen Unterredungen mit den englischen Staatsmännern, wie auch später mit den französischen und deutschen, an erster Stelle und nahmen den breitesten Raum ein.

Es war allen klar, daß die Ereignisse auf dem Balkan, wenn man sie ungehindert sich entwickeln ließe, eine Wendung zu nehmen drohten, die unfehlbar außerordentlich gefährliche Verwicklungen für die Großmächte selbst herbeiführen würden. Ebenso klar war es, daß nur durch eine einmütige und sofortige Aktion von Seiten der gesamten Großmächte die drohende Gefahr vermieden werden könnte.

Unter diesem Gesichtspunkt kam meine Anwesenheit in den bedeutendsten Hauptstädten Europas zu einem so bedeutungsvollen Zeitpunkt sehr gelegen, denn der persönliche Meinungsaustausch meinerseits mit den Leitern der auswärtigen Politik Englands, Frankreichs und Deutschlands hat die Verhandlungen über eine gemeinsame Aktion vereinfacht und beschleunigt.

Während meines Aufenthalts in Balmoral lief der Eurer Kaiserlichen Majestät bereits bekannte erste Vorschlag Poincarés ein, der vier Artikel enthält. Rußland, Frankreich und England sollten, nach der Idee des Urhebers des Vorschlags, Österreich und Deutschland zu deren Annahme veranlassen. Der dritte Artikel, der eine immerhin mögliche Zwangsmaßregel gegen die Türkei vorsieht, fand nicht den Beifall des Kabinetts von St. James, das sogar soweit ging, jede Andeutung einer solchen Möglichkeit für bedenklich zu halten.

Auf meine Anweisungen hin gelang es trotzdem unserem Pariser Botschafter, H. Poincaré klar zu machen, daß der Schlüssel zu der ganzen Lage in Wien zu suchen sei: denn, falls Österreich sich nicht den Bemühungen der anderen Mächte um eine friedliche Lösung des Konfliktes anschließen, vielmehr eine Sonderaktion unternehmen sollte, wären alle Anstrengungen der anderen Mächte zum Mißerfolg verurteilt, und wir selbst könnten uns gezwungen sehen, auf die Politik einer Nichteinmischung zu verzichten, die wir doch

auch fernerhin so aufrichtig gern befolgen möchten. Deshalb stellte die französische Regierung einen neuen Vorschlag auf, nach dem Rußland und Österreich, als die am meisten für eine ruhige Lage auf dem Balkan interessierten Staaten, von den Mächten beauftragt werden sollten, ihrerseits in den Hauptstädten der Balkanländer vorstellig zu werden, um den Beginn einer bewaffneten Aktion aufzuhalten. Bekanntlich wurde dieser Vorschlag von allen angenommen, mit der einzigen, auf Wunsch Englands gemachten Änderung, daß im Konstantinopel die Vertreter der fünf Großmächte gemeinsam vorstellig werden sollten.

Ohne noch eine Antwort aus Wien erhalten zu haben, ergriff ich die Gelegenheit, auf meiner Heimfahrt durch London den österreichischen Botschafter zu bitten, er möge die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf den Wert lenken, den wir auf ein Zusammenwirken Österreichs mit den anderen Mächten in dem gegenwärtigen, so sehr gefahrsvollen Zeitpunkt legten. Ich ließ bei dieser Gelegenheit den Grafen Mensdorff wissen, daß das Nichteingreifen Rußlands in den Balkankonflikt von einer gleichen Haltung Österreichs in dieser Angelegenheit abhänge.

Den Vorschlag Poincarés zu einem gemeinsamen Vorgehen Rußlands und Österreichs im Namen der anderen Mächte, kann man meines Erachtens sehr wohl annehmen, da er zwar die Hände Österreichs bis zu einem gewissen Grade bindet, aber gleichzeitig den Vorwand zu einem lebhafteren Meinungsaustausch zwischen uns und dem Wiener Kabinett bietet, ohne daß wir dazu die Initiative ergreifen.

Während meines dreitägigen Aufenthalts in Paris beschäftigten die Balkanfragen andauernd besonders stark die europäischen Kabinette und bildeten größtenteils den Stoff meiner Unterredungen mit Poincaré.

Nach Rücksprache mit mir hat der französische Außenminister eine Formel ausgearbeitet, nach der in den Hauptstädten der Balkanländer Vorstellungen erhoben werden sollen, und er ist jetzt bemüht, so schnell wie irgend möglich die Zustimmung aller Mächte zu erlangen.

In London, Paris und Berlin empfing ich die Vertreter der Pforte und der Balkanstaaten und gab ihnen den dringenden Rat, doch Vernunft anzunehmen. In Paris haben wir, Poincaré und ich, sogar einmal die Vertreter Bulgariens, Serbiens und Griechenlands gemeinsam empfangen, um unseren Ermahnungen größeren Nachdruck zu verleihen.

Dem ottomanischen Botschafter in London, Tewfik Pascha, gegenüber bemerkte ich, wie wünschenswert für die Pforte ein schneller Friedensschluß mit Italien sei. Ich hoffte, dadurch ein wenig die Leidenschaften der anderen Gegner der Türkei zu kühlen

und ihr bewaffnetes Eingreifen zu verhindern. Tatsächlich ist für niemand mehr zweifelhaft, welchen Einfluß der italienisch-türkische Krieg dadurch gehabt hat, daß er die Balkanvölker zur Lösung der schwierigen Fragen mit den Waffen in der Hand ermutigte. Ich hörte Worte des Bedauerns darüber, daß die Mächte seinerzeit die Aufforderung Rußlands nicht genügend beachtet hätten, gemeinsam dem Tripoliskrieg ein Ende zu setzen, bevor der Brand in den Balkanländern entflammt wurde.

Aus den unter den geschilderten Umständen in England, Paris und Berlin von mir nacheinander geführten Unterhandlungen konnte ich mir auf Grund persönlicher Eindrücke ein ziemlich klares Urteil über die Verschiedenheit der Haltung der drei Großmächte gegenüber den Balkanangelegenheiten bilden. Alle Tätigkeit Englands ist augenblicklich der Sorge untergeordnet, nur ja nicht die Unzufriedenheit der muselmanischen Welt auf sich zu laden, da es sich, um seine Herrschaft in Indien aufrechtzuerhalten, auf den muselmanischen Teil der dortigen Bevölkerung stützen muß. Daher kommt seine offensichtliche Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Christen in der Türkei, die mit seiner früheren Haltung in Widerspruch steht, daher auch seine unentschiedene Politik in Persien und Zentralasien.

Außerdem wird England von dem Wunsch geleitet, in keiner Weise die jetzige ottomanische Regierung, in der Kemal Pascha eine hervorragende Rolle spielt, zu schwächen; es fürchtet, die Jungtürken, mit Ferid Pascha an der Spitze, der für einen Anhänger Deutschlands gilt, könnten wieder zur Macht gelangen.

Diese Erwägungen erklären es, warum England trotz seines Wunsches, im Zusammenwirken mit den anderen Mächten die Ruhe auf dem Balkan wiederherzustellen, oft der gemeinsamen Sache durch sein Zögern, dieser oder jener Maßnahme zuzustimmen aus Angst vor dem Eindruck, den dies in Konstantinopel machen könnte, Hindernisse in den Weg gelegt hat.

Unter solchen Umständen kann man mit Gewißheit sagen, daß auf eine Unterstützung von seiten Englands nicht zu rechnen sein würde, falls eine abermalige Verschlimmerung der Verhältnisse einen energischen Druck auf die Türkei erfordern sollte.

In Frankreich rufen die Verwicklungen auf dem Balkan zweierlei Besorgnisse hervor, die die Haltung unseres Bundesgenossen zu den aktuellen Ereignissen bestimmen.

In erster Linie ist es durch den Gedanken beunruhigt, die Ereignisse in den Balkanländern könnten auf die eine oder andere Weise eine Intervention der Mächte veranlassen, die dort am meisten interessiert sind, d. h. Rußlands und Österreichs, was Frankreich seinerseits in einen Krieg hineinziehen könnte. Gerade diese Befürchtung ist der Grund dazu, daß Poincaré uns im letzten Som-

mer vertraulich und in aller Freundschaft daran erinnert hat, nach dem Buchstaben des Bündnisvertrages könne nur ein Angriff Deutschlands gegen Rußland zu einer Erfüllung der Verpflichtungen Frankreichs uns gegenüber führen.

In zweiter Linie können die Franzosen einem Anwachsen der Unruhen auf der Balkanhalbinsel nicht gleichgültig zusehen; denn diese müssen ihnen finanzielle Verluste bringen, da sie bedeutende Kapitalien in verschiedene dortige Unternehmungen gesteckt haben.

Darum sehnt die französische Regierung so glühend eine friedliche Lösung der entstandenen Konflikte herbei und ergreift die Initiative zu einer Reihe dahin zielender Vorschläge.

In Berlin konnte ich klar erkennen, daß der Krieg zwischen den Balkanstaaten Deutschland selbst nur wenig beunruhigt, daß man aber, wie in Frankreich, fürchtet, durch seine Bündnisverpflichtungen in einen europäischen Krieg verwickelt zu werden. Deshalb ist Deutschland bereit, den Balkankrieg soweit wie möglich zu lokalisieren, wenn ein solcher nicht mehr zu vermeiden sein sollte. Von diesem Gesichtspunkt aus wurde in Berlin der Vorschlag Poincarés, Rußland und Österreich zu Wortführern in Sofia, Belgrad, Cettinje und Athen zu machen, sehr gut aufgenommen, um so mehr als man augenblicklich zu bezweifeln scheint, daß das Wiener Kabinett den Ratschlägen seines Bundesgenossen im Norden Gehör schenken will. Daher vermeidet man es lieber, seinen Einfluß in Wien auf die Probe zu stellen, denn man fürchtet, dort nicht mehr die gleiche Gefügigkeit wie einst zu finden.

Mich will es dünken, daß diese Sachlage teilweise auch durch das Bestreben Österreichs zu erklären ist, seine Unabhängigkeit von Deutschland zu betonen. Letzteres ist genötigt, sich fest an seinen Bundesgenossen anzuschließen, wenn es nicht vollkommen isoliert unter den Großmächten bleiben will, und daraus wünscht Österreich für sich Vorteil zu ziehen.

Jedenfalls hat man mir in Berlin mehr als einmal versichert, daß man dort gewillt sei, im voraus schon alle Maßnahmen anzuerkennen, die durch eine Vereinbarung zwischen Rußland und Österreich getroffen werden sollten.

Dieselben Verschiedenheiten in der Auffassung, die sich bei den drei Mächten hinsichtlich der Lage auf dem Balkan feststellen lassen, zeigen sich auch in ihren Ansichten über orientalische Einzelfragen.

So zunächst bezüglich Kretas. Während England, vor allem besorgt um die Verteidigung der Hoheitsrechte des Sultans, den Rat erteilt, man solle diese Inseln durch ein von den Schutzmächten gebildetes Detachement in Stärke von 6000 Mann besetzen lassen, möchte Frankreich, wie auch wir selbst, nicht zu so strengen Maß-

nahmen greifen und lieber den Weg wählen, in Kreta das Oberkommissariat wieder einzuführen.

In der Frage des zukünftigen Schicksals der von Italien besetzten Inseln im Ägäischen Meer stimmen England und Frankreich darin überein, sie könnten es unmöglich zulassen, daß Italien die Inseln behält, weil dadurch das politische Gleichgewicht im östlichen Teile des Mittelmeers bedroht sein würde. Frankreich ist bereit, über die Mittel zur Lösung der Frage in dem Sinne zu verhandeln, daß man den Inseln eine Autonomie, ähnlich der von Samos, zuerkenne. England jedoch sieht zwar ein, daß man unmöglich die christliche Inselbevölkerung der Willkür der Türken ausliefern kann, es möchte aber trotzdem die Empfindlichkeit der letzteren schonen und beeilt sich nicht weiter mit der Untersuchung dieser Angelegenheit.

Trotz der Kürze meines Pariser Aufenthalts, während dessen die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf den Orient gerichtet war, gelang es mir doch, durch Besprechungen mit Staatsmännern und Finanzleuten für uns recht wichtige Einzelheiten auf verschiedenen Gebieten zu klären, von denen einige, die schon in England ange schnitten wurden, in diesem Bericht bereits Erwähnung fanden.

Unter den Fragen, die Frankreich und Rußland nahe berühren, waren es zunächst die anatolischen Eisenbahnen, um die sich die Besprechungen drehten. Aus Äußerungen eines der hauptsächlichsten Unternehmer, des Grafen Vitali, hatte ich die Überzeugung gewonnen, daß die Abzweigung von der nördlichen Hauptlinie bis Trapezunt infolge technischer Schwierigkeiten und zweifelhafter Erträgnisse aller Wahrscheinlichkeit nach erst in ferner Zukunft ausgeführt werden würde; ich hielt es deshalb für möglich, Poincaré das Versprechen zu geben, ich wolle vor dem Ministerrat den Antrag vertreten, die zwischen uns und den Franzosen bestehenden Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, und bezeichnete Peckeridje als Endpunkt der zukünftigen Linie, entsprechend den Hin weisen des ehemaligen Außenministers Assim Bey.

Was die Bagdadbahn anbetrifft, so erfuhr ich, der Direktor der Deutschen Bank, H. von Gwinner, habe den französischen Banken angeboten, man solle ihm die Aktien der dritten Emission, die noch in ihren Mappen liegen, wieder aushändigen, und zwar unter der Bedingung, daß diese Banken die Verpflichtung übernehmen, die vierte und fünfte Emission ganz zu realisieren. Die französische Regierung übte jedoch einen Druck auf die Banken aus und zwang sie, dies Angebot zurückzuweisen, da es doch nur bezweckte, die Aktien der Bagdadbahn mit der Zeit an der Pariser Börse zur Notierung zu bringen.

Eure Majestät geruhten auf einen Brief unseres Botschafters in Madrid die Worte zu setzen: „Es ist notwendig, dies ernst in Er

wägung zu ziehen.“ In diesem Briefe berichtet Baron Budberg den Inhalt einer Unterredung mit dem König Alphons XIII., der dabei den Wunsch ausgesprochen hatte, Spanien solle sich den Mächten des Dreiverbandes angliedern.

Ich befolgte die Andeutung Eurer Kaiserlichen Majestät und benutzte meine Begegnung mit H. Poincaré, um ihm vertraulich diesen Schritt des Königs mitzuteilen und mich über die Ansicht der französischen Regierung zu informieren.

Poincaré sagte mir, daß die jetzt von dem König von Spanien aufgeworfene Frage durchaus keine neue sei und zum erstenmal schon 1909 angeregt worden sei; bei seinem letzten Besuch in Paris sei der König darauf zurückgekommen. Von französischer Seite seien seine Andeutungen wohl erwogen, aber nicht endgültig beantwortet worden. Jetzt, nach einer Konzentrierung seiner Streitkräfte im Mittelmeer, müsse Frankreich daran denken, sich den Rücken zu decken und eine freie Verbindung mit der atlantischen Küste zu sichern. So entspreche der Gedanke eines Bündnisses mit Spanien den französischen Interessen durchaus, und zwar um so mehr, als es im Fall eines Krieges mit Deutschland dann nicht nötig wäre, an den Pyrenäen ein Heer zum Schutz der Grenze aufzustellen. Trotzdem ziehe aber das Pariser Kabinett es vor, eine Erörterung über diese Angelegenheit bis zum Abschluß der schwebenden Verhandlungen mit Spanien über Marokko zu verschieben.

Ich äußerte Poincaré gegenüber, daß ein Abkommen zwischen Frankreich und Spanien und dadurch eine Annäherung des letzteren an die Dreiverbandsmächte mir durchaus sympathisch wäre, immerhin hielte ich es für vollkommen ausreichend, wenn Spanien sich durch ein förmliches Bündnis nur an Frankreich anschließe, um jeden Verdacht Deutschlands und seine ständige Furcht vor angeblich ihm feindlichen Koalitionen auszuschalten.

Ich schließe meinen untertägigsten Bericht über meinen Aufenthalt in Frankreich mit dem Hinweis auf den liebenswürdigen Empfang, der mir in Rambouillet von Seiten des Präsidenten der Republik, H. Fallières, zuteil wurde. Er bat mich, Eurer Kaiserlichen Majestät die Gefühle seiner tiefsten Wertschätzung und aufrichtigen Ergebenheit auszusprechen.

In Berlin hielt ich mich nur einen Tag auf. Meine Begegnungen mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen waren fast ausschließlich einer Prüfung der Balkankrise gewidmet. Den Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage habe ich weiter oben angegeben. Um meine Äußerungen über die in Berlin gesammelten Eindrücke zu vervollständigen, halte ich es für meine Pflicht, Eurer Kaiserlichen Majestät zu berichten, daß H. von Bethmann-Hollweg und H. von Kiderlen-Wächter leider beide auf den Eindruck zu sprechen kamen, den der kürzlich erfolgte Besuch

Seiner Kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch in den französischen Befestigungen an der lothringischen Grenze hinterlassen hat, sowie auf die teilweise Mobilmachung in Warschau in der letzten Woche.

Nachdem ich ihnen den durchaus friedlichen Charakter der letzteren erklärt hatte, wies ich meinerseits auf den ungünstigen Eindruck hin, den die Bildung eines neuen deutschen Armeekorps in Allenstein, nahe unserer Grenze, hervorgerufen hat.

Diese beiderseitigen Beschwerden geschahen übrigens in einer durchaus freundschaftlichen Form. Ich fühle mich berechtigt, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß trotz des häufigen Vorkommens ähnlicher Fälle beiderseitiger Unzufriedenheit unsere Beziehungen zu Deutschland im Grunde genommen stets von aufrichtiger Freundschaft getragen sind, die Eure Kaiserliche Majestät durch die persönliche Begegnung mit Kaiser Wilhelm im Juli dieses Jahres zu festigen geruht haben.

Sasonow

## 6. Kapitel

# Der Tripoliskrieg und die franco-italienischen Beziehungen



---

*Der russische Botschafter in Paris an den  
stellvertretenden russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 13./26. September 1911

Ich habe häufig mit Tittoni über Tripolis gesprochen, da seine Ansicht von um so größerem Interesse ist, als er die italienische Politik ganz genau kennt und einen unbestreitbaren Einfluß auf Viktor Emanuel ausübt. Er sagte mir, daß er persönlich die Entwicklung dieser Angelegenheit nicht für zweckmäßig halte, daß er aber glaube, die Regierung sei unter dem Druck der öffentlichen Meinung gezwungen gewesen, zu aktiven Maßnahmen zu greifen. Auf meine Frage, welches die Haltung der Verbündeten Italiens sein werde, gab Tittoni mir zur Antwort, daß, wie er mir vor drei Jahren in Racconigi schon sehr vertraulich mitgeteilt habe, die Abmachungen des Dreibundes eine besondere Bestimmung enthielten, nach der Deutschland und Österreich verpflichtet sind, Italien in Tripolis Handlungsfreiheit zu lassen. Die Einfügung dieser Bestimmung sei von Italien bei der letzten Erneuerung des Bundes gefordert worden. Italien werde deshalb auf keinen Widerstand von dieser Seite stoßen. Was nun Österreich im besonderen anbetrifft, so glaubt Tittoni nicht, daß es irgendeine Kompensation, zum Beispiel in der albanischen Frage, fordern könne, da zwischen Italien und Österreich ein Spezialvertrag über Albanien bestehe, der die Tripolisfrage nicht berühre.

Ich habe meinerseits Tittoni nicht meine Befürchtungen verhehlt, daß militärische Maßnahmen Italiens in Tripolis auf die allgemeine Lage im nahen Orient zurückwirken könnten. Im besonderen sei zu fürchten, daß das gegenwärtige Regime in Konstantinopel sich nicht halten könne und irgendein Balkanstaat interveniere, was wieder zu einem neuen Schritt vorwärts von seiten Österreich-Ungarns führen könnte.

Tittoni antwortete, daß das jungtürkische Regime sich als unzulänglich erwiesen habe, und daß man sein Verschwinden, das voraussichtlich auch ohne Tripolis eintreten würde, kaum zu bedauern brauche. Was die Balkanstaaten anbetreffe, so sei Serbien an der

Aufrechterhaltung der Türkei interessiert; Montenegro könne man stets zurückhalten, und es bliebe nur Bulgarien. Er wisse aber, daß Rumänien sich verpflichtet habe, keinen bulgarischen Angriff auf die Türkei zu gestatten. Schließlich, fügte er hinzu, sei die italienische Flotte stark genug, um die Entsendung türkischer Truppen nach Tripolis zu verhindern. Die Türkei wird also ihre militärische Stellung auf dem Balkan nicht schwächen, und in dieser Beziehung wird keine Änderung der allgemeinen Lage stattfinden. Was nun endlich Österreich betreffe, so werde es kaum selbständig vorgehen, und eine Intervention von seiner Seite könne nur in Verbindung mit den allgemeinen Ereignissen auf dem Balkan stattfinden. Deshalb hält es Tittoni für wünschenswert, daß unter den jetzigen Umständen ein beständiger Meinungsaustausch zwischen Rom, St. Petersburg und Wien gepflogen wird, da man nur hierdurch ein unvorhergesehenes Vorgehen Österreichs verhindern könne.

I swolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
stellvertretenden russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 13./26. September 1911

Eingetroffen am 18. September/1. Oktober 1911. Sehr vertraulich

Auf dem Original eigenhändiger Vermerk Nikolaus' II.

Sehr geehrter Herr Anatol Anatoliewitsch!

Ich erlaube mir, meinen Brief über Tripolis durch folgende, sehr vertrauliche Betrachtungen zu vervollständigen:

Zunächst werden Sie sich natürlich daran erinnern, daß wir uns durch den in Racconigi abgeschlossenen Geheimvertrag verpflichtet haben, der Handlungsfreiheit Italiens in Tripolis kein Hindernis in den Weg zu legen, wofür Italien uns seinerseits versprochen hat, gegenüber unserer Meerengenpolitik eine analoge Haltung einzunehmen. Aus diesem Grunde scheint es mir, daß wir in keinem Falle grundsätzliche Einwendungen gegen die italienische Intervention machen können, und daß wir unsererseits nur die Möglichkeit haben, zu bestreiten, daß für das italienische Unternehmen der rechte Augenblick gewählt wurde. Wenn es möglich sein sollte, den wegen Tripolis entstandenen italienisch-türkischen Konflikt zu lokalisieren, muß man zugeben, daß ein solches Ereignis unbestreitbare Vorteile für uns hätte; es würde Deutschland und den ganzen Dreibund in eine überaus schwierige Lage versetzen und der Türkei den Irrtum ihrer Politik des Mißtrauens uns und den Mächten des Dreiverbandes gegenüber vor Augen führen.

Die Gefahr besteht offensichtlich nur darin, daß der fragliche Konflikt möglicherweise auf die allgemeine Lage der Balkanhalbinsel zurückwirken und dort unerwünschte Erschütterungen hervorrufen kann. In dieser Hinsicht scheinen mir die optimistischen Ansichten H. Tittonis recht wenig begründet zu sein, und wir müßten natürlich nicht wenig Anstrengungen daran wenden, um die Ausbreitung des Brandes zu verhindern. Andererseits scheint mir der Gedanke des H. Tittoni über die Notwendigkeit eines dauernen Meinungsaustausches zwischen Petersburg, Rom und Wien bei dem augenblicklichen Stand der Dinge für durchaus richtig, und sowohl dem Sinne des Vertrages von Racconigi, als auch den Forderungen der augenblicklichen politischen Lage entsprechend. In der Annahme, daß das italienische Vorgehen unvermeidlich ist, scheint es mir, daß wir schon jetzt nicht nur auf das beste Mittel zur Sicherung des Friedens und der Ordnung auf der Balkanhalbinsel sinnen müssen, sondern auch darauf, aus den herannahenden Ereignissen möglichst große Vorteile für unsere eigenen Interessen zu ziehen.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich die ottomanische Regierung trotz der von uns der Türkei geleisteten Dienste systematisch der für uns günstigen Lösung verschiedener auf der Tagesordnung stehender Fragen entzogen, wie z. B. im Falle der Eisenbahnen in Kleinasien und an der türkisch-persischen Grenze. Die sich jetzt ergebende Konjunktur scheint mir sehr geeignet für einen entschiedenen Versuch unsererseits, wenigstens diese beiden Fragen zu regeln. Außerdem erlaube ich mir die Ansicht auszusprechen, daß wir uns auf alle Fälle im voraus in irgendeiner Form eine Erklärung Italiens verschaffen müßten, durch die es sich zukünftig als an unseren Standpunkt in der Meerengenfrage gebunden erachtet, wenn es seinerseits jetzt seine in dem Abkommen mit uns vorgesehenen Rechte auf Tripolis verwirklicht. H. Tittoni versprach, mich in der gegenwärtigen Frage auf dem laufenden zu halten, und ich werde meine Unterredungen mit ihm fortfestzen. Falls Sie daher auf indirektem Wege Rom etwas wissen lassen wollen, könnte er in dieser Beziehung als sehr bequemer Kampf dienen.

Ich beabsichtige auch, mich in engem Kontakt mit den hiesigen Vertretern der Balkanstaaten zu halten. Der bulgarische Gesandte, H. Stanciof, ein Vertrauensmann des Zaren Ferdinand, ist immer sehr gut über die politischen Pläne des letzteren unterrichtet. Der serbische Gesandte, H. Vesnitsch, ist einer der intelligentesten und einflußreichsten Staatsmänner Serbiens. Zu diesen beiden Diplomaten habe ich die besten Beziehungen, und es wird nötigenfalls möglich sein, sie für unsere Zwecke zu gebrauchen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
stellvertretenden russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 14./27. September 1911

Mein letzter Brief war schon geschrieben, als ich von Tittoni erfuhr, daß der italienische Geschäftsträger in Konstantinopel beauftragt worden sei, der Türkei zu erklären, daß Italien zur Besetzung von Tripolis schreiten müsse, und daß von der türkischen Regierung eine Antwort binnen 24 Stunden erwartet werde. Tittoni hat im Widerspruch zu seinen früheren Erklärungen zugegeben, daß der König und Giolitti, ehe sie diesen Entschluß faßten, ihn um seine Ansicht gefragt hätten, und daß er, Tittoni, nach reiflicher Überlegung seine Zustimmung zu diesem Schritte gegeben habe.

Seinen Worten zufolge ist der Schritt Italiens die direkte und unausbleibliche Folge der Politik Kiderlens. Da Deutschland, unter Aufgabe der Algecirasakte, die Erklärung des französischen Protektorates über Marokko beschleunigt und hierbei für sich selbst Kompenstationen verlangt habe, so bleibe Italien nichts anderes übrig, als schon jetzt die Rechte, die es sich in bezug auf Tripolis vorbehalten hat, zu verwirklichen, weil es befürchten mußte, daß in Zukunft etwa infolge eines Regierungswechsels in Frankreich seine Rechte in Vergessenheit geraten oder als erloschen erklärt werden könnten.

Ich habe meine Unterredung mit Tittoni dazu benutzt, ihn daran zu erinnern, unter welchen Bedingungen wir unsererseits versprochen haben, die Handlungsfreiheit Italiens in Tripolis anzuerkennen. Ich fragte ihn nur von mir aus, ob er nicht glaube, daß Italien, das in diesem Augenblick zur Ausführung seines Programms in Tripolis schreite, uns Sicherheiten dafür geben müsse, daß es in Zukunft nicht vergessen werde, die von ihm übernommenen parallelen Verpflichtungen hinsichtlich unserer Rechte auf die türkischen Meerengen einzulösen. Tittoni hat bejahend geantwortet und geäußert, es werde leicht sein, die diesbezüglichen Verpflichtungen in einer passenden Formel niederzulegen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
stellvertretenden russischen Außenminister*

Sehr vertraulich

Paris, den 26. September/9. Oktober 1911

Brief

Auf dem Original eigenhändiger Vermerk Nikolaus' II.

Sehr geehrter Anatol Anatoliewitsch!

Ich bin sehr glücklich, daß mein Gedanke einer Festlegung der italienischen Verpflichtungen betreffs der Meerengen von Ihnen mit

Sympathie aufgenommen wird. Gleich nach Empfang Ihres Briefes habe ich H. Tittoni veranlaßt, in konkretere Besprechungen einzutreten, und habe ihm den von Ihnen ausgearbeiteten Entwurf eines Briefes des italienischen Ministers des Äußeren an den russischen Minister des Äußeren unterbreitet. H. Tittoni hat nicht nur dem von Ihnen vorgeschlagenen Verfahren zugestimmt, sondern mir auch seine Ansicht ausgesprochen, daß ihm der genannte Entwurf völlig annehmbar scheine und daß er, wenn er Minister des Äußeren wäre, nicht zögern würde, ihn zu unterzeichnen. Er schrieb nach meinem Diktat einen Briefentwurf und versprach, diesen entweder selbst nach Rom zu bringen oder ihn durch einen Kurier dorthin zu schicken. Er zieht den ersten Weg vor, da er ihm die Möglichkeit geben würde, dem König und den Herren Giolitti und San Giuliano mündlich die Gründe darzulegen, die für die Erfüllung unseres Wunsches sprechen. Der Zeitpunkt seiner Reise nach Rom hängt von dem Ende der Tripoliskrise ab. Wenn die Krise sich hinzieht, wird er die besagten Gründe brieflich darlegen. In beiden Fällen ist er der bejahenden Antwort des Königs und seiner Minister sicher.

Ihr ergebenster  
Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 107

Paris, den 4./17. Juni 1912

Unter Bezug auf meine Telegramme Nr. 99 und 102.

Das Kabinett von London hat bereits mit einigen unbedeutenden Änderungen die von Poincaré vorgeschlagene Formel angenommen. Poincaré ist mit diesen Änderungen dem Sinne nach einverstanden und schlägt folgenden Text als endgültig vor: „Die Regierungen von Frankreich, Rußland und England sind sich über die Bedingungen einig, unter denen sie im gegebenen Augenblick eine wirksame Aktion zugunsten des Friedensschlusses zwischen Italien und der Türkei würden unternehmen können. Sie sind der Ansicht, daß eine freundliche Intervention der Mächte nur dann Erfolg haben kann, wenn sie sich ganz ausschließlich mit der Frage befaßt, die den augenblicklichen Konflikt hervorgerufen hat. Die vermittelnden Mächte müßten daher, bevor sie in eine Beratung eintreten, schriftlich ihr Desinteresse an der Sache bestätigen. Außerdem sprechen die drei Regierungen die Überzeugung aus, daß die fünf Mächte zur Erreichung des friedlichen Ziels zunächst sich untereinander verständigen müßten, bevor sie einen Kollektiv-

schrift unternehmen.“ Poincaré hat diese Formel nach Petersburg und London gedrahtet und zweifelt nicht daran, daß das Londoner Kabinett mit ihr einverstanden ist.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 1146

St. Petersburg, den 5./18. Juni 1912

Der französische Botschafter hat mir die neue Formel Poincarés übermittelt. Ich habe geantwortet, daß ich nach wie vor die Worte, die sich auf das Desinteressement beziehen, nicht annehmen kann. Rußland hat tatsächlich bereits bewiesen, daß es den gegenwärtigen Krieg nicht ausnutzen will, um irgendwelche eigenen Ziele zu erreichen, aber die Unterzeichnung eines internationalen Vertrages würde sowohl von der öffentlichen Meinung Rußlands als auch in den slawischen Staaten dahin gedeutet werden, daß Rußland in Zukunft auf seine hundertjährige Balkanpolitik verzichtet. Obendrein verstehe ich nicht, warum der französische Minister des Äußern glaubt, daß ein solches Verfahren den Friedensschluß erleichtern könne. Es scheint mir im Gegenteil, als würden die Mächte dadurch in zwei Gruppen getrennt werden, während es doch durchaus wünschenswert ist, daß alle fünf Mächte gemeinsam an der Aussöhnung Italiens mit der Türkei teilnehmen.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 115

Paris, 9./22. Juni 1912

Ihr Telegramm Nr. 1167 erhalten.

Ich habe mich mit Poincaré auseinandergesetzt. Er ist damit einverstanden, daß aus der Formel in ihrer letzten Fassung der Satz über Unterzeichnung des Protokolls hinsichtlich des Desinteressements wegfällt und nimmt auch den von Ihnen gemachten Vorbehalt an, daß es notwendig sei, sich vor jeder Veröffentlichung in dieser Angelegenheit besonders miteinander zu verständigen. In diesem Sinne telegraphiert er nach St. Petersburg und London.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 1177

St. Petersburg, 10./23. Juni 1912

Ich habe soeben mit dem französischen Botschafter folgende Abänderungen der Formel Poincarés ausgearbeitet. Der erste Absatz bleibt wie er ist; der zweite wird folgendermaßen geändert: „sind der Ansicht, daß die Mächte, die nichts als die allgemeinen Interessen Europas im Auge haben und einzig von dem Wunsch, den Frieden wiederherzustellen, beseelt sind, sich zu einer freundschaftlichen Intervention bereit erklären sollen, deren einziger Gegenstand nur die Streitfrage sein soll, die den Konflikt hervorgerufen hat“. Der dritte Absatz bleibt unverändert. Georges Louis hofft, daß seine Regierung diese Fassung annehmen werde.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 118

Paris, den 11./24. Juni 1912

Telegramm 1177 erhalten.  
Vermittlung.

Poincaré erhebt keine Einwände gegen die von Ihnen im Einvernehmen mit Louis ausgearbeiteten Änderungen. Wenn Sie auf diesen bestehen, will er sie annehmen. Da er aber dem Londoner Kabinett bereits die ursprüngliche Fassung nur unter Weglassung des Satzes über das Protokoll hinsichtlich des Desinteressements vorgeschlagen hat, würde er vorziehen, bei dieser Fassung zu bleiben.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 1197

St. Petersburg, den 12./25. Juni 1912

Ich telegraphiere nach Paris:

Ich sagte gestern dem französischen Botschafter, daß ich in Übereinstimmung mit dem Wunsche Poincarés bereit bin, bei der früheren Formel zu bleiben, indes mit Ausschluß des Satzes über das Desinteressement. Es kann also die Übereinstimmung Russlands, Englands und Frankreichs als erreicht gelten. Was das

weitere betrifft, so teilen wir ganz die Ansicht von Grey, die im Telegramm Benckendorffs 176 ausgeführt wird, daß nämlich mündliche Erklärungen in diesem Fall genügen und daß dringend zu wünschen ist, daß die erfolgte Vereinbarung nicht bekanntwerde.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 120

Paris, den 13./26. Juni 1912

Die Telegramm Nr. 1197 und 1198 erhalten. Vermittlung. Poincaré hat mir die lebhafteste Befriedigung über die Herstellung des Einvernehmens zwischen Rußland, Frankreich und England ausgesprochen. Er ist auch ganz mit der mündlichen Annahme der Formel einverstanden und hat nicht die Absicht, auf ihrer Veröffentlichung zu bestehen.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Brief

St. Petersburg, den 17./30. Mai 1912

Streng vertraulich

Sehr geehrter Alexander Petrowitsch!

Die Abkühlung, die in letzter Zeit in den wechselseitigen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien eingetreten ist, kann uns nicht gleichgültig lassen. Wie Eurer Hohen Exzellenz gut bekannt ist, erachten wir es nicht vorteilhaft für uns, den formellen Austritt Italiens aus dem Dreibund anzustreben, halten es aber für sehr wünschenswert, daß bei äußerer Aufrechterhaltung des jetzigen Standes der Dinge die Beziehungen des Königreichs zu uns und Frankreich gepflegt werden. In dieser Hinsicht sind die Bedingungen für uns jetzt ausnehmend günstig. Wir sind natürlich mit Vergnügen bereit, diese Situation auszunützen, um Frankreich, falls es dies wünscht, die möglichen Dienste zu erweisen und alle Anstrengungen zur Beilegung seiner Unstimmigkeiten mit Italien zu machen.

Zu diesen Unstimmigkeiten gehört anscheinend die Frage des zukünftigen Schicksals der französisch-italienischen Konvention von 1902. Diese Konvention, die man uns niemals zur Kenntnis gebracht hat, betraf, soweit bekannt, hauptsächlich die Abgrenzung der fran-

zösischen und der italienischen Interessen im Mittelmeer, und in diesem Sinne könnte sie ohne Angabe einer bestimmten Zeitdauer abgeschlossen sein. Immerhin ist es, angesichts der Möglichkeit, daß sie auch andere zeitlich begrenzte Verpflichtungen enthielt, nach den aus Rom eingelaufenen Nachrichten durchaus nicht unwahrscheinlich, daß jetzt, also 10 Jahre nach Abschluß der Konvention, die Frage ihrer Erneuerung auftaucht. Nach den eben erwähnten Mitteilungen zu schließen, wünschen die Franzosen die Verlängerung der Abmachungen von 1902, während die Italiener — teilweise auf den Rat ihres Pariser Botschafters hin, der das Recht der „freien Hand“ verteidigt — es nicht so eilig haben, durch neue Verpflichtungen sich zu binden, bevor die augenblickliche, etwas unbestimmte politische Lage geklärt ist.

Unterdessen bekundet England bereits eine gewisse Unruhe über diese Angelegenheit, denn es fürchtet, daß, falls Italien mit Frankreich bricht und sich von neuem seinen Verbündeten enger anschließt, Tripolis in den Händen Italiens ein sehr bequemer Stützpunkt für die Land- und Seemacht der letzteren in den Gewässern des Mittelästlichen Meeres werden könnte.

Mit Rücksicht auf das Vorstehende bitte ich Eure Hohe Exzellenz ergebenst, die hier eingetroffenen Nachrichten mit großer Umsicht zu prüfen und womöglich vertraulich zu ermitteln, ob tatsächlich von der Erneuerung der Konvention die Rede ist, worin sie besteht und wie sich die französische Regierung zu dieser Frage sowie zu der Möglichkeit, unsere Dienste zwecks Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden lateinischen Staaten in Anspruch zu nehmen, verhält.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 24. Mai/6. Juni 1912

Streng vertraulich

Nach Empfang Ihres vertraulichen Briefes vom 17./30. Mai habe ich Poincaré zu einer Unterredung über die französisch-italienischen Beziehungen veranlaßt. Ich versuchte festzustellen, ob das Gerücht, daß der Vertrag von 1902 abgelaufen sei und Schwierigkeiten zwischen Italien und Frankreich bezüglich seiner Erneuerung bestünden, tatsächlich begründet ist. Ich wies darauf hin, wie wenig eine Abkühlung der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien und eine Rückkehr des letzteren Landes zum Dreibund den Interessen des Dreiverbandes dienlich sei, und ich machte auch

eine Andeutung, daß wir bereit seien, Frankreich unsere Dienste anzubieten.

Poincaré erklärte kategorisch, daß der Vertrag von 1902 an keine Frist gebunden sei. Wenn der Text dieses Vertrages uns nicht mitgeteilt worden sei, so liege dies daran, daß Frankreich ohne Einwilligung Italiens es nicht hätte tun können. Aber der Inhalt des Vertrags sei uns bekannt. Er enthalte eine Abgrenzung der französischen und italienischen Interessensphären im Mittelmeer. Seiner Natur nach sei er zeitlich nicht begrenzt. Eine seiner praktischen Folgen sei gewesen, daß Frankreich und Italien darauf verzichtet hätten, ihre Armeen an der französisch-italienischen Grenze zu konzentrieren. Wenn Italien unter irgendeinem Vorwand eine Änderung der augenblicklichen Lage wünsche, so würde das einen unfreundlichen Akt gegen Frankreich bedeuten. Aber glücklicherweise ist davon nicht die Rede.

Indem er auf den allgemeinen Charakter der augenblicklichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien überging, legte Poincaré besonderen Nachdruck auf die Tatsache, daß die Regierungen der beiden Länder sich in keiner Weise von der öffentlichen Meinung beeinflussen ließen und daß die letzten Ereignisse das gute Einvernehmen zwischen beiden nicht getrübt habe. Barrère habe hierüber von der italienischen Regierung Zusicherungen erhalten. Dies sei auch von seiten der französischen Regierung der Fall, und wenn Frankreich durch die Pflichten der Neutralität gebunden, auch nicht immer die Möglichkeit gehabt habe, seine freundschaftlichen Gefühle für Italien zu bekunden, werde es doch nicht verfehlten, Italien seine energischste Unterstützung zuteil werden zu lassen, sobald die Friedenskonferenz zusammengetreten sei.

Im übrigen habe ich, setzte er hinzu, Gründe zu glauben, daß Italien fest von der Freundschaft Frankreichs überzeugt ist, und gerade augenblicklich hält die italienische Regierung Frankreich und Rußland für ihre besten Freunde und erwartet von ihnen viel mehr Hilfe als von seinen Verbündeten.

Was die Frage eines formellen Austritts Italiens aus dem Dreibund anbetrifft, so ist Poincaré der gleichen Ansicht wie Sie, daß nämlich kein Grund vorliegt, darauf hinzustreben, da dies nur zu gefährlichen Komplikationen führen könnte. Das beste sei, an der augenblicklichen Situation festzuhalten, denn Italien sei im Dreibund das hemmende Element. Immerhin dürfe Frankreich nicht vergessen, daß Italien der gegnerischen politischen Gruppe angehört. Deshalb müsse die französische Regierung darüber wachen, daß Italien im Mittelmeer nicht die Vorherrschaft gewinne. Bei dem augenblicklichen Stand der Seestreitkräfte würde eine einfache Mobilisierung der französischen Flotte genügen, um irgendwelche feindlichen Versuche Italiens unmöglich zu machen. „Sie können

überzeugt sein," sagte Poincaré, seine Worte nachdrücklich betonend, „daß Frankreich fest entschlossen ist, auch in Zukunft das Übergewicht über Italien im Mittelmeer zu bewahren.“

Diese Erklärungen Poincarés stimmen nicht ganz mit den Informationen überein, die uns durch unseren Geschäftsträger in Rom gemacht wurden. Aber ich habe keinen Grund, die Ehrlichkeit H. Poincarés anzuzweifeln, der mir, obwohl er oft eine unnötige Schroffheit an den Tag legt und ohne Grund die Scheiben einschlägt, niemals Veranlassung gegeben hat, seine Wahrhaftigkeit anzuzweifeln. Es hat für mich sogar den Anschein, als ob die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen und auch die persönlichen zwischen Poincaré und Tittoni sich in letzter Zeit sehr verbessert hätten.

I swolski



7. Kapitel  
Die Entstehung der Balkankriege

L 1500  
S 55

---

## Russisch-Bulgarische Konvention vom Mai 1902

### Entwurf

#### 1

Vorliegendes Übereinkommen verfolgt keine aggressiven Ziele, sondern ist nur als Gegenaktion zu der zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien abgeschlossenen Militärkonvention gedacht.

#### 2

Angesichts des im Artikel 1 Gesagten faßt das vorliegende Übereinkommen nur eine Aktion gegen Österreich-Ungarn und Rumänien ins Auge und darf weder gegen die Türkei noch gegen einen anderen Balkanstaat gerichtet werden.

#### 3

Rußland wird mit allen seinen Kräften für die Erhaltung und Unantastbarkeit des bulgarischen Territoriums eintreten.

#### 4

Im Falle, daß Bulgarien oder Rußland oder diese beiden Staaten zusammen von Österreich-Ungarn oder Rumänien oder von diesen beiden Staaten oder vom Dreibund angegriffen werden sollten, sind die vertragschließenden Staaten verpflichtet, alle ihre Kräfte und Mittel für den Kampf mit den Angreifern einzusetzen, ohne irgendwelche Opfer zu scheuen, um einen vollständigen Erfolg zu erzielen.

#### 5

Wenn Bulgarien nur von Rumänien bedroht werden sollte, werden bulgarische Streitkräfte gegen Rumänien aufgeboten werden. In Anbetracht aber der Rumänen von Österreich-Ungarn versprochenen moralischen und sogar bewaffneten Unterstützung verpflichtet sich Rußland, Bulgarien diplomatische Unterstützung zu gewähren; wenn aber Österreich dazu übergehen sollte, Rumänien aktiven Beistand zu leisten, so wird auch Rußland Bulgarien mit den zur Niederwerfung Österreichs genügenden Kräften zu Hilfe eilen.

Wenn Österreich-Ungarn und Rumänien oder der Dreibund, ohne den Krieg gegen Bulgarien zu beginnen, Rußland angreifen sollten, so ist auch Bulgarien verpflichtet, seine Streitkräfte zu mobilisieren, sie nach einem auszuarbeitenden Plan zu konzentrieren und, wenn Rußland es verlangen sollte, den Angriff gegen die österreichisch-rumänischen Truppen zu beginnen.

6

Im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Bulgarien einerseits und Rumänien und Österreich-Ungarn oder dem Dreibund andererseits wahrt Bulgarien strengste Neutralität der Türkei gegenüber und wendet die äußerste Vorsicht im Verkehr mit ihr an, um nicht durch einen Konflikt mit dieser Macht Komplikationen in der allgemeinen Lage hervorzurufen.

In Anbetracht des Gesagten konzentriert Bulgarien seine Armee an der Donau zur Aktion gegen Rumänien nach einem auszuarbeitenden Plan, in dem es zur Beobachtung der Grenze und Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe im Land einen kleinen Teil seiner Kräfte jenseits des Balkans zurückläßt.

7

Die Pläne für die Mobilisierung und Konzentrierung der bulgarischen Armee und ihrer Teile ebenso wie die Pläne für die Verteidigung und den Vormarsch gemäß der vom russischen Generalstab gestellten Aufgaben und Zielen, müssen vorher unter Leitung des russischen Generalstabs zusammen mit dem bulgarischen Kriegsministerium ausgearbeitet werden; sie werden von Seiner Kaiserlichen Majestät, dem Kaiser von Rußland, bestätigt und, wenn notwendig, später durchgesehen, verbessert und ergänzt werden.

8

Der Oberbefehl über die Streitkräfte Rußlands und Bulgariens während des Krieges und die Leitung der Operationen, sei es, daß die russische und bulgarische Armee zusammen oder getrennt, das heißt auf verschiedenen Kriegsschauplätzen operieren, steht in jedem Fall dem russischen Höchstkommandierenden zu. Seine Zarische Hoheit der Fürst von Bulgarien behält die Rechte und den Titel eines Oberkommandierenden seiner Armee bei und wird diese persönlich befehligen. Wenn aber Seine Hoheit wünschen sollten, dieses Amt einer Persönlichkeit zu übertragen, so muß diese, wie auch der Chef des Stabes der Armee nach vorheriger Verständigung mit dem russischen Kriegsministerium und mit Billigung Seiner Majestät des Kaisers von Rußland erwählt werden.

Zur Erleichterung des Verkehrs mit dem russischen Hauptquartier wird dem Hauptquartier des Oberkommandierenden der

bulgarischen Armee ein General der russischen Armee und diesem ein Stabsoffizier zugeteilt. Dem Kommandeur eines jeden Korps oder jeder besonderen Abteilung der bulgarischen Armee wird ein russischer Stabsoffizier attachiert. Alle diese Personen haben bei der Entscheidung von Fragen operativen Charakters eine beratende Stimme.

Dem Hauptquartier des russischen Oberkommandierenden wird ein von Seiner Zarischen Hoheit, dem Fürsten von Bulgarien ernannter bulgarischer General oder Stabsoffizier zugeteilt.

9

Die Kampf- und Transportschiffe der russischen Flotte haben während der kriegerischen Ereignisse das Recht, alle bulgarischen Häfen zu benutzen, sich in ihnen mit Verpflegungsgegenständen aller Art zu versehen und Maßnahmen zu ihrer Sperrung undVerteidigung zu ergreifen.

Die bulgarische Kriegs- und Handelsflotte wird der Verfügung des Oberbefehlshabers der russischen Flotte völlig unterstellt; dieser entscheidet alle — gemeinsamen oder getrennten — Aufgaben, die er für nötig erachtet, nach eigenem Ermessen.

10

Vorliegendes Übereinkommen tritt sofort nach seiner Unterzeichnung in Kraft und ist ein Staatsgeheimnis von besonderer Wichtigkeit.

(gez.) Generalmajor Shilinskij

Auswärtiges Amt, Dokumente aus den russischen  
Geheimarchiven. S. 11 ff.

## Russisch-Bulgarische Militärkonvention

Entwurf des Vertrages Dezember 1909

Sehr geheim

Die Kaiserlich Russische Regierung und die Zarisch Bulgarische Regierung haben es in beiderseitigem Interesse für gut gehalten, folgenden Geheimvertrag abzuschließen.

### Artikel 1

Im Falle eines gleichzeitigen bewaffneten Zusammenstoßes Rußlands mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Rumänien oder mit Österreich-Ungarn und Rumänien, ebenso im Falle eines be-

waffneten Zusammenstoßes Rußlands mit der Türkei — ungeachtet dessen, wer die Initiative zu diesen Zusammenstößen ergriffen haben sollte — verpflichtet sich Bulgarien, auf Verlangen der russischen Regierung seine gesamten Streitkräfte sofort zu mobilisieren, kriegerische Aktionen nach vorher ausgearbeiteten Plänen einzuleiten und sie nicht vor der vollständigen Erreichung der durch unten bezeichnete Pläne vorgesehenen Ziele einzustellen, in jedem Fall aber nicht eher, als bis die russische Regierung ihre Zustimmung dazu gegeben haben sollte.

#### Artikel 2

Wenn Österreich-Ungarn im Verein mit einer anderen Macht Bulgarien angreifen sollte, ohne von diesem herausfordert worden zu sein, so verpflichtet sich Rußland, Bulgarien aktiven bewaffneten Beistand zu leisten.

#### Artikel 3.

Wenn die Türkei gegen Bulgarien kriegerische Aktionen eröffnen sollte, ohne von diesem Staat provoziert zu sein, so verpflichtet sich Rußland, die nötige Anzahl von Truppen des kaukasischen Militärbezirks und, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, auch des Odessaer Militärbezirks zu mobilisieren, damit die Lage der bulgarischen Armee auf dem europäischen Kriegsschauplatz auf jede Weise erleichtert werde.

Indem sich Rußland die Freiheit weiterer Aktionen im Zusammenhang mit der Gestaltung der Lage vorbehält, übernimmt es auf jeden Fall die Verpflichtung, Bulgarien aktiven bewaffneten Beistand zu leisten, wenn in einem Kriege Bulgariens mit der Türkei noch eine andere Macht sich gegen Bulgarien wenden sollte, die von Bulgarien ebenfalls nicht provoziert worden ist.

#### Artikel 4

Im Falle eines günstigen Ausgangs des bewaffneten Zusammenstoßes mit Österreich-Ungarn und Rumänien oder mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Rumänien verpflichtet sich Rußland, Bulgarien die größtmögliche Unterstützung zu gewähren, um die Vergrößerung des bulgarischen Territoriums um den zwischen dem Schwarzen Meer und dem rechten Ufer der unteren Donau liegenden Landstrich mit bulgarischer Bevölkerung zu erreichen. Außerdem verspricht Rußland, die Wünsche Bulgariens betreffs möglichster Regulierung der übrigen Grenzen des bulgarischen Zartums auf diplomatischem Wege aktiv zu unterstützen.

Außerdem erhält Bulgarien ein Anrecht auf einen Teil der Kontribution, der seiner Teilnahme an den Kriegsoperationen mit bewaffneten Kräften und seinen Ausgaben entspricht.

### Artikel 5

In Anbetracht dessen, daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahestehen, nur nach einem günstigen Ausgang des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Österreich-Ungarn möglich ist, übernimmt Bulgarien die feierliche Verpflichtung, sowohl in diesem Falle als auch im Falle des Beitritts Rumäniens oder auch der Türkei zu der Koalition der obengenannten Mächte, die größten Anstrengungen zu machen, um jegliche Anlässe zu einer weiteren Ausdehnung des Konflikts zu beseitigen. Was dagegen die in Bundes- oder freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland stehenden Mächte betrifft, so wird die bulgarische Regierung diesen gegenüber eine entsprechend freundschaftliche Haltung einnehmen.

### Artikel 6

Im Falle eines günstigen Ausgangs des bewaffneten Zusammenstöbes mit der Türkei verpflichtet sich Rußland, den Wünschen Bulgariens betreffs Vergrößerung des Territoriums des bulgarischen Zartums um die Landstriche mit überwiegend bulgarischer Bevölkerung, annähernd in den Grenzen, die durch den in San Stefano am 19. Februar 1878 zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossenen Präliminarvertrag festgelegt sind, die größtmögliche Unterstützung zu gewähren.

### Artikel 7

Wenn die Ergebnisse des Krieges in den Fällen, die in den Artikeln 1, 2 und 3 des vorliegenden Vertrages vorgesehen sind, nicht vollständig den gestellten Zielen entsprechen, übernimmt Rußland die Verpflichtung, sein möglichstes zu tun, um Bulgarien in seinen jetzigen Grenzen zu erhalten und eine Bulgarien eventuell auferlegte Kontribution nach Möglichkeit zu beschränken.

### Artikel 8

Unmittelbar nach Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages werden der russische Kriegsminister und der bulgarische Kriegsminister oder eigens dazu ausgewählte Persönlichkeiten von den betreffenden Regierungen bevollmächtigt, die gemeinsamen Ziele der Streitkräfte beider Staaten auf den an Bulgarien grenzenden Kriegsschauplätzen zwecks Erreichung eines möglichst vollständigen und schnellen Erfolges festzustellen; mit der Zeit können diese Ziele, wenn die Umstände es notwendig machen sollten, Änderungen unterzogen werden, aber nur nach gegenseitiger Vereinbarung.

Die detaillierten Pläne der vorläufigen Kriegsvorbereitungen werden innerhalb der allgemein festgestellten Aufgaben von dem

bulgarischen Kriegsministerium selbständig ausgearbeitet, aber mit unbedingter Beobachtung der Grundforderung, daß die Hauptmasse der bulgarischen Streitkräfte gegen den allgemeinen Feind verwendet wird. Im Interesse der Sache wird die bulgarische Regierung den russischen Militärattaché in Bulgarien über alle Vorbereitungsarbeiten und alle in den Einzelheiten vorgenommene Änderungen stets auf dem laufenden halten.

#### Artikel 9

Nach Eröffnung der Feindseligkeiten geht die bulgarische Armee völlig selbständig vor, indem sie sich von den vorher verabredeten Zielen leiten läßt, von denen nur mit Einverständnis des russischen Oberbefehlshabers oder nur im Falle von höherer Gewalt abgewichen werden darf.

Wenn im Verlauf des Krieges der russische Oberbefehlshaber es für nötig halten sollte, die ursprünglich gestellten Ziele zu ändern, so ist die bulgarische Armee verpflichtet, den entsprechenden Direktiven nachzukommen.

Nur bei vollständiger Erfüllung dieser für den Erfolg des Krieges so notwendigen Forderung ist der vorliegende Vertrag mit allen seinen Folgen für Rußland verbindlich.

#### Artikel 10

Im Falle gemeinsamer Operation der russischen und bulgarischen Armee auf einem und demselben Kriegsschauplatz fällt das Oberkommando dem russischen Oberbefehlshaber zu; in allen übrigen Fällen steht bei gemeinsamen Operationen verschiedener Truppenabteilungen das Kommando dem Befehlshaber der dem Range nach höherstehenden militärischen Einheit zu (in der Reihenfolge Bataillone, Regiment, Brigade, Division, Korps und Heeresabteilung); bei Vereinigung der Truppeneinheiten desselben Ranges erhält der im Range höherstehende Kommandeur den Oberbefehl.

#### Artikel 11

Dem Stabe des Oberbefehlshabers der bulgarischen Armee wird ein eigens ernannter General oder Oberst aus dem russischen Generalstab als militärischer Hauptbevollmächtigter zugeteilt; er wird der einzige Vermittler für die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Oberbefehlshabern sein. Die russische Regierung behält sich das Recht vor, auch in kleineren Kräfteeinheiten der bulgarischen Armee Militärbevollmächtigte zu unterhalten, die sämtlich unmittelbar dem Hauptbevollmächtigten unterstehen; bei der Entscheidung der verschiedenen strategischen oder anderen Fragen, in denen die gegenseitigen russisch-bulgarischen Interessen auf irgend-

eine Weise zusammenstoßen können, steht ihnen eine beratende Stimme zu. Der bulgarische Kommandeur entscheidet die Fragen selbständig nach eigenem Gutdünken; er hat indes nicht das Recht, eine wirtschaftliche Mitivierung zu verweigern, falls seine Entscheidung im Widerspruch mit der Meinung des russischen Militärbevollmächtigten stehen sollte.

In den wichtigsten Fällen steht die endgültige Entscheidung der betreffenden Frage prinzipiell dem russischen Oberbefehlshaber zu.

Der russische Hauptmilitärbevollmächtigte und die Militärbevollmächtigten sind von den betreffenden Stäben über alle Operationen, Pläne und Absichten vollständig unterrichtet zu halten.

#### Artikel 12

In der Frage der Ernennung des Höchstkommandierenden der bulgarischen Armee — falls Seine Zarische Hoheit, der Zar von Bulgarien den Oberbefehl nicht selbst zu übernehmen wünschen sollte — sowie in der Frage der Wahl des Chefs des Stabes des Höchstkommandierenden verpflichtet sich die bulgarische Regierung, sich mit der russischen Regierung im voraus zu verständigen.

#### Artikel 13

Die verbündeten Truppen genießen die gleichen Rechte und allseitige Unterstützung von seiten der russischen und bulgarischen Militär- und Zivilbehörden, ohne daß hierbei ein Unterschied in bezug auf das Territorium gemacht wird, auf dem die Truppen operieren; diese Bedingung bezieht sich auf die Einquartierung, Requisitionen aller Art, das Sanitäts-, Post- und Telegraphenwesen u. a. m.

Außerdem übernimmt die bulgarische Regierung die Verpflichtung, den russischen Militär- und Marinebehörden alle vorhandenen See- und Hafenanlagen vollständig zur Verfügung zu stellen.

#### Artikel 14

Der vorliegende Vertrag gilt für die Dauer von fünf Jahren und von da ab, bis zum Ablauf eines Jahres gerechnet, vom Tage der Kündigung des Vertrages durch eine der vertragschließenden Parteien.

#### Artikel 15

Vorliegender Vertrag gilt als geheim; beide Regierungen verpflichten sich, alle von ihnen abhängenden Maßnahmen zu seiner Geheimhaltung zu treffen.

#### Artikel 16

Wenn der vorliegende Vertrag seine Gültigkeit verlieren sollte, so müssen die Originalexemplare vernichtet werden: das russische

Exemplar in Gegenwart des bulgarischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers in Petersburg und das bulgarische Exemplar in Gegenwart des russischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers in Sofia oder in Gegenwart der Vertreter derselben.

Es versteht sich von selbst, daß beide Regierungen die moralische Verpflichtung übernehmen, den Inhalt des bezeichneten Vertrages auch nach dessen Vernichtung geheimzuhalten.

Auswärtiges Amt, Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. S. 27ff.

## Bulgarisch-Serbischer Vertrag vom Jahre 1912

### Übersetzung

Seine Majestät Ferdinand I., Zar von Bulgarien, und Seine Majestät Peter I., König von Serbien, von dem Glauben an die Gemeinsamkeit der Interessen und der Gleichartigkeit der Schicksale ihrer Staaten und beider Brudervölker, der Bulgaren und Serben, durchdrungen und fest entschlossen, mit vereinten Kräften diese Interessen zu wahren und deren allseitige Entwicklung zu fördern, haben folgendes vereinbart:

#### Artikel I

Das Zartum Bulgarien und das Königreich Serbien garantieren einander gegenseitig die staatliche Unabhängigkeit und den Bestand ihres Staatsgebiets, indem sie sich verpflichten, unbedingt und ohne jede Einschränkung mit allen Kräften sich gegenseitig zu Hilfe zu eilen, wenn ein oder mehrere andere Staaten eines der beiden Länder angreifen sollten.

#### Artikel II

Beide vertragschließenden Seiten verpflichten sich, auch in dem Falle einander mit allen Kräften zu unterstützen, wenn irgendeine der Großmächte den Versuch machen sollte, irgendein auf dem Balkan liegendes und gegenwärtig unter türkischer Herrschaft befindliches Gebiet, wenn auch nur zeitweilig, an sich zu reißen, zu okkupieren oder mit Truppen zu besetzen, — falls auch nur eine der beiden Staaten dies als schädlich für seine Lebensinteressen oder als Anlaß zum Kriege (*casus belli*) betrachtet.

#### Artikel III

Beide vertragschließenden Seiten verpflichten sich, nur gemeinschaftlich und nach vorheriger Verständigung Frieden zu schließen.

#### Artikel IV

Zur vollständigsten und zweckmäßigsten Erfüllung des vorliegenden Vertrages wird eine Militärkonvention abgeschlossen werden, in welcher sowohl alles vorzusehen ist, was in bezug auf die militärische Organisation, Dislozierung und Mobilisierung der Truppen und auf das Verhältnis der Oberkommandos in Friedenszeiten vereinbart werden muß, als auch alles, was über Kriegsvorbereitungen, Kriegszustand und erfolgreiche Kriegsführung zu sagen ist. Die Militärkonvention gilt als integrierender Bestandteil des gegenwärtigen Vertrages. Zu ihrer Ausarbeitung wird spätestens 15 Tage nach Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages geschritten, und sie muß nach längstens zwei Monaten fertiggestellt sein.

#### Artikel V

Der vorliegende Vertrag und die erwähnte Militärkonvention bleiben vom Tage ihrer Unterzeichnung bis zum 31. Dezember 1920 einschließlich in Kraft. Sie können auch auf eine weitere Frist verlängert werden, aber nur nach ergänzender Verständigung, welche von beiden vertragschließenden Parteien bestätigt werden muß; wenn jedoch am Tage des Erlöschens des Vertrages und der Militärkonvention beide Parteien sich im Kriege oder in einem vom Krieg hervorgerufenen Zustande befinden, so bleibt der Vertrag und die Militärkonvention bis zum Abschluß des Friedens und der Liquidierung der durch den Krieg geschaffenen Lage in Kraft.

#### Artikel VI

Vorliegender Vertrag wird in zwei gleichen, in bulgarischer und serbischer Sprache abgefaßten Exemplaren unterzeichnet. Sie werden von den Herrschern und ihren Ministern für auswärtige Angelegenheiten unterzeichnet werden. Die ebenfalls in zwei Exemplaren in bulgarischer und serbischer Sprache abzufassende Militärkonvention wird von den Herrschern, ihren Ministern für auswärtige Angelegenheiten und den speziellen Militärbevollmächtigten unterzeichnet werden.

#### Artikel VII

Der vorliegende Vertrag und die Militärkonvention können publiziert und anderen Staaten mitgeteilt werden, jedoch nur nach vorheriger Verständigung beider vertragschließenden Seiten und nur gemeinsam und gleichzeitig.

Ebenso kann nur nach vorhergehender Verständigung ein anderer Staat in den Verband aufgenommen werden.

Verfaßt in Sofia am 29. Februar 1912

Auswärtiges Amt, Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. S. 31 ff.

# Geheimanlage zu dem Bulgarisch-Serbischen Vertrag von 1912

Übersetzung aus dem Serbischen

## I

Wenn in der Türkei innere Unruhen ausbrechen sollten, welche die staatlichen und nationalen Interessen beider vertragschließenden Parteien oder einer von ihnen bedrohen, und in dem Falle, daß infolge des Eintretens von inneren oder äußeren Schwierigkeiten in der Türkei der Status quo auf der Balkanhalbinsel erschüttert sein sollte, wendet sich die vertragschließende Partei, die als erste von der Notwendigkeit des bewaffneten Eingreifens überzeugt ist, in einem motivierten Vorschlag an die andere Partei, die ihrerseits verpflichtet ist, sofort in Meinungsaustausch zu treten und im Falle der Uneinigkeit mit der anderen verbündeten Partei letzterer ausführliche Antwort zu geben. Wenn eine Einigung über ein bewaffnetes Vorgehen zustande kommen sollte, so ist Rußland davon zu benachrichtigen, und wenn letzteres keine Hindernisse in den Weg legt, so schreiten die Verbündeten zu den verabredeten kriegerischen Operationen, wobei sie sich in allem vom Gefühl der Solidarität leiten lassen und die beiderseitigen Interessen wahren. Im entgegengesetzten Falle, d. h. wenn eine Einigung nicht zustande kommen sollte, wird die Frage Rußland zur Begutachtung vorgelegt; die Entscheidung Rußlands ist für beide vertragschließenden Parteien verbindlich. Falls Rußland seine Meinung nicht zu äußern wünschen und deshalb eine Verständigung zwischen den vertragschließenden Parteien nicht zustande kommen sollte, und falls dann die Partei, die sich für bewaffnete Einmischung entschieden hat, die Feindseligkeiten gegen die Türkei trotzdem allein eröffnen sollte, so ist die andere Partei verpflichtet, ihren Verbündeten gegenüber wohlwollende Neutralität zu bewahren, sofort zu der in der Militärkonvention vorgesehenen Mobilisierung zu schreiten und mit allen Kräften dem Verbündeten zu Hilfe zu eilen, wenn eine dritte Macht auf die Seite der Türkei treten sollte.

## II

Das gesamte durch die gemeinsamen Operationen in §§ 1 und 2 des Vertrages und in § 1 dieser Geheimanlage erwähnte Gebiet, falls es erworben werden sollte, wird von gemeinsamen Behörden beider Verbündeten (condominium) verwaltet und sofort, keinesfalls

aber später als drei Monate nach Wiederherstellung des Friedenszustandes, auf folgenden Grundlagen liquidiert:

Serbien erkennt die Rechte Bulgariens auf das Gebiet im Osten von Rhodope und dem Flusse Struma an und Bulgarien die Rechte Serbiens auf das Gebiet im Norden und Westen von Schar-Planina.

Was die zwischen Schar-Planina, Rhodope, dem Archipelag und dem See von Ochrida liegenden Gebiete betrifft, so wird mit diesen Gebieten, falls beide Seiten die Bildung eines gesonderten autonomen Gebietes aus diesem Territorium infolge allgemeiner serbischer und bulgarischer Nationalitätsinteressen oder aus anderen äußeren oder inneren Ursachen für unmöglich halten, auf Grund folgender Bestimmungen verfahren: Serbien verpflichtet sich, kein Land zu beanspruchen, das außerhalb der auf beiliegender Karte bezeichneten Linie liegt; diese beginnt an der türkisch-bulgarischen Grenze bei Golem Wrch. (nördlich von Kriwe Palanka) und setzt sich von dort ab wie folgt fort: in südwestlicher Richtung bis zum Ochridasee, über die Höhe Kitke zwischen den Dörfern Meteshew und Podrshikonj, über die Höhe im Osten des Dorfes Neraw und die Wasserscheide bis zur Höhe 1000 nördlich von Baschtewo (Gradatz-Planina), durch das Dorf Baschtewo zwischen den Dörfern Ljubentzy und Petralitze, durch die Höhe von Ostritz 1000 (Lisatz-Planina) auf die Höhe 1050 zwischen den Dörfern Dratsch und Opile, durch das Dorf Talschimanzy und Shiwalewo, auf die Höhe 1050 und 1000, durch das Dorf Keschni, längs der Hauptwasserscheide von Gradische Planina auf die Höhe Gorischte, über die Höhe 1023, längs der Wasserscheide zwischen Iwankowaz und Loginaz, durch Weterskog und Sopot zum Wardar, über den Wardar, längs der Bergketten zur Höhe 2550, dann auf die Berge von Perepol zu längs ihrer Wasserscheide zwischen den Dörfern Krape und Barbarasa, auf die Höhe 1200 zwischen den Dörfern Jakrenow und Dranowzu, auf die Höhe Tschesma zu (1254), längs der Wasserscheide von Baba-Planina und Kruschkatepesi zwischen den Dörfern Sopa und Zrske, auf dem Gipfel der Berge von Protaj östlich des Dorfes Belize zu, durch Breshana auf die Höhe 1200 (Ilinska-Planina) zu, längs der Wasserscheide über die Höhe 1330 auf die Höhe 1217 zu und zwischen den Dörfern Liwanischta und Gorenzy bis zum Ochridasee bei dem Kloster Gubowzy. Bulgarien verpflichtet sich, diese Grenze anzunehmen, wenn Seine Kaiserliche Majestät der Zar, an den die Bitte gerichtet werden wird, oberster Schiedsrichter in dieser Frage zu sein, sich zugunsten der bezeichneten Linie aussprechen sollte. Es versteht sich von selbst, daß beide Parteien sich verpflichten, als endgültige Grenze diejenige Linie anzunehmen, welche Seine Kaiserliche Majestät der Zar in den oben genannten Grenzen als den Rechten und Interessen beider Seiten am besten entsprechend festzusetzen für gut erachten wird.

### III

Eine Kopie des Vertrages mit dieser Geheimanlage und ebenso die Militärkonvention werden der Russischen Kaiserlichen Regierung gemeinsam von den vertragschließenden Parteien mit der Bitte überreicht werden, Kenntnis davon zu nehmen und den darin angegebenen Zielen gegenüber eine wohlwollende Haltung einzunehmen, alsdann den Kaiser zu bitten, Seine Kaiserliche Majestät möge geruhen, die durch diesen Vertrag sowohl Ihm als Seiner Regierung zugedachte Aufgabe anzunehmen und zu billigen.

### IV

Jeder Streit, der bei der Auslegung und Erfüllung irgendeines Artikels dieses Vertrages, der Geheimanlage und der Militärkonvention entstehen sollte, wird der endgültigen Entscheidung Rußlands anheimgestellt, sobald die eine oder die andere Partei es für unmöglich erklären sollte, eine Einigung durch unmittelbare Verhandlungen zu erzielen.

### V

Kein Artikel dieses Geheimvertrages darf ohne vorherige Verständigung zwischen beiden vertragschließenden Parteien und ohne Einverständnis Rußlands der Öffentlichkeit übergeben oder einer anderen Macht mitgeteilt werden.

Verfaßt in Belgrad am 29. Februar 1912

Auswärtiges Amt, Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. S. 32ff.

## Bulgarisch-Serbische Militärkonvention

Zu Nr. 29. Belgrad 1912

### Sehr vertraulich

Den Leitsätzen (des II. Artikels) des Freundschafts- und Bündnisvertrages zwischen den Königreichen Serbien und Bulgarien entsprechend und um den Krieg erfolgreicher führen und die Ziele völlig erreichen zu können, die durch das Bündnis vorgesehen sind, werden folgende Bestimmungen bestätigt, die dieselbe bindende Kraft und Bedeutung haben wie die Bedingungen des Vertrages selbst.

### Artikel I

Die Königreiche Serbien und Bulgarien verpflichten sich in den Fällen, die im Artikel I und II des Bündnisvertrages sowie auch im

Artikel I der geheimen Anlage zum erwähnten Vertrage vorgesehen sind, sich gegenseitig zu Hilfe zu kommen, und zwar: Bulgarien mit einer Kriegsmacht von mindestens 200000 Mann, Serbien mit einer solchen von 150000 Mann, die für Kriegsoperationen an der Grenze und auch außerhalb des Gebietes des betreffenden Staates vorgebildet worden sind.

In die obenerwähnte Zahl dürfen weder Reservisten noch Ersatztruppenteile noch Reservisten des dritten serbischen Aufgebots noch bulgarischer Landsturm einbegriffen werden.

Die erwähnten Truppen müssen an der Grenze oder außerhalb des Gebietes des betreffenden Staates in der Richtung eintreffen, die durch die Erfordernisse und Aufgaben der Kriegsoperationen bedingt sein wird, und zwar hat dieses nicht später als innerhalb einer Frist von 21 Tagen vom Moment der Kriegserklärung oder der Benachrichtigung eines der Verbündeten zu geschehen, daß der Casus foederis eingetreten sei. Jeder der Verbündeten ist jedoch schon vor Ablauf der oben bezeichneten Frist verpflichtet, wenn solches dem Charakter der Kriegsoperationen entspricht und zum Erfolge des Krieges beitragen kann, einzelne Abteilungen seiner Truppen, entsprechend dem Fortschreiten der Mobilisierung und der Konzentrierung, auf den Kampfplatz zu führen und damit nicht später als am 7. Tage vom Moment der Kriegserklärung oder des Eintritt des Casus foederis an zu beginnen.

### Artikel II

Falls Rumänien Bulgarien angreifen sollte, verpflichtet sich Serbien, Rumänien sofort den Krieg zu erklären und seine Truppen in einer Anzahl von nicht unter 100000 Mann entweder an die mittlere Donau oder auf den Kriegsschauplatz in der Dobrudscha gegen Rumänien zu senden.

Falls die Türkei Bulgarien angreifen sollte, verpflichtet sich Serbien, in das Gebiet der Türkei einzufallen und von seinen mobilierten Truppen nicht weniger als 100000 Mann auf den Kriegsschauplatz am Wardar zu senden.

Falls Serbien sich zu dieser Zeit mit einer anderen Macht (allein oder gemeinsam mit Bulgarien) schon im Kriege befinden sollte, so ist es verpflichtet, alle verfügbaren Truppen gegen Rumänien oder die Türkei zu entsenden.

### Artikel III

Falls Österreich-Ungarn Serbien angreifen sollte, verpflichtet sich Bulgarien, Österreich-Ungarn sofort den Krieg zu erklären und seine Truppen in Stärke von 200000 Mann auf serbisches Gebiet zu entsenden und gemeinsam mit der serbischen Armee offensiv und defensiv gegen Österreich-Ungarn operieren zu lassen.

Diese Verpflichtungen seitens Bulgariens zugunsten Serbiens bleiben auch für den Fall in Kraft, daß Österreich-Ungarn, nach Vereinbarung mit der Türkei oder ohne eine solche, unter irgend-einem Vorwände seine Truppen in den Sandschak von Nowi-Bazar einrücken lassen und hierdurch Serbien nötigen sollte, entweder Österreich-Ungarn den Krieg zu erklären oder seine Heere nach dem Sandschak zur Verteidigung seiner dortigen Interessen zu entsenden, wodurch Serbien einen Zusammenstoß mit Österreich-Ungarn hervorrufen würde.

Falls die Türkei Serbien angreifen sollte, verpflichtet sich Bulgarien, sofort in türkisches Gebiet einzudringen und aus dem Bestande der auf Grund des Artikels I der gegenwärtigen Konvention mobilisierten Truppen eine Armee von mindestens 100 000 Mann auf den Kriegsschauplatz des Wardar zu entsenden.

Wenn Rumänien Serbien angreifen sollte, verpflichtet sich Bulgarien, gegen die rumänische Armee aggressiv vorzugehen, sobald dieselbe die Donau überschritten haben und in serbisches Gebiet eingedrungen sein sollte. Falls Bulgarien in einem der in diesem Artikel vorgesehenen Fälle sich bereits allein oder in Gemeinschaft mit Serbien im Kriegszustande mit einer anderen Macht befinden sollte, so verpflichtet es sich, Serbien mit allen noch verfügbaren Truppen beizustehen.

#### Artikel IV

Falls Serbien und Bulgarien auf Grund vorhergehender Übereinkunft der Türkei den Krieg erklären sollten, so verpflichtet sich jeder der Verbündeten, falls keine anderen speziellen diesbezüglichen Vereinbarungen vorliegen sollten, aus dem Bestande der auf Grund des Artikels I dieser Konvention mobilisierten Truppen je eine Armee von mindestens 100 000 Mann auf den Kriegsschauplatz am Wardar zu senden.

#### Artikel V

Falls eine der vertragschließenden Parteien ohne vorhergehende Verständigung und Vereinbarung mit der anderen Partei einer dritten Macht den Krieg erklären sollte, so ist die andere Partei von den Verpflichtungen des Artikels I dieser Konvention entbunden; sie ist aber während des Krieges verpflichtet, ihrem Verbündeten gegenüber eine freundschaftliche Neutralität zu wahren und auch sofort ein Heer von mindestens 50 000 Mann zu mobilisieren, um ihrem Verbündeten eine möglichst große Bewegungsfreiheit zu schaffen.

#### Artikel VI

Während der Kriegsoperationen der Verbündeten darf keine der vertragschließenden Parteien ohne vorherige Benachrichtigung und

Vereinbarung mit der anderen Partei einen 24 Stunden übersteigenden Waffenstillstand mit dem Gegner abschließen. — Die vertragschließenden Parteien dürfen Friedensbedingungen nur führen oder einen Friedensvertrag nur abschließen, nachdem sie sich gemeinsam darüber verständigt haben.

### Artikel VII

Während des Krieges führt der gesetzliche Kommandeur die Truppen jeder vertragschließenden Partei; derselbe leitet auch ihre Operationen.

Wenn einzelne Abteilungen aus dem Bestande der Truppen der beiden vertragschließenden Parteien gegen das gleiche Objektiv operieren, so übernimmt das gemeinsame Kommando: über Einheiten gleicher Stärke — der dem Range nach ältere Kommandeur; über Einheiten verschiedener Stärke — der seiner Stellung nach ältere Kommandeur.

Wenn eine oder mehrere besondere Armeen, die zum Bestande des Heeres einer der vertragschließenden Parteien gehören, zur Verfügung der anderen Partei gestellt werden, so behält der rechtmäßige Heerführer das Kommando über dasselbe; derselbe ist jedoch bei allen strategischen Operationen dem Höchstkommandierenden desjenigen Vertragschließenden unterstellt, zu dessen Verfügung er sich befindet.

Im Falle gemeinsamer Kriegsoperationen gegen die Türkei wird das Oberkommando auf dem im Artikel IV dieser Konvention vorgesehenen Kriegsschauplatz am Wardar Serbien überlassen, falls seine Hauptkräfte auf diesem Kriegsschauplatz operieren und die Anzahl der bulgarischen Truppen übersteigen sollten.

Falls aber die serbische Hauptarmee Operationen auf dem Kriegsschauplatz des Wardar nicht vornehmen sollte oder ihre Kräfte den bulgarischen nachstehen sollten, so fällt das Oberkommando auf dem erwähnten Kriegsschauplatz dem bulgarischen Heerführer zu.

### Artikel VIII

Falls die Heere beider vertragschließenden Parteien sich unter einem gemeinsamen Kommando befinden sollten, so sind alle Befehle und Verfügungen, die die strategischen und technischen Operationen betreffen, in beiden Sprachen — serbisch und bulgarisch — abzufassen.

### Artikel IX, X, XI, XII, XIII

beziehen sich auf nebensächliche Verfügungen über Verproviantierung und Verpflegung der verbündeten Armeen, über den Transport von Verwundeten und Kranken, Bestattung der Toten usw.,

über Verteilung von Kriegstrophäen; über Ernennung von besonderen Delegierten bei den Stäben zwecks gegenseitiger Verständigung; über Reparatur der Verkehrswege; über verschiedene andere Fragen bleibt es den Chefs der Generalstäbe überlassen, später in weitere Verhandlungen zu treten.

#### Artikel XIV

Diese Konvention tritt in Kraft vom Moment ihrer Unterzeichnung und behält ihre Gültigkeit bis zum Ablauf des Freundschaftsbündnisvertrages, dem sie als integrierender Bestandteil beigefügt wird.

Belgrad-Sofia, den 29. August 1912

Die Konvention ist unterzeichnet:

König Peter	König Ferdinand
Milanowitsch	Geschow
General Putnik	General Fitschew

Auswärtiges Amt, Dokumente aus den russischen Geheimarchiven. S. 35ff.

#### *Der russische Außenminister an den russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 580

St. Petersburg, den 17./30. März 1912

Persönlich

Ich telegraphiere nach Paris:

Zwischen Serbien und Bulgarien ist mit unserem Willen ein Bündnis abgeschlossen worden zu gegenseitiger Verteidigung und zum Schutze der gemeinsamen Interessen für den Fall der Veränderung des Status quo auf dem Balkan oder des Angriffes einer dritten Macht auf eine der vertragschließenden Parteien. Geschow und der serbische Gesandte in Sofia, Spalaikovitch, haben das Zustandekommen dieses Vertrages dem englischen Gesandten in Bulgarien, Ironside, mitgeteilt. Ich bitte Sie, einen Ihrer Ansicht nach richtigen Zeitpunkt zu benutzen, um Poincaré obiges mündlich zu seiner persönlichen Information mitzuteilen, indem Sie ihn auf die allerernste Weise darauf aufmerksam machen, daß der Abschluß des Bündnisses unbedingt geheimgehalten werden muß. Sie können hinzufügen, daß, da eine besondere Geheimklausel beide Seiten verpflichtet, die Ansicht Rußlands einzuhören, ehe sie zu aktiven Maßnahmen schreiten, wir der Ansicht sind, daß wir auf diese Weise ein Mittel in Händen haben, auf beide Seiten einzuwirken

und daß wir gleichzeitig eine Schutzmaßregel getroffen haben, um uns der Erweiterung des Einflusses einer größeren Macht auf dem Balkan zu widersetzen.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 630 St. Petersburg, den 24. März/6. April 1912

Persönlich

Zu meinem außerordentlichen Erstaunen erfuhr ich, daß G. Louis augenscheinlich in einem chiffrierten Telegramm von Poincaré mit dem Inhalt der Mitteilung bekannt gemacht worden ist, die Sie dem französischen Ministerpräsidenten auf Grund meines Telegrammes Nr. 580 mündlich gemacht hatten, während doch diese Mitteilung nur zu seiner persönlichen Inkennissersetzung als Haupt einer verbündeten Regierung und als Beweis unseres Vertrauens bestimmt war. Belieben Sie die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu richten, daß ein derartiges Verhalten zu einem erstgradigen internationalen Geheimnis ernste Befürchtungen für die Möglichkeit der ferneren Bewahrung dieses Geheimnisses erweckt.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Streng vertraulicher Brief

Paris, den 24. Mai/6. Juni 1912

Der bulgarische Finanzminister Todorow hat einige Tage hier zugebracht, um mit der französischen Regierung und den französischen Banken die geplante Anleihe zu besprechen. Gemäß den erhaltenen Weisungen habe ich in dieser Beziehung ihn sehr unterstützt und Todorow hat Paris sehr befriedigt verlassen.

Während die französische Regierung bei dem vorigen Versuche, eine Anleihe auf dem Pariser Markt abzuschließen, besondere Sicherheiten von Bulgarien verlangte, haben Poincaré und Klotz jetzt den Banken in dieser Frage ganz freie Hand gelassen. Todorow hat diese kitzlige Frage offenbar ganz befriedigend gelöst. Es wurde weiter beschlossen, daß die Anleihe im Oktober ausgegeben wird, daß aber schon vorher die Banken der bulgarischen Regierung die erforderlichen Vorschüsse geben werden.

Am Tage vor seiner Abreise aus Paris hat Todorow mich be-

sucht, um mir für die geleistete Unterstützung warm zu danken. Dabei hat er aus eigener Initiative die Lage im nahen Orient berührt und mir folgende Erwägungen vorgelegt, die mich durch ihre Wichtigkeit und Offenheit betroffen machten:

Er ist überzeugt, und diese Ansicht wird auch von den anderen Mitgliedern der bulgarischen Regierung geteilt, daß eine schnelle Beendigung des italienisch-türkischen Krieges ganz und gar nicht im Interesse Bulgariens liege. Der gegenwärtige Streit dürfte letzten Endes die beiden Staaten außerordentlich schwächen, und beide gehören zu den Mächten, die grundsätzlich dem Slawentum und den slawischen Balkanstaaten feindlich sind. Die Führer aller politischen Parteien Bulgariens sind der Ansicht, eine ähnliche Konjunktur werde sich auf lange hinaus nicht wiederholen, und Bulgarien würde infolgedessen einen unverzeihlichen Fehler begehen, wenn es keinen Versuch unternähme, diese Gelegenheit zur Erreichung seiner historischen Ziele auszunutzen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die bulgarische Regierung gegen eine Konferenz zum Versuch, dem italienisch-türkischen Konflikt ein Ende zu machen. Eine Konferenz werde erst notwendig sein, wenn die Ereignisse sich weiter entwickelt hätten und die Fragen aufgetaucht sein würden, deren Lösung von Europa abhänge.

Diese Haltung Bulgariens dem Kriege gegenüber braucht, nach Todorow, in Rußland keine Unruhe zu erwecken. Die Regierung Geschows sei stark genug abwarten zu können, bis ein günstiger Augenblick sich biete. Die bulgarische Regierung erblicke ihre unmittelbare Aufgabe darin, einen Aktionsplan gemeinsam mit den anderen Balkanstaaten aufzustellen. Das Bündnis mit Serbien sei der erste Schritt in dieser Richtung. Augenblicklich müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um zu erreichen, daß Rumänien sich nicht dem Vorgehen Bulgariens nach Süden widersetze, und Todorow glaubt, es werde möglich sein, um den Preis einer Grenzberichtigung bei Silistria zu diesem Ergebnis zu gelangen.

Außerdem fänden in diesem Augenblick Besprechungen mit Griechenland statt, die höchstwahrscheinlich zu einer Vereinigung der Interessen Bulgariens und Griechenlands führen würden. Die bulgarische Regierung sei fest entschlossen, keine Schritte zu tun, die Rußland gegen seinen Willen zu militärischen Maßnahmen veranlassen würden, aber andererseits müsse Rußland Bulgarien die Freiheit lassen, gemäß dem Lauf der Ereignisse und etwa sich bietenden, günstigen Umständen diesen oder jenen Beschuß zu fassen, ohne die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens mit Italien auszuschließen, das bereits Andeutungen in diesem Sinne gemacht habe.

Bulgarien gebe zu, daß Konstantinopel und die Meerengen dem speziellen Interessenkreis Rußlands angehörten und ziehe die Möglichkeit in Betracht, daß wir uns solange fernhalten könnten, als

diese Interessen nicht berührt würden. Das würde sogar für Bulgarien vorteilhaft sein, weil eine abwartende Haltung Rußlands auch Österreich verhindern würde, sich in die Angelegenheit zu mischen: die allgemeine Klärung der Lage würde Sache Europas sein, voraussichtlich auf einem Kongreß oder einer Konferenz, wo Rußland nicht nur von Frankreich und England, sondern auch von Italien unterstützt werden würde.

Vorstehendes gibt so genau wie möglich die langen Auseinandersetzungen Todorows wieder. Nachdem ich ihm aufmerksam zugehört hatte, antwortete ich ihm, daß ich mich eines grundlegenden Urteils enthalten wolle, ihn aber darauf aufmerksam machen möchte, wie schwierig es sei, seinen Plan auszuführen, besonders in betreff Österreichs, das sich, selbst wenn wir passiv blieben, kaum einer aktiven Intervention enthalten würde. Auf meine Frage: „Was hält König Ferdinand von diesem Plan?“ antwortete Todorow, der König habe in der letzten Zeit die wahrhaften historischen Aufgaben Bulgariens begriffen und sei mit seinem Volk und seiner Regierung eines Sinnes. Den Beweis dafür bilde seine Einwilligung in das bulgarisch-serbische Bündnis. Andererseits dürfen wir es nicht aus den Augen verlieren, daß er im kritischen Augenblick jede Hand ergreifen wird, die ihm Hilfe anbietet. Das aber müßten wir notwendig im Auge behalten.

Die Gedanken, die mir Todorow dargelegt, verdienen, wie mir scheint, um so mehr Beachtung, als er, wie ich weiß, eines der tätigsten und einflußreichsten Mitglieder des Kabinetts Geschow ist. Wie Ihr Brief an A. B. Nekludow zeigt, hat Danew auch damit begonnen, daß er Ihnen erklärte, es sei notwendig, die jetzigen Schwierigkeiten der Türkei auszunutzen. Ich weiß nicht, ob er in seiner Aufrichtigkeit so weit gegangen ist wie Todorow. Aus privater, aber wohlunterrichteter Quelle weiß ich, daß er sich sehr über die kalte Dusche beklagt hat, die er von Ihnen erhielt und daß er während seines Aufenthalts in Petersburg bemüht war, Sympathien für die bulgarischen Bestrebungen in der Gesellschaft und in der Presse zu erwerben. Wie dem auch sei, ich glaube nicht, daß die Bekenntnisse Todorows nur zufällig gemacht wurden, sondern daß er uns auf eine aktive Politik Bulgariens vorbereiten wollte. Aus Paris ist er auf Antrieb Geschows nach Wien gegangen und wahrscheinlich fährt er von dort nach Moskau. Ich habe ihm energisch empfohlen, seine Anwesenheit in Rußland zu benutzen, um Sie aufzusuchen und Ihnen mit gleicher Offenheit alles zu wiederholen, was er mir gesagt hat.

Wenn Bulgarien wirklich die auswärtigen Verhältnisse im nahen Orient so oder so auszunutzen entschlossen ist, muß befürchtet werden, daß für den Fall der vom bulgarischen Standpunkt aus verfrühten Berufung einer Konferenz, Bulgarien künstlich irgend-

einen Zwischenfall herbeiführen wird, um die Konferenz zu nötigen, den Umfang ihrer Tätigkeit zu erweitern. Als ich mit Poincaré die Frage der Konferenz erwog, habe ich nicht unterlassen, ihn auf diese Gefahr hinzuweisen, ohne ihn natürlich in die Pläne Todorows einzuweihen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 7./20. Juni 1912

Poincaré hat mir vom Besuch des Königs von Bulgarien in Wien und in Berlin gesprochen und seiner Beunruhigung über die Zwecke und den Charakter des Besuchs Ausdruck gegeben. Die dem König erwiesenen Ehren haben ihn überrascht und unwillkürlich ist in ihm der Verdacht aufgetaucht, dies seien Anzeichen für eine von dem König im geheimen Deutschland und Österreich gegenüber eingegangene Verpflichtung.

„Sie wissen,“ sagte er mir, „daß die französische Regierung die bulgarische Anleihe in Paris nur deswegen zu erleichtern geneigt war, weil die russische Regierung ihr erklärte, daß Bulgarien, nachdem es ein geheimes Übereinkommen mit Serbien getroffen habe, fest entschlossen sei, sich an die Seite der Entente zu stellen. Glauben Sie nicht, daß wir, angesichts des entscheidenden Einflusses, den König Ferdinand auf die bulgarische Politik und besonders auf die äußere Politik ausübt, bevor wir Bulgarien bedeutende Mittel zur Verfügung stellen, die wahren Absichten des Königs in genauer Form feststellen und von ihm in der einen oder anderen Form eine Garantie fordern müßten, daß er seinerseits die vorerwähnte Entscheidung der bulgarischen Regierung billigt?“

Poincaré lenkte dann meine Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß in die Presse bereits Gerüchte über die Unterzeichnung eines bulgarisch-serbischen Geheimvertrags gedrungen seien. Die Quelle dieser Gerüchte kennt er nicht. Der „Temps“ gibt vor, er habe diese Nachricht von seinem Petersburger Korrespondenten erhalten. In anderen Redaktionen behauptet man, ein französischer Korrespondent habe in Petersburg den Wortlaut des Vertrages gesehen. Der frühere französische Botschafter in Sofia, Paléologue, nimmt an, daß dieses Gerücht aus dem Schlosse stammt und irgendeinem verwickelten Plan König Ferdinands dienen soll.

Wie dem auch sei, unzweifelhaft ist man durch das rätselhafte Verhalten des Königs sehr beunruhigt, und wenn wir dem günstigen Verlauf der im Herbste abzuschließenden bulgarischen Anleihe Bedeutung beilegen, wäre es erwünscht, bestimmter die wahre

Richtung der bulgarischen Politik festzustellen, wie sie nach dem Besuche König Ferdinands in Wien und Berlin sich gestaltet.

I swolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Vertreter in Paris und London*

Telegramm Nr. 1670      St. Petersburg, den 16./29. August 1912

Die Nachrichten unseres Gesandten in Sofia sowie des bulgarischen Gesandten in St. Petersburg lassen auf eine außerordentliche Erregung der bulgarischen öffentlichen Meinung schließen. Die wachsende Unzufriedenheit des Landes mit der zu wenig tatkräftigen Politik der augenblicklichen Regierung gegenüber der Türkei kann leicht zu deren Sturz führen und ganz unerwünschte politische Elemente ans Ruder bringen.

Andererseits hat die christliche Bevölkerung in der Türkei den Eindruck, daß ihre Interessen von Europa nicht berücksichtigt und sie somit ihrem eigenen Schicksal überlassen wird, was sie natürlich zu Schreckenstaten treiben kann.

Eine solche Lage scheint mir die Ergreifung von Maßnahmen zu fordern, die den Balkanstaaten und den türkischen Christen selbst die Hoffnung auf Besserung ihrer Lage geben könnten. Auf diese Weise kann man zu einer, wenn auch nur vorübergehenden Beruhigung auf dem Balkan gelangen und dort einen bewaffneten Konflikt bis zum Beginn einer Jahreszeit verhüten, in der ein solcher infolge klimatischer Verhältnisse unmöglich wird.

Ohne meinerseits irgendwelche praktischen Vorschläge zu machen, möchte ich darüber Klarheit haben, ob die englische und die französische Regierung es nicht für nötig halten, gleich jetzt mit uns einen Gedankenaustausch über diese Frage einzuleiten, um nicht von den sich bereits ankündigenden Ereignissen überrascht zu werden und unser Verhalten darauf einzustellen.

Sie wollen sich über diese unsere telegraphische Anfrage mit der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, in Verbindung setzen und mir das Resultat drahten.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Paris, den 30. August/12. September 1912

Abschrift eines streng vertraulichen Privatbriefes

Seit meiner Rückkehr am letzten Montag habe ich H. Poincaré noch nicht getroffen und nur H. Paléologue sehen können, mit dem

ich eine Unterredung hatte, deren Inhalt ich Ihnen kurz telegraphiert habe. Poincaré ist erst gestern zurückgekehrt, und ich hatte mit ihm nur eine kurze Unterhaltung, wenige Minuten vor der Ankunft des Großfürsten. Heute habe ich mit ihm nach dem Frühstück im Elysée etwas länger geplaudert, aber unzusammenhängend, denn wir wurden andauernd unterbrochen. Im allgemeinen hatte ich den Eindruck, daß er noch besorgter ist als Paléologue. Der Vorschlag des Grafen Berchtold hat in seinen Augen keinen praktischen Wert. Er ist der Überzeugung, Graf Berchtold habe ausschließlich bezweckt, den Albanern gewisse Zugeständnisse zu garantieren und lege nun, wo die Erfüllung ihrer Wünsche erreicht sei, kein weiteres Interesse für seinen Vorschlag an den Tag. In einer zweiten mündlichen, von dem hiesigen österreichischen Geschäftsträger gemachten Mitteilung war schon nicht mehr von „Dezentralisation“ die Rede; es bleibt nichts mehr übrig als die Zusicherung der gleichen Privilegien, wie sie den Albanern versprochen worden sind, für die christlichen Nationalitäten, sowie der Wunsch nach gerechten und freien Wahlen. Aber selbst, wenn das alles in der Theorie einen gewissen Wert hat, so können diese Forderungen und Wünsche in der Praxis doch kaum verwirklicht werden. In diesem Sinne hat die französische Regierung bereits der Pforte ihre Ratschläge erteilt. Die englische Regierung ist bereit, in Konstantinopel ähnliche Schritte zu unternehmen, hat aber hier kategorisch erklärt, daß England in keinem Fall einwilligen werde, irgendwelchen Druck auf die Türkei auszuüben.

Aus den Balkanstaaten hat man hier außerordentlich alarmierende Nachrichten, sowohl aus Sofia als aus Belgrad und Athen. Der „Temps“ hat heute ein Telegramm aus Sofia erhalten, nach dem die Kriegserklärung nur noch eine Frage von Tagen ist. Die Hauptgefahr ist die innere Lage, der Kampf der militärischen Elemente (die, um ihre Existenz zu retten, um jeden Preis aus der augenblicklichen Konjunktur Vorteil ziehen wollen) gegen die Radikalen und die Antimilitaristen und die Wahrscheinlichkeit, um nicht zu sagen Unvermeidlichkeit, des Sturzes des Kabinetts Geschow. Poincaré ist persönlich der Ansicht, daß der serbisch-bulgarische Geheimvertrag sowohl auf die Bulgaren als auf die Serben aufreizend wirkt. Schon in St. Petersburg hat er unmittelbar nach Kenntnisnahme von dem Wortlaut des Vertrages zu mir gesagt, daß dieser seiner Meinung nach ein „Kriegsinstrument“ sei. Die Rußland eingeräumte Rolle des Schiedsrichters kompliziert seiner Meinung nach die Lage noch mehr. Die Bulgaren seien überzeugt, daß die russische Regierung, auch wenn sie augenblicklich ihr Veto einlegen würde, im Fall eines Krieges zwischen Bulgarien und der Türkei, und besonders im Falle einer bulgarischen Niederlage, doch durch die öffentliche Meinung Rußlands zum Eingreifen veranlaßt

werden würde. Sollte aber infolge einer Erklärung russischerseits Bulgarien nicht imstande sein, aus der augenblicklichen Lage Vorteil zu ziehen, so würde das dem russischen Einfluß und Prestige in Bulgarien sowie der Idee der politischen Freundschaft und Verständigung der Balkanstaaten unter russischer Leitung einen schweren Schlag versetzen. Die Nachfolger Geschows, die Stambulowisten oder die Radoslawisten, würden sofort den Vertrag mit Serbien zerreißen und zu ihrem alten Schaukelsystem zwischen Rußland und Österreich, sowie zu dem Buhlen um die Gunst Wiens zurückkehren.

Ferner sagte mir H. Poincaré, daß nach seinen Informationen Österreich-Ungarn, im Falle eines kriegerischen Vorgehens von Serbien, keinesfalls im Sandschak vordringen, wohl aber je nach dem Gang der Ereignisse sich gegen Belgrad wenden werde. Das könne selbstverständlich Rußland nicht gleichgültig lassen und werde wahrscheinlich zu einem allgemeinen Kriege führen. Die Lage auf Kreta und in Athen macht H. Poincaré gleicherweise ernste Sorge. Seinen Worten nach ist die griechische Regierung davon überzeugt, daß sie im Fall eines Konflikts mit der Türkei nicht isoliert bleiben, sondern militärische Hilfe von seiten Bulgariens erhalten wird. Aus diesem Grunde fürchten die Griechen einen Bruch mit der Türkei nicht mehr so sehr, und auch das ist ein gefährliches Element in der augenblicklichen Lage.

Auf meine Frage, ob er keinen Plan zur Verhütung all dieser Gefahren habe, antwortete mir H. Poincaré, er sei außerstande, irgend etwas vorzuschlagen. Unter den augenblicklichen Verhältnissen sei offensichtlich keinerlei Druck auf die Türkei möglich. Die Ratschläge zur Mäßigung an die Balkanstaaten könnten kaum einen entscheidenden Einfluß ausüben. Wenn trotz all dieser Ratschläge der Balkankrieg ausbrechen sollte, müßte so schnell wie möglich mit einem Vermittlungsvorschlag eingegriffen werden, und dabei würde es von großer Wichtigkeit sein, nicht das Terrain der allgemeinen europäischen Politik zu verlassen und nach Möglichkeit jede Einzelintervention zu verhindern. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus hat er den Vorschlag des Grafen Berchtold begrüßt, da er Österreich-Ungarn in seiner Handlungsfreiheit bis zu einem gewissen Grade beschränkt. H. Poincaré sagte mir auch, daß die französische Regierung sich unter diesen Umständen in der Frage der bulgarischen Anleihe sehr vorsichtig zeigen müsse. H. Panafieu schreibe aus Sofia, daß eine schroffe Absage dem Kabinett Geschow einen ernsten Stoß versetzen könne. Immerhin wird H. Poincaré seine Erlaubnis zu dieser Anleihe nicht eher geben, als er sich davon überzeugt hat, daß die Gefahr vorüber ist, und bevor er sich entsprechende Garantien gegen Mißbräuche verschafft hat.

Abschließend erklärte mir H. Poincaré, die französische Regie-

rung prüfe aufs ernsteste die Frage aller denkbaren internationalen Eventualitäten. Er gebe sich vollste Rechenschaft darüber, daß das eine oder andere Ereignis, zum Beispiel die Zertrümmerung Bulgariens durch die Türkei oder ein Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien, Rußland zwingen könnte, seine passive Rolle aufzugeben und zunächst seine Zuflucht zu einer diplomatischen Aktion und dann zu einer militärischen Intervention gegen die Türkei oder Österreich zu nehmen. Gemäß den Erklärungen, die wir von der französischen Regierung erhalten haben, ist uns bei einem derartigen Fall die auf richtigste und energischste diplomatische Unterstützung Frankreichs sicher. Aber in dieser Phase der Ereignisse würde die Regierung der Republik nicht in der Lage sein, vom Parlament oder von der öffentlichen Meinung die für irgendwelche aktiven militärischen Maßnahmen notwendige Billigung zu erhalten. Wenn aber der Konflikt mit Österreich ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands nach sich ziehen würde, so erkenne die französische Regierung dies im voraus als *casus foederis* an und würde nicht einen Augenblick zögern, die Verpflichtungen, die sie Rußland gegenüber auf sich genommen hat, zu erfüllen. „Frankreich“, setzte H. Poincaré hinzu, „ist unstreitig durchaus friedlich gesinnt und wünscht oder sucht keinen Krieg, aber das Eingreifen Deutschlands gegen Rußland würde sofort die Gesinnung ändern, und es ist als sicher anzunehmen, daß das Parlament und die öffentliche Meinung in einem solchen Falle den Entschluß der Regierung, Rußland eine bewaffnete Unterstützung zu gewähren, voll billigen würden.“

Ferner sagte mir H. Poincaré, daß im Hinblick auf die kritische Lage auf dem Balkan die höheren französischen Militärbehörden mit verstärkter Aufmerksamkeit alle militärischen Eventualitäten, die sich ergeben könnten, prüfen; er wisse, daß die eingeweihten und verantwortlichen Persönlichkeiten die Aussichten Rußlands und Frankreichs im Falle eines allgemeinen Zusammenstoßes sehr optimistisch beurteilten. Dieser Optimismus gründet sich unter anderem auch auf die Einschätzung der Kräfteablenkung, die die vereinigten Heere der Balkanstaaten (mit Ausnahme von Rumänien) bedeuten würden, indem sie entsprechende Teile der österreichisch-ungarischen Streitkräfte auf sich ziehen würden. Ein günstiger Umstand für Rußland und Frankreich sei ferner die Mobilmachung Italiens, das sowohl durch den afrikanischen Krieg als auch durch Spezialverträge mit Frankreich gebunden sei. Was insbesondere die Lage im Mittelmeer anbelange, so verstärke die soeben getroffene Entscheidung, das 3. französische Geschwader von Brest nach Toulon zu verlegen, noch das Übergewicht der französischen Flotte in diesen Gewässern. „Dieser Entschluß“, setzte H. Poincaré hinzu, „wurde im Einvernehmen mit England getroffen und stellt eine

weitere Entwicklung und Ergänzung der bereits zwischen den französischen und englischen Admiralstäben getroffenen Vereinbarungen dar.“ Dabei bestätigte H. Poincaré mir nochmals, daß diese Vereinbarungen in keinerlei diplomatische Form gekleidet worden seien, sondern nur den Charakter eines technischen Abkommens zwischen den beiden Admiralstäben trügen. Obwohl diese Erklärungen gewissermaßen im Laufe einer zufälligen Unterhaltung gemacht worden sind, wurden sie mit dem H. Poincaré eigenen Ernst und Nachdruck abgegeben. Wenn ich auch vor Abfahrt des Kuriers nicht die Zeit habe, sie in eine gefielte Form zu bringen, halte ich es doch für notwendig, Sie wenigstens in Form eines Privatbriefes eingehend davon in Kenntnis zu setzen und bitte die eilige Abfassung und die wenig leserliche Handschrift zu entschuldigen.

Iswolski

*Der russische Außenminister an die Vertreter Rußlands in  
in Paris, London, Berlin, Wien, Rom, Konstantinopel,*

Telegramm Nr. 1827 St. Petersburg, den 4./17. September 1912

Gestern erhielt ich den Besuch des Gesandten von Bulgarien. Aus meiner Unterredung mit ihm habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen Bulgarien und der Türkei unvermeidlich ist, falls die Mächte nicht mit friedlichen Mitteln von der Türkei die Erfüllung der bulgarischen Forderungen erreichen können, die die Verwirklichung der in Artikel 23 des Berliner Vertrages vorgesehenen Reformen in Mazedonien betreffen.

Ich habe dem General Paprikow alle, von uns bereits gegen eine aktive Intervention Bulgariens erhobenen Einwände wiederholt und seine Aufmerksamkeit ganz offen auf die vielleicht verhängnisvollen Folgen eines unüberlegten Schrittes von Seiten Bulgariens gelenkt, den es anscheinend in diesem Augenblick unter dem Einfluß der revolutionären Tätigkeit der mazedonischen Komitees zu unternehmen gedenkt. Meine Worte schienen nicht wirkungslos zu bleiben und der Gesandte versprach, das Gesagte in vollem Umfange nach Sofia zu übermitteln.

Nach Paprikow empfing ich den türkischen Botschafter, den ich von der außerordentlich unruhigen Stimmung in Bulgarien in Kenntnis setzte. Ich betonte mit Bezug hierauf dem Botschafter gegenüber, daß es zur Verhütung schwerer Verwicklungen für die Türkei dringend nötig sei, in Mazedonien sofort die Durchführung der Reformen in Angriff zu nehmen, die der christlichen Bevölkerung Schutz für Person und Eigentum, Gleichheit vor dem Gesetz

und, im Verhältnis der Rassen zueinander, Beteiligung an der Organisation und Verwaltung gewährleisten.

Im Hinblick auf die beunruhigenden Nachrichten aus den Balkanstaaten und im Bewußtsein der Notwendigkeit, kein Mittel zur Abwendung der drohenden Gefahr eines Balkankrieges unversucht zu lassen, beauftrage ich Sie, sich bei der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, zu erkundigen, ob sie es nicht für nützlich hält, ihren Vertreter in Konstantinopel anzuweisen, daß er bei der Pforte in einer Form, die nicht den Charakter eines gemeinsamen Schrittes trägt, freundschaftliche Vorstellungen in dem Sinne meiner oben erwähnten, dem türkischen Botschafter abgegebenen Erklärung, machen solle.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
stellvertretenden russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 212 Paris, den 19. September/2. Oktober 1912

Telegraphiere nach Berlin.

Ich sprach Poincaré, der meinte, wenn eine gemeinsame Intervention der fünf Mächte in den Hauptstädten der Balkanländer und in Konstantinopel nicht möglich sein sollte, so könnte man diese durch eine doppelte Intervention von seiten Rußlands und Österreichs ersetzen, und zwar nicht nur, weil diese beiden Mächte die am meisten interessierten seien, sondern auch, weil sie gewissermaßen die beiden europäischen Machtgruppen repräsentierten. Ich habe dem Außenminister erklärt, wir seien bereit, entweder zu zweien im Namen Europas mit Österreich zusammen oder gemeinsam mit allen Mächten bei den Balkanstaaten vorstellig zu werden, um ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die Mächte keine Verletzung des Friedens dulden würden, daß sie beabsichtigen, den Status quo aufrechtzuerhalten und den Krieg, falls er ausbrechen sollte, zu lokalisieren, und daß endlich die Staaten, die mit der Mobilmachung begonnen haben, auf keinerlei Gebietserweiterungen rechnen könnten. Ich habe hinzugefügt, daß meiner Überzeugung nach diese Erklärungen nur dann Erfolg haben könnten, wenn die Mächte geneigt seien, die Durchführung der Reformen zugunsten der einzelnen Nationalitäten auf dem Balkan durchzuführen. Poincaré telegraphiert hierüber nach Berlin. Sie wollen sich sofort mit dem Staatssekretär über den Inhalt dieses Telegramms aussprechen und das Ergebnis dieser Aussprache hierher telegraphieren.

Abschrift nach Wien, Konstantinopel, London und Rom.

Sasonow

*Der stellvertretende russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 2012

St. Petersburg, den 19. September/2. Oktober 1912

Der Militärattaché in Sofia telegraphiert, daß die Mobilmachung am 24. beendet sein wird. Man formiert die Stäbe von drei Armeen. Der Zar wird Oberkommandierender, Fitschew Generalstabschef sein. Am 22. wird die Narodnoje Sobranje zusammentreten und der Krieg wahrscheinlich erklärt werden. Es ist nunmehr fast unmöglich, ihn zu vermeiden.

Neratow

*Der stellvertretende russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 2014

St. Petersburg, den 19. September/2. Oktober 1912

Im Fall der Kriegserklärung steht zu erwarten, daß die Balkanstaaten uns bitten werden, den Schutz ihrer Interessen und Untertanen in der Türkei zu übernehmen.

Meinerseits halte ich es für unmöglich, den slawischen Staaten dies abzuschlagen. Um nicht den Verdacht zu erwecken, daß wir an dem Zusammenschluß der vier Staaten gearbeitet haben, wäre es wünschenswert, daß Griechenland sich an eine andere Macht, zum Beispiel an Frankreich, wenden würde.

Ich bitte um Antwort.

Neratow

*Der stellvertretende russische Außenminister an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 2023

St. Petersburg, den 20. September/3. Oktober 1912

Wir erwarten den wahrscheinlichen Beginn kriegerischer Handlungen zwischen der Türkei und den vier Balkanstaaten in aller nächster Zukunft. Es untersteht keinem Zweifel, daß die Pforte auf alle von Italien geforderten Bedingungen eingehen wird, um sich einen Vorfrieden mit Italien zu sichern. Im Hinblick hierauf scheint es im Interesse Italiens zu liegen, wenn es nicht gar zu viel Entgegenkommen in Sachen der Geldentschädigung zeigt. Über je geringere Hilfsquellen die kriegsführenden Parteien verfügen, um so

größer sind die Aussichten, wenn nicht auf Verhütung, so doch auf Verkürzung des Krieges, was den Interessen Italiens sowie der übrigen Mächte entspricht. Halten Sie es nicht für möglich, sich mit der italienischen Regierung in allerfreundschaftlichster Form in diesem Sinne auseinanderzusetzen?

Neratow

*Der stellvertretende russische Außenminister an den russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 2027

St. Petersburg, den 20. September/3. Oktober 1912

Geheim. Nach italienischen Nachrichten hat die österreichisch-ungarische Regierung vor zwei Tagen in Belgrad erklärt, Österreich werde es im Falle eines Krieges zwischen Serbien und der Türkei nicht zulassen, daß dessen Ergebnis eine Veränderung eines territorialen Status quo zugunsten Serbiens sei. Die genannte Erklärung ist angeblich von Deutschland in Belgrad unterstützt worden.

Abschriften nach Rom und Belgrad.

Neratow

*Der russische Gesandte in Montenegro an den russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 172 Cettinje, den 20. September/3. Oktober 1912

Aus mir heute zugegangenen, sehr bestimmten Andeutungen schließe ich, daß Montenegro, sobald Bulgarien den Krieg erklärt haben wird, was unvermeidlich zu sein scheint, auf Grund einer letztthin getroffenen gemeinsamen Vereinbarung sofort auch seinerseits zu kriegerischen Handlungen übergehen wird. Das gleiche werden die Griechen tun. Der Termin für den Beginn der kriegerischen Handlungen wird hier für Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche, vielleicht auch früher, angesetzt. Zu rechnen ist auch mit der etwaigen Beteiligung der Malissoren.

Abschrift nach Petersburg und Konstantinopel.

Giers

*Der russische Außenminister an den stellvertretenden russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 215 Paris, den 21. September/4. Oktober 1912

Ich telegraphiere nach Berlin, Wien, London, Rom und Konstantinopel.

Unter Nr. 2 übermitte ich Ihnen den Wortlaut des Vorschlags, mit dem sich Poincaré an die Großmächte wendet. Ich habe mich damit einverstanden erklärt.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
stellvertretenden russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 218 Paris, den 21. September/4. Oktober 1912

Ich telegraphiere nach Berlin, Wien, London, Rom und Konstantinopel. Nr. 2.

Wortlaut: Die Mächte lassen die Balkanstaaten und die Türkei wissen: 1. Sie verwerfen energisch alle Maßnahmen, die zum Friedensbruch führen könnten. 2. Wenn trotzdem ein Krieg zwischen der Pforte und den Balkanstaaten ausbrechen sollte, so würden sie bei Beendigung des Konflikts keine territoriale Änderung des gegenwärtigen Status quo auf dem Balkan zulassen; sie würden ferner, gestützt auf den Artikel 23 des Berliner Vertrages, im Interesse der christlichen Bevölkerung die Verwirklichung der administrativen Reformen in der europäischen Türkei in die Hand nehmen, selbstverständlich ohne dabei die Integrität des Gebietes des Osmanischen Kaiserreiches irgendwie zu verletzen. Natürlich würde diese Erklärung den Mächten volle Freiheit für eine gemeinsame weitere Prüfung der Reformen lassen.

Sasonow

*Der russische Gesandte in Bulgarien an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 139 Sofia, den 21. September/4. Oktober 1912

Ich telegraphiere an Neratow:

Die Mobilmachung geht ohne jede Störung bei außerordentlich mutiger und ernsthafter Stimmung der gesamten Bevölkerung vor sich. Die Reservisten erstürmen förmlich die Züge, um schneller zu ihren Regimentern zu gelangen. Die Ordnung ist überall bemerkenswert. Im allgemeinen geht die Mobilmachung sogar etwas schneller vor sich, als man vorausgesetzt hatte. An die Grenze sind strenge Befehle ergangen, Zusammenstöße mit dem türkischen Grenzschutz zu vermeiden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß völlige Übereinstimmung der Handlungen mit denen der Serben besteht.

Nekludow

*Der russische Außenminister an den  
stellvertretenden russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 221 Paris, den 23. September/6. Oktober 1912

Nr. 1.

Unter Nr. 2 übersende ich Ihnen den vom französischen Außenminister vorgeschlagenen Wortlaut der Erklärung, die Rußland und Österreich-Ungarn im Namen der Mächte in den vier Hauptstädten der Balkanländer abgeben sollen. Poincaré hat mir soeben mitgeteilt, er habe das Einverständnis mit diesem Wortlaut bereits von allen Großmächten erhalten, mit Ausnahme Englands, dessen Bescheid in kürzester Frist erwartet wird.

Mitgeteilt nach Berlin, Wien, Rom, London und Konstantinopel.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
stellvertretenden russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 222 Paris, den 23. September/6. Oktober 1912

Nr. 2.

„Die russische und österreichisch-ungarische Regierung werden den Balkanstaaten erklären: 1. Die Mächte verwerfen energisch alle Maßnahmen, die zum Friedensbruch führen könnten. 2. Gestützt auf Artikel 23 des Berliner Vertrages werden sie im Interesse der Bevölkerung die Verwaltungreformen in der europäischen Türkei in die Hand nehmen, wohlverstanden in der Art, daß diese Reformen die Autorität Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans und die territoriale Integrität des ottomanischen Reiches in keiner Weise verletzen. Mit dieser Erklärung behalten sich auch die Mächte die Freiheit vor, gemeinsam und weiterhin diese Reformen zu erwägen. 3. Wenn trotzdem der Krieg zwischen den Balkanstaaten und dem türkischen Kaiserreich ausbrechen sollte, würden die Mächte bei Beendigung des Konflikts keine Änderung des territorialen Status quo in der europäischen Türkei zulassen. Die Mächte werden gemeinsam bei der Hohen Pforte die Schritte unternehmen, die sich aus dieser Erklärung ergeben.“

Ich benachrichtige Berlin, Wien, Rom, London und Konstantinopel.

Sasonow

8. Kapitel  
Der erste Balkankrieg



---

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 249

Paris, den 2./15. Oktober 1912

Im Hinblick auf die Feindseligkeiten und auf das früher abgeschlossene Abkommen zwischen Frankreich und den Kabinetten von St. Petersburg und London, hat Poincaré heute einen telegraphischen Runderlaß an die Vertreter Frankreichs in St. Petersburg, London, Berlin und Wien gesandt, daß sie schon jetzt vorbereitende Schritte zu einer Vermittlung der Mächte zwischen der Pforte und den Balkanstaaten einleiten sollen — einer Vermittlung, die sofort einsetzen soll, nachdem die ersten bewaffneten Zusammenstöße den Feuereifer der Gegner abgekühlt haben und ihre Kräfte sich zu erschöpfen beginnen. Zu diesem Zweck sind die genannten Vertreter angewiesen worden, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, die Formel vorzuschlagen, die Ihnen in dem Telegramm Nr. 2 übermittelt wird. Ich habe die Aufmerksamkeit Poincarés darauf gelenkt, daß in Punkt 3 eine gewisse Unklarheit besteht; er scheint Ihren Vorbehalten zu widersprechen. Dennoch meine ich, daß die Fassung dieses Punktes Ihre Deutung nicht ausschließt, besonders wenn man einer kleinen Änderung kein Hindernis in den Weg legt: man könnte, wie es Grey vorschlägt, z. B. die Worte hinzufügen „zu passender Zeit“.

Mitgeteilt an Benckendorff.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 250

Paris, den 2./15. Oktober 1912

Nr. 2.

Text: 1. Die Mächte werden sich unverzüglich miteinander ins Einvernehmen setzen, um zu gelegener Zeit der Hohen Pforte und den Balkanstaaten ihre Vermittlung anzubieten. 2. Wenn die Ver-

mittlung Erfolg hat, wird in kürzester Frist eine internationale Konferenz zusammenentreten, zur Prüfung und Ausführung der in der europäischen Türkei einzuführenden Reformen. 3. Wenn die Vermittlung scheitert, wird die Konferenz trotzdem zusammenentreten, um bei Beendigung der Feindseligkeiten die Maßnahmen zu ergreifen, die die Sorge um den allgemeinen Frieden und das Interesse Europas fordern werden. 4. Die Mächte kommen außerdem noch dahin überein, nichts gegen die Souveränität Seiner Majestät des Sultans und gegen die Integrität des türkischen Reiches zu unternehmen.

Abschrift nach London.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 2195 St. Petersburg, den 3./16. Oktober 1912

Telegramm Nr. 245 erhalten.

Zur Verhütung jeden Mißverständnisses habe ich auf den Brief Poincarés eine Antwort abgehen lassen, in der ich der Befürchtung Ausdruck gebe, daß die Einberufung einer Konferenz unmittelbar vor Ausbruch eines unvermeidlichen Krieges die Idee einer solchen Konferenz selbst nur kompromittieren könnte, die doch zur Klärung der kritischen Lage auf dem Balkan unbedingt notwendig sei.

Vor einer derartigen Konferenz hielten wir es für notwendig, durch Verhandlungen zwischen den Kabinetten wenigstens die Grundprinzipien festzulegen, die von allen Mächten angenommen werden würden. Geschähe dies nicht, so könnte statt der Bekündung der Einmütigkeit Europas eine Spaltung eintreten, aus der diejenigen, denen es vorteilhaft erschiene, nicht zögern würden, Nutzen zu ziehen.

Die Vorbereitung zu einer Intervention bei der ersten sich bietenden Möglichkeit, scheine uns die nächste Aufgabe zu sein, die man erfüllen müsse.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 2197 St. Petersburg, den 3./16. Oktober 1912

Der französische Botschafter übermittelte mir 4 neue Punkte. Ich habe mich für die Annahme des ersten ausgesprochen, worin es

heißt, daß sich die Mächte unverzüglich über eine Vermittlung zu günstiger Zeit einigen sollten. Auch dem zweiten Punkt habe ich zugestimmt, der, für den Fall, daß die Vermittlung Erfolg hat, die unverzügliche Einberufung einer Konferenz vorsieht, um die Durchführung der Reformen in der europäischen Türkei vorzubereiten.

Der dritte Punkt spricht von der Einberufung einer Konferenz im Falle eines Mißlingens der Vermittlung, um nach Beendigung der Feindseligkeiten Maßregeln zu ergreifen, die zur Erhaltung des allgemeinen Friedens und zum Schutze der europäischen Interessen notwendig sind. Darauf habe ich, wie auch schon früher, geantwortet, daß eine Konferenz während des Krieges nicht auf die erforderliche Autorität rechnen könne und daß ich infolgedessen den dritten Punkt für unzweckmäßig halte.

Schließlich wäre es meiner Meinung nach vorzuziehen, gegenwärtig den vierten Punkt, der eine Bestätigung der Souveränität des Sultans enthält, vorläufig wegzulassen.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 253

Paris, den 3./16. Oktober 1912

Poincaré teilte mir die Antworten mit, die aus St. Petersburg, London, Berlin und Wien auf seinen gestrigen Vorschlag eingelaufen sind. Mit dem Inhalt der Denkschrift, die Sie G. Louis übergeben haben, ist er vollkommen einverstanden und stimmt sehr gern Ihrem Vorschlag zu, daß über alle mit der Vermittlung und der Konferenz zusammenhängenden Fragen zwischen Petersburg, Paris und London vorher ein Einverständnis erzielt werden muß. Das Londoner Kabinett nimmt sein Programm in vollem Umfang und ohne die geringsten Vorbehalte und Änderungen an. Das Berliner Kabinett pflichtet dem ersten und dem vierten Punkt des Programms bei. Der Einberufung der Konferenz müßte aber ein Gedankenaustausch zwischen den Kabinetten über die auf ihr zu behandelnden Fragen vorausgehen. Außerdem ist das Berliner Kabinett der Ansicht, daß nur die Großmächte allein an allen in Aussicht genommenen diplomatischen Schritten teilnehmen dürften. Das Wiener Kabinett spricht im großen und ganzen seine Sympathie mit dem Vorschlage Poincarés aus, behält sich aber das Recht vor, erst nach einer Verständigung mit Berlin eine endgültige Antwort zu geben. Poincaré befürchtet ein wenig, daß das Wiener Kabinett den Versuch machen könnte, der bestimmten Zusage eines gemeinsamen Vorgehens mit den anderen Kabinetten auszuweichen.

Sobald er einen definitiven Bescheid aus Wien hat, wird er ein neues Rundschreiben an die Kabinette abgehen lassen, in dem alle die Punkte zusammengefaßt werden sollen, über die eine allgemeine Übereinstimmung der Mächte erzielt worden ist.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 254

Paris, den 3./16. Oktober 1912

Persönlich.

Poincaré sagte mir, indem er von seiner Bereitwilligkeit Mitteilung machte, Ihren Vorschlag eines vorläufigen Abkommens zwischen Petersburg, Paris und London in allen die Vermittlung und Konferenz betreffenden Fragen anzunehmen, nochmals, daß er überaus besorgt sei über die Möglichkeit eines Bekanntwerdens des Inhaltes der Geheimverträge zwischen Bulgarien und den anderen slawischen Staaten durch die Presse oder auf einem anderen Wege. Diese Verträge sind augenscheinlich in allen ihren Einzelheiten nicht nur der russischen Regierung bekannt, sondern auch einigen russischen Abgeordneten und Journalisten, und es ist sehr wahrscheinlich, daß König Ferdinand sie dem Wiener Kabinett mitgeteilt hat. Wenn das Londoner Kabinett mit diesen Verträgen aus irgend einer anderen Quelle bekannt gemacht wird, kann das ihm Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit Rußlands und Frankreichs, die ihren Inhalt kannten, einflößen und die Verständigung zwischen den drei Mächten erschweren. Poincaré hält sich nicht für berechtigt, dieses Geheimnis England zu offenbaren, doch nach seiner Meinung ist es sehr erwünscht, daß wir selbst das Londoner Kabinett in die Sache einweihen, indem wir ihm die wahre Stellung der russischen Regierung dazu erklären. Poincaré ist seinerseits bereit, diese Erklärung zu unterstützen. Ich halte es für meine Pflicht hinzuzufügen, daß einige hiesige Zeitungen bereits anzudeuten beginnen, daß Rußland in der gegenwärtigen Krise ein doppeltes Spiel spielt. Mir gelang es, den „Temps“ davon abzuhalten, einen Brief Brjantschaniows an Tardieu über dieses Thema zu veröffentlichen. Doch wir werden kaum einer Zeitungskampagne auf diesem Gebiet entgehen können, und mir scheint, daß, wenn Sie bisher über diese Sache noch keine Aussprache mit dem Londoner Kabinett hatten, die mir gegenüber geäußerten Gedanken Poincarés ernste Aufmerksamkeit verdienen.

Iswolski

*Aktennotiz des Baron von Schilling,  
Kanzlei-Direktor des Außenministeriums*

Begläubigte Abschrift

(Gezeichnet Sasonow)

Am 3. Oktober 1912 hat der Botschafter Österreich-Ungarns gelegentlich eines Besuches bei dem Minister des Äußern die von ihm in letzter Zeit mehrmals angegebenen Versicherungen wiederholt, daß Österreich für sich selbst keinerlei territoriale Vergrößerung auf der Balkanhalbinsel suche. Graf Thurn setzte hinzu, daß, selbst wenn die Ereignisse zu einer Erweiterung Bulgariens bis zu der im Vertrage von San Stefano vorgesehenen Grenze führen sollten, Österreich dieser Eventualität mit vollster Ruhe entgegensehen könnte. Auf die Frage S. D. Sasonows: „Und wie würde sich Österreich zu einer Vergrößerung Serbiens verhalten?“ antwortete der Botschafter, daß an sich eine Vergrößerung des serbischen Gebietes keine besondere Bedeutung haben würde, daß Österreich aber keinesfalls zugeben könne, daß ihm der Weg nach Saloniki abgeschnitten werde und daß es sich darum mit einer Ausdehnung Serbiens bis zum Meere nicht zufrieden geben könne. Der Botschafter erklärte, daß für den österreichischen Handel mit dem Orient ein Ausgang zum Ägäischen Meer notwendig sei und daß die freie Verbindung mit ihm immer gesichert sein müsse. Nach Ansicht des Grafen Thurn könnte diese Verbindung in der Form einer Übergabe der Eisenbahnlinie bis Saloniki an Österreich gefunden werden unter ähnlichen Bedingungen wie Rußland die chinesische Ostbahn besitzt. Der Botschafter bemerkte, in Österreich sei man von der Notwendigkeit eines Zugangs nach Saloniki derartig überzeugt, daß keine Regierung der öffentlichen Meinung widerstehen könnte, wenn sie hierauf verzichtete. Auf Grund einiger früher von dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger Silatti gemachten Andeutungen ist S. D. Sasonow der Ansicht, daß man in Wien nicht abgeneigt wäre, uns im Fall einer Umänderung der Karte der Balkanhalbinsel im voraus durch Verträge zu binden; er zieht es daher vorläufig vor, sich einer eingehenderen Erörterung der von dem österreichischen Botschafter berührten Fragen mit ihm zu enthalten.

Baron Schilling

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 256

Paris, den 4./17. Oktober 1912

Nr. 2195 erhalten.

G. Louis hat bei der telegraphischen Übermittlung Ihrer mündlichen Antwort auf die vier neuen Punkte, die er Ihnen bekanntgab,

nichts davon erwähnt, daß es Ihrer Meinung nach vorzuziehen sei, gegenwärtig den vierten Punkt über die Souveränität des Sultans und die Integrität des ottomanischen Reichs auszuschalten. Poincaré, der durchaus bereit ist, Ihre Einwendungen gegen den dritten Punkt anzunehmen, besteht auf der Notwendigkeit, den vierten Punkt völlig unangetastet zu lassen, einmal, weil die Kabinette in London und Berlin, die ihn angenommen haben, ihn kaum fallen lassen würden, hauptsächlich aber, weil nur so seiner Überzeugung nach die Handlungsfreiheit Österreichs eingeschränkt werden könne. Er telegraphiert in diesem Sinne an Georges Louis. Ich erlaube mir nochmals auf die Verwirrung hinzuweisen, die durch die Mitteilungen G. Louis' entsteht. Es wäre wünschenswert, ihm Ihre Be scheide schriftlich zu übergeben oder sie durch meine Vermittlung hier bekannt geben zu lassen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 273

Paris, den 9./22. Oktober 1912

Persönlich. Wenn ich die verschiedenen Zufälle, die eintreten könnten, bedenke und bei der Möglichkeit eines entscheidenden türkischen Sieges verweile, kann ich nicht umhin, mich dessen zu entsinnen, daß Bulgarien während der Verhandlungen über die nicht zustande gekommene Militärkonvention darauf hinwies, daß die Mobilmachung des kaukasischen Militärbezirkes eine der Formen der russischen Hilfe sein könnte. Mir scheint, man muß jetzt schon voraussehen, daß die Verhältnisse uns zu diesem verhältnismäßig ungefährlichen und gleichzeitig wirksamen Mittel des Druckes auf die Türkei veranlassen können. Indem ich den durchaus vertraulichen Charakter meiner Gespräche mit Poincaré ausnutzte, erwähnte ich unter anderem auch diese Möglichkeit, wobei ich peinlich darauf bedacht war, meinen Worten eine rein persönliche Schattierung zu geben. Im ersten Augenblick erschreckte ihn dieser Gedanke offensichtlich, und er entgegnete mir, daß die genannte Maßnahme Österreich zu einem parallelen Hervortreten bewegen und zugleich in England eine starke Reaktion gegen Rußland hervorrufen und die Triple-Entente auseinanderbringen könnte. Ich antwortete, daß Österreich im Falle einer ernsten Niederlage der slawischen Staaten wohl kaum nach einem Anlaß zur Einmischung suchen und sich wahrscheinlich gegenüber Komplikationen an unserer asiatischen Grenze ruhig verhalten werde. Deutschland freut sich immer über derartige Verwicklungen. Was England anbetrifft, so wird es seinem Interesse entsprechen, als Vermittler zwischen

uns und der Türkei aufzutreten. Heute konnte ich mich davon überzeugen, daß Poincaré sich meinem Gedanken gegenüber ruhiger und sogar mit einem Interesse verhält. Ich erlaube mir, es auszusprechen, daß es, wenn die Verhältnisse uns zum Entschluss der Mobilmachung oder Zusammenziehung unserer kaukasischen Truppen veranlassen sollten, notwendig ist, Poincaré davon rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, damit er seinerseits bei der Vorbereitung des Bodens in London mitwirken könnte.

Ich schreibe Ihnen Donnerstag mit dem Kurier ausführlich.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 10./23. Oktober 1912

Indem ich bei Tag und bei Nacht verschiedene Eventualitäten, die eintreten könnten, in Erwägung ziehe, bleibe ich unwillkürlich bei folgenden drei Möglichkeiten stehen: ein entscheidender Sieg der Balkanstaaten; ein ebensolcher Sieg der Türkei; eine Verschleppung der kriegerischen Aktionen und als deren Folge Unruhen und Niedermetzelung der Christen in Konstantinopel oder anderen Orten des türkischen Reiches.

Die erstere von diesen Möglichkeiten, die meines Erachtens am wenigsten wahrscheinlich ist, wäre zugleich in ihren Folgen am bedrohlichsten für den allgemeinen Frieden; sie würde die Frage eines Kampfes des Slawentums nicht nur mit dem Islam, sondern auch mit dem Germanentum sofort in ihrer ganzen historischen Größe in den Vordergrund rücken. In diesem Falle kann man kaum Hoffnung auf irgendwelche Palliativmittel setzen, und man muß sich auf einen großen und entscheidenden allgemeinen europäischen Krieg vorbereiten.

Etwas weniger gefährlich, vom allgemeinen europäischen Standpunkt aus, jedoch äußerst beschwerlich für uns würde ein entscheidender Sieg der Türkei sein. Ein solcher Sieg würde eine starke Erregung unserer öffentlichen Meinung hervorrufen und uns die Pflicht auferlegen, den slawischen Staaten zu Hilfe zu kommen. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich mich, daß zur Zeit meiner Verwaltung des Ministeriums des Auswärtigen die damals nicht zu stande gekommene Militärkonvention mit Bulgarien beraten wurde (ob sie später zustandekam, weiß ich nicht). Die Bulgaren erklärten, daß sie, im Falle eines Krieges mit der Türkei allein, von uns keine andere Hilfe verlangten, als die Mobilmachung des kaukasischen Militärbezirks. Ich erinnere mich auch, daß Ende 1906

oder Anfang 1907 der damalige Chef des Generalstabs, General Palizyn, aus eigenem Antriebe fast einen Krieg mit der Türkei an unserer kaukasischen Grenze angestiftet hätte. Er glaubte naiv, daß ein solcher „kleiner Krieg“ lokalisiert bleiben könnte. Mit Hilfe des verstorbenen Stolypin gebot ich diesen Versuchen schroff Einhalt, wobei ich als Hauptargument darauf hinwies, daß jeder Zusammenstoß zwischen uns und der Türkei, selbst an der kaukasischen Grenze, sofort als Signal zum Vorgehen der Balkanstaaten gegen die Türkei dienen würde. Zur Zeit fällt dieses Argument fort und mir scheint, daß schon jetzt notwendigerweise vorauszusehen ist, daß die Ereignisse uns veranlassen können, zu dem oben genannten, verhältnismäßig gefahrlosen, aber gleichzeitig wirksamen Mittel eines Druckes auf die Türkei zu greifen. Da ich fast täglich mit Poincaré zusammenkomme und in vertraulichen Unterredungen mit ihm die verschiedensten Gegenstände berühre, hielt ich es für möglich, auch diese Frage zu berühren mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß ich lediglich meine persönlichen Ansichten zum Ausdruck bringe und sozusagen laut denke. Zunächst erschreckte ihn mein Gedanke sichtlich. Er erwiderte mir, daß ein solches einseitiges Vorgehen Rußlands die einheitliche Art der Tätigkeit der Mächte verletzen und Österreich zu einem parallelen Vorgehen veranlassen würde. Dieses würde nach seiner Überzeugung eine starke Erregung in England gegen Rußland erwecken und zur Spaltung des Dreiverbandes führen. Ich erwiderte ihm, daß ich nur den Fall eines entscheidenden Erfolges der Türkei im Auge hätte. Österreich sei nicht an der Verstärkung des türkischen Reiches interessiert, sondern nur an der Schwächung der slawischen Staaten; es werde daher im Falle einer Niederlage der letzteren kaum einen Grund zur Einmischung suchen und werde sich zu den Verwicklungen zwischen uns und der Türkei auf dem asiatischen Kriegsschauplatz wahrscheinlich ruhig verhalten. Für Deutschland seien solche Verwicklungen, die uns von unseren westlichen Grenzen abziehen, nur vorteilhaft und wünschenswert. Was England betreffe, so liege es in seinem Interesse, keinen Zusammenstoß zwischen uns und der Türkei zuzulassen und als Vermittler und Friedensstifter aufzutreten. Heute konnte ich mich davon überzeugen, daß meine Unterredung nicht umsonst gewesen war und daß Poincaré sich zu meiner Idee nicht allein mit großer Ruhe, sondern mit einem gewissen Interesse (ich will nicht sagen, mit einiger Sympathie) verhält, als zu einer Form einer uns aufgezwungenen Einmischung, die für den allgemeinen Frieden am wenigsten gefährlich sein würde.

Ich hoffe, daß Sie mich nicht tadeln werden, weil ich eine so wichtige und heikle Frage eigenmächtig Poincaré gegenüber berührt habe. Es erscheint mir für uns günstig, ihm die Überzeugung

von der Unvermeidlichkeit unserer unter gewissen Umständen notwendigen aktiven Einmischung beizubringen. Wenn wir uns einer solchen Einmischung enthalten werden, machen wir uns dadurch der Dankbarkeit Frankreichs verdient. Tritt aber die Einmischung ein, so wird Poincaré darauf vorbereitet sein und uns eine wertvolle diplomatische Mitwirkung zu ihrer Lokalisierung gewähren können. Ich erlaube mir zu bemerken, daß, wenn wir uns je nach dem Gang der Ereignisse entweder zur Mobilmachung oder auch nur zur Translozierung unserer kaukasischen Truppen entschließen werden müssen, es notwendig erscheint, Poincaré davon rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, damit er uns in entsprechender Weise helfen kann, die Wege in London zu ebnen.

Die dritte Möglichkeit, die Verschleppung der kriegerischen Aktionen ohne entscheidende Erfolge auf der einen oder anderen Seite, dürfte für eine kollektive Vermittlung der Mächte besonders günstig sein und wird uns wahrscheinlich von der Notwendigkeit einer einseitigen aktiven Einmischung befreien. Andererseits kann eine solche Konjunktur entweder in Konstantinopel oder in anderen Orten des türkischen Reiches innere Unruhen und eine Niedermetzelung der Christen hervorrufen. Es ist sehr schwer, Umfang und Charakter solcher Ereignisse vorauszusehen und die etwa notwendig erscheinenden Maßnahmen vorher zu bestimmen. Ich halte es jedoch für nützlich, Sie bei dieser Gelegenheit an die Verhandlungen zu erinnern, die im Jahre 1896 anlässlich des armenischen Gemetzels und der in Konstantinopel erwarteten Unruhen zwischen den Mächten stattfanden.

Auf Initiative des französischen Ministers des Auswärtigen, Hanotaux, wurde der Vorschlag gemacht, in der Nähe der Dardanellen eine Anzahl Kriegsschiffe, ich glaube je zwei von jeder Macht, zu konzentrieren. Die Antwort der russischen Regierung wurde in Form einer sehr geheimen Denkschrift dem französischen Botschafter in Petersburg ausgehändigt und dem Baron Mohrenheim in Paris streng geheim zur persönlichen Kenntnisnahme mitgeteilt. Leider konnte ich diese Denkschrift im Archiv der Botschaft nicht finden, und bisher ist sie auch in dem französischen Ministerium des Auswärtigen nicht gefunden worden. Ich erinnere mich, daß wir, indem wir uns mit dem Vorschlage Hanotaux' einverstanden erklärt haben, einen Vorbehalt bezüglich etwa notwendig erscheinender besonderer Aktionen unserer Schwarzen-Meer-Flotte machten, wobei, wenn ich nicht irre, die Möglichkeit einer von uns zu unternehmenden Besetzung einiger Punkte des Bosporus vorgesehen wurde. Auf diesen Präzedenzfall habe ich zur Zeit der Konstantinopeler Revolution im Jahre 1908, als dort ebenfalls Unruhen erwartet wurden, aufmerksam gemacht.

Glauben Sie nicht, daß es auch heute nützlich wäre, jenen Prä-

zedenzfall ins Gedächtnis zurückzurufen? In den Gesprächen mit mir erkannte Poincaré wiederholt die Möglichkeit an, unter gewissen Umständen nicht nur rein diplomatische Aktionen vorzunehmen, sondern auch kollektive Demonstrationen entweder aller Mächte oder auch einzelner Gruppen zu veranstalten. Es ist sehr wünschenswert, die Art und Weise solcher Schritte vorher festzustellen und die Kabinette für den Fall ihrer politischen Notwendigkeit darauf vorzubereiten.

Indem ich von einer ruhigen Beurteilung, sogar von einem gewissen Interesse schrieb, das Poincaré für den Gedanken der Möglichkeit eines Druckes Rußlands auf die Türkei durch Mobilmachung oder Translozierung der Truppen im Kaukasus zeigte, habe ich vergessen hinzuzufügen, daß Poincaré mich dennoch sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinwies, vor Beschußfassung derartiger Maßnahmen alle Mittel einer kollektiven Einwirkung der Mächte auf die Türkei im Falle ihres siegreichen Vorgehens gegen die Balkanstaaten zu erschöpfen. Poincaré drückte mir dabei die Zuversicht aus, daß eine solche Einwirkung, wenn sie mit der nötigen Einmütigkeit durchgeführt werde, sich wirksam erweisen müsse. Er glaubt auch nach wie vor, daß die Mächte im Falle des Erfolges der türkischen Waffen ihre Vorstellungen bei der Pforte zugunsten ernstlicher Reformen in Mazedonien mit Erfolg fortsetzen könnten. Ich verhehlte ihm nicht, daß ich an eine solche Möglichkeit sehr wenig glaube, und daß nur eine besiegte und erschöpfte Türkei eine Einmischung der Mächte in dieser Frage zulassen würde.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

Geheimtelegramm Nr. 292      Paris, den 15./28. Oktober 1912

Poincaré hat mir gesagt, seine öffentlichen Erklärungen über die Bündnistreue Frankreichs hätten unter anderem bezweckt, das Berliner Kabinett von der Nutzlosigkeit seiner Versuche, die französische Regierung in eine neue Mächtegruppierung hineinzuziehen, zu überzeugen. Seine Rede, die von den Anwesenden mit lautem Beifall aufgenommen wurde, wird zweifellos die hiesige öffentliche Meinung sehr stark beeinflussen. Heute sprechen sich alle Pariser Zeitungen ohne Ausnahme sehr warm im Sinne dieser Erklärung aus. Überhaupt bemerkte man hier unter dem Eindruck der letzten Ereignisse und nach dem bekannten Wort, daß nur der Erfolg sich durchsetzt, einen ernsthaften Umschwung der Stimmung zugunsten der Balkanstaaten und des russischen Standpunktes. Sogar die

Börse, deren Sympathien zuerst der Türkei zuneigten, reagiert jetzt auf die Siege der genannten Staaten mit einer Hause. Ich bemühe mich, diesen veränderten Einfluß der öffentlichen Meinung auf einige große Presseorgane zu fördern, aber in diesem psychologischen Augenblick ist die Verfügung über materielle Mittel zu dem bezeichneten Zweck besonders wichtig.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 2377 St. Petersburg, den 15./28. Oktober 1912

Wollen Sie bitte Poincaré, wenn Sie ihn sehen, ihm meine aufrichtige Dankbarkeit für seine loyale Antwort an Deutschland aussprechen, wie ich es auch meinerseits H. Doulcet gegenüber getan habe.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Berlin*

Telegramm Nr. 2374 St. Petersburg, den 16./29. Oktober 1912

Ich telegraphiere nach Paris und London im Anschluß an mein Telegramm an Iswolski Nr. 2358:

Wenn uns erklärt wird, daß die Reformfrage wegen Änderung der Zusammensetzung der Wilajets während des Krieges aufzuschieben sei, so verweisen Sie auf die Notwendigkeit der Einführung der Autonomie in den Provinzen, die die Balkanstaaten bis zum Beginn der kriegerischen Operationen zweifellos als ein wünschenswertes Resultat des Krieges im Auge hatten. Uns scheint, daß durch das gegenwärtige Aussetzen der Verwaltung in den Wilajets die Einteilung der Sandjakbewohner nach dem Grundsatz der Trennung in Nationalitäten sehr erleichtert wird, und daß es auch im gegenwärtigen Augenblick gefährlich wäre, diese Absicht hinauszuschieben. — Die Ereignisse entwickeln sich jedoch mit solcher Schnelligkeit, daß es gegenwärtig immer schwieriger geworden ist, die Unantastbarkeit des Prinzips des territorialen Status quo aufrechtzuerhalten. — Die Erfolge Bulgariens hatten augenscheinlich in Österreich eine radikale Evolution in bezug auf diese Frage zur Folge. Österreich hat nach den Worten des hiesigen bulgarischen Gesandten der Regierung in Sofia Unterstützung durch Geld, Waffen und ... gegen Rußland angeboten. Durch das

Schlagwort von der Veränderung der Front will Österreich die ganze gegenwärtige Lage zur Kräftigung seines ungeteilten Einflusses auf die Balkanländer ausnutzen. — In Anbetracht der obigen Ausführungen würden wir im gegenwärtigen Augenblick eine Initiative Frankreichs sehr dankbar empfinden, die auf folgender Grundlage zu ergreifen wäre:

1. Die Erklärung des völligen Desinteressements der Mächte an irgendwelchen Kompensationen als Grundlage für die Vermittlung zwischen den kriegsführenden Parteien.

2. Radikale Reformen über die ganze europäische Türkei bis zur Linie von Adrianopel auf der Ihnen schon bekannten Grundlage, die erweitert werden könnte. — Wir meinen, daß sich für Rußland, falls die Verletzung des territorialen Status quo als möglich angesehen wird, die psychologische Unmöglichkeit ergeben würde, gegen einen territorialen Zuwachs der Balkanstaaten zu stimmen, zu einer Zeit, wo eine andere Macht ihn einheimsen könnte. Wir halten es aber für erforderlich, daß die Frage der Grenzen etwaiger Gebietserweiterungen auf den Boden des Gleichgewichts zwischen Bulgarien und Serbien gestellt wird, und zwar auf Grund des zwischen ihnen bestehenden Einverständnisses. In unseren Augen würde bei der Verletzung des territorialen Status quo die Hauptgefahr in der Schwierigkeit bestehen, Österreich und andere Mächte von Kompensationen abzuhalten. Daher ist das Desinteressement der Großmächte am Gleichgewicht bei den Kompensationen der Balkanstaaten bei uns das wesentlich Wichtigste.

Wir meinen, daß um so eher ein befriedigendes Ergebnis zu erhoffen wäre, je schneller man praktisch zu der Frage über die Grundlage einer Vermittlung und die Möglichkeit, wie diese im gegebenen Moment zu verwirklichen ist, Stellung nimmt.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 301

Paris, den 17./30. Oktober 1912

Ich telegraphiere nach Petersburg: Gemäß Ihrem in Nr. 2374 ausgedrückten Wunsche telegraphiert Poincaré heute früh nach London und schlägt vor, als Grundlage für die Vermittlung eine Erklärung des völligen Desinteressements der Großmächte hinsichtlich von Kompensationen abzugeben. Sobald er die Antwort aus London erhalten hat, wird er sich mit dem gleichen Antrag an Wien und Berlin wenden. Er hält die Feststellung dieses Prinzips im Hinblick auf die rasche Entwicklung der Ereignisse für notwen-

dig, damit man jederzeit bereit sein kann, zur Vermittlung zu schreiten und nicht erst den Ausgang von Verhandlungen zwischen den Mächten abzuwarten braucht, was zuviel Zeit kostet. Seiner Ansicht nach sollte gleich nach Abschluß des Waffenstillstandes eine Konferenz zusammentreten, denn wenn einmal die Mächte um den grünen Tisch versammelt sind, wird keine die Verantwortung für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten übernehmen. Seine Nachrichten besagen, daß man sich in Berlin dem Gedanken der Konferenz günstiger zu zeigen beginnt, obgleich die deutsche Regierung daran festhält, daß eine völlige Verständigung unter den Mächten vorhergehen müßte.

In Wien ist man offenbar gleicher Ansicht; Poincaré glaubt jedoch, daß der Gang der Ereignisse die Mächte veranlassen werde, möglichst bald zur Konferenz zu schreiten. Auch Tittoni ist für schleunigste Einberufung der Konferenz.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 2403 St. Petersburg, den 18./31. Oktober 1912

Ich telegraphiere nach Sofia: Man muß in nächster Zeit mit neuen Erfolgen Bulgariens rechnen und durch eine Belagerung der Linie von Tschataldscha würde eine gefährliche Lage geschaffen werden. Wir befürchten in diesem Falle einen für Bulgarien ungünstigen Umschwung in der öffentlichen Meinung Europas und die Möglichkeit einer internationalen Besetzung der türkischen Hauptstadt, um der Gefahr großer Unruhen daselbst vorzubeugen und die Interessen der Gläubiger der Türkei zu schützen. Unter letzteren nehmen Frankreich und England die erste Stellung ein. Man kann nicht annehmen, daß diese beiden Staaten ihre Interessen zum Opfer bringen werden, selbst wenn Rußland versuchen sollte, sie von irgendwelchen Handlungen zurückzuhalten. Wenn nun in Paris und London ein für den Balkanblock ungünstiger Umschwung eintreten sollte, so besteht kein Zweifel, daß dies in Wien und Bukarest benutzt werden würde, und wir haben wenig Hoffnung, daß es uns dann wie bisher gelingen würde, Österreich und Rumänien von einem Eingreifen zurückzuhalten. Alle diese Erwägungen veranlassen uns, der bulgarischen Regierung freundschaftlich aber ernstlich zu raten, die Notwendigkeit der Besonnenheit einzusehen und rechtzeitig stehenzubleiben. Wir nehmen an, daß in diesem Falle, und bevor ein möglicher Mißerfolg vor Tschataldscha eintritt, die Balkanstaaten auf territoriale Erwerbungen rechnen können. Auf alle Fälle ist ihnen die volle Unterstützung

unserer Diplomatie zugesichert, unter der Bulgarien gut bekannten Bedingung, daß alle Kompensationen in der Gestalt von Reformen oder territorialen Erwerbungen durch eine Linie, die von der Mündung der Maritza über Adrianopel nach dem Schwarzen Meer führt, begrenzt werden. Von dieser Linie an muß das ganze Territorium, das zu Konstantinopel gehört, unter der wirklichen Souveränität des Sultans bleiben. In dieser Frage sind keinerlei Kompromisse möglich. Wir hoffen, daß Bulgarien sich und Rußland nicht in die schwierige Lage versetzen wird, daß wir dies in Sofia mit größerem Nachdruck betonen müssen. Ich bitte Sie, uns das Resultat Ihrer Unterredung mit Geschow mitteilen zu wollen.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris und London*

Telegramm Nr. 2405.

Paris, den 18./31. Oktober 1912

Ich beziehe mich auf mein Telegramm 2403.

Persönlich. Unserer Ansicht nach wären freundschaftliche, aber sehr ernsthafte Vorstellungen in Sofia und Belgrad von seiten Frankreichs und Englands sehr wünschenswert, aber sie dürfen nicht den Charakter eines Kollektivschrittes tragen und nicht unsere Initiative vermuten lassen.

Sasonow

*Der russische Außenminister an die Vertreter Russlands in  
Paris, London, Berlin, Wien, Rom, Konstantinopel,  
Sofia, Belgrad, Bukarest und Athen*

(Mitgeteilt nach Cettinje)

Telegramm Nr. 2423

St. Petersburg, den 20. Oktober/2. November 1912

Unserer Ansicht nach kann eine Intervention der Mächte hinsichtlich des Krieges nur Erfolg haben, wenn sie unverzüglich geschieht.

Das allgemeine Interesse am Schutz Konstantinopels erfordert die Aufrechterhaltung einer Verteidigungszone unter der realen Souveränität des Sultans. Diese Zone ist durch die Ihnen bereits bekannte Linie begrenzt; sie geht von der Mündung der Maritza, Adrianopel einbegriffen, bis zum Schwarzen Meer. Der ganze Rest der europäischen Türkei verfällt unseres Erachtens einer gütlichen Aufteilung unter den Verbündeten nach dem guten Recht des Er-

oberers. Innerhalb dieser Grenzen sind wir geneigt, vor den Mächten das Höchstmaß des Erreichbaren zu unterstützen.

Unserer Ansicht nach würde man so einen dauerhaften Frieden auf dem Balkan sichern und das ganze schwierige Verfahren der Friedensvermittlung vereinfachen. Nur durch eine rasche und einstimmige Einwilligung der Mächte in diese Bedingungen läßt sich die Gefahr einer Besetzung Konstantinopels durch die Verbündeten und der damit verbundenen Verwicklungen für ganz Europa vermeiden; denn wenn die Verbündeten nicht die bestimmte Garantie erhalten, daß die Mächte sie zufriedenstellen werden, so könnten sie, da ihre beschränkten Hilfsmittel ihnen nicht zu warten erlauben, gezwungen sein, Konstantinopel zu besetzen, um ein sicheres Pfand in der Hand zu haben.

Selbstverständlich müßte man gleichzeitig verschiedene wesentliche Fragen klären.

Im Prinzip erkennen wir die Möglichkeit an, einen autonomen albanischen Staat an der Meeresküste unter der Souveränität des Sultans zu errichten. Es darf aber dabei nicht vergessen werden, daß der Wunsch Serbiens nach einem Ausgang zum Adriatischen Meer befriedigt werden muß.

Zwischen Bulgarien und Rumänien muß nach Vereinbarung eine Grenzberichtigung stattfinden, um letzterem Lande eine gerechte Genugtuung für seine loyale Haltung während des Krieges zu geben. Wir sind geneigt, in Sofia mit dem nötigen Nachdruck Ratschläge in diesem Sinne zu erteilen. Durchaus sind wir auch der Ansicht, daß es möglich ist, durch ein Abkommen zwischen Österreich und Serbien gewisse Garantien für den freien Durchgang österreichischer Waren durch das neue, von Serbien annexierte Gebiet aufzustellen.

Rußland als orthodoxe Großmacht ist dafür, daß das Kloster auf dem Berge Athos seine gegenwärtige, tatsächlich unabhängige Stellung unter Beibehaltung seiner jetzigen geistlichen Unterordnung unter den ökumenischen Patriarchen beibehalten soll.

Sie können sich in privaten Unterredungen, die Sie mit der Regierung haben werden, bei der Sie beglaubigt sind, in diesem Sinne aussprechen.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 2451

St. Petersburg, den 22. Oktober/4. November 1912

Ich telegraphiere nach Paris: Der türkische Botschafter hat mir heute erklärt, daß seine Regierung die dringende Bitte um Ver-

mittlung stellt, um die Verbündeten von der Einnahme Konstantinopels abzuhalten, da, wie er sagt, die Positionen bei Tschataldscha nicht gehalten werden können.

Die Regierung werde, ohne die Einnahme Konstantinopels abzuwarten, nach Asien übersiedeln und die Residenz ihrem Schicksal und der Anarchie überlassen. Ohne auf die unannehbaren Bedingungen einzugehen, die die Pforte stellt, sagte ich Turkhan, daß jetzt von Erhaltung der Integrität des türkischen Territoriums nicht im Ernst die Rede sein könne, und daß die Türkei auf einen Erfolg ihrer Bitte um Vermittlung nur rechnen dürfe, wenn sie, ohne Bedingungen zu stellen, sich im voraus der Entscheidung der Mächte füge, die sie um Vermittlung angehe.

Sprechen Sie mit Poincaré in obigem Sinne. Vielleicht findet er es möglich, in Konstantinopel und bei den Mächten die Initiative zu ergreifen.

Wir glauben nach wie vor, daß der Erfolg der Vermittlung von der Zustimmung der Mächte zu den in Nr. 2423 dargelegten Bedingungen abhängt.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 2455

St. Petersburg, den 22. Oktober/4. November 1912

Unserer Ansicht nach kann man die Verbündeten an der Besetzung Konstantinopels nur hindern, wenn die Mächte den Balkanstaaten in gemeinsamem Einvernehmen erklären, daß die ganze europäische Türkei bis zu der bekannten Linie über Adrianopel bis zum Schwarzen Meere unter ihnen aufgeteilt wird und wenn die Großmächte den von mir in meinem Telegramm Nr. 2423 dargelegten Gesichtspunkt annehmen, d. h. wenn die wirtschaftlichen Interessen Österreichs berücksichtigt werden. Wir sind der Ansicht, daß es sehr erwünscht wäre, wenn Frankreich den Mächten sofort einen derartigen Vorschlag unterbreiten würde. Wir glauben, daß der Schlüssel zu dieser Angelegenheit in Berlin liegt und daß der Erfolg des französischen Vorschlags großenteils von dem Einfluß der deutschen Regierung auf Wien abhängt.

Ich bitte Sie, Poincaré vertraulich bekanntzugeben, daß die Besetzung Konstantinopels durch die Verbündeten gleichzeitig das Erscheinen unserer gesamten Schwarzen-Meer-Flotte vor der türkischen Hauptstadt zur Folge haben würde. Um die große Gefahr europäischer Komplikationen zu vermeiden, die mit einem derartigen Schritt verbunden sein würden, ist es wichtig, daß Frank-

reich seinen ganzen Einfluß, über den es verfügt, aufbietet. Wir lenken die Aufmerksamkeit unseres Verbündeten auf die Tatsache, daß die öffentliche Meinung Rußlands, die den Ereignissen auf dem Balkan mit gespanntester Aufmerksamkeit folgt, die Regierung in eine äußerst schwierige Lage bringen könnte. Zu Ihrer persönlichen Information füge ich hinzu, daß unsere militärischen Autoritäten es für möglich halten, ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern und geneigt sind, Bulgarien einige Zugeständnisse, z. B. hinsichtlich Adrianopels zu machen.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 2461

St. Petersburg, den 23. Oktober/5. November 1912

Ich telegraphiere nach Paris: Heute hat mir der österreichische Botschafter erklärt, daß seine Regierung von jedem Gedanken einer territorialen Kompensation zu ihren Gunsten absieht. Auf meine Frage, warum in diesem Falle das Wiener Kabinett die französische Formel der Uneigennützigkeit nicht angenommen hat, erwiderte Thurn, daß in derselben nicht bestimmt wird, daß die Uneigennützigkeit sich nur auf territoriale Erwerbungen bezieht. Ich nehme an, daß Frankreich eine diesbezügliche Berichtigung Wien zu kommen lassen könnte. Ich wies Thurn darauf hin, daß man mit dem Lebensinteresse Serbiens, einen Zugang zum Adriatischen Meer zu erhalten, rechnen müsse und daß Österreich sich diesem nicht widersetzen solle, um ein gutes nachbarliches Verhältnis zu Serbien herstellen zu können. Der Botschafter antwortete, daß er meine Antwort nach Wien weitergeben wird, daß seine Regierung aber die öffentliche Meinung berücksichtigen müsse. Sich auf ökonomische Interessen beziehend, wies Thurn darauf hin, daß es wünschenswert sei, sie durch mehr als einen einfachen Handelsvertrag mit Serbien zu schützen, worauf ich erwiderte, daß es meiner Ansicht nach nichts gebe, was diesem Zweck besser dienen könne, als ein Handelsvertrag. Aus meiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter habe ich den Eindruck gewonnen, daß von Berlin aus der Versuch gemacht werden wird, Wien zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Ich nehme an, daß die Anstrengungen der französischen und englischen Diplomatie sich einstweilen parallel mit unseren Schritten auf ein freundschaftliches Einwirken in diesem Sinne in Wien richten müssen, ohne irgendwelche kategorische Erklärungen abzugeben, die den Charakter einer Drohung haben könnten.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 339

Paris, den 24. Oktober/6. November 1912

Telegramm Nr. 2461 erhalten.

Heute hat der hiesige österreichische Botschafter Poincaré dieselben Erklärungen gegeben, die Sie von dem Grafen Turn erhalten haben, aber bezüglich Serbiens in einer viel bestimmteren Form. Graf Szeczen bestätigte, daß Österreich für sich Gebietskompen-sationen zu fordern nicht beabsichtige, andererseits aber es durchaus nicht zulassen könne, daß Serbien ein Zugang zum Adriatischen Meer bewilligt würde, wenn es auch nichts gegen einen gewissen Gebietszuwachs dieses Staates einzuwenden habe. Auf die Be-küng Poincarés, daß die Gerechtigkeit es erfordere, Serbien für seinen Handel einen freien Ausgang zu schaffen, antwortete Graf Szeczen, nach Österreichs Ansicht werde wahrscheinlich kein Hinder-nis dafür bestehen, daß Serbien auf irgendeine Weise vermittelns einer Eisenbahnlinie ein solcher Ausgang nach dem Ägäischen Meer zugesprochen würde. Nachrichten zufolge, die Poincaré aus Berlin erhalten hat, ist eine endgültige Verständigung über diese Angelegenheit zwischen Österreich, Deutschland und Italien erzielt worden, die die Forderung Serbiens auf das heftigste bekämpfen. Das Übereinkommen erstreckt sich auf die Bildung eines autonomen Albaniens in möglichst großem Umfange. Außerdem hat Poincaré aus einigen Worten des Grafen Szeczen geschlossen, Österreich werde sich nicht mit einem Handelsvertrag zufrieden geben, son-dern verlangen, daß Serbien in den Zollverband eingeschlossen wird. Alles dies bestärkt Poincaré noch mehr in seiner Über-zeugung, daß es in diesem Augenblick gefährlich wäre, mit Ihrem Vermittlungsplan, der sofort auf einen hartnäckigen Widerstand der Dreibundmächte stoßen würde, hervorzutreten, um so mehr, als auch in England gegen den auf Konstantinopel bezüglichen Punkt Abneigung bestehe. Fortsetzung folgt später.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 340

Paris, den 24. Oktober/6. November 1912

Fortsetzung meines Telegramms 339.

Nach Poincarés Informationen wird Grey bei Ihnen einen auf Neutralisierung und Internationalisierung Konstantinopels und Salo-

nikis lautenden Gegenvorschlag einbringen; die Verwaltung dieser Städte soll nach dem Muster Tangers organisiert werden. Poincaré, der durch diese Nachricht stark beunruhigt ist, hat mich nach meiner Ansicht über Rußlands Haltung gegenüber einem derartigen Vorschlag gefragt. Ich antwortete ihm, diese Frage sei von so großer Bedeutung und berühre so viele der vitalsten Interessen Rußlands, daß ich mich nicht für berechtigt halte, irgendeine Meinung zu äußern. Man müsse im Auge behalten, daß wir in dieser Frage nicht nur mit realen Interessen, sondern auch mit geschichtlichen Traditionen und dem russischen Nationalgefühl zu rechnen hätten. Auf meine Frage nach der Stellung der französischen Regierung zu dem englischen Vorschlag, antwortete Poincaré, er habe noch keine Zeit gehabt, eingehend darüber nachzudenken. Augenblicklich bewege ihn hauptsächlich die Sorge, es könne zwischen England und uns zu einem ernsthaften Zerwürfnis kommen, das gegenwärtig, am Vorabend eines ernsten diplomatischen Kampfes gegen die Balkanpolitik des Dreibundes besonders gefährlich sei. Auf meine Bemerkung, daß es am besten wäre, einer Besetzung Konstantinopels durch die Verbündeten zuvorzukommen und so die Frage nach dem Schicksal dieser Stadt überhaupt auszuschalten, erklärte Poincaré, er sehe keine Möglichkeit, die bulgarische Armee aufzuhalten, wenn sie die Linie von Tschataldscha durchbreche. Ich erbitte Ihre Weisungen.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 2474

St. Petersburg, den 24. Oktober/6. November 1912

Wir wünschen nicht, uns der zeitweiligen Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten zu widersetzen. Aber wir wollen die Aufmerksamkeit darauf lenken, wie schwierig weitere Verhandlungen in diesem Falle werden würden. Wenn die türkische Regierung Konstantinopel verläßt und sich nach Kleinasien zurückzieht, so würde sie keine weiteren Verluste zu befürchten haben, die türkische Armee würde sich von den letzten Schlägen erholen können, und für die Pforte würde keine Notwendigkeit vorliegen, Nachgiebigkeit zu zeigen, da die Lage sich nicht noch mehr verschlimmern könnte. Ähnliches hat sich im Jahre 1900 in Peking ereignet, als die Flucht der Regierung die Verhandlungen nach der Besetzung der chinesischen Hauptstadt in die Länge zog. Aber eine Verzögerung der Friedensverhandlungen könnte jetzt, da die Bal-

kanalliierten nur über ungenügende Mittel verfügen und in Europa kein absolutes Einvernehmen herrscht, die Interessen der ersteren schädigen und den europäischen Frieden auf eine harte Probe stellen. Andererseits kann eine längere Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten uns zwingen, unsere Flotte ebenfalls dorthin zu schicken, und dieselbe würde ebenso lange dort bleiben wie die Alliierten. Wir sind deshalb der Ansicht, daß die Mächte jetzt beschließen müssen, ob sie der Bitte der Türkei Folge leisten und die nötigen Maßnahmen zu einer Vermittlung ergreifen wollen.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 25. Oktober/7. November 1912

Auf dem Original der eigenhändige Vermerk Nikolaus II.:

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Die Ereignisse überstürzen sich mit einer so sinnverwirrenden Schnelligkeit, daß dieser Brief bei seiner Ankunft Ihnen zweifellos schon veraltet erscheinen wird.

Trotzdem scheint es mir angebracht, zwei Fragen zu erörtern: den Zwischenfall, hervorgerufen durch den Vorschlag Kiderlens, eine Gruppe aus den an der Aufrechterhaltung der Türkei interessierten Mächten zu bilden, und den schriftlich niedergelegten Plan Poincarés über eine Verständigung zwischen Rußland, Frankreich und England im Fall territorialer Eroberungen durch Österreich.

Was die erste der beiden Fragen anbelangt, so konnte man dabei deutlich die schon im Jahre 1909 befolgte politische Methode Kiderlens erkennen. In meinem letzten Brief habe ich unter Hinweis auf die in jüngster Zeit besonders freundliche Gestaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland gesagt, daß die Absichten Poincarés mir keinerlei Mißtrauen einflößten, daß aber von Seiten Kiderlens ein Versuch zu befürchten sei, unser Verhältnis zu Frankreich zu schwächen. Die Tatsachen haben, wie mir scheint, meine Bedenken vollständig gerechtfertigt. Trotz der Bemühungen Kiderlens, die ganze Angelegenheit jetzt als völlig harmlos für uns hinzustellen, und trotz seiner Klagen über eine angeblich falsche Auslegung seines Vorschlags läßt doch der Ihnen mitgeteilte Originaltext des Telegramms von Jules Cambon keinen Zweifel an dem wahren Ziel des besagten Vorschlags. Der Plan war folgender: Nach einer Verständigung mit Frankreich und England über dieses oder jenes Programm zur Lösung der Balkanfrage

uns das vorher in Wien angenommene Programm vollständig fertig und unter Umständen zu unterbreiten, die uns nur die Wahl gelassen hätten, es unverändert anzunehmen oder isoliert zu bleiben. Dieser schlaue Plan ist an der vollkommenen Loyalität des H. Poincaré gescheitert, der ihn ohne Zaudern zurückgewiesen hat. Im Jahre 1909 hat die französische Regierung weniger aufrichtig gehandelt, und Sie entsinnen sich natürlich der Rolle, die damals der Abschluß des französisch-deutschen Marokkoabkommens spielte, sowie der Doppelrolle des H. Jules Cambon in Berlin, der als Mittelperson für die deutsch-österreichischen Vorschläge diente.

Seit diesem Zwischenfall gibt das Berliner Kabinett H. Poincaré auf jede Art seine Unzufriedenheit zu verstehen, die auch unstreitig auf die Form der Antwort eingewirkt hat, die die Mächte des Dreibunds auf seinen Vorschlag des „Desintéressements“ gegeben haben. Wie ich Ihnen telegraphierte, ist Poincaré der öffentlichen Meinung Frankreichs gegenüber durch das Mißlingen dieses Vorschlags, den er doch auf Ihren Wunsch und in Ihrer Fassung gemacht hat, in eine sehr schwierige Lage geraten. Die französische Presse beschuldigt ihn, zu häufig hervorzutreten, und gewisse Blätter seiner eigenen Partei — was für ihn besonders peinlich ist — legen ihm nahe, daß Frankreich als die von allen Mächten am wenigsten dabei interessierte größere Zurückhaltung zeigen müsse. Daraus erklärt sich unter anderem auch, daß Poincaré zur Zeit durchaus nicht gewillt ist, einen neuen Vorschlag einzubringen.

Ich komme nun auf den Vorschlag Poincarés hinsichtlich eines Mittels, österreichische Gebietseroberungen auf dem Balkan zu verhindern. Ich halte es vor allem für meine Pflicht, in Anbetracht immerhin möglicher Fehler bei der Übersetzung meines chiffrierten Telegramms, Ihnen anbei den genauen Text der Mitteilung zu senden, die mir H. Poincaré hierüber zugestellt hat. Ich habe Ihnen sodann ausführlich die Gründe telegraphiert, die es meiner Ansicht nach wünschenswert erscheinen lassen, daß wir diese Mitteilung ihrem Inhalt nach und schriftlich beantworten. Dieser Vorschlag wurde nach Besprechung der Frage im Ministerrat gemacht. Er enthält einen ganz neuen Gesichtspunkt Frankreichs in der Frage territorialer Vergrößerung Österreichs auf Kosten der Balkanhalbinsel. Bisher hat Frankreich uns nur erklärt, daß die lokalen, gewissermaßen rein balkanischen Ereignisse von seiner Seite nur diplomatische Schritte und keinerlei aktive Intervention veranlassen könnten; jetzt scheint es aber einzusehen, daß Gebietseroberungen Österreichs das allgemeine Gleichgewicht Europas und dadurch die eigenen Interessen Frankreichs in Frage ziehen würden.

Ich habe nicht verfehlt, H. Poincaré darauf aufmerksam zu machen, daß er durch seinen Vorschlag, gemeinsam mit uns und England die Mittel zur Verhütung derartiger Gebietseroberungen

zu prüfen, auch bereits die Frage der praktischen Folgen des von ihm vorgeschlagenen Übereinkommens aufgeworfen habe. Aus seiner Antwort konnte ich schließen, daß er sich vollkommen klar darüber ist, Frankreich könne hierbei in militärische Operationen hineingezogen werden. Vorläufig schlägt er natürlich nur die Prüfung dieser Frage vor, aber H. Paléologue hat in einer Unterredung mit mir offen bekannt, daß die in Aussicht genommene Vereinbarung noch zu sonstigen aktiven Schritten führen könne. Er sagte mir unter anderem, daß er beim Überdenken verschiedener Eventualitäten seinen Chef auf den Präzedenzfall von 1832 hingewiesen hätte. Damals habe Frankreich nach der Besetzung Ferraras durch die Österreicher seinerseits Ancona besetzt und es erst nach der Räumung Ferraras durch die Österreicher wieder aufgegeben. All dies scheint mir unserer ernsthaftesten Aufmerksamkeit wert zu sein. Wir dürfen die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, den neuen Standpunkt der französischen Regierung gegenüber der Möglichkeit einer Vergrößerung Österreich-Ungarn auf Kosten der Balkanhalbinsel festzulegen. Wir müssen den Boden für zukünftige gemeinsame Aktionen Rußlands, Frankreichs und Englands vorbereiten für den Fall, daß Österreich im Laufe der weiteren Ereignisse sich nicht mehr an seine jetzige Erklärung, es verzichte auf territoriale Kompensationen, halten sollte.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

Abschrift  
des eigenhändigen Briefes des französischen Minister-  
präsidenten vom 4. November 1912 an den Kaiserlichen  
Botschafter in Paris.

Wie ich Ihnen sagte, beschäftigt die rätselhafte Haltung Österreichs die französische Regierung nicht weniger als die Kaiserliche Regierung.

Im Einvernehmen mit dem Ministerrat halte ich es für klug, schon von jetzt ab eine allgemeine Richtlinie festzulegen für den Fal, daß Österreich territoriale Vergrößerungen vorzunehmen gewillt sein sollte. Sie haben mir gesagt, daß eine solche Eventualität in Ihren Abmachungen von Racconigi bereits vorgesehen sei und daß Italien ebenso wie Rußland erklärt habe, gegen jede territoriale Ausdehnung einer Großmacht auf dem Balkan zu sein. Die französische Regierung ist gleichfalls der Ansicht, daß ein derartiges Unternehmen jedem Wettstreit Tür und Tor öffnen würde. Ich möchte gern wissen, ob die Kaiserliche Regierung gleich uns jeder Annexion türkischen Gebiets durch eine Großmacht feindlich gegen-

übersteht, und ob sie geneigt wäre, mit Frankreich sowohl als mit England die Mittel zur Abwendung dieser Gefahr zu besprechen.

Poincaré

Indem ich den Brief des Kaiserlich russischen Botschafters in Paris vom 25. Oktober in der Anlage überreiche, erlaube ich mir, gleichzeitig die Abschrift meiner Antwort an H. Iswolski der Allerhöchsten Prüfung durch Eure Kaiserliche Majestät zu unterbreiten.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 2513

St. Petersburg, den 27. Oktober/9. November 1912

Abschrift nach Paris.

Ich telegraphiere nach Belgrad: Die Frage des Ausgangs Serbiens zum Adriatischen Meere hat in jüngster Zeit eine Wendung genommen, die uns ernsthafte Sorgen macht. Wir sind wie schon früher bereit, Serbien tätigste diplomatische Unterstützung zu gewähren, in Gemeinschaft mit Frankreich und England. Wir haben gewichtige Nachrichten, nach denen Deutschland und Italien bereit sind, in Gemeinschaft mit Österreich einem territorialen Zuwachs Serbiens an der Adria Widerstand zu leisten. Man darf den Konflikt nicht bis zur Gefahr eines gesamt-europäischen Konflikts zuspitzen. Um so ungehöriger erscheint der Ton einiger Vertreter Serbiens im Auslande. Wir erfahren, daß der serbische Vertreter in Berlin Kiderlen gesagt hat, daß die Bundesgenossen bereits die ganze Küste des Adriatischen Meeres unter sich verteilt hätten, und daß Serbien nicht nur der Unterstützung Bulgariens, sondern auch Rußlands sicher sei. Solch eine Versicherung auf unsere Kosten ist unzulässig. Der Bündnisvertrag gibt Serbien kein Recht, in der Frage des Ausgangs zur Adria auf die Waffenhilfe Bulgariens zu rechnen. Die Verluste Bulgariens und Serbiens während des Krieges gefährden im voraus den Erfolg bei einem Zusammenstoß mit Österreich. Die Sendung serbischer Truppen in der Richtung auf Durazzo, auf dessen Annexion Österreich bestimmt nicht eingehen wird, erscheint auch als ein Symptom einer Erregung, die gefährliche Folgen haben kann. Machen Sie Pasitsch darauf aufmerksam, daß die Serben uns nicht die Aufgabe erschweren dürfen, ihre Advokaten zu sein. In der Frage des Ausgangs zur Adria unterscheiden wir Ziel und Mittel. Das Ziel ist die möglichste Siche-

rung der ökonomischen Unabhängigkeit dieses Staats — das Mittel Ausgang zur Adria, sei es durch territoriale Erwerbung an der Küste oder durch Sicherung der Verbindung durch eine Eisenbahn mit einem anderen Hafen unter denselben Bedingungen, die Österreich für den Transit seiner Waren nach Saloniki erhalten hat. Ein Nachgeben Serbiens in der Frage der Erwerbung eines eigenen Hafens an der Adria macht es möglich, auf anderen Forderungen zu bestehen, wie auf territorialem Zuwachs Serbiens im Süden und auf möglichster Beschränkung der Autonomie Albaniens. Wenn Österreich nicht versteht, daß es in seinem Interesse liegt, den Frieden auf dem Balkan zu sichern, so glauben wir, daß Serbien, das aus einem kurzen Kriege mit Erwerbungen hervorgeht, von denen es kaum träumen durfte, verstehen müßte, daß es durch allzu hohe Ansprüche die Erreichung dieser Resultate nur kompromittieren kann. Es liegt im Interesse Serbiens, Forderungen nicht zuzuspitzen, deren Scheitern seiner Eigenliebe um so empfindlicher sein würde.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 351      Paris, den 27. Oktober/9. November 1912

Fortsetzung meiner Telegramme Nr. 349 und 350.

Im Laufe der Unterhaltung berührte Poincaré die Frage, welche Haltung Italien wohl im Falle eines österreichisch-serbischen Konfliktes einnehmen werde und fragte mich, ob ich ihm den genauen Wortlaut unseres Abkommens mit Italien mitteilen könne. Ich habe ihm geantwortet, ich könnte ihm nur ganz im allgemeinen sagen, daß man in Racconigi vereinbart habe, sowohl Rußland als Italien solle sich der Ausdehnung einer dritten Macht auf dem Balkan widersetzen; man werde aber nur diplomatische Schritte in dieser Beziehung unternehmen und sei keine Verpflichtung zu einer aktiven Intervention eingegangen.

Ich ließ meinerseits die Bemerkung fallen, daß wir auch nicht den genauen Inhalt der Abkommen zwischen Frankreich und Italien kennen. Poincaré meinte sofort, daß für die beiden Verbündeten der Augenblick gekommen sei, sich gegenwärtig ganz offen über ihre beiderseitigen Beziehungen zu Italien zu unterrichten. Italien sei dazu berufen, bei den augenblicklichen Ereignissen eine sehr wichtige Rolle zu spielen, und diese müßte im voraus klargestellt werden. Er setzte hinzu, daß man, falls Sie seine Auffassung teilen, vielleicht Italien befragen und seine Einwilligung erhalten könnte.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

St. Petersburg, den 29. Oktober/11. November 1912

Abschrift nach Paris.

Ich telegraphiere nach Belgrad: Der Entschluß Österreichs, der Erwerbung eines Adriahafens durch Serbien Widerstand zu leisten, ist nach unseren Nachrichten unerschütterlich und wird von seinen Bundesgenossen unterstützt. Andererseits erklären Frankreich und England offen, daß sie keineswegs geneigt sind, den Konflikt mit den Dreibundmächten wegen dieser Frage zuzuspitzen. Wir unsererseits haben Serbien kategorisch wissen lassen, daß es nicht darauf rechnen solle, uns mit sich fortzureißen. Auf einen Krieg mit den Mächten des Dreibundes wegen der Frage des serbischen Hafens an der Adria werden wir uns nicht einlassen. Was den angeblich von den Verbündeten gefaßten Entschluß betrifft, die europäische Türkei ohne Recht unter sich aufzuteilen, ohne die Interessen Österreichs und Italiens zu berücksichtigen, so warnen wir gleichfalls wegen der Folgen, welche eine derartige Politik unüberlegter Begeisterung, die Serbien der Sympathien Frankreichs und Englands berauben würde, nach sich ziehen kann. Nicht mit Tatsachen zu rechnen, ist gefährlich. Man kann daher die Augen vor der Notwendigkeit nicht verschließen, daß sich ein albanischer Uferstaat bilden muß. Zeigen sich die Serben nachgiebiger, so wird es leichter sein, darauf zu bestehen, daß ihre Forderungen bei Bestimmung des Umfangs und der Organisation zur Geltung kommen und es wird auch leichter sein, Vorteile ökonomischen Charakters für sie auszubedingen. Je zänkischer sie sich zeigen, desto größer ist die Gefahr völliger Isolierung für sie. Sprechen Sie ohne Zeitverlust in diesem Sinne mit Pasitsch und warnen Sie ganz offen vor der Expedition nach Durazzo. Die Serben dürfen uns nicht in die Lage bringen, uns öffentlich von ihnen loszusagen.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 2540

St. Petersburg, den 29. Oktober/11. November 1912

Abschrift nach Paris.

Ihr Telegramm 312 erhalten. Wir schließen uns ganz der Auffassung Greys an, daß ein kriegerisches Vorgehen Österreichs gegen Serbien in einer Frage, die ohne internationale Sanktion nicht

endgültig gelöst werden kann, gefährlich ist. Andererseits wäre es uns sehr erwünscht, wenn England und Frankreich, um die Gefahr von Verwicklungen abzuwenden, in Belgrad zur Mäßigung und Vernunft raten wollten. Unser Eindruck ist, daß Österreich fest entschlossen ist, Serbien nicht ans Adriatische Meer zu lassen und darin durch die versprochene Unterstützung seiner Bundesgenossen bestärkt wird. Bei dieser Solidarität der Mächte des Dreibundes ist es für uns überaus wichtig zu wissen, wie sich Frankreich und England dazu stellen werden, wenn es nicht gelingen sollte, ein aktives Vorgehen Österreichs zu verhindern. Ich habe versucht, den österreichischen Botschafter, der mich heute besuchte, davon zu überzeugen, wie unerwünscht und gefährlich ein solcher Schritt wäre, den die Notwendigkeiten nicht rechtfertigen. Ich bat Thurn, nach Wien zu telegraphieren, ob man es dort nicht für möglich halte, Serbien einen Hafen an der Adria zu überlassen, der ausschließlich den Charakter eines Handelshafens hätte. Der Botschafter äußerte Zweifel darüber, ob ein solcher Standpunkt annehmbar sei, wies aber darauf hin, daß seine Regierung bereit sein werde, Serbien völlige Gleichheit in wirtschaftlicher Hinsicht und Garantien für den Transit seiner Waren per Eisenbahn nach der Adria und nach Saloniki zu gewähren. Wir glauben, daß es eine Aufgabe der nächsten Zukunft sein wird, ein gewisses Gleichgewicht zwischen der Stellung, die Österreich sich sichern will und den serbischen Interessen wirtschaftlicher und politischer Art herzustellen. Sehr wesentlich wäre, den Umfang des albanischen Territoriums möglichst einzuschränken und Garantien für die künftige Organisation des Landes festzusetzen. Über alle diese Fragen könnte, wie wir meinen, ein vorläufiger Gedankenaustausch stattfinden; die endgültige Entscheidung kann aber nur von allen Mächten gemeinsam getroffen werden, wenn der Zusammenhang aller Interessen beraten wird. Deshalb finden wir es nicht korrekt, daß Österreich der Frage eines serbischen Ausgangs zur Adria die Form einer kategorischen Entscheidung gegeben hat.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 2556

St. Petersburg, den 30. Oktober/12. November 1912

Mitgeteilt nach Paris.

Ich telegraphiere nach Sofia: Der bulgarische Gesandte besuchte mich heute und erklärte, daß seine Regierung mit der ser-

bischen in der Frage des Ausgangs zur Adria solidarisch sei. Ich machte Bobtschew darauf aufmerksam, daß ein Vorgehen Serbiens und Bulgariens gegen Österreich nach den schweren Verlusten unmöglich sei. Ein Konflikt der slawischen Staaten mit Österreich werde ohne Zweifel die Hoffnungen der Türkei beflügeln. Bei einem aktiven Vorgehen der Verbündeten gegen Österreich würden die türkischen Armeen ihnen in den Rücken fallen. Die jetzigen Beziehungen Rumäniens zu Bulgarien ließen Gefahren von seiten Rumäniens erwarten. Andererseits warnte ich Bobtschew vor der Annahme, daß Österreich sich nicht ernstlich darauf vorbereite, Serbien zur Adria nicht zuzulassen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen Danews mit den österreichischen Staatsmännern ihn über die wahren Absichten Österreichs aufklären würden.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Brief

St. Petersburg, den 1./14. November 1912

Streng vertraulich

Auf dem Original der eigenhändige Vermerk Nikolaus' II.:

Sehr geehrter Alexander Petrowitsch!

Den in Ihrem Briefe vom 25. Oktober/7. November dieses Jahres dargelegten Erklärungen, die der französische Außenminister Ihnen gegenüber abgegeben hat, messe ich die verdiente Bedeutung bei und teile vollkommen Ihre Meinung, daß es wünschenswert ist, von neuem den Standpunkt der republikanischen Regierung hinsichtlich der Möglichkeit einer österreichisch-ungarischen Expansion auf Kosten der Balkanhalbinsel festzulegen. In diesem Sinne bin ich bereit, mein Einverständnis zu geben, daß der Brief des H. Poincaré von unserer Seite eine schriftliche Antwort erhält. Da der Brief des französischen Ministers an Sie gerichtet war, halte ich es für das zweckmäßigste, daß unsere Antwort auch durch Ihre Vermittlung überreicht werde. Ich füge den Entwurf zu dieser Antwort hier bei und halte es für meine Pflicht, über diese Angelegenheit folgendes auszuführen.

Die Nachrichten, die wir besitzen, lassen alle hoffen, daß Österreich wenigstens in diesem Augenblick wohl kaum nach territorialem Landgewinn auf dem Balkan strebt. Immerhin könnte sich Österreich-Ungarn je nach dem Gang der Ereignisse, besonders infolge seines Streites mit Serbien wegen dessen Zugang zur adria-

tischen Küste, dazu entschließen, sich türkisches oder selbst serbisches Gebiet anzueignen. Für beide Fälle wäre es sehr wichtig, sicher darauf rechnen zu können, daß Frankreich nicht gleichgültig bleiben würde, wenn unsere Intervention notwendig werden sollte.

Andererseits halte ich es im Hinblick darauf, daß ein rascher Wechsel der Lage auf dem Balkan es schwierig macht, alle Eventualitäten vorauszusehen, die von uns diese oder jene Handlung zum Schutz unserer Lebensinteressen erfordern könnten, für nötig, sorgfältig alles in unseren Besprechungen mit den fremden Kabinetten zu vermeiden, was uns in der Folge hemmen könnte. Von diesem Gesichtspunkt aus scheint es mir wünschenswert, auch in dem von Ihnen vorgeschlagenen Brief an H. Poincaré, alle zu bestimmten Erklärungen zu vermeiden, so z. B. Redewendungen wie die des französischen Ministers: „Unzweideutig feindlich jeder Annexion türkischen Gebetes durch eine Großmacht“; denn sie könnten sich auch auf Rußland in der Dardanellenfrage beziehen.

Indem ich diese letzten Erwägungen ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information weitergebe, nehme ich die Gelegenheit wahr, Sie von neuem meiner Hochachtung und meiner aufrichtigsten Ergebenheit zu versichern.

Sasonow

Anlage:

Entwurf einer Antwort an Poincaré.

„Ich habe nicht verfehlt, dem Herrn Minister des Äußern in St. Petersburg den Inhalt Ihres Briefes vom 4. November d. J. zu unterbreiten. H. Sasonow hat mich ermächtigt, Ihnen zu sagen, daß ebensowenig wie Frankreich auch Rußland gegenüber einer territorialen Vergrößerung Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel teilnahmslos bleiben werde. Er stellt mit Befriedigung fest, daß nach Ansicht der Regierung der Republik, Frankreich bei einer derartigen Eventualität nicht uninteressiert bleiben könnte. In diesem Sinn ist die Kaiserliche Regierung sehr geneigt, im Einvernehmen mit den Pariser und Londoner Kabinetten das Verhalten zu erwägen, das gegebenenfalls nötig werden könnte.“

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 369      Paris, den 4./17. November 1912

Fortsetzung von Telegramm Nr. 368

In einer Unterredung über die französische Antwort auf meine Mitteilungen hinsichtlich des österreichisch-serbischen Streitfalles

antwortete Poincaré, es sei ihm, selbst rein privatum, unmöglich, das Verhalten Frankreichs bei einem aktiven Eingreifen Österreichs genau festzulegen, falls ihm nicht vorher von der Kaiserlichen Regierung Nachricht über deren eigene Absichten zugegangen sei. „Rußlands Sache ist es,“ sagte er, „in einer Angelegenheit die Initiative zu ergreifen, bei der es der am meisten interessierte Teil ist. Frankreichs Aufgabe ist es, ihm seinen nachdrücklichsten Beistand zu leisten. Ergriffe die französische Regierung ihrerseits die Initiative, so liefe sie Gefahr, den Absichten ihres Verbündeten zuvorkommen.“ Um ihn über den Grad unserer Mitwirkung nicht im geringsten im Zweifel zu lassen, glaubte ich auf eine Stelle in den Instruktionen des H. Sasonow an den russischen Gesandten in Belgrad hinweisen zu müssen, wo gesagt ist, Frankreich und England hätten offen erklärt, daß sie keineswegs gesonnen seien, sich durch den Konflikt mit dem Dreibund entzweien zu lassen. „Im großen und ganzen“, fügte Poincaré hinzu, „läuft alles auf die Erklärung hinaus: wenn Rußland in den Krieg geht, wird Frankreich dasselbe tun, weil wir wissen, daß in dieser Sache Deutschland hinter Österreich stehen würde.“ Auf meine Frage, ob er den Standpunkt Englands in der fraglichen Angelegenheit kenne, antwortete Poincaré, nach seinen Informationen werde das Kabinett von London sich für den Augenblick darauf beschränken, Rußland seine volle diplomatische Unterstützung zu versprechen, was aber nötigenfalls eine nachdrücklichere Hilfe nicht ausschließen würde.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 372

Paris, den 5./18. November 1912

Zu Telegramm Nr. 269.

Zur Vermeidung jeden Mißverständnisses und angesichts der Bedeutung der Frage, glaubte ich H. Poincaré mein Telegramm Nr. 369 vorlesen zu sollen, dessen Wortlaut er vollkommen gebilligt hat. Er hat mich nur gebeten, die Bedingungen, unter denen Frankreich Krieg führen würde, genau anzugeben. „Es ist selbstverständlich,“ sagte er mir, „daß Frankreich in dem bestimmten Falle, durch den der im Bündnis vorgesehene casus foederis gegeben ist, losmarschieren wird, d. h. wenn Deutschland Österreich mit Waffengewalt gegen Rußland unterstützt.“

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 376

Paris, den 7./20. November 1912

Telegramm Nr. 2650 habe ich erhalten. Ich habe Poincaré den Inhalt mitgeteilt, der gleich darauf mit den Botschaftern von Italien, Österreich und Deutschland darüber sprach. Tittoni hat ihm den in meinen Telegrammen Nr. 374 und 375 ausgeführten Plan bestätigt und durch den Hinweis vervollständigt, Diakowo, Ipek und Prizren müßten bei Serbien bleiben. Tittoni hat ihm ferner gesagt, Sie hätten dem italienischen Geschäftsträger erklärt, daß Sie in Anbetracht der Erregung der öffentlichen Meinung Rußlands genötigt seien, Ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern und die serbische Forderung nach einem territorialen Zugang zum Adriatischen Meer zu unterstützen. Dies beunruhigt Tittoni sehr, weil die italienische Regierung sich verpflichtet hat, das Prinzip der Unverletzlichkeit Albaniens zu verteidigen. Sollte deshalb ein Krieg ausbrechen, so würde Italien gezwungen sein, Österreich mit den Waffen zu unterstützen.

Poincaré bemerkte, daß das kaum mit dem übereinstimme, was er über das russisch-italienische Abkommen von Racconigi wisse. Es widerspreche auch durchaus der französisch-italienischen Konvention von 1902, nach der Frankreich das Recht hat, im Falle eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die italienische Neutralität zu rechnen. Tittoni antwortete, daß der Vertrag Italiens mit Österreich über Albanien demjenigen mit Frankreich und Rußland vorausgegangen und ohne Zweifel für die italienische Regierung bindend sei. Italien ist dadurch zweifellos in eine äußerst peinliche Lage versetzt worden und es sucht mit allen Mitteln eine friedliche Lösung dieser Frage zu finden. Im Laufe der Unterhaltung sagte Poincaré zu Tittoni, daß Rußland, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Krieg führen sollte, voll und ganz auf die bewaffnete Unterstützung Frankreichs zählen könne. Diese Erklärung hat nach Poincarés Worten einen sichtlichen Eindruck auf Tittoni gemacht.

Im Hinblick auf die Bedeutung der Erklärungen Tittonis bittet Poincaré, Sie möchten ihn durch meine Vermittlung wissen lassen, ob es wahr ist, daß Sie den in Ihren früheren Mitteilungen dargelegten Standpunkt geändert haben und es jetzt für notwendig halten, auf einem territorialen Zugang Serbiens zum Adriatischen Meer zu bestehen.

Fortsetzung in Telegramm Nr. 377.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 7./20. November 1912

Auf dem Original der eigenhändige Vermerk Nikolaus' II.:

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Durch mein Geheimtelegramm vom heutigen Tage, Nr. 376, wissen Sie, daß der italienische Botschafter in Paris H. Poincaré erklärt hat, Italien sei verpflichtet, Österreich-Ungarn in der albanischen Frage und der eines serbischen Hafens am Adriatischen Meer mit Waffengewalt zu unterstützen. Nach den Worten H. Tittonis leitet sich diese Verpflichtung Italiens aus dem Vertrage her, der durch den Marquis Visconti Venosta (1900 oder 1901) zwischen Italien und Österreich abgeschlossen wurde und angeblich bindend ist. Als H. Poincaré bemerkte, daß dies kaum dem entspreche, was er über den zwischen Rußland und Italien in Racconigi abgeschlossenen Vertrag wisse, und daß es dem französisch-italienischen Vertrage von 1902 völlig zuwiderlaufe, antwortete H. Tittoni, der österreichisch-italienische Vertrag sei älter als die Verträge Italiens mit Rußland und Frankreich und besitze auch jetzt noch volle Geltung.

Als ich bei H. Poincaré gleich nach meinem italienischen Kollegen eintrat, war er wie erstarrt unter dem Eindruck der vor erwähnten Erklärungen und sagte mir, er habe H. Tittoni kein Hehl aus seinem Erstaunen über eine derartige Auslegung des französisch-italienischen Vertrages von 1902 gemacht, kraft dessen Frankreich das Recht habe, im Falle eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen, und zwar um so mehr, als in diesem Vertrag ausdrücklich gesagt worden ist, daß er in keinerlei Widerspruch zu älteren Verpflichtungen Italiens stehe. Im weiteren Verlauf dieser Unterredung hielt Poincaré es für notwendig, seinerseits Tittoni zu erklären, daß Rußland durchaus mit einer bewaffneten Unterstützung Frankreichs rechnen könne, wenn es durch die Ereignisse in einen Krieg mit Österreich und Deutschland verwickelt werden sollte. Diese Erklärung machte, nach H. Poincarés Worten, auf H. Tittoni sichtbar einen sehr starken Eindruck.

Seiner Hohen Exzellenz S. D. Sasonow!

Im Hinblick auf das Vorausgegangene kann ich nur mein aufrichtiges Bedauern darüber aussprechen, daß Sie es nicht für möglich gehalten haben, der Bitte H. Poincarés zu entsprechen und einem gegenseitigen Austausch genauer Informationen zwischen

Rußland und Frankreich über die Verträge der beiden Mächte mit Italien zuzustimmen. Bei der augenblicklichen Lage wäre es für uns sehr wichtig, genau zu wissen, worin die von Italien Frankreich gegenüber eingegangenen Verpflichtungen bestehen. Aus dem, was ich zu verschiedenen Zeiten von französischen Ministern gehört habe, kann ich schließen, daß Frankreich das Recht zu haben glaubt, auf die Neutralität Italiens nicht nur im Falle eines deutschen Angriffs, sondern auf jeden Fall zählen zu können. Ich weiß aber nicht, worauf sich diese Überzeugung eigentlich gründet. Jetzt scheint aus den Worten H. Tittonis hervorzugehen, daß die französische Regierung sich in ihrer Auslegung des Vertrages von 1902 gründlich irrt. Es ist sehr wünschenswert, diese Sachlage in angemessener Weise aufzuklären und zu präzisieren, und das ist nur dann möglich, wenn wir Frankreich unsere eigenen Verträge mit Italien bekanntgeben, die zudem einen viel unbestimmteren Charakter haben. Allerdings besteht tatsächlich bis zu einem gewissen Grade die Gefahr einer Indiskretion Frankreichs, aber der Austausch dieser Mitteilungen könnte ja unter besonderen Garantien geschehen, wie das in der Praxis schon mehrmals der Fall gewesen ist. Man könnte diese Mitteilung von Person zu Person und ohne Vorlegung des geschriebenen Wortlautes machen. Schließlich will es mir scheinen, daß nicht wir, sondern die Italiener besonders daran interessiert sind, den russisch-italienischen Vertrag vor Deutschland und Österreich zu verschweigen, und daß gerade aus diesem Grunde Tittoni in Racconigi darauf bestand, daß dieser Vertrag absolut geheim gehalten werden müsse. Auf Grund all dieser Erwägungen erlaube ich mir, Sie noch einmal eindringlichst zu fragen, ob Sie keinen Ausweg aus einer Lage finden können, in der wir trotz der Möglichkeit eines nahe bevorstehenden allgemeinen europäischen Konfliktes mit unseren eigenen Verbündeten gewissermaßen Verstecken spielen und uns in Unkenntnis eines sehr wesentlichen Punktes der augenblicklichen allgemeinen politischen Lage befinden.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 8./21. November 1912

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Ich hoffe, Sie werden mir die Beharrlichkeit nicht verübeln, mit der ich Sie andauernd bitte, in irgendeiner Form Frankreich un-

ren Vertrag mit Italien bekannt zu geben, wogegen Frankreich uns sein im Jahre 1902 getroffenes Abkommen mitteilen müßte. Die Rolle Italiens in einem etwaigen allgemeinen europäischen Konflikt scheint mir von sehr großem Interesse für uns zu sein. Es ist geradezu ein vollkommener Unsinn, daß die beiden verbündeten Mächte sich gegenseitig ihre Verträge mit einem vermutlichen Feinde verheimlichen. Wenn Sie ein geschriebenes Dokument in die Hände Poincarés zu legen fürchten, so könnten Sie mir durch den Kurier den Text des Vertrages senden, damit ich ihn H. Poincaré unter vier Augen vorlese und ihn danach verbrenne. Von Poincaré würde ich ein ebensolches Verfahren fordern. Die gestern von dem italienischen Botschafter gegebenen Erklärungen könnten, wenn sie von der italienischen Regierung bestätigt werden, sehr ernste Folgen in bezug auf die Verteilung der Gruppen in der französischen Armee haben. Sie wissen, daß Frankreich seit 1902 das Kontingent seiner militärischen Streitkräfte an der italienischen Grenze außerordentlich verringert hat, wenn ich mich nicht irre, um zwei ganze Armeekorps. Falls es sich nun herausstellen sollte, daß Frankreich nicht auf die Neutralität Italiens rechnen kann, würde dies den ganzen, gerade auf diese Neutralität gegründeten Feldzugsplan ändern. Diese Frage ist so wichtig, daß Poincaré, wie mir bekannt geworden ist, für heute früh einen außerordentlichen Ministerrat einberufen hat, um sie zu besprechen.

Es gibt noch einen anderen Grund, der mich veranlaßt, darauf zu bestehen, daß der Bitte Poincarés Folge gegeben wird; das ist die von mir bereits oft hervorgehobene Notwendigkeit, seine Empfindlichkeit zu schonen. Die meisten aller Bitten, die er an Sie richtet, werden von Ihnen in aller Form abgeschlagen oder sichtlich ungern erfüllt.

Ich fürchte sehr, daß dies ihn schließlich entmutigen wird. Dabei wird im entscheidenden Augenblicke, dessen Eintritt Gott verhüten möge, sehr viel von seiner Person abhängen. Ich denke mitunter mit Schrecken daran, was geschehen könnte, wenn die französische Regierung in den gegenwärtigen kritischen Augenblicken Caillaux oder Clemenceau an ihrer Spitze gehabt hätte. Vergessen Sie nicht, daß Poincaré gegen sehr einflußreiche Elemente seiner eigenen Partei zu kämpfen hat, die Rußland sehr feindlich gesinnt sind und offen predigen, daß Frankreich keinesfalls durch die Balkanangelegenheit in einen Krieg hineingezogen werden dürfe. Von diesem Gesichtspunkt aus bedaure ich außerordentlich, daß bis jetzt nichts in der Sache Perchot geschehen ist, die für Poincaré dauernd eine Quelle ernster Sorgen ist. Ich kann auch nicht umhin, Ihre Aufmerksamkeit allen Ernstes darauf zu lenken, daß sowohl hier wie in London die Überzeugung Fuß gefaßt hat, Hartwig handle in Belgrad im Widerspruch zu den ihm erteilten Weisungen.

Da ich für ihn sehr wenig persönliche Sympathie hege und sehr wenig Vertrauen zu ihm habe, scheue ich mich um so mehr, gegen ihn eine nicht genügend begründete Anklage auszusprechen, weil ich aus Erfahrung weiß, wie leicht es ist, Märchen zu erdichten und bösen Leumund zu schaffen. Indessen kann ich Ihnen nicht verhehlen, daß Poincaré fest davon überzeugt ist, Hartwig habe sich in Belgrad zwar einen großen Einfluß zu verschaffen gewußt, verwende ihn aber durchaus nicht dazu, den Serben Vernunft beizubringen und sie zu beruhigen, was die französische Regierung ernstlich beunruhigt.

Ihr aufrichtig ergebener

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Geheimtelegramm Nr. 2687

St. Petersburg, den 9./22. November 1912

Antwort auf Nr. 376.

Wir haben den Serben niemals unsere diplomatische Unterstützung in der Frage des adriatischen Hafens abgeschlagen. Wir sind der Ansicht, daß der Gedanke Poincarés, die Serben zu befriedigen, indem man ihnen einen der Häfen Nordalbaniens unter gewissen Bedingungen überläßt, ernsthafte Erwägung verdient und erörtert werden kann. Wir sind Poincaré sehr dankbar, daß er dem italienischen Botschafter erklärt hat, Frankreich sei bereit, uns zu unterstützen.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 383      Paris, den 10./23. November 1912

Poincaré hat mir ein Telegramm aus Wien vorgelesen, in dem der französische Geschäftsträger mitteilt, daß die Stimmung in Wien sehr gespannt ist und die österreichische Regierung erfahren hat, Sie hätten in den letzten Tagen Ihren Standpunkt hinsichtlich der serbischen Ansprüche geändert und seien jetzt bereit, diese zu unterstützen. Außerdem hat das Wiener Kabinett gehört, daß wir an der österreichischen Grenze umfassende militärische Vorbereitungen treffen.

Österreich mobilisiert seinerseits drei Armeekorps in Galizien und hat seine vorbereitenden militärischen Maßnahmen gegen Serbien beendet. Der französische Geschäftsträger setzt hinzu, der

deutsche Botschafter erkläre offen, daß Deutschland Österreich unterstützen werde. Im Falle eines Krieges wird es Rußland nur wenig Truppen entgegenstellen und die Hauptmacht seiner Armee gegen Frankreich richten. „Deutschland wird Rußland zunächst in Paris besiegen.“

Poincaré ist darauf gefaßt, daß Ismael Kemal Pascha, der wahrscheinlich schon in Durazzo eingetroffen ist, dieser Tage die Unabhängigkeit Albaniens proklamieren und von der österreichischen Flotte unterstützt werden wird. Aus diesem Grunde kann der serbische Vormarsch auf Durazzo nicht nur mit den Albanern, sondern auch mit den Österreichern zu Schwierigkeiten führen.

Alles dies beunruhigt die französische Regierung, und Poincaré fragt an, ob Sie den in den Weisungen an unseren Gesandten in Belgrad ausgesprochenen Standpunkt beibehalten haben oder ob sich wirklich eine Änderung hierin vollzogen hat. Poincaré ist überzeugt, daß sowohl Österreich wie Italien fest entschlossen sind, den Serben den Einmarsch in Durazzo nicht zu gestatten, und wenn Sie wirklich das Vordringen Serbiens bis an diesen Hafen zu unterstützen beabsichtigten, so werde das zu einem Konflikt zwischen Rußland und Österreich mit all seinen Folgen führen.

Als Antwort hierauf teilte ich Poincaré den Inhalt Ihres Telegramms Nr. 2687 mit, aus dem hervorgeht, daß Sie eifrig nach Mitteln suchen, diese Frage friedlich zu lösen, und daher auch kein Grund zu der Annahme vorliegt, daß wir die Serben zu einer gefährlichen Handlung ermuntern würden. Auf seine Bemerkung, von verschiedenen Seiten werde behauptet, unser Gesandter in Serbien, Hartwig, fahre fort, die Serben aufzuhetzen, antwortete ich, ich wüßte aus der Erfahrung von 1908, wie leicht man ungerechte Beschuldigungen gegen Rußland und die russischen Diplomaten in die Welt setze.

Zum Schluß betonte Poincaré nochmals, wie wichtig es in diesem kritischen Augenblick sei, daß Serbien sich nicht auf einen von Rußland stammenden Rat berufen könne; es müsse für jedermann klar sein, daß Serbien, wenn es auf dem Vormarsch gegen Durazzo bestehe, diesen gefährlichen Schritt auf sein eigenes Risiko hin tue. Poincaré bat mich, Ihnen Vorstehendes zu übermitteln.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 2709 St. Petersburg, den 12./25. November 1912

Ich telegraphiere nach Paris: Unser Standpunkt zum österreichisch-serbischen Streit hat sich nicht verändert. Wir fahren fort,

mit den Interessen beider Teile zu rechnen und nach einer friedlichen Lösung zu suchen; ferner hören wir nicht auf, Serbien zur Mäßigung und Nachgiebigkeit zu raten. Wir beobachten in der öffentlichen Meinung verschiedener Länder eine sehr große Nervosität; diese Erregung erklärt sich durch das gewissenlose Treiben von Zeitungen, die für ihre Agitationszwecke wissentlich erlogene Nachrichten benutzen.

Sasonow

*Der russische Gesandte in Sofia an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 276

Sofia, den 12./25. November 1912

Ich telegraphiere nach Petersburg: (Ch. Kol.) In den letzten Tagen hat sich die Lage meiner Ansicht nach bedeutend verschlimmert. Eingeweihte Leute sind hier der Meinung, daß der Bruch der Bulgaren durch die Tschataldscha-Linie überaus schwierig und gefährlich, vielleicht sogar unmöglich ist. Die Türken sind sich dessen bewußt, und daher befürchte ich stark, daß sie bei den Waffenstillstandsverhandlungen nicht einwilligen werden, den Verbündeten Adrianopel, Janina und Skutari zu übergeben. Doch in diesem Falle werden die Verhandlungen zweifellos abgebrochen werden, und die Bulgaren werden entweder von neuem die Tschataldscha-Stellungen angreifen müssen, und zwar auf die Gefahr hin, sich an ihnen die Stirn zu zerschlagen und die Unnachgiebigkeit der Türkei noch zu verstärken, oder sie werden sich in der außerhalb von Tschataldscha eingenommenen Linie eingraben müssen, um den Türken die Möglichkeit der Offensive abzuschneiden und unterdessen die Übergabe von Adrianopel abzuwarten, dessen Garnison nach Aussagen desertierter Christen bereits an Hunger und einer Cholera- und Typhusepidemie leidet. Jedoch wird eine solche Lage vielleicht zwei, drei und vielleicht auch vier Wochen dauern, wodurch sie die Stimmung der Türken hebt und mit jedem Tage die Aussichten auf einen unmittelbaren Friedensschluß zwischen den Verbündeten und der Pforte vermindert. Unterdessen wird sich unfehlbar die internationale Lage verwickeln. Aus den deutschen Zeitungen und aus meinen hier geführten Gesprächen gewinne ich den Eindruck, daß in Deutschland wiederum eine Wendung zugunsten der Türkei erfolgt ist: als Hauptursache dieser Wendung betrachte ich die wieder aufgetauchte Hoffnung, die moralische Niederlage wettzumachen, die Deutschland in der Person v. d. Goltz, der deutschen Instrukteure und der Krupp-Geschütze erlitten hat, und den Ruf der türkischen Waffen wieder herzustellen. Andererseits bestärken meine Gespräche mit Vertretern der „Times“ in mir

die Überzeugung, daß in England überaus viele Leute jetzt gerade endgültige Verwicklungen in Europa erstreben, um es zu einem bewaffneten Zusammenstoß der Mächte der Triple-Entente mit Österreich und Deutschland kommen zu lassen, da sie die gegenwärtigen Verhältnisse für günstig für die Vernichtung der deutschen Flotte und des deutschen Handels halten. Schließlich besteht Österreich darauf, daß keinerlei Erwerbungen Serbiens an der adriatischen Küste zugelassen werden, und Italien unterstützt hierin Österreich unbedingt. Unterdessen haben die Serben bereits Alessio und San Giovanni besetzt und werden wahrscheinlich bald Durazzo einnehmen, und zum mindesten aus San Giovanni werden sie um keinen Preis gutwillig fortgehen. Infolgedessen aber können sich in nächster Zeit gefährliche Gewalthandlungen Österreichs gegen Serbien ergeben. Ein baldiger Friedensschluß zwischen der Türkei und den Verbündeten, und zwar ein solcher, der es bewirkt, daß man mit der Waffenmacht der Türkei in Europa nicht mehr ernstlich zu rechnen brauchte, würde unbedingt den politischen Horizont reinigen; eine Verschleppung des Krieges um einige Wochen würde dagegen unfehlbar einen europäischen Zusammenstoß hervorrufen, dessen Rußland keineswegs bedarf. Somit ist es augenblicklich unumgänglich nötig, auf die Pforte den entschiedensten Druck im Sinne eines schleunigen Friedensschlusses auszuüben. Ich bin fest überzeugt, das einzige Mittel zur Erreichung dieses Ziels wäre, den Türken unzweideutig klarzumachen, daß Rußland, falls es infolge ihrer Unnachgiebigkeit zu einem europäischen Zusammenstoß kommt, in allererster Linie seine linke Flanke durch die Besetzung Konstantinopels und der Meerengen allein oder gemeinsam mit der englisch-französischen Flotte decken wird. Es versteht sich, daß eine derartige Erklärung nur dann wirksame Kraft haben wird, wenn wir in Sewastopol und Odessa nicht nur die Flotte, sondern auch ernst zu nehmende Landtruppen in Bereitschaft halten. Gleichzeitig müssen den Balkanstaaten die allerdringlichsten Ratschläge zur Vernunft und zur Einigung erteilt, aber auch von unserer Seite die von uns geforderten Grenzen des Hinterlandes der Meerengen festgesetzt werden.

Nekludow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 392

Paris, den 13./26. November 1912

Poincaré teilt Ihre Ansicht. Der Gedanke einer Konferenz ist von Poincaré mehrere Male London, Berlin und Wien gegenüber erwähnt worden. Poincaré erinnert daran, daß er schon am 15. Ok-

tober eine derartige Konferenz in Vorschlag gebracht hat. Dieser Vorschlag bestehe auch jetzt noch und mache daher eine neue Initiative unnötig. Da Deutschland und Österreich erklärt haben, daß sie sich an einer Konferenz nur beteiligen werden, wenn zwischen den Mächten ein Einvernehmen über die wichtigsten Punkte des Programms erzielt sein wird, glaubt Poincaré, daß die von Ihnen in Vorschlag gebrachten Vorberatungen der Botschafter das einzige praktische Mittel seien, um einer langen Verzögerung, die bei telegraphischen Verhandlungen zwischen den Kabinetten unvermeidlich ist, vorzubeugen. Andererseits fällt es Poincaré schwer, eine Initiative zu ergreifen, da diese Vorberatungen wahrscheinlich in Paris stattfinden werden. Er fragt daher, ob Sie es nicht für möglich halten, daß das Londoner Kabinett eine derartige Initiative ergreift, da Grey das Zustandekommen einer Konferenz für nützlich hält.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Brief

St. Petersburg, den 15./28. November 1912

Streng vertraulich

Sehr geehrter Alexander Petrowitsch!

In meinem Brief vom 1. November dieses Jahres setzte ich Euer Hohen Exzellenz die Gründe auseinander, warum ich dagegen sei, daß wir der französischen Regierung den Wortlaut unseres in Racconigi abgeschlossenen Vertrages mit Italien bekanntgeben, obwohl ich vollkommen begreife, wie erwünscht es ist, daß die Verbündeten einander im einzelnen über Vereinbarungen unterrichten, die jeder von ihnen mit fremden Mächten getroffen hat.

Die von mir erwähnten Gründe bestehen weiter. Angesichts der Erklärungen, die der italienische Botschafter dem französischen Außenminister gemacht hat und die in Ihrem Telegramm Nr. 376 mitgeteilt sind, neige ich jedoch jetzt dazu, Ihrem wiederholt geäußerten Wunsch nachzukommen und Poincaré vertraulich von dem Wortlaut des oben erwähnten Vertrages zu informieren, wenn man uns gleichzeitig im Austausch dagegen durch Ihre Vermittlung den französisch-italienischen Vertrag von 1902 bekanntgibt.

Ich halte es jedoch für unbedingt notwendig, hierbei genau folgende Bedingungen zu erfüllen: Sie müssen dem Minister die Mitteilung unter vier Augen, mündlich und ohne Überreichung irgendeines Schriftstückes machen. Vor der Verlesung des Vertrages wollen Sie betonen, daß wir beschlossen haben, diese Mitteilung

nur H. Poincaré persönlich zu machen; wir erwarten von ihm das Versprechen, daß er über diese Angelegenheit nicht nur dem französischen Ministerrat, sondern auch seinen nächsten Mitarbeitern gegenüber strengstes Stillschweigen bewahren werde.

Unter diesen Bedingungen könnten Sie H. Poincaré die hier beigefügte Abschrift des in Racconigi geschlossenen Vertrages vorlesen, und ich möchte Eure Hohe Exzellenz ergebenst bitten, mir durch den nächsten Kurier die Abschrift wieder zurückzusenden und mir gleichzeitig den aus dem Gedächtnis aufgezeichneten Wortlaut des von Ihnen gehörten französisch-italienischen Vertrages zukommen zu lassen.

Genehmigen Sie usw.

Sasonow

#### Anlage

#### Russisch-italienisches Abkommen, geschlossen zu Racconigi.

1. Rußland und Italien werden es sich in erster Linie angelegen sein lassen, den Status quo auf der Balkanhalbinsel aufrechtzuerhalten.
2. Bei allen auf dem Balkan möglichen Fällen müssen sie in der Entwicklung der Balkanstaaten auf der Befolgung des Nationalitätenprinzips unter Ausschluß jeder fremden Herrschaft bestehen.
3. Sie sollen in gemeinsamen Aktionen alles zu verhindern suchen, was den vorerwähnten Zielen entgegengesetzt ist. Unter „gemeinsame Aktion“ ist eine diplomatische Aktion zu verstehen. Jedes anderweitige Eingreifen in die Verhältnisse muß natürlich einer späteren Verständigung vorbehalten bleiben.
4. Wenn Rußland und Italien hinsichtlich des europäischen Ostens mit einer dritten Macht Verträge, außer den bereits bestehenden, abschließen wollen, darf jede der beiden Mächte dies nur unter gleichzeitiger Beteiligung der anderen tun.
5. Italien und Rußland verpflichten sich zu wohlwollender Erwägung der russischen Interessen in der Frage der Meerengen und der italienischen in Tripolis und der Kyrenaika.

#### *Der russische Außenminister an den russischen Botschafter in Paris*

Nr. 787

St. Petersburg, den 15./28. November 1912

Streng geheimer Brief

In Ihrem Briefe vom 7./20. November haben Sie die Frage berührt, ob es nicht zeitgemäß wäre, uns mit Frankreich über die-

jenigen Veränderungen auseinanderzusetzen, die wir in das rechtliche und tatsächliche Regime der Meerengen im Zusammenhang mit der jetzigen Krise auf dem Balkan eingeführt zu sehen wünschen. Gleichzeitig hat der französische Botschafter bei uns angefragt, wie wir uns zu irgendwelchen Forderungen von seiten Bulgariens in dieser Frage stellen würden. Infolgedessen halte ich es für meine Pflicht, Sie vor allen Dingen mit jenen Erwägungen bekannt zu machen, von denen unser Ministerium in der letzten Zeit in dieser wichtigen Frage geleitet worden ist.

Vom ersten Anfang der Krise an haben wir nicht aus den Augen gelassen, daß der Krieg eine Veränderung des Regimes der Meerengen nach sich ziehen kann. Gleichzeitig fürchteten wir jedoch diese Frage anzuregen, ehe der Umfang der Erfolge der Balkanstaaten die Wahrscheinlichkeit der Einnahme von Konstantinopel durch ihre Truppen und der Standpunkt der anderen Großmächte bezüglich der Ereignisse auf dem Balkan klar in die Erscheinung getreten wären. Diese Erwägung hat uns eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem englischen Vorschlage auferlegt, die Frage einer eventuellen Internationalisierung Konstantinopels und neuer Garantien für das Regime der Meerengen zu beraten. Unserer Ansicht nach können die Grundinteressen Rußlands in den Meerengen nicht durch irgendwelche vertragliche Garantien und Klauseln geschützt werden, da diese immer umgangen werden könnten, sondern wir müssen stets bedenken, welche tatsächliche Gewalt wirklich imstande ist, ein gegebenes Regime der Meerengen vor irgendwelchen Verletzungen zu bewahren.

Selbstverständlich haben wir uns noch ablehnender gegenüber von Wien ausgehenden Bestrebungen verhalten, einen gewissen Parallelismus unserer Interessen mit denen der Donaumonarchie herzustellen: Rußland sollte sich hinsichtlich des wesentlichen Teiles der Balkanhalbinsel uninteressiert erklären, während Österreich uns volle Handlungsfreiheit in Konstantinopel gewähren würde. Von der Annahme ausgehend, daß etwaige Veränderungen im Regime der Meerengen nur nach Beendigung des Krieges zutage treten können, und daß andererseits wir uns auf Kompensationen nicht einlassen können, da dies den Interessen der Balkanstaaten schaden würde, haben wir bis jetzt eine abwartende Haltung beobachtet, ohne jedoch den günstigen Zeitpunkt versäumen zu wollen, um unsere Wünsche genau zum Ausdruck zu bringen.

Obwohl die weitere Entwicklung des Krieges noch nicht vorausgesehen werden kann, so läßt sich doch annehmen, daß das Vordringen der Alliierten augenblicklich bereits seinen Höhepunkt erreicht hat und die Wahrscheinlichkeit der Einnahme Konstantinopels nur noch sehr gering ist. Infolgedessen bleibt unsere ursprüngliche Annahme bestehen, daß Konstantinopel und ein ge-

nügend großes Gebiet auf dem europäischen Festlande zum Besitz der Türkei gehören werden. Man kann annehmen, daß, selbst nach einem siegreichen Kriege, Bulgarien ziemlich lange Zeit brauchen wird, um sich von seinen Verlusten zu erholen und sich in den eroberten Gebieten endgültig festzusetzen. Nicht weniger schwierige Aufgaben erwarten die geschwächte und besiegte Türkei.

Rußland, das sich am Kriege nicht beteiligt hat, besitzt nur die Möglichkeit, einerseits seinen Einfluß auf die Balkanstaaten, zu denen, wenn möglich, auch Rumänien gerechnet werden muß, zu erweitern, und andererseits seine Stellung in der Türkei zu befestigen, die mehr denn je auf gute Beziehungen zu Rußland bedacht sein muß.

Alles dies veranlaßt uns, augenblicklich mit ganz besonderer Vorsicht an diejenigen Vorschläge heranzutreten, die uns von anderen Staaten in der Meerengenfrage gemacht werden könnten. Wir müssen uns davor hüten, der Errichtung irgendwelcher einengender Garantien zuzustimmen, die in Zukunft ein Hindernis bilden könnten, die Frage der Meerengen endgültig unseren Interessen gemäß zu lösen. Andererseits können wir den günstigen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne einige weniger radikale, aber immerhin bedeutsame Modifikationen durchzuführen. Am praktischsten scheint es uns, die Meerengenfrage wie im Jahre 1908 zu behandeln, d. h. die Uferstaaten des Schwarzen Meeres in Friedenszeiten unter gewissen Bedingungen, die die Sicherheit Konstantinopels garantieren, zu ermächtigen, ihre Kriegsschiffe ein- und auslaufen zu lassen.

Natürlich kann augenblicklich nicht die Rede davon sein, zwischen Rußland und der Türkei ein einseitiges Übereinkommen in dieser Frage zu treffen; ein derartiges Übereinkommen würde unseren Beziehungen zu den Balkanstaaten zuwiderlaufen. Es wäre wohl auch kaum notwendig, denn statt freundschaftlicher Versicherungen, die seinerzeit wegen des Selbstbewußtseins der Türkei erfolglos geblieben sind, haben wir jetzt viel wirksamere Mittel in unserer Hand, um auf die Türkei einzuwirken, namentlich augenblicklich, da ein Teil der türkischen Truppen von unserer Grenze nach dem Kriegsschauplatz übergeführt worden ist. Die größte Bedeutung müssen wir natürlich der Haltung der Großmächte beilegen, und wir können nur feststellen, daß in den letzten Jahren der Boden für eine uns günstige Lösung gut vorbereitet worden ist. Wie Ihnen bekannt, können unsere Wünsche für keine einzige europäische Regierung unerwartet sein, und eine jede von ihnen hat seinerzeit ihre bedingte Zustimmung ausgedrückt. Wir haben durchaus nicht den Wunsch, uns Österreich gegenüber auf den Standpunkt eines Übereinkommens oder einer Kompensation zu stellen; wir haben aber von jeher nicht geleugnet, daß man die österreichischen Interessen ökonomischen und politischen Charak-

ters auf dem Balkan in Berechnung ziehen muß. Wir haben infolgedessen dem Prinzip eines autonomen albanischen Uferstaates zugestimmt. In der Frage des Zuganges Serbiens zur Adria haben wir ebenfalls dem Belgrader Kabinett geraten, den Interessen seines Nachbarstaates Rechnung zu tragen. Wir halten uns deshalb für berechtigt, zu erwarten, daß das Wiener Kabinett sich zu unseren Interessen in der Meerengenfrage ähnlich stellen wird. Auf alle Fälle glauben wir, daß der Widerstand der österreichischen Diplomatie in dieser Frage wohl kaum ein ernstliches Hindernis zur Erfüllung unserer mehr als mäßigen Wünsche sein könnte.

Dies sind die allgemeinen Erwägungen, von denen wir uns in der Meerengenfrage leiten lassen. Indem ich sie Ihnen für den Fall einer Aussprache mit Poincaré mitteile, halte ich es für nötig, hinzuzufügen, daß wir es nicht für richtig halten, augenblicklich mit irgendwelchen unabhängigen Vorschlägen hervorzutreten, da, wie oben ausgeführt, der Kompensationsweg nicht in unserem Interesse liegt. Sollten sich jedoch die Verhältnisse ändern und diese Frage von selbst auf die Tagesordnung gestellt werden, so wäre es uns interessant, den Standpunkt der französischen Regierung kennenzulernen, damit wir Zeitpunkt und Mittel zur Erreichung unseres Ziels genau bestimmen können.

Sasonow

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 2762 St. Petersburg, den 17./30. November 1912  
Abschrift nach Paris

Der hiesige englische Botschafter hat mir ein Memorandum überreicht, in dem im Auftrage Greys vorgeschlagen wird, Rußland solle im Laufe der Pariser Vorberatungen mit einer eigenen Initiative hervortreten und Serbien und Montenegro überreden, sich mit der Aufteilung des Sandschaks von Nowibasar zu begnügen und nicht auf einer territorialen Erwerbung an der Adria zu bestehen. Wir haben den Botschafter darauf hingewiesen, daß ein derartiges Vorgehen Rußlands eine entschiedene Ablehnung von seiten unserer öffentlichen Meinung finden und für Serbien eine ungünstige Lage schaffen würde, indem das Zugeständnis, zu dem Österreich sich schon am Anfang des Krieges gezwungen sah, jetzt den Charakter eines neuen von uns erzielten Erfolges annehmen würde. Überhaupt kann man das Jahr 1909 mit den jetzigen Ereignissen nicht vergleichen, denn sowohl die allgemeinen Bedingungen als auch das Verhältnis der gegenseitigen Interessen und Kräfte sind andere als früher. Wir tuns alles Mög-

liche, um die Serben zur Nachgiebigkeit zu bewegen, aber unsere Anstrengungen können nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn die Serben überzeugt sind, daß wir unsererseits alles tun, um auf friedlichem Wege die Interessen zu schützen, und daß unsere diesbezüglichen Bemühungen von Frankreich und England unterstützt werden. Anläßlich der in Aussicht genommenen Vorberatung in Paris ziehen wir es vor, keine Initiative zu ergreifen, sondern Bemerkungen in den von anderen Mächten gemachten Vorschlägen anzubringen.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 412    Paris, den 21. November/4. Dezember 1912  
Persönlich.

In einer Unterredung erklärte mir Poincaré, daß der von den Österreichern ausgesprochene Wunsch, die Präliminarkonferenz der Botschafter möge in London stattfinden, seiner Ansicht nach nicht sehr liebenswürdig sei. Er gab mir aber gleichzeitig zu verstehen, daß er die Wahl Londons nicht bedauern würde, da das Resultat der Besprechungen bestenfalls nur eine scheinbare Versöhnung sein würde. Ich bin mir bewußt, daß das tiefe Mißtrauen und der Mangel jeden Wohlwollens mir gegenüber von Seiten Berlins und Wiens im Falle meiner Beteiligung an der Konferenz einen ungünstigen Faktor für uns bilden würde. In London können natürlich der farblose Mensdorff und Lichnowski, der noch keine Zeit gehabt hat, sich eine Stellung zu schaffen, dem Einfluß Cambons und Benckendorffs nicht die Wage halten. Es scheint mir also für uns nicht besonders vorteilhaft zu sein, auf der Wahl von Paris zu bestehen.

Iswolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 2795  
St. Petersburg, den 21. November/4. Dezember 1912

Mitgeteilt nach Paris.

Ich telegraphiere nach Sofia und Athen: Nach Mitteilung der ottomanischen Agentur ist ein Waffenstillstand zwischen der Türkei und Bulgarien, Serbien, Montenegro abgeschlossen. Wir sind über

die Gründe nicht unterrichtet, aus denen Griechenland nicht am Stillstand teilnimmt, können aber nicht verbergen, daß die Nachricht einen tiefen Eindruck auf uns gemacht hat. Die Bulgaren müßten den Dienst Griechenlands anerkennen, das vor Beginn des Krieges den verlockendsten Anerbietungen der Türkei widerstand. Andererseits muß auch Griechenland mit den Schwierigkeiten und Gefahren der Lage rechnen, die sich ergibt, wenn es mit den Bundesgenossen zerfällt. Wir halten es im Interesse der Verbündeten für überaus wichtig, daß sich ihre Differenzen nicht zuspitzen, denn das würden die Türkei und deren Freunde sofort ausnützen. Richten Sie darauf die Aufmerksamkeit der dortigen Regierung und weisen Sie auf das Gebot des Augenblicks hin. Dann telegraphieren Sie. Wir halten es für äußerst wünschenswert, daß Griechenland seine Bevollmächtigten ernennt und gleichzeitig mit den Bundesgenossen in Friedensverhandlungen eintritt, selbst ohne einen Stillstand abzuschließen.

Sasonow

## *Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister*

Auf dem Original der eigenhändige Vermerk Nikolaus' II.: *f.*  
Brief Paris, den 22. November/5. Dezember 1912  
Streng vertraulich.

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Auf Ihren Geheimbrief vom 15. November d. J. hin habe ich nicht verfehlt, H. Poincaré die Bedingungen mitzuteilen, unter denen er von unserem Vertrag mit Italien vertraulich Kenntnis erhalten könnte, bei gleichzeitiger Bekanntgabe des französisch-italienischen Vertrages von 1902 an uns, durch mich als Mittelperson. H. Poincaré beeilte sich, mir seine volle Zustimmung zu den von Ihnen gestellten Bedingungen auszusprechen, worauf heute die wechselseitige Mitteilung erfolgte, Ihren Anweisungen entsprechend unter vier Augen, mündlich und ohne Überreichung irgendeines Schriftsatzes.

H. Poincaré erklärte mir, daß der französisch-italienische Vertrag die Form eines Briefwechsels habe, den im Juli und dann weiter ergänzungsweise im November 1902 der Botschafter Frankreichs in Rom und der damalige italienische Außenminister H. Prinetti miteinander gehabt hätten. Es handelte sich dabei gewissermaßen um die Erweiterung und Ergänzung eines bereits früher getroffenen Sonderabkommens über die wechselseitige Begrenzung der Interessensphären Frankreichs und Italiens im Mittel-

meer in bezug auf Marokko und Tripolis. Diese Briefe wurden mir von Poincaré in extenso vorgelesen. Im Juli 1902 richtete H. Barrère ein Schreiben an Prinetti, in dem er die von diesem ihm spontan gemachte Erklärung zur Kenntnis nahm, daß Frankreich auf die Neutralität Italiens rechnen könne, falls es von irgendeiner dritten Macht direkt oder indirekt angegriffen oder gezwungen würde, auf eine direkte Bedrohung hin zu den Waffen zu greifen. Die Antwort Prinettis gibt genau die Ausdrücke des H. Barrère wieder und fügt die Erklärung hinzu, daß die vorerwähnten Verpflichtungen Italiens mit keinem seiner früheren oder gegenwärtig gültigen Verträge im Widerspruch stehen und solange in Kraft bleiben werden, bis die italienische Regierung Frankreich davon in Kenntnis setzen würde, daß sie diese Verpflichtungen nicht weiter innehalten wolle. Die Novemberbriefe bezweckten die genaue Feststellung, was man unter „direkter Bedrohung“ zu verstehen habe. Man kam dahin überein, daß unter „direkter Bedrohung“ nur ein Akt gemeint sei, der die unmittelbaren Beziehungen der bedrohenden Macht zu Frankreich berührt. Italien behielt sich hierbei das Recht vor, in jedem einzelnen Falle Frankreich davon zu benachrichtigen, ob es diesem oder jenem Akt den Charakter einer „direkten“ Bedrohung zuspreche.

Auf meine Frage, welche Auslegung die französische Regierung den meiner Ansicht nach etwas zweideutigen Ausdrücken des Vertrages von 1902 gebe und welchen Wert sie ihnen beimesse, antwortete mir Poincaré, er habe ebenso wie seine Vorgänger immer gedacht, der Wert dieses Vertrages liege für Frankreich nicht in diesen oder jenen Worten, sondern darin, daß seit seinem Abschluß Italien an der französischen Grenze alle Defensiv- und Offensivmaßregeln tatsächlich unterlassen und seine Vorbereitungen an die österreichische Grenze verlegt habe. „Es ist nicht zweifelhaft,“ sagte mir Poincaré, „daß im entscheidenden Moment Italien immer die Möglichkeit finden wird, dem Vertrag die ihm erwünschte Auslegung zu geben, was wir ja jetzt auch merken. Aber ich wiederhole: sein praktisches Resultat bestand für Frankreich darin, daß es seine militärische Stellung an der italienischen Grenze, wo Italien den Bau von Befestigungswerken und strategischen Eisenbahnen eingestellt hat, schwächer gestalten und mithin seine ganzen Kräfte und Maßnahmen gegen Deutschland richten konnte.“

Da ich die voraussichtliche Rolle Italiens in einem allgemeinen Kriege so genau wie möglich aufklären wollte, fragte ich H. Poincaré, ob er glaube, daß es als eine „direkte Bedrohung“ Frankreichs gelten könnte, wenn der in der russisch-französischen Militärkonvention vorgesehene Fall eintrete, daß infolge eines Ausbruchs von Feindseligkeiten zwischen Rußland und Österreich die deutsche Armee mobilisiert würde. Poincaré meinte, der von mir erwähnte

Fall könnte ohne allen Zweifel Italien dazu veranlassen, seine Neutralitätsverpflichtungen negativ auszulegen. Gleich nach der Vorlesung der erwähnten Dokumente las ich meinerseits H. Poincaré die Ihrem Briefe beigefügte Abschrift des Vertrages von Racconigi vor, die ich Ihren Anweisungen gemäß anbei zurückzusenden mich beeindre.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 22. November/5. Dezember 1912

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

In meinen täglichen Telegrammen bemühe ich mich, alle Stimmungen des H. Poincaré wiederzugeben, und deshalb spiegeln diese Telegramme unwillkürlich auch alle die verschiedenen wechselnden Eindrücke wieder, unter denen die französische Regierung steht. Trotzdem kann ich im allgemeinen aber mit voller Überzeugung sagen, daß H. Poincaré an der von ihm eingenommenen Richtung unbedingt festhält. Obwohl er nach Kräften bemüht ist, auf eine friedliche Lösung der augenblicklichen Krisis hinzuwirken, weist er nicht einen Augenblick den Gedanken von sich, daß für Frankreich der Fall eintreten könnte, Rußland seine bewaffnete Unterstützung gewähren zu müssen. Die Bedingungen, unter denen die französische Regierung diese Notwendigkeit anerkennt, sind so bestimmt als möglich bereits im voraus folgendermaßen festgelegt: der casus foederis tritt, gemäß der russisch-französischen Militärkonvention, in dem Moment ein, wo ein militärisches Eingreifen Deutschlands erkennbar wird. Bis zu diesem Zeitpunkt wird uns von Seiten Frankreichs die tatkräftigste und nachdrücklichste diplomatische Unterstützung geleistet werden, doch ist auch die Möglichkeit von nicht rein diplomatischen Aktionen, wie Armee- und Flottendemonstrationen, nicht ausgeschlossen. Es ist jedoch vollkommen begreiflich, daß die französische Regierung der Ansicht ist, die Initiative zu derartigen Aktionen müsse von Rußland ausgehen. Deshalb hat Poincaré auf Ihre Frage über die Haltung Frankreichs bei einer eventuellen aktiven Intervention Österreichs auf dem Balkan geantwortet, daß er vor allem die Absichten Rußlands zu kennen wünsche.

Ich kann nur mein Bedauern darüber aussprechen, daß die

Unterredung bei diesen Worten ihr Ende nahm, denn augenscheinlich ist die von Ihnen bezeichnete Gefahr noch nicht beschworen, und es wäre sehr wichtig, im voraus zu wissen, wie Rußland und Frankreich im Falle einer derartigen Intervention vorgehen könnten. Überhaupt scheint es mir, daß wir in der letzten Zeit nicht oft und eingehend genug einen Meinungsaustausch mit dem Pariser Kabinett über die gegenwärtigen und zukünftigen Schwierigkeiten vornehmen. Es hat sogar Augenblicke gegeben, in denen es schien, als fänden zwischen Paris und Berlin lebhaftere Besprechungen statt als zwischen Paris und Petersburg. Das hing natürlich in der Hauptsache damit zusammen, daß sich in Berlin ein rühriger Botschafter befindet, der in dauernder Verbindung mit Kiderlen steht und mit besonderer Eindringlichkeit sowohl mit ihm als mit dem englischen Botschafter die Prüfung der verschiedenen Fragen vornahm, gewissermaßen in Ausführung des von Poincaré verworfenen Vorschages, eine Gruppe der drei am wenigsten interessierten Mächte zu bilden.

Persönlich hat sich H. Poincaré mir gegenüber nicht ein einziges Mal über Ihre Zurückhaltung beklagt, aber Paléologue hat im Gespräch mit mir mehrmals unter dem Anschein des Bedauerns über die von Georges Louis an den Tag gelegte Gleichgültigkeit Andeutungen gemacht, daß man hier leider sehr wenig Ihre Ansichten über die verschiedenen schwelbenden Fragen kenne. Sie entsinnen sich, daß vor einiger Zeit Poincaré sogar sehr beunruhigt über die hartnäckigen Gerüchte einer angeblichen Änderung unserer Stellung hinsichtlich der Frage eines serbischen Hafens war. Ich bin überzeugt, daß ihm diese Besorgnisse durch die Berichte des H. Georges Louis eingeblößt worden sind. Augenblicklich hat er sich darüber vollkommen beruhigt und findet die von Thurn eingenommene Haltung durchaus richtig. Indessen wäre er gern etwas mehr über Ihre Gedanken hinsichtlich einer Neutralisierung des ganzen albanischen Küstengebiets auf dem Laufenden. Louis hat hierher telegraphiert, Sie wollten diesen Plan für den Fall in Reserve halten, daß es nicht gelingen sollte, für Serbien einen territorialen Zugang zum Adriatischen Meer zu erlangen. Verhält sich das so? Ich weiß von diesem Gedanken nur durch die Denkschrift Buchanans, die mir zu meiner „persönlichen Information“ mitgeteilt worden ist. Immerhin scheint es mir sehr von Nutzen zu sein, ihn etwas ausführlicher mit dem Pariser Kabinett zu erörtern.

Bei der Beurteilung der in der augenblicklichen Krise von dem Kabinett Poincaré eingenommenen Stellung muß man im Auge behalten, daß gerade in der Partei, auf die das Kabinett sich stützt, eine sehr einflußreiche Gruppe sich befindet, die laut den „Frieden um jeden Preis“ fordert. Diese Gruppe, mit H. Combes an der Spitze, hat eine große Anzahl Presseorgane zu ihrer Verfügung, die

H. Poincaré wegen seiner bei verschiedenen Anlässen unternommenen Initiative einer strengen Kritik unterziehen. Soviel ich weiß, hört man eine derartige Kritik auch in den Wandelgängen der Kammer und des Senats, und die Regierung muß mit alledem ernstlich rechnen. Während ich Ihnen schreibe, gibt H. Poincaré vor der parlamentarischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten Erklärungen ab. Ein Bericht darüber wird in den Abendblättern erscheinen. Er hat mir vorher gesagt, daß er sich bemühen wolle, die schroffe Sprache Bethmann Hollwigs zu vermeiden. Zwar werde er Nachdruck auf das Wort „Frieden“ und nicht auf das Wort „Krieg“ legen, dabei aber nicht minder die Treue und Freundschaft Frankreichs seinem Bundesgenossen gegenüber betonen. In einer kürzlichen Unterredung mit mir bemerkte er unter anderem, daß die Stimmung in Frankreich eine sehr friedliche sei, und daß er dies immer im Auge behalten müsse. Um so mehr müssen wir ihm, wie mir scheint, seinen festen Entschluß, in loyalster Form nötigenfalls die Bündnisverpflichtungen zu erfüllen, als Verdienst anrechnen. Während H. Combes und seine Freunde in den Wandelgängen des Parlaments überall verkünden, daß im entscheidenden Augenblick der Friede oder der Krieg nicht von der Regierung, sondern von ihnen abhängen werde, wird in Wirklichkeit, wenn, was Gott verhüten wolle, die Krise kommt, die Entscheidung von den drei starken Persönlichkeiten, die an der Spitze des Kabinetts stehen: Poincaré, Millerand und Delcassé, getroffen werden. Und es ist ein Glück für uns, daß wir gerade mit diesen Persönlichkeiten und nicht mit diesen oder jenen Gelegenheitspolitikern zu tun haben, wie sie einander im Laufe der letzten Jahre in der Regierung Frankreichs ablösten.

In häufigen und langen Unterredungen mit Poincaré und Paléologue konnte ich mich überzeugen, daß die französische Regierung sich ernstlich damit befaßt, über die Rolle Italiens und Englands in einem möglichen, allgemein-europäischen Konflikt Klarheit zu erlangen. Was Italien anbelangt, so kennen Sie schon die H. Poincaré von dem italienischen Botschafter gemachten Erklärungen. Diese haben hier den allerungünstigsten Eindruck hinterlassen, um so mehr als die italienische Regierung seitdem nicht den geringsten Versuch unternommen hat, sie abzuschwächen. Allerdings hat Tittoni in seinen Unterredungen mit mir diesen Erklärungen eine etwas andere Auslegung gegeben, aber nur in der Form einer rein persönlichen Ansicht. Im allgemeinen glaubt man hier, daß weder der Dreiverband noch der Dreibund auf die Loyalität Italiens rechnen können, und daß die italienische Regierung alle Anstrengungen machen wird, um den Frieden zu erhalten; im Fall eines Krieges aber werde sie zunächst eine beobachtende Haltung enehmen und sich dann der Seite anschließen, auf die der Sieg sich

neigt. Nach Ansicht der Militärs wird schon zu Anfang des Feldzugs bei dem derzeitigen Fehlen militärischer Vorbereitungen Italiens an der französischen Grenze das Schicksal des Krieges entschieden sein, ehe Italien Zeit hat, ernstliche Kräfte gegen Frankreich zu konzentrieren. Aus diesem Grunde legt die französische Regierung vom rein militärischen Standpunkt aus der Stellung, die Italien zu Beginn der kriegerischen Ereignisse einnehmen wird, keine sehr große Bedeutung bei.

Die Absichten Englands sind unvergleichlich viel wichtiger. In meinen Unterredungen mit Poincaré und Paléologue konnte ich streng vertraulich erfahren, daß gelegentlich der bekannten Reise Lord Haldanes nach Berlin (im Februar dieses Jahres) Deutschland England einen ganz bestimmten Vorschlag gemacht hat, der darauf hinauslief, das Londoner Kabinett solle schriftlich die Verpflichtung eingehen, die Neutralität zu bewahren, wenn Deutschland in einen Krieg hineingezogen würde, der von seiner Seite nicht provoziert worden ist. Das Londoner Kabinett hat H. Poincaré hiervon benachrichtigt und anscheinend gezögert, diesen Vorschlag anzunehmen oder abzulehnen. H. Poincaré sprach sich aufs Nachdrücklichste gegen eine solche Verpflichtung aus. Er hat der englischen Regierung gegenüber darauf hingewiesen, daß die Unterzeichnung eines solchen Vertrages durch England mit Deutschland den gegenwärtigen französisch-englischen Beziehungen mit einem Schlag ein Ende machen würde, da zwischen Frankreich und England keine schriftliche Vereinbarung allgemein politischen Charakters existiere. Dieser Einwurf hatte den entsprechenden Erfolg: das Londoner Kabinett lehnte den Vorschlag Deutschlands ab, was in Berlin eine lebhafte Unzufriedenheit hervorrief.

Seit Beginn der augenblicklichen Krise hat H. Poincaré es niemals unterlassen, das Londoner Kabinett zu vertraulichen Besprechungen anzuregen, um über die Stellung, die England im Fall eines allgemeinen europäischen Konfliktes einzunehmen gedenkt, Klarheit zu bekommen. Englischerseits hat man bisher in dieser Angelegenheit keinerlei Verpflichtung eingegangen. Das Kabinett von London antwortet immer wieder, daß dies von den Umständen abhängen werde, und daß die Frage über Krieg und Frieden von der öffentlichen Meinung entschieden werden würde. Andererseits ist die Prüfung aller denkbaren Möglichkeiten durch den französischen und den englischen Generalstab nicht nur nicht unterbrochen worden, sondern die bestehenden Abmachungen zu Lande und zu Wasser haben in allerletzter Zeit eine noch größere Erweiterung erfahren, so daß augenblicklich die englisch-französische Militärkonvention ebenso in allen Einzelheiten durchgearbeitet und erschöpfend ist, wie die französisch-russische. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die erstere nur die Unterschrift der Chefs

der beiden Generalstäbe trägt und daher gewissermaßen für die Regierung nicht bindend ist. Dieser Tage war ganz im Geheimen der englische Generalstabschef, General Wilson, nach Frankreich gekommen, und bei dieser Gelegenheit sind verschiedene ergänzende Einzelheiten ausgearbeitet worden. Hierbei haben anscheinend zum erstenmal nicht nur Militärs, sondern auch andere Vertreter der französischen Regierung an dieser Arbeit teilgenommen.

Was die Gerüchte anbelangt, die sich im Zusammenhang mit den Reden Bethmann Hollwigs und Kiderlens sowie der Reise des Prinzen Heinrich von Preußen nach London in den letzten Tagen über eine bevorstehende englisch-deutsche Annäherung verbreitet hatten, so hat der französische Botschafter aus London telegraphiert, daß nach einer ganz bestimmten Erklärung Sir Edward Greys augenblicklich keinerlei Besprechungen irgendwelcher Art zwischen London und Berlin wegen einer solchen Annäherung stattfänden und daß er, Edward Grey, nichts über den Zweck der Reise des Prinzen Heinrich wisse, was diesem Besuch jede politische Bedeutung nehme.

Nach Informationen von demselben Botschafter hat die Rede Bethmann Hollwigs einen ungünstigen Eindruck auf die englische Regierung gemacht, die keinesfalls für engere Beziehungen zu Deutschland ist. Im großen und ganzen weiß man hier nichts über die Entscheidungen, die von England im Fall eines allgemeinen Krieges getroffen werden könnten, aber man neigt doch zu der Annahme, daß der unaufhaltsame Lauf der Ereignisse die englische Regierung zu einer bewaffneten Intervention gegen Deutschland führen werde. Für diesen Fall sind alle entsprechenden technischen Vereinbarungen vollkommen fertig.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 426 Paris, den 26. November/9. Dezember 1912

Jules Cambon telegraphiert aus Berlin, Grey habe das Berliner Kabinett verständigt, daß er eine Botschafterkonferenz in Paris zu versammeln beabsichtige, daß er aber, wenn die Wahl von Paris auf besonderen Widerspruch stoßen sollte, in die Wahl von London einwilligen werde; doch muß nach seiner Meinung die allgemeine Mächtekongress, die durch den Balkankrieg auf die Tagesordnung gesetzten Fragen endgültig regeln wird, in Paris stattfinden.

Abschrift nach London.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 428 Paris, den 27. November/10. Dezember 1912

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 424.

Poincaré antwortete auf die gestrige Mitteilung des serbischen Gesandten, die serbische Regierung könne, wenn Österreich die Forderung stelle, daß Serbien auf die adriatische Küste verzichten solle, antworten, sie überlasse diese Frage der Entscheidung der Mächte. Poincaré telegraphiert in diesem Sinne nach Belgrad, Petersburg und London.

Abschrift mit der Post nach London.

I swolski

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in London*

Telegramm Nr. 2845

St. Petersburg, den 27. November/10. Dezember 1912

Identisch nach Paris.

Ich telegraphiere an unseren Gesandten in Belgrad: Der serbische Gesandte hat mir im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, man müsse befürchten, Österreich werde im Laufe einer Woche einen entscheidenden Schritt tun, um Serbien zu zwingen, auf einen adriatischen Hafen zu verzichten. Die militärischen Maßnahmen Österreichs sind, wie das Belgrader Kabinett glaubt, hierauf zurückzuführen. Auch wünsche Österreich einen Vorwand zur Einmischung zu haben, um die Grenzen der territorialen Neuerwerbungen Serbiens so weit als möglich nach Osten zurückzudrängen und um Prizren Albanien einzuverleiben. Der Gesandte behauptet, Österreich beabsichtige die ökonomische und politische Unterwerfung Serbiens. Die Erklärungen des serbischen Gesandten in Verbindung mit der unzweifelhaft ernsten allgemeinen politischen Lage veranlassen uns, die Politik, die wir auch in Zukunft zu verfolgen gedenken, deutlich zu präzisieren.

Alle Mächte, Österreich inbegriffen, haben beschlossen, die sich aus dem Kriege ergebenden Fragen gemeinsam zu prüfen. In Belgrad ist unser Standpunkt hinsichtlich der Serben interessierenden Fragen bekannt. Wir sind bereit, die politische und ökonomische Emanzipation Serbiens zu unterstützen, ebenso seinen Zugang zum Adriatischen Meer durch albanisches Territorium, wobei ihm reale Garantien für die freie Durchfahrt militärischer und kaufmännischer Güter gegeben werden müssen; ebenso sind wir bereit,

darauf zu bestehen, daß die Grenze Albaniens soweit wie möglich nach Westen verlegt wird; aber wir sind der Ansicht, daß es nicht möglich ist, für Serbien souveräne Rechte auf einen Teil der adriatischen Küste zu erlangen. Wir haben einem Meinungsaustausch der Botschafter zugestimmt mit dem Wunsche, Serbien in dem soeben geschilderten Umfange alle mögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Im Interesse Serbiens teilen wir dem Wiener Kabinett unser Programm nicht mit, sondern erklären nur, daß die unserem Vertreter erteilten Instruktionen versöhnlich seien und die Interessen Österreichs berücksichtigen.

Wir müssen aber die Gewißheit haben, daß Serbien sich einem Beschlusse, der gemeinsam von Rußland, Frankreich und England getroffen werden wird, unterwerfen will, denn im entgegengesetzten Falle kann Serbien nicht auf unsere Unterstützung zählen, da weder Frankreich noch England es in dieser Frage unterstützen werden. Weder wir noch die uns befreundeten Mächte können zulassen, daß die Entscheidung bezüglich eines europäischen Krieges der serbischen Regierung überlassen bleibt. Wir glauben daher, daß das beste Mittel, Verwicklungen zu vermeiden, eine möglichst baldige Erklärung von seiten Serbiens wäre — diese Erklärung könnte z. B. dem englischen Vertreter in Belgrad gemacht werden — daß Serbien sich in der Frage des Zuganges zum Adriatischen Meere der Entscheidung und den Ratschlägen der Ententemächte unterwerfen wird. Auf diese Weise würde Serbien der Gefahr eines österreichischen Ultimatums vorbeugen.

Sasonow

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 433 Paris, den 28. November/11. Dezember 1912

Ich fand heute Poincaré im höchsten Grade besorgt infolge der von allen Seiten und aus den ernstesten Quellen zu ihm gelangenden Nachrichten über intensive Kriegsvorbereitungen Österreichs und über dessen in allernächster Zeit bevorstehendes aktives Vorgehen gegen Serbien. Nach den genannten Nachrichten sind die ganze Kavallerie in Galizien und zwei Korps in Bosnien vollkommen mobilisiert, während in zehn Korps alle Bataillone auf eine Stärke von 700 Mann gebracht worden sind. Andererseits fährt man bei uns, soweit es dem französischen Generalstab bekannt ist, fort, sich dieser Lage gegenüber vollkommen ruhig zu verhalten, und gegen Österreich sind fast gar keine Vorbereitungen getroffen worden. Das wird es Österreich gestatten, mit den Serben abzurechnen, bevor wir mit der Mobilmachung fertig geworden sind, und

wird uns vor das Dilemma stellen, uns entweder mit der vollendeten Tatsache abzufinden oder einen Krieg unter sowohl für uns als auch für Frankreich höchst ungünstigen Bedingungen zu beginnen, da Deutschland wahrscheinlich den Nutzen daraus ziehen wird, sich sofort mit all seinen Streitkräften auf Frankreich zu stürzen. Bitte dringend um Weisungen.

Kopie mit der Post nach London.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 434 Paris, den 28. November/11. Dezember 1912

Laut Nachrichten hiesiger Finanzgruppen will Österreich in nächster Zukunft Serbien ein Ultimatum stellen, in dem Österreich in einer für Serbien unannehbaren Form fordern wird: 1. Garantie gegen serbische Agitation unter den österreichischen Slawen, 2. Verzicht auf einen territorialen Ausgang zum Adriatischen Meer, 3. Entschuldigung in der Frage der Konsuln, 4. Erklärung über gut-nachbarliche Beziehungen.

Serbien wird unzweifelhaft mit einer Ablehnung antworten, da diese Forderungen es in die Stellung eines Vasallen bringen würden, und dann wird die Besetzung Belgrads durch die Österreicher erfolgen. Gleichzeitig damit wird das Wiener Kabinett Rußland erklären, daß Österreich nicht territoriale Erwerbungen suche und die territoriale Integrität Serbiens garantiere. Wenn Rußland sich nicht damit zufrieden gibt, wird Österreich vor einem Kriege nicht zurückschrecken.

Diesen Entschluß hat Österreich aus der Erwägung gefaßt, daß die von den slawischen Staaten errungenen großen Erfolge in jedem Falle Österreich in eine gefährliche Lage versetzen und daß es durchaus wünschen muß, jetzt über sie und über Rußland einen großen moralischen Erfolg zu erringen.

Dies alles wird von dem aus Wien eingetroffenen großen Finanzmann Adler bestätigt, der in engen Beziehungen zu der hiesigen Société Générale steht.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 441 Paris, den 30. November/13. Dezember 1912

Abschrift nach London.

Der französische Geschäftsträger telegraphiert aus London, Graf Berchtold habe Cartwright gesagt, daß Österreich sich bis zur

Beendigung der Friedensverhandlungen jeglichen Vorgehens gegen Serbien enthalten werde, daß sich aber danach die Lage ändern werde, und dann könne sich Österreich gezwungen sehen, die einen oder die anderen Maßnahmen zu ergreifen, falls Serbien sich weigern sollte, die österreichischen Interessen zu berücksichtigen.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Telegramm Nr. 445

Paris, den 1./14. Dezember 1912

Abschrift per Post nach London.

Siehe mein Telegramm 425 und 433.

Der französische Botschafter telegraphiert aus Petersburg, man habe dem Obersten de la Guiche auf seine Anfrage über unsere militärische Lage an der österreichischen Grenze im Generalstabe gesagt, daß Österreich an der russischen Grenze nur Defensivmaßregeln ergreife, daß man bei uns an einen österreichischen Angriff auf Rußland nicht glaube und einen Angriff Österreichs auf Serbien für höchst unwahrscheinlich halte, daß endlich selbst für den Fall des Angriffs auf Serbien Rußland nicht Krieg führen werde. Außerdem habe unser Kriegsminister de la Guiche gesagt, er sei fest davon überzeugt, daß der Friede erhalten bleibe und gedenke am 23. Dezember neuen Stils nach Deutschland und Südfrankreich zu reisen. Poincaré und das gesamte Kabinett sind infolge dieser Nachrichten höchst bestürzt und aufgeregt, da man hier, wie ich schon telegraphierte, von dem kriegerischen Charakter der österreichischen Vorbereitungen überzeugt ist, und befürchtet, daß wir überrascht werden und der Angriff Deutschlands auf Frankreich erleichtert werde. Ich habe alles getan, um Poincaré zu beruhigen und ihm auseinandergesetzt, daß schon vor zwei Monaten, gleich bei Beginn der Krise, bei uns ernste Maßregeln beschlossen worden seien, um unsere militärischen Kräfte an der österreichischen Grenze in möglichste Bereitschaft zu bringen, daß seither keine Entlassungen von den Fahnen stattgefunden hätten usw.

Ich erlaube mir jedoch zu bemerken, daß es sehr erwünscht wäre, die französische Regierung, die ernstlich mit der Möglichkeit eines Krieges rechnet, sowohl über die von uns ergriffenen Kriegsmaßnahmen als auch über unsere Ansichten von den etwa möglichen Ereignissen zu unterrichten, denn die jetzige Unkenntnis ruft hier zweifellos Nervosität hervor, die auch in das Publikum und in die Presse zu dringen beginnt, und es fällt mir immer schwerer,

hier eine für uns günstige Stimmung zu erhalten. Ich bitte dringend um Weisungen zu ausführlichen Erörterungen mit Poincaré.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den  
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 5./18. Dezember 1912

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Noch immer bin ich ohne Antwort auf meine Telegramme, in denen ich von der Beunruhigung sprach, die hier unsere gegenüber den Rüstungen Österreichs anscheinend beobachtete Passivität hervorgerufen hat. Ich frage mich deshalb unwillkürlich, ob ich in meinem Berichte auch deutlich genug die hier augenblicklich herrschende Stimmung wiedergebe, und ich werde versuchen, Ihnen nun die Ergebnisse meiner Beobachtungen während der letzten vierzehn Tage etwas genauer zu schildern.

Noch nicht lange ist es her, da neigte die französische Regierung ebenso wie die Presse dazu, uns der Aufreizung Serbiens zu verdächtigen, und man hörte allgemein die Äußerung, Frankreich habe keine Lust, wegen eines serbischen Hafens Krieg zu führen. (France ne veut pas faire la guerre pour un port Serbe.) Jetzt aber bemerkt man mit Erstaunen und mit unverhohler Sorge unsere Teilnahmlosigkeit gegenüber der Mobilmachung Österreichs. Dahingehende Besorgnisse finden ihren Ausdruck nicht nur in den Unterhaltungen der französischen Minister mit mir und mit unserem Militärattaché, sondern sie dringen auch in das große Publikum und in die Zeitungen der verschiedensten Richtungen. Sie sind so lebhaft im französischen Generalstab, daß der Kriegsminister — wie ich in meinem Telegramm Nr. 445 berichtete — es für erforderlich erachtet hat, die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu lenken. Dieser zeigte mir Millerands Brief, den er einem eigens zu diesem Zweck zusammenberufenen Ministerrate vorgelegt hat. Das Telegramm von Georges Louis, das die Antwort unseres Generalstabs an den General de la Guiche enthielt, hat das Erstaunen der Franzosen keineswegs zerstreut. Man zeigte mir den Wortlaut des Telegramms. Danach wäre dem General de la Guiche gesagt worden, man betrachte nicht nur bei uns die Rüstungen Österreichs als eine reine Verteidigungsmaßregel, sondern Rußland würde selbst in dem ganz unwahrscheinlichen Fall eines Angriffs Österreichs gegen Serbien nicht losschlagen. Über diesen Bescheid waren Poincaré und alle Minister äußerst erstaunt.

Nach allen hier einlaufenden Nachrichten ist Österreich augenblicklich im Begriff, die volle Mobilmachung von zehn Armeekorps zu beenden. Ein Teil von diesen ist offenkundig gegen Rußland angesetzt. Diese Mobilmachung ist eine schwere Last für die ohnehin zerrütteten Finanzen Österreichs. Man kann daher täglich irgendeinen entscheidenden Schritt des österreichischen Kabinetts erwarten. Ein solcher könnte, wie man hier annimmt, eine Abwehr von seiten Rußlands nach sich ziehen, was seinerseits unvermeidlich und automatisch zunächst Deutschland und dann Frankreich in den Krieg hineinziehen würde. Die französische Regierung sieht dieser Möglichkeit mit vollkommener Ruhe, bewußt und mit der festen Entschlossenheit entgegen, ihre Bündnispflichten zu erfüllen. Alle notwendigen Maßregeln sind von ihr ergriffen worden: die Mobilmachung an der Ostgrenze ist geprüft worden, das Kriegsmaterial liegt bereit usw. Und gerade in diesem Zeitpunkt nun scheint Frankreich sich einer ganz anderen Haltung seines Verbündeten gegenüber zu befinden und das in Anbetracht einer Lage, an der dieser, sollte man meinen, am meisten interessiert sei. Man zieht hieraus die Schlußfolgerung, entweder lege man sich bei uns keine Rechenschaft ab über die kriegerischen Absichten Österreichs, oder wir wollten aus irgendwelchen besonderen Gründen zur Zeit mit Frankreich nicht in Beratungen eintreten. Beide Annahmen sind für uns im höchsten Grade ungünstig, und trotz aller meiner Anstrengungen, ihnen entgegenzutreten, wird es mir immer schwieriger, hier eine für uns wünschenswerte Stimmung wachzuhalten.

In meinen Unterredungen mit Poincaré und den anderen Ministern bemühe ich mich, ihnen klar zu machen, daß unsere scheinbare Gleichgültigkeit in Wahrheit nur ein Zeichen für unsere Selbstbeherrschung und unsere feste Absicht ist, keine Verlassung zu geben, daß man uns irgendwelche Handlungen vorwirft, die uns und unsere Verbündeten in einen Krieg vermischen könnten. Sollte dann trotz unserer bekundeten Mäßigung bei der Lösung der schwebenden Fragen, Österreich sich dennoch zu einem aktiven Schritt entschließen, so würde es der ganzen Welt klar sein, daß nicht Rußland oder diese oder jene unvernünftigen Ansprüche Serbiens schuld am allgemeinen Kriege sein, sondern der Versuch Österreichs und Deutschlands, auf dem Balkan und damit in ganz Europa die Oberherrschaft zu erlangen. Die französische Regierung sollte uns — so sage ich — dankbar sein für die Art und Weise, in der wir diese Angelegenheit behandelten, und die um so nötiger sei, als man nur unter solchen Bedingungen auf die Unterstützung Englands hoffen könne.

Dennoch darf ich Ihnen nicht verhehlen, daß alle diese Argumente möglicherweise nicht beweiskräftig genug befunden werden und daß es für mich äußerst schwer ist, eine Erklärung zu finden

für unsere offensichtliche Abneigung, mit Frankreich die durch die Mobilmachung Österreichs geschaffene Lage ihrem Wesen nach durchzusprechen. Erst gestern sagte mir H. Paléologue abermals, er sei verwundert über die geheime Erklärung, die unser Generalstab dem General de la Guiche über die vermutliche Haltung Rußlands im Falle eines österreichischen Angriffs gegen Serbien gegeben habe. Auf meine Erwiderung, daß es sich dabei wohl nur um eine grillenhafte Äußerung eines Offiziers handle, der mit der sogenannten Passivität der russischen Diplomatie unzufrieden sei (*que c'est probablement une simple boutade d'un officier mécontent de la soitdisant passivité de la diplomatie russe*), antwortete H. Paléologue: „Aber unser Botschafter in Petersburg ist auch nicht besser über die wahren Absichten Ihrer Regierung unterrichtet, als der General de la Guiche, und wir selbst am Quai d'Orsay.“ (*„Mais notre ambassadeur à St. Petersbourg n'est pas plus informé des véritables intentions de votre Gouvernement que ne l'est le Général de la Guiche et que nous ne le sommes d'ailleurs nous mêmes au Quai d'Orsay.“*) Er spielte damit offenbar auf den völligen Stillstand in den Unterhandlungen an, die von uns mit dem Pariser Kabinett über die Folgen eingeleitet worden waren, die ein Angriff Österreichs auf Serbien nach sich ziehen könnte.

In dem Bestreben, unter den Mitgliedern der Regierung und in den politischen Kreisen die uns erwünschte Stimmung zu erhalten, tue ich gleichzeitig mein Möglichstes, die Presse zu beeinflussen. In dieser Beziehung sind zum Teil dank der rechtzeitig getroffenen nötigen Vorkehrungen bedeutende Ergebnisse erzielt worden. Wie Sie wissen, beteilige ich mich nicht unmittelbar an der Verteilung der Subsidien. Aber diese Verteilung, an der französische Minister sich beteiligen (der Minister des Äußern und der Finanzen), ist anscheinend durchaus zweckmäßig und hat bereits die nötige Wirkung gehabt. Meinerseits gebe ich mir ernsthafte Mühe, durch persönliche Einwirkung die bedeutendsten Pariser Zeitungen zu beeinflussen, wie den „Temps“, das „Journal des Débats“, das „Echo de Paris“ usw. Im allgemeinen ist der Ton der Pariser Presse gegenwärtig nicht mit dem während der Krise von 1908—1909 zu vergleichen. Besonders bemerkenswert ist die Stellungnahme des „Temps“, der sich vor vier Jahren durch seine krasse, Österreich freundliche Gesinnung hervortat, und in dessen Spalten jetzt H. Tardieu energisch die österreichische Politik bekämpft. Schon mehrmals haben sich Graf Berchtold und der österreichische Botschafter in Paris bei H. Poincaré darüber beklagt.

In meinen Unterredungen mit den französischen Journalisten suche ich hauptsächlich diesen beizubringen, daß, wenn trotz der von Rußland bekundeten äußerst vernünftigen und nachgiebigen Haltung die Rüstungen Österreichs und die Forderungen der öster-

reichischen Diplomatie einen europäischen Konflikt heraufbeschwören sollten, der Krieg nicht wegen Sonderinteressen Serbiens oder Rußlands ausbrechen werde, sondern wegen des Versuches Österreichs und des hinter ihm stehenden Deutschlands, ihre Oberherrschaft in Europa und auf der Balkanhalbinsel zu errichten. Gott sei Dank, dringt dieser Gedanke mehr und mehr in das Bewußtsein der französischen politischen, militärischen und gesellschaftlichen Kreise. In den letzten Tagen habe ich nicht mehr den Gedanken zu bekämpfen, daß Frankreich sich für fremde Interessen in den Krieg hineingezogen sehen könnte, sondern eher die Furcht, daß wir uns in einer Sache, die die Lage und das Prestige der ganzen Entente berühre, zu passiv verhielten.

Ihr ergebenster

Iswolski

Soeben ist Ihr Telegramm Nr. 1187 eingetroffen und dechiffriert worden, das die in diesem Brief behandelten Fragen klärt. Ich werde dafür sorgen, daß H. Poincaré heute oder morgen davon Kenntnis erhält. In den letzten Tagen war er durch die Parlamentssitzungen völlig in Anspruch genommen. Gestern sagte er mir, er werde noch vor den Weihnachtsferien, d. h. gegen Ende der laufenden Woche oder zu Anfang der kommenden, vor der Kammer eine kurze Rede über die außenpolitische Lage halten.

Ut in litteris.

6./19. Dezember 1912.

*Der russische Außenminister an den  
russischen Botschafter in Paris*

Telegramm Nr. 2923 St. Petersburg, den 5./18. Dezember 1912

Telegramm Nr. 445 erhalten.

Die Vorstellung, als ob Rußland keine Maßnahmen zur Aufrechterhaltung seiner Kampfbereitschaft getroffen habe, ist nicht richtig. Etwa 350 000 Reservisten sind unter den Waffen zurückbehalten, etwa 80 Millionen Rubel sind für außerordentliche Bedürfnisse des Heeres und der Ostseeflotte angewiesen, einige Truppen-teile des Kiewer Militärbezirkes sind näher an die österreichische Grenze gebracht und eine ganze Reihe anderer Maßnahmen ist verwirklicht worden. — Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf den vertraulichen Charakter dieser Nachricht und die Erwünschtheit ihres Schutzes vor Indiskretionen in der Presse. Was die von Gene-

ral de la Guiche gehörte Äußerung anbelangt, „daß Rußland selbst im Falle, daß Österreich Serbien überfallen sollte, nicht kämpfen werde“, so kann eine derartige Äußerung wohl kaum von irgend-einer verantwortlichen Person getan worden sein, und sollte die Regierung wirklich Derartiges beschlossen haben, so würde Frank-reich auf einem anderen Wege davon erfahren, als der es war, auf Grund dessen der französische Botschafter es für nötig erachtet hat, die Mitteilung an seine Regierung zu machen.

Sasonow

